G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Gerhard Stuby
Abschied vom Bürgertum?
Ist der Rechtstrend in der Bundesrepublik noch reversibel?

Diskussion
Zur Strategie der Studentenbewegung und den Möglichkeiten alternativer Politik in der BRD

Detlev Peukert
Antifaschistischer Konsens als Voraussetzung einer demokratischen Nachkriegsentwicklung

Edgar Gärtner
Die Krise der französischen Linksunion

Axel Breinlinger
Vorwärtsverteidigung gegen die Krise
Zum Gewerkschaftstag der IG Metall

11'77

November 1977 Einzelheft 5,30 DM Im Abonnement 3,80 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,30 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

November 1977

CHRONIK DES MONATS OKTOBER 1977 1291

KOMMENTARE UND BERICHTE

Antideutsche Welle? Wie das Ausland die Bundesrepublik sieht
Karl D. Bredthauer 1294

Besorgnis in den Benelux-Ländern ..... *Horst J. Andel* 1303

Zur Entwicklung des gemeinsamen Regierungsprogramms in Italien
Esther Biondi 1306

HAUPTAUFSÄTZE

Abschied vom Bürgertum? Ist der Rechtstrend in der Bundesrepublik noch reversibel? ..... *Gerhard Stuby* 1309

Zur Strategie der Studentenbewegung und den Möglichkeiten alternativer Politik in der BRD. *Eine Diskussion zwischen Mechtild Jansen (SHB), Beate Landefeld (MSB), Albrecht Schmeissner (Basisgruppen) und Manfred Sieg (LHV)* 1336

Antifaschistischer Konsens als Voraussetzung einer demokratischen Nachkriegsentwicklung ..... *Detlev Peukert* 1367

Die Krise der französischen Linksunion ..... *Edgar Gärtner* 1387

Vorwärtsverteidigung gegen die Krise. Anmerkungen zum 12. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland
Axel Breinlinger 1397

MEDIENKRITIK

Nachrichten-Sperre ..... *Günter Giesenfeld* 1407

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Steuerpflichtige Vermögen in der BRD (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) ..... *Jörg Goldberg* 1408

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Dokumente zur Auseinandersetzung um Ursachen und Folgen des Terrorismus (Aufruf: Für die Bewahrung der Grundrechte und für die Freiheit des Denkens! [Wortlaut]. – Erklärung des Abgeordneten Manfred Coppik am 29. September 1977 im Deutschen Bundestag zur Ablehnung des „Kontaktsperregesetzes" [Gesetz zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz] [Wortlaut]. – Rede von Bernt Engelmann, Vorsitzender des Verbands deutscher Schriftsteller in der Industriegewerkschaft Druck und Papier anläßlich der Buchmesse am 12. Oktober 1977 in Frankfurt/M. – Erklärung des Parteivorstands und der Parlamentsfraktion der niederländischen Pazifistisch-sozialistischen Partei vom 18. Oktober 1977 zu den Ereignissen in Stammheim [Wortlaut]. – Aufruf italienischer Intellektueller vom 21. Oktober 1977: Für die Bürgerrechte in der BRD [Wortlaut]. 1412

Aufruf zum Hochschulpolitischen Kongreß des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi): „Gegen die Diffamierung der Hochschulen und der kritischen Intelligenz – Für eine expansive, demokratische und soziale Wissenschaftspolitik" am 25./26. November 1977 in Hamburg (Wortlaut) 1420

Antideutsche Welle?

Wie das Ausland die Bundesrepublik sieht

„Muß sich das die Bundesrepublik gefallen lassen?", fragte der Bonner ARD-Korrespondent Friedrich Nowottny in einer Fernsehsendung zur besten Sendezeit (2. 11. 1977, 20.15–21.00 Uhr, 1. Programm), in der Stimme einen Unterton von Unverständnis und Aggression angesichts eines Phänomens, das in der besagten Sendung unter dem Titel „Die Deutschen: geachtet, gefürchtet und gehaßt" dem durchgängigen Trend bundesdeutscher Berichterstattung in diesen Tagen folgend schlicht als „antideutsche Kampagne" dargestellt wurde: Die vielfältige Kritik aus dem Ausland, gerade auch aus dem westlichen, an Vorgängen im Zusammenhang des Falls Schleyer, die Besorgnis über Zustand und politische Entwicklungsrichtung der Bundesrepublik ausgelöst hatten.

„Antideutsch"? – Diese selbstgerechte Sprachregelung beherrscht die bundesdeutschen Medien gegenwärtig fast total. Gewiß gibt es Überspitzungen in mancher Auslandsstimme, aus mangelnder Vertrautheit mit der Situation oder – in manchen Blättern der Rechten – auch aus einer nationalistischen Reaktion auf als provozierend nationalistisch empfundene deutsche Großmachttöne heraus. Aber man erinnert sich, daß auch ausländische Kritik an der Praxis der Berufsverbote schon als „antideutsch" abgestempelt und damit offenbar selbstkritischem Überdenken entzogen werden sollte. Vollends hellhörig macht es, wenn etwa der „Bayernkurier" den Vorsitzenden der Kanzlerpartei, Willy Brandt, als „antideutsch" bezeichnet. In das sich abzeichnende Bild paßt es, wenn in der besagten Fernseh-Sondersendung zwar in aller Breite erklärt wird, daß hinter der angeblich antideutschen Reaktion des Auslands der Neid auf „die erfolgreiche, die geordnete und antikommunistische Bundesrepublik" (letzteres also offenbar auch als beneidenswerte Tugend verstanden) stehe, letztenendes also – man ahnte es – „linksradikale Drahtzieher" sowie naive bürgerliche Mitläufer. So gut wie keine einzige der „antideutschen" Auslandsstimmen aber wird im Wortlaut wiedergegeben oder auch nur referiert. Dahinter muß der sehr bewußte Versuch vermutet werden, durch ganz pauschale, mit wenigen überzogenen Auslandskritiken oberflächlich abgesicherte Diffamierung als antideutsch die von links bis rechts reichende Kritik aus dem Ausland unschädlich zu machen, um die Bundesbürger gegen das mögliche Eindringen von alternativen Auffassungen über die Ursachen der Krise und ihre Überwindung zu immunisieren.

Es erscheint deshalb um so angebrachter, sich mit dem zu beschäftigen, was ernsthafte und besorgte Kritiker in Ländern, die mit der Bundesrepublik verbündet sind, *tatsächlich* sagen. Die in der Bundesrepublik unerwünschte Nachdenklichkeit und Besorgnis unserer Nachbarn bezieht sich vor allem auf vier Fragenkomplexe: 1. die wirklichen Ursachen und Bedingungen des Terrorismus in der BRD; 2. den gegenwärtigen Zustand dieses Landes, im Angesicht des Falls Schleyer; 3. Zweifel an der Bereitschaft der offiziellen Stellen, alle Umstände der Maßnahmen im Fall Schleyer, insbesondere aber der Vorgänge in Stammheim, rückhaltslos aufzuklären; 4. die Sorge vor

einem Export „bundesdeutscher Zustände", des „Modells Deutschland" in die Nachbarländer.

1. Welches sind die wirklichen Ursachen des Terrorismus?

Die Kritik vieler ausländischer Betrachter setzt bereits bei den *Ursachen* des Terrorismus in der BRD an. Dabei kommen Fragen und Zusammenhänge zur Sprache, die in der Bundesrepublik sorgfältig ausgeklammert und der Tabuisierung bzw. dem Verdacht des „Sympathisantentums" anheimgegeben werden.

Die Schweizer „Weltwoche" spricht von einem „Geschwür, das unleugbar im bundesdeutschen Leib gewachsen ist, nicht infiltriert, nicht importiert, keine fünfte Kolonne, nicht nach Moskau, Peking oder Pankow zurückverfolgt werden kann. Als Eigengewächs ist es unbegreiflich in einer Bundesrepublik, die eine Generation lang einen geradezu modellhaften, exportfähigen sozialen Frieden hatte, konfliktlos wachsen konnte, und die bislang alle Unruhestifter, ob Feinde oder ‚Feinde' im Osten, in der Zone, in der DDR ansiedeln konnte." (21. 9. 1977) – „Das Delirium der ‚Baader-Bande' und ihrer Freunde aber" – so „Le Monde" – „stützte sich auf das Festgefahrensein einer zu fest strukturierten Gesellschaft ohne Ventil für irgendwelche außer-verfassungsmäßigen Proteste. Ein tugendsamer Topf mit einem zu fest geschlossenen Deckel, was es keineswegs rechtfertigt, aber ein wenig erklärt . . . Sündenböcke sind all diejenigen, die jenseits des Rheins im Verdacht stehen, ‚nicht richtig zu denken', Anhänger einer ‚Linken' zu sein, die querbeet dem Kommunismus und der Anarchie oder dem ‚Nihilismus' zugeordnet wird." (25. 10. 1977)

Zu einer ganz ähnlichen Ursachenanalyse wie die liberale Zeitung „Le Monde" kommt „L'Humanité": „Gewalt, die absurde und gefürchtete Gewalt der Anarchisten, ist kein Unfall der Geschichte. Sie ist die tragische Frucht des Systems, das Schmidt und Strauß in den Himmel heben. Das deutsche ‚Wunder' hat zu einer schweren Krise geführt, die kaum beginnt. Die Jugend wird voll von der Arbeitslosigkeit getroffen. Der Kapitalismus sekretiert die Übel, ohne die er nicht überleben kann. Hinter dieser Verzweiflung werden – zu einem Zeitpunkt, da die Erinnerung an die Primitivität der Nazis noch wach ist – alle Arten von Irrsinn sichtbar. Der Terrorismus gehört dazu. Der Terrorismus liefert gerade jenen, die er angeblich bekämpfen will, eine entscheidende Waffe. Denn er wird gegen jeden Wunsch nach sozialer Veränderung, gegen jeden Wunsch nach Wechsel, gegen jedes Streben nach Freiheit ausgenutzt." (22. 10. 1977)

Auch „Le Monde" kommt bei der Analyse der Hintergrundinteressen zu diesem Ergebnis: „Im Grunde sind sie sehr nützlich, diese Terroristen jeder Couleur: Sie konsolidieren – ohne daß es ihre Absicht wäre – die lädierten Mauern von Gesellschaften in der Krise, indem sie es den Wohlmeinenden erlauben, die Kritik zum Schweigen zu bringen und die Analysen zu vermeiden. Es ist offensichtlich viel leichter, sich über die Zukunft der Demokratien angesichts des Terrorismus zu befragen, als den Versuch zu unternehmen, über ein System nachzudenken, das Arbeitslosigkeit erzeugt, der Jugend wenig Hoffnung läßt, die Natur zerstört und die Diktaturen in der Dritten Welt stützt . . . Und wehe denen, die bei aller Verurteilung ihrer (der Terroristen) Methoden sich fragen, ob ihre Abweichung nicht die erschreckende Widerspiegelung des Verrats ist, den die freien Staaten an den von ihnen proklamierten Idealen begehen! Wenn solche Überlegungen, Attentate auf die Intelligenz, Gewicht zu erhalten beginnen, ist es an der Zeit, sich über die Gesundheit der Demokratie Rechenschaft abzulegen." (13. 9. 1977)

Die „Basler Zeitung" sieht folgenden Kontext: „Man empört sich zu Recht über Entführungen und Morde in der Bundesrepublik – empörte und empört man sich dementsprechend über die Unverhält-

nismäßig größeren Verbrechen des Dritten Reiches? (Sind Kapplers Taten, ist Schleyers Vergangenheit vergessen?) Empören wir uns angemessen über den weiterreichenden Terror in Chile, in Oststaaten, in Südafrika? Läßt der Zorn auf deutsche Terroristen keinen Raum mehr für zornige Proteste gegen die entsetzliche Neutronenbombe?" (1. 10. 1977)

Das Kopenhagener „Ekstrabladet" stellt am 28. 10. 1977 fest: „Unter dem Vorwand der Sorge über den Terrorismus eskaliert die Polizeigewalt und reduzieren sich durch neue Gesetzgebung die demokratischen Bürgerrechtsgarantien drastisch. Das Berufsverbot hat Tausende von Deutschen wegen ihrer linken Ansichten arbeitslos gemacht . . . Zwei Drittel der Bevölkerung schreien nach der Todesstrafe, und die konservativen Parteien fordern das Verbot kommunistischer Vereinigungen. Ziemlich offen werden Millionen D-Mark mit die Nazi-Ära glorifizierenden und Hitler rein waschenden Filmen, Magazinen, Büchern und Schallplatten gemacht. Für viele ist das schlechte deutsche Gewissen durch eine neue Selbstüberheblichkeit ersetzt worden . . ." Und das dänische Blatt erklärt dezidiert: „Vor diesem Hintergrund muß der verzweifelte und kriminelle Terrorismus in dem in Westeuropa politisch und wirtschaftlich stärksten Staat gesehen werden. Das ist keine Entschuldigung für den Terrorismus, aber es hilft, ihn zu erklären." Die belgische Zeitung „La Wallonie" stellt sich (am 17. 10. 1977) gleichfalls die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Terroristen und Rechtskräften: „Die Bundesrepublik Deutschland scheint das bevorzugte Ziel des Terrorismus der kleinen Gruppen zu sein. Ist es ein Zufall, wenn von diesem Land auch die Rede ist angesichts des Wiedererwachens einer gewissen verständnisvollen Zuneigung zum alten Faschismus und zu einem modernisierten Autoritarismus? Offensichtlich nein! Die spektakuläre und pseudo-revolutionäre Gewalt findet einen ausgezeichnet geeigneten Boden in einem Lande, das sich in einer Entwicklung befindet, die nicht günstig ist für die Demokratie. Man denke nur an den ‚Terror der Rotationsmaschinen'." Auch einer durch und durch bürgerlichen Zeitung wie „France soir" ist die Instrumentalisierung der Terrorismus-Debatte in der BRD durch die Rechtskräfte und ihre Presse nicht entgangen: „Unter dem Vorwand, die Wurzeln des Terrorismus zu suchen und dessen Sympathisanten aufzudekken, hat die Presse der Rechten und der christdemokratischen Opposition Halali auf die Schriftsteller, Professoren und Theologen geblasen, die sich der Kritik an der deutschen Gesellschaft schuldig gemacht haben." (12. 10. 1977) Daß aber die wahren Ursachen der terroristischen Gewalttätigkeit eben nur durch die kritische Analyse der zugrundeliegenden gesellschaftlichen Verhältnisse erhellt werden können, spricht sehr deutlich z. B. der römische „Messagero" aus: „Viele Deutsche stellen sich den Terrorismus als eine Frucht weniger kranker Gehirne vor, die es zu eliminieren gilt. Dabei machen sie sich nicht klar, daß der Grund für den Terrorismus in der eigenen Gesellschaft liegt . . ." Und das Blatt fährt fort: „Leider ist die Bundesrepublik ein Land, in dem die Repression zu einem Kult geworden ist. Das ist das Terrain, auf dem der Terrorismus entsteht." (25. 10. 1977)

Der Blick in die Auslandspresse zeigt, daß jede ernsthafte Suche nach den wirklichen Ursachen des Terrorismus – und deshalb offenbar ist diese Suche in der BRD selbst so schwierig – unweigerlich auf die alten und neuen Kräfte und Erscheinungsformen der Rechten in diesem Land und auf ihre fatale Kontinuität stößt. So beklagen die „Luzerner Neuesten Nachrichten" den Verlust des liberalen Denkens in der Bundesrepublik: „Von daher kommt, auch hierzulande, ein dumpfes Angstgefühl vor den deutschen Entwicklungen. Wenn das ‚liberale Denken' schwinden sollte, könnten Abenteurer denken, ihre Zeit sei wieder angebrochen. Nun trifft es sich", fährt die Schweizer Zeitung, eine in der BRD verpönte

Wahrheit aussprechend, fort, „daß auch das Opfer der Terroristen, daß Hanns Martin Schleyer kein Verteidiger, nicht einmal ein Anhänger des liberalen Denkens war, solange im Dritten Reich des Führers Wille galt . . . Im Terroristenversteck trifft sich deutsche terroristische Gegenwart mit Deutschlands Vergangenheit. Das macht die Szene mit dem Gefangenen der ‚Roten Armee Fraktion' so unheimlich." (18.9. 1977) In der gleichen Ausgabe der „Luzerner Neuesten Nachrichten" wird der „Auftrieb" für „Alt- und Neo-Nazis" in der Bundesrepublik konstatiert: „Immer offener treten sie auf, oft unbehelligt von der Polizei. Inzwischen sind auch bereits Tausende von Jugendlichen in faschistischen Verbänden organisiert."

„Der anarchistische Terrorismus und die Entwicklung des Neonazismus" aber, erklärt „L'Humanité" (am 12.9. 1977) bündig, „sind zwei Aspekte, über die die internationale öffentliche Meinung ganz besonders und zu Recht beunruhigt ist . . . Neonazis und anarchistischer Terrorismus sind in Wirklichkeit nur zwei Seiten einer und derselben Medaille. Sie gehören nicht nur zusammen, sie leben auch voneinander. Der eine beruft sich auf den anderen als Alibi. Aber in diesem tragischen Spiel gewinnt am Ende die Reaktion . . ."

Aufschlußreich ist das Gespräch, von dem der französische „Nouvel observateur" in einem „McCarthyismus auf deutsch" betitelten Artikel (am 10.10. 1977) berichtet: „In Düsseldorf hat uns ein Vertreter des Unternehmerverbandes Ruhr ohne Umschweife erklärt, daß Willy Brandt und seine Freunde – die Sozialdemokraten – nicht willens seien, ‚die Maßnahmen zu ergreifen, die ein Überleben unserer auf Privateigentum gegründeten Gesellschaft garantieren' . . . ‚Es sind Männer wie Willy Brandt, die in Deutschland ein Klima geschaffen haben, in dem sich der Terror entwickelt hat.'"

Einer derart durchsichtigen Ursachenforschung wäre die nachstehende Schlußfolgerung von „L'Unità" (Rom) gegenüberzustellen: „Wenn man aus dieser jüngsten Tragödie eine Lehre ziehen kann, dann liegt diese in der klaren Erkenntnis, . . . daß entscheidende Schritte auf dem Weg zu Wandlungen der politischen und sozialen Beziehungen, der wirtschaftlichen Struktur gemacht werden müssen, ohne die wir niemals aus der hysterischen Krise herauskommen werden, deren heftigste, aber nicht einzige Symptome die brutalen Taten der verschiedenen Terrorbanden sind." (18.10. 1977) Oder mit den Worten der bürgerlichen „Basler Nachrichten" gesprochen: „Über Fragen wie die, ob die deutsche Demokratie nach 1945 nicht mit zuviel Restauration belastet worden ist, ob es nicht an einem Engagement der Bürger für die Demokratie und dieser Demokratie an die Jugend beeindruckenden Perspektiven fehlt, wird nach dem Ende des akuten Entführungsdramas auch in der Bundesrepublik diskutiert werden müssen." (4.10. 1977)

Oder aus US-amerikanischer Sicht: „Natürlich ist Westdeutschland nicht die Weimarer Republik und noch viel weniger das Dritte Reich. Man kann sich jedoch den Beobachtungen nicht entziehen, daß die Vorkommnisse in der letzten Woche gezeigt haben, daß die Denkungsart, die Hitler an die Macht gebracht hat und diese hat ausüben lassen, noch immer bei einigen – ich möchte ungerne darüber Spekulationen anstellen, bei wie vielen – Deutschen tief verwurzelt ist.

Denn wo liegt der qualitative Unterschied zwischen der häufig gehörten Bemerkung in diesem Land, daß „wir unter Adolf keine Pornographie, keine Taxi-Überfälle und keine Sexual-Mörder hatten", und gewissen „Kopf-ab"-Erwägungen, denen jetzt in der Terroristenszene Ausdruck verliehen wird." („International Herald Tribune" v. 13.9. 1977)

2. Wohin treibt die Bundesrepublik?

Die bereits bei der Beschäftigung mit den Ursachen und dem politischen Kontext

des Terrorismus in der BRD festgestellte Besorgnis über die Rechtslastigkeit dieses Landes verstärkt sich, wenn nach den Auswirkungen des Falls Schleyer gefragt wird.

„Trotz ihrer Verbrechen sind die 16 Terroristen nicht die größte Bedrohung einer schwachen deutschen Demokratie, sondern das offizielle Deutschland selbst. Für diejenigen, die an ein demokratisches Deutschland glauben und darauf hoffen, sind die Tage nicht schön", erklärt das Kopenhagener „Ekstrabladet" (am 23. 10. 1977). „Deutschland, so jedoch stehen nun manche Zeichen, tritt in den Zustand der geistigen Verdunkelung ein", schreibt (am 25. 10. 1977) das „Berner Tagblatt". Zurückhaltender, aber in der Tendenz sehr ähnlich, äußert sich die „Basler Zeitung": „Eine Fahndung in der Größenordnung, wie sie in unserem Nachbarland durchgeführt wird, birgt vielfältige Gefahren. Denunziantentum muß nicht, kann aber gefördert werden, zumal mit der ‚Sympathisantenhetze' der letzten Tage das Klima vorbereitet wurde. Und schließlich besteht die Gefahr, daß der Fahndungsapparat auch später beibehalten wird, nur weil er effizient funktioniert. Das einmal große Kaliber wird auch dann verwendet, wenn es nicht nötig wäre. Und hier liegt eine Gefährdung für den Rechtsstaat, die die Verantwortlichen der Bundesrepublik hoffentlich erkennen." (21. 10. 1977)

Im „Tagesanzeiger" (Zürich) v. 5. 10. 1977 ist zu lesen: „Aus dem Rechtsstaat droht ein Auf- und Abrechnungsstaat zu werden. Der Abwehrkampf gegen den Terrorismus hat die Bundesrepublik in einen geistigen Belagerungszustand versetzt. Wer in diesem Kampf nicht voll mithält, wird der Fünften Kolonne zugerechnet. Bereits ist es so weit, daß es niemand mehr wagt, zur Terrorismusbekämpfung ein ‚Wenn' oder ‚Aber' zu äußern, ohne gleichzeitig jede Gewalt feierlich zu verurteilen. – Die Deutschen sind auf gesellschaftliche Anpassungsdrücke ohnehin anfällig." Die Bundesrepublik, heißt es in der „International Herald Tribune" vom 27. 9. 1977, sei „dabei, sich in eine Festung zu verwandeln – hinsichtlich der Atmosphäre und auch der Mentalität. Bonn, einst als so provinziell und verschlafen angesehen wie Liechtensteins Vaduz, gleicht jetzt einer Garnisonsstadt, in der Panzerwagen, Maschinengewehr tragende Polizisten, nervöse Sicherheitsagenten mit verräterischen Ausbuchtungen unter ihren Jacken und Beamte mit grimmig dreinschauenden Hunden die ganze Zeit über die Straßen kontrollieren . . . Beunruhigender jedoch sind die Anzeichen dafür, daß das Land auf eine deutsche Version des McCarthyismus zusteuert . . ."

„Die Bundesbehörden haben sich" – schreibt „Le Monde" am 4. 10. 1977 –, „in ihrem tödlichen Dialog mit der RAF in einen Prozeß ohne Ende eingelassen . . . Nach und nach ersetzt die Bundesrepublik die Freiheit des Bürgers durch die Sicherheit des Staates . . .", und das niederländische „NRC-Handelsblad" vom 2. 10. 1977 resümiert: „Vorläufig bietet die Situation in der Bundesrepublik Deutschland ein sehr düsteres Bild: Terrorismus auf der einen Seite, zunehmender hiesiger Gegenterrorismus auf der anderen Seite und ein politischer Streit, der durch die Rechtskräfte auf einem außergewöhnlich niedrigen Niveau geführt wird."

Der britische „Guardian" (v. 3. 10. 1977) konstatiert: „McCarthy lebt, und zwar gut, in Deutschland. Marie-Luise Rinser wurde in Deutschland abgesetzt von der Bühne. Die intellektuellen Kreise in Deutschland sind aufgebracht. Die Konservativen in West-Deutschland haben schon allzu lange auf diese Tag der Abrechnung mit der neuen Linken gewartet. Für sie sind Sympathisanten sogenannte Intellektuelle, weiche Liberale oder Marxisten und Leninisten . . . Das politische Klima ist schon vergiftet."

Was die nächsten Ziele der Rechtskräfte in den verschiedenen Parteien seien, spricht die Wiener „Presse" – die wie die meisten österreichischen Zeitungen in

diesen Tagen den Eindruck aufkommen läßt, als sei Österreich bereits ein Protektorat der Bundesrepublik – mit deutlicher Sympathie aus: „Bei den Sozialdemokraten wie bei den Liberalen gibt es Grundsätzliches seit langem endlich auszutragen. Was die Koalition betrifft, hat der Abgang von Friderichs für manche Signalwirkung. Auf Seite der Opposition wird Kohls Erscheinung immer blasser. Strauß fühlt sich bestätigt. Im Element. Lange wird es nicht dauern, bis man nicht mehr von dem unglücklichen Schleyer, sondern von dem künftigen Weg der Bundesrepublik sprechen wird. Hinter den Kulissen gruppieren sich die Akteure." (27.9. 1977) „Die westdeutsche Regierung" – meint „L'Humanité" am 10.9. 1977 – „ist dabei, denen nachzugeben, die mit großer Lautstärke eine Verstärkung des Unterdrückungsapparats fordern", – und am 12.9. 1977: „Die Zusammensetzung des ominösen Krisenstabes, den Helmut Schmidt in diesen Tagen vereinigt, spricht Bände darüber, wie sehr er sich schon mit den fortschrittsfeindlichen Politikern eingelassen hat. Man kann sich sogar fragen, ob dieser Krisenstab nicht in gewisser Weise die Rückkehr einer großen Regierungskoalition vorbereitet, in der ein Strauß seinen Platz hat." Auch der bürgerliche Pariser „Figaro" spricht am 20.9. 1977 von der Entstehung einer „heiligen Union" zwischen den Bundestagsparteien, eine Anspielung auf die „Heilige Allianz" der europäischen Reaktion nach dem Wiener Kongreß von 1815.

Zumindest der zweite Teil der nachstehenden Überlegungen von „Le Monde" (v. 15.9. 1977) erscheint bisher als zu schön, um wahr zu sein, selbst wenn neuerdings auch SPD-Politiker Erklärungen gegen das Wiederaufleben rechtsextremer Strömungen abgegeben haben: „In Bonn will man offensichtlich vermeiden, den Beschuldigungen derer Vorschub zu leisten, die die Befürchtung hegen, daß sich die Bundesrepublik Deutschland aus einer Reaktion heraus zu einem rechten Polizeistaat entwickelt. Mithin ist es nicht auszuschließen, daß nach der Affäre Schleyer das Aufflammen der linksextremen Gewalt die Bundesregierung veranlassen wird, auch ihren – bisher reichlich lauen – Kampf gegen das Wiederaufleben einer rechtsextremen Gewalt zu verstärken."

3. Zweifel an der BRD-offiziellen Darstellung der Vorgänge in Stammheim

In den Nachbarländern der Bundesrepublik ist bis heute die Bereitschaft gering, sich mit den Widersprüchen und Lücken in den bekanntgewordenen Stuttgarter und Bonner Versionen über die Vorgänge in Stammheim (um den Tod der Häftlinge Baader, Ensslin und Raspe) zufriedenzugeben. „La Stampa" (Turin) schreibt am 19.10. 1977: „Es handelt sich um eine finstere Tragödie mit beunruhigenden Aspekten. Die Terroristen waren zwar wegen Mord und Entführungsdelikten verurteilt, aber ihr verzweifeltes Ende weckt Mitleid und Fragen über ihr verfehltes Leben. Die anormalen Umstände ihres Endes fordern, daß die Wahrheit mit äußerster Gründlichkeit ans Licht gebracht wird. Jeder Tod im Gefängnis erregt Verdacht, noch dazu mit angeblich eingeschmuggelten Waffen . . ." Auch der „Corriere della Sera" (Mailand) vom gleichen Tage meint: „Der Selbstmord der Gefangenen in Stammheim beweist einerseits die Sinnlosigkeit des Terrorismus, andererseits sind die Umstände des Selbstmords von Baader und Genossen mysteriös. Es ist dringend erforderlich, daß die deutsche Justiz die näheren Einzelheiten in ein helleres Licht rückt. Hierbei handelt es sich nicht mehr um eine innere Angelegenheit der Bundesrepublik, sondern um etwas, was die gesamte zivilisierte Welt angeht. Wie haben die Häftlinge sich Waffen beschaffen können? Wozu haben also unter diesen Umständen die Kontaktsperre-Maßnahmen genützt?" In „Paese Sera" heißt es am 20.10. 1977: „Die Ereignisse von Stammheim sind beunruhigend, nicht allein wegen der Verletzung der Gesetze und Prinzipien des Staates, sondern auch weil sie an nicht identifizierte Einflüsse

von außen denken lassen, die sich offenbar der politischen Kontrolle entziehen. Dies ist eine schwerwiegende Hypothese, die auf der Bundesrepublik lastet. Insbesondere auch wegen der Rolle, die dieses Land in Europa spielt."

Die konservative norwegische „Aftenposten" überschreibt ihren Bericht am 20.10. 1977: „Starker Zweifel an Selbstmordtheorie". In Athen gibt die Partei Andreas Papandreous am gleichen Tage eine Erklärung ab, in der es im Blick auf die Stammheimer Vorgänge heißt: „Terror-Aktionen staatlicher Organe, die gegen eigene Bürger gerichtet seien, seien besonders grausam." Die Bundesregierung sei verpflichtet, nicht nur Erklärungen abzugeben, sondern auch Beweise zu geben, daß die Mitglieder der Baader-Meinhof-Gruppe nicht hingerichtet worden seien. Sollte sie das nicht tun, würde man sie für die Schaffung eines „Klimas verantwortlich machen, welches an die Nazizeit erinnere". Ein Gefangener müsse nach den Gesetzen aller kultivierten Länder geschützt werden. Sollte die Bundesregierung keine Beweise erbringen, so sollte die griechische Regierung die Angelegenheit wegen Verletzung der Menschenrechte vor den Europarat bringen. In „Le Monde" heißt es am 25.10. 1977: „Sicher, Schmidt und Giscard d'Estaing können ein gutes Gewissen haben . . . Sie haben die Ordnung verteidigt, aber diese Ordnung ist ebenso barbarisch wie die Unordnung, über die sie triumphieren . . . Die Terroristen verdienen nicht, daß man sie wie Hunde behandelt, sie in Gefängnisse einschließt, in denen sie mit wissenschaftlicher Grausamkeit behandelt werden und man sie zum Selbstmord treibt." In einem weiteren Beitrag in „Le Monde" vom 25. 10. 1977 erklärt der Amerikaner Buchanan, Autor eines Buches über den Kennedy-Mord, Selbstmord der drei Terroristen ohne Beihilfe sei absolut ausgeschlossen, und der „Corriere della Sera" erklärt am 26.10. 1977: „Was in Stammheim passiert ist, bleibt nach wie vor mysteriös. Wenn man der weitgehenden Hypothese folgen würde, nämlich der, daß ein Minister die Ermordung befohlen oder ein Beamter aus eigener Initiative gehandelt oder der Geheimdienst die Bluttat ausgeführt habe, so wäre dies eine monströse Verletzung der Legalität . . . Angesichts der tiefgehenden Empörung in Italien über das, was in Deutschland geschieht, bleibt wenigstens die Hoffnung, daß diese Proteste ein Ergebnis bringen, das die Normalität wieder herstellt. Der deutsche Staat kann noch seine Ehre retten."

4. Angst vor einem Export des „Modells Deutschland"

In der eingangs zitierten Fernsehsendung vom 2.11. 1977 über die angeblich „antideutschen" Stimmen in Westeuropa wurde als besonders unverständlich vermerkt, daß solche Kritik ausgerechnet aus mit der Bundesrepublik eng verbündeten Ländern komme. Aber gerade *wegen* dieser Verflechtung in EG, NATO usw. fürchten von Italien über die Schweiz bis Dänemark alle Anrainer einen möglichen „Import ‚deutscher Zustände'" („De Volkskrant" v. 16.10. 1977), zumal die Bundesrepublik selbst sich anmaßend als „Modell Deutschland" präsentiert.

Die Assoziationen, die der Großmachtanspruch der Bundesrepublik auch im westlichen Ausland wachruft, spiegelt der folgende Ausschnitt aus der französischen Zeitung „Le Matin" (v. 20.9. 1977) wider: „Die moralische Vormundschaft von seiten der Exverbündeten hat lange genug gedauert. Deutschland hat sich wieder aufgerichtet. Unter den Ländern Europas brüstet sich die Bundesrepublik im stolzen Panzer ihrer Mark und ihrer Disziplin. Endlich geht sie aus dem langen Krieg dank ihrer Zähigkeit als Sieger hervor. Heute ist sie mit sich zufrieden. Sie gefällt sich. Sie fühlt sich geradezu als Vorbild. Von nun an zahlt Deutschland in Mark. Es hat sich reichlich freigekauft. Schluß mit dem schlechten Gewissen. Die ‚neue moralische Ordnung' wird von den internationalen Banken garantiert. In der Tat ist der ehemalige SS-Oberst Herbert

Kappler ein Symbol von Gehorsam. Heute wie gestern bleibt die Hierarchie der geheiligte Wert in Deutschland. Die Bundesrepublik ist Garant der Stabilität . . ."

„Beunruhigendes Deutschland, das Giscard d'Estaing uns als Modell vorhalten wollte", schreibt „L'Humanité" am 12.9. 1977, und die Londoner „Times" vom gleichen Tage konstatiert für die BRD „eine Gefahr, daß ihre innere politische Entwicklung sie nach und nach abdriften lassen (könne) von der gemeinsamen Mitte, die Europa zusammenhält". Der italienischen Zeitung „Paese Sera" zufolge „geht die Schizophrenie der deutschen Politiker – liberal nach außen einerseits, mit Berufsverbot im eigenen Haus andererseits – weiter. Sie läuft Gefahr, von den beunruhigenderen, aber vielleicht glaubwürdigeren Positionen der CDU/CSU überwunden zu werden. Denn auch die Opposition bietet der Welt und Europa ein eigenes ‚Modell Deutschland' an." (25.10. 1977)

In der „Basler Zeitung" vom 28.9. 1977 wird als einer der „Erfolge" der Anarchisten angeführt, „daß – sogar hierzulande (d.h. also in der Schweiz) – allmählich ein freiheits- und demokratiefeindliches Bürgerwehrklima zu entstehen droht . . ." Die dänische „Information" vom 6.10. 1977 meint in ihrem Leitartikel, die bundesdeutsche Gesellschaft „weiger(e) sich mit steigendem Fanatismus, ihren Kritikern in die Augen zu sehen".

Das Kopenhagener „Ekstrabladet" (vom 29.11. 1977) erklärt: „Auf längere Sicht ist es am gefährlichsten, wenn sich die dänische Polizei zu wohlwollend zeigt, den Wunschtraum der deutschen Polizei nach einem Europa zu verwirklichen, das von Bonn aus und mit einem Franz Josef Strauß als politischem Einpeitscher dirigiert wird. Daher ein guter Ratschlag an die dänische Polizeiführung: Es darf keine inoffiziellen Kanäle unter oder über die deutsch-dänische Grenze geben. Man muß amtliche Anträge fordern und diese in Ruhe und mit gesunder Vernunft überprüfen. Terrorhysterie ist fast so gefährlich wie Terrorismus." Auch der „Groene Amsterdamer" vom 9.10. 1977 sieht die Gefahr, daß der gewöhnliche Polizeibeamte durch eine militarisierte Polizeimacht ersetzt werde, die weniger dem Schutz des Bürgers als der Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung zugutekomme. Der europäische Vertrag zur Bekämpfung des Terrorismus drohe, die juristische Landkarte von Westeuropa zu verändern, den liberalen Rechtsstaat zu verdrängen und eine europäische polizeiliche Einheit nach westdeutschem Muster zu schaffen.

Die Mißachtung der geltenden Rechtsgrundlagen bei der Zulassung bundesdeutscher Polizeimaßnahmen innerhalb der Niederlande hat in der dortigen Öffentlichkeit viele kritische Reaktionen hervorgerufen.

Eine Karikatur in „De Volkskrant" vom 29.9. 1977 mit der Überschrift: „Die Rheinprovinz" zeigt den niederländischen Minister Gaay-Fortman als „Justizminister des westdeutschen Teilstaates Niederrhein". Neben dem Minister eine Zelle, in der ein deutscher Polizist jemanden verhört . . .

Zur bundesdeutschen Klage über die „antideutsche Kampagne" in Frankreich schreibt die Berner „Tagwacht" am 13.10. 1977: „Ordnungshysterie wurde somit auch nach außen projiziert. Man sah sich schon am Vorabend eines neuen deutsch-französischen Krieges, zumindest auf dem Zeitungspapier . . ." In Frankreich hat sich die Forderung der Bundesrepublik nach Auslieferung des Anwalts Klaus Croissant zu einer Art Prüfstein dafür entwickelt, inwieweit das Land noch bereit oder in der Lage sei, seine Souveränität und seine Rechtsordnung vor Pressionen des expansiven Nachbarn BRD zu bewahren. Eindrucksvoll hat dazu in „Le Monde" vom 13.10. 1977 Serge Klarsfeld Stellung genommen: „Ich gehöre einer politischen Familie an, die in Opposition zu den Klienten von Anwalt Croissant steht . . . Um so

leichter fällt es mir, die Richter des Appellationsgerichts über die unzulässige Haltung der deutschen Justiz gegenüber Nazi-Verbrechern, die in Frankreich gewirkt haben . . . Wie kann man die Auslieferung von Anwalt Croissant fordern, wenn man deutsche Anwälte schützt, die Spezialisten politischer Verbrechen eines Ausmaßes waren, das in keinem Verhältnis zu denjenigen der Baader-Bande steht? . . . Die Auslieferung von Anwalt Croissant würde von einem neuen und furchterregenden Kräfteverhältnis zwischen Deutschland und Frankreich zeugen." Bereits in „Le Matin" vom 3.10. 1977 hatte es zur Verhaftung von Croissant in Paris geheißen: „Man wußte von der Existenz von Polizeistaaten. Man weiß von nun an, daß ein gemeinsamer ‚Polizeimarkt' existiert. Die Verhaftung von Anwalt Croissant durch die französische Polizei ist seine erste Auswirkung. An Beweisen dafür fehlt es nicht, angefangen vom Jubel der deutschen Presse . . . Man darf sich nichts vormachen. Der Fall Croissant geht über die Persönlichkeit und die Rolle des Stuttgarter Rechtsanwalts hinaus . . . Die Deutschen wollen Croissant einen ‚Muster'-Prozeß machen. Mit der Antwort auf die Frage: ‚Auslieferung oder nicht' werden die Richter der Anklagekammer in der Tat die Temperatur der Beziehungen zwischen der liberalen fortgeschrittenen Gesellschaft und der Sozialdemokratie nach deutscher Art für die künftigen Tage festsetzen. Das ist viel verlangt von Richtern." Am 10.10. 1977 erklärte „Le Matin", wenn die Auslieferung Croissants an die BRD verweigert werde, „dann würde dies den totalitären Methoden einen Einhalt gebieten, die, von der Bundesrepublik ausgehend, sich über Europa ausbreiten könnten".

*

Die Vielzahl besorgter Stimmen aus dem Ausland dürfte bei allen, die sie im tatsächlichen Wortlaut hören, zumindest Nachdenklichkeit auslösen. Gelegentliche Überspitzungen ändern nichts daran, daß es zum eigenen Schaden der Bundesrepublik wäre, die Kritiker schlicht zu ignorieren. Die Turiner Zeitung „La Stampa" hat am 24.10. 1977 einen Zusammenhang formuliert, den aufmerksam zur Kenntnis nehmen sollte, wer da von „antideutscher Welle" spricht. „Es ist schwierig, diese Deutschen zu verstehen, die sich selbst weigern, die anderen zu verstehen. Man kann sehen, daß die Intoleranz die dominierende Charakteristik der Deutschen von 1977 ist." – Ein Pauschalurteil, das letztere, und ungerecht wie jedes Pauschalurteil, aber es trifft den wunden Punkt: Wenn diese Bundesrepublik sich nicht endlich wirklich von den Schatten der faschistischen Vergangenheit befreit, nicht mit dem alten und neuen Antikommunismus, mit Berufs- und Denkverboten bricht, wird sie sich isolieren oder zum Ansteckungsherd in Europa werden. Daß unsere Nachbarn eine solche Entwicklung nicht länger einfach hinzunehmen bereit scheinen – schon aus zunehmender eigener Mitbetroffenheit heraus –, sollte in der Bundesrepublik nicht als antideutsche Einmischung, sondern als eine Hoffnung für die Sache der deutschen Demokratie aufgenommen werden.

Karl D. Bredthauer

Kleine Bibliothek Politik · Wissenschaft · Zukunft

86 **Bayertz/Schleifstein** Mythologie der „kritischen Vernunft". 270 S. DM 14,80
89 **Apel** Umfrage UdSSR und Offener Brief an Sacharow. 176 S. DM 9,80
91 **Preiß** Humanisierung der Arbeitswelt. 132 S. DM 12,80
94 **Mannhardt/Schwamborn** Zivildienst Handbuch. 142 S. DM 9,80
95 **Sandkühler** (Hrsg.), Betr.: Althusser. 225 S. DM 14,80

Pahl-Rugenstein

Besorgnis in den Benelux-Ländern

Ein Gespenst geht um in Westeuropa, das Gespenst des längst totgeglaubten teutonischen Ungeheuers. Mehr als die Franzosen, die eher darüber spotten, fürchten es die kleinen westlichen Nachbarn der Bundesrepublik. In den Benelux-Staaten war der Beifall für die geglückte Geiselbefreiung in Mogadischu gedämpfter und, dies vor allem, kurzlebiger als in anderen Ländern. „Der erste kriegsmäßige Einsatz deutscher Soldaten im Ausland seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges", wie man die Aktion etwas überspitzt nannte, weckte hierzulande mehr oder weniger gemischte Gefühle. Sie schlugen inzwischen um in offenes Entsetzen über die Vorgänge in der Stammheimer Gefängnisfestung.

Die Mordversion halten zwar nur die kleinen Anarchistenzirkel für glaubhaft. Dafür aber glaubt kaum jemand an – echten – Selbstmord. Die Reaktion der Regierungen in Brüssel, Den Haag und Luxemburg und die Meinung der Massenmedien deckt sich hierbei überhaupt nicht mit der „öffentlichen Meinung". Die kühle Präzision, mit der die Geiselbefreiung geplant und durchgeführt wurde, weckte bei den meisten Menschen hierzulande düstere Erinnerungen an den ebenso kühl und präzise geplanten Überfall auf ihre neutralen Heimatländer in beiden Weltkriegen.

In Belgien, den Niederlanden und Luxemburg beschäftigt man sich weitaus intensiver mit der Bundesrepublik als in der Bundesrepublik mit den Benelux-Staaten. Die Beobachtung des unheimlichen östlichen Nachbarn gehört hier zu dem aus keineswegs vergessener böser Erfahrung geborenen politischen Muß. Folglich weiß man dort auch mehr, als ihm lieb sein kann, über Baden-Württembergs „Law-and-Order"-Ministerpräsidenten Hans Filbinger. Dem Ex-Marinerichter, der noch nach der Kapitulation des Dritten Reiches Matrosen wegen Desertion verurteilte und hinrichten ließ, traut man durchaus zu, daß seine Untergebenen bei den Stammheimer Selbstmorden etwas nachgeholfen haben könnten. Ein Mann mit solcher Vergangenheit, der zudem heutzutage wieder unaufhörlich nach schärferen Gesetzen ruft, darf sich darüber nicht wundern.

Die Bettelei der Ensslin-Mutter um Spenden für einen Zahnersatz ihrer Tochter, den der pensionierte Pastor leicht von seinem nicht niedrig bemessenen Ruhegehalt hätte bezahlen können, die Bitte um ein Gemeinschaftsgrab für die drei Toten und den hinterher in einer Gastwirtschaft veranstalteten Leichenschmaus empfindet man jenseits der westlichen Grenzen durchaus als geschmacklose Provokationen. „Haben diese Menschen denn überhaupt kein Schamgefühl?", fragt man hier. Um so schwerer wiegt, wie man die Kritik des Ministerpräsidenten Filbinger an der humanen Entscheidung des Stuttgarter Oberbürgermeisters Manfred Rommel beurteilt, die gemeinsame Bestattung von Baader, Ensslin und Raspe zu erlauben. Man erinnert sich nämlich daran, welche demütigende Rolle Vater Generalfeldmarschall Erwin Rommel im Widerstand gegen den Nationalsozialismus spielte. Dessen Köpfe – allen voran der Hitler-Attentäter Stauffenberg – seien ursprünglich stramme Nationalsozialisten oder doch Sympathisanten des Nationalsozialismus gewesen und hätten Hitlers Politik bis hin zur Annektion Österreichs, der Zerschlagung der Tschechoslowakei, dem Überfall auf Polen und der Besetzung Dänemarks und Norwegens und der Benelux-Staaten gebilligt. Erst als alles verloren zu gehen drohte, hätten sie sich anders besonnen. Und ausgerechnet diese Leute hätten Rommel lange mißtraut und ihn für einen überzeugten Nationalsozialisten gehalten. Dabei sei gerade er es gewesen, der sich gegen einen Tyrannenmord ausgesprochen und darauf bestanden habe, Hitler zu verhaften

und vor ein ordentliches Gericht zu stellen. Dieses Vorgehen wäre – im Fall des Gelingens – sicher ein wesentlicher Beitrag gewesen zum Prozeß der demokratischen Selbstreinigung nach der Periode der Diktatur. Es hätte aber auch die Mitschuld derjenigen entlarvt, die Hitler schließlich umbringen wollten. Umbringen müssen habe sich dann der Ehrenmann Rommel.

Charakteristisch ist dann natürlich auch die bitterböse Parallele zwischen den Schicksalen von Rommel senior und Rommel junior und zwischen dem ungeboren gebliebenen Staat der Stauffenbergs und dem existierenden und die Stauffenbergs als eine Art Nationalhelden verehrenden Staat Bundesrepublik Deutschland. Rommel senior habe man physisch erledigt, und Rommel junior drohe politisch erledigt zu werden. Der Staat der Stauffenbergs, so fürchtet man, wäre ein Staat geworden, wie die Bundesrepublik einer ist: Ein Staat des Verschweigens, Verniedlichens, Beschwichtigens und Verharmlosens.

Mogadischu und Stammheim bestärkten bei den kleinen westlichen Nachbarn der Bundesrepublik – was immer latent vorhanden blieb, aber dadurch wieder offen ausbrach – Mißtrauen. Natürlich wurzelt es in der unvergessenen Vergangenheit. Zweimal binnen fünfundzwanzig Jahren überfiel das Sechzig-Millionen-Reich der Deutschen das Dreihundertdreißigtausend-Seelen-Völkchen der Luxemburger. Im Zweiten Weltkrieg widersetzte sich die Bevölkerung in einem von den Nazis abgehaltenen Plebiszit mit überwältigender Mehrheit der Parole „Heim ins Reich" und wehrte sich schließlich offen mit einem Generalstreik. Resultat: Zwangsumsiedlung Tausender von Familien in die besetzten Ostgebiete, Zwangsrekrutierung Tausender von Wehrfähigen zur Wehrmacht, Exekution Tausender von Widerstandskämpfern. Im Verhältnis zu seiner Bevölkerungszahl war das Blutopfer des luxemburgischen prozentual größer als das des jüdischen Volkes. Luxemburgs Zwangsrekrutierte, soweit sie überlebten, kämpfen bis heute vergebens um eine angemessene finanzielle Wiedergutmachung. Dieser Begriff hat gerade hier eine ganz besondere Bedeutung. Im Luxemburger Rathaus unterzeichneten Konrad Adenauer und Mosche Scharett nämlich vor fünfundzwanzig Jahren das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen. Für Luxemburg, und natürlich auch nicht für die beiden übrigen Benelux-Länder, wurde es keineswegs zum Modell. Gerhard Schröder, Adenauers arroganter Außen-, und Hans Apel, Schmidts flapsiger Finanzminister, beschieden kühl die zahlenmäßig natürlich viel weniger als etwa die Juden ins Gewicht fallenden Luxemburger: „Wo kämen wir da hin?"

In Belgien und den Niederlanden trifft, wer sich aufmerksam umschaut, auf Schritt und Tritt auf die anklagenden Denkmäler deutscher Weltmachtträume. Als Zeuge für das, was die drei kleinen Völker nicht vergessen können, genügt der Hinweis auf den Namen Anne Frank. Solange die Opfer und ihre Kinder und ihre Enkel noch leben, gibt es für das, was geschah, kein Vergessen.

Die Deutschen machen es sich zu leicht, wenn sie verlangen, man müsse endlich vergeben und vergessen und ein neues Blatt aufschlagen in der Beziehung der Völker. Mißtrauen, Ablehnung und Furcht vor dem östlichen Nachbarn beruhen nämlich keineswegs nur auf den bitterbösen historischen Erfahrungen. Womöglich noch mehr kreidet man den Deutschen ihr heutiges Verhalten an.

Der Massentourismus blieb, das beweist nichts schlagender als der unverändert niedrige Beliebtheitsgrad der Deutschen bei ihren engsten Nachbarn, ohne jegliche positie völkerpsychologische Auswirkungen. Nur einige Beispiele: Im Kölner Hauptbahnhof verweigert die amtliche Wechselstube die Annahme von luxemburgischen Franken (im Gegensatz übrigens zum schweizerischen Genf, das dreimal so weit wie Köln entfernt ist von

Luxemburg). Deutsche Touristen in Luxemburg, aber auch in Belgien und den Niederlanden, ersparen sich ungewöhnlich häufig den Geldwechsel. In Hotels und Kaufläden mag das noch angehen; dort nimmt man auch Deutsche Mark, freilich zu einem denkbar unvorteilhaften Wechselkurs. Wer sich also selbst bestraft, das sind die „dummen Deutschen". Wer aber einmal erlebt hat, wie ein Deutscher am Fahrkartenschalter des Lütticher Hauptbahnhofs und am Briefmarkenschalter der Luxemburger Hauptpost mit deutschem Geld bezahlen will, schüttelt nur noch hilflos den Kopf. Oder jener Deutsche, der in einem Terrassencafé auf dem Luxemburger Paradeplatz lautstark verkündet: „Ihr Luxemburger seid natürlich Deutsche, Ihr könnt es ruhig zugeben!"

In Deutschland verkleinert man das gewöhnlich als Ausnahmeerscheinungen. Selbst wenn sie es sein sollten, was überdies nicht stimmt, hinterlassen sie in der empfindlichen Volksseele der betroffenen Länder tiefe Spuren.

Leider leisten sich nicht nur „gewöhnliche Deutsche", sondern auch tonangebende deutsche „Staatsmänner" solche erschreckenden Fehlleistungen. Bundespräsident Scheel und Bundeskanzler Schmidt sind hierzulande durchaus nicht so beliebt, wie sie es vielleicht selber glauben mögen. Hier schüttelt man beispielsweise den Kopf darüber, daß der Bundespräsident in seinem österreichischen Feriendomizil Hinterthal mit einem ihm benachbarten Hotelier verkehrt, dessen nationalsozialistische Gesinnung im Ausland ebenso bekannt ist wie sein antisemitisches Geschwafle. Man hat hier auch kein Verständnis dafür, daß die Bundespräsidentengattin ausgerechnet am Begräbnis des Nazi-Barden Hans Gustl Kernmayr teilnimmt. Man wundert sich, daß die beiden den bösen Schein nicht scheuen und das (deutsche) Sprichwort nicht kennen: „Sage mir, mit wem du umgehst, und ich sage dir, wer du bist!"

Scheel wird allerdings übertrumpft von seinem Kanzler Schmidt. Dessen markige Sprüche: „Wir sind doch nicht die Zahlmeister Europas!" oder „Ich, der Weltökonom!" werden übel vermerkt. Wem das noch nicht genug ist, der höre genau hin. Schmidt als Finanzminister auf einem Bonner Empfang (Originalton): „Die Luxemburger haben in Brüssel heute gegen uns gestimmt. Was bilden die sich denn eigentlich ein? Wenn wir wollten, wären wir doch in einem Tag wieder dort!" Zeuge dieser unfaßlich instinktlosen Frechheit war ein luxemburgischer Journalist, der anschließend natürlich in seinem Blatt darüber berichtete. Als Antwort kam ein beleidigtes Dementi vom Ministerreferenten. Der Hinweis des Ohrenzeugen, er habe das schließlich selbst gehört, blieb ohne Erwiderung. Und das alles garniert mit einer Helgoländer Lotsenmütze, einer für einen Staatsmann wohl höchstens zum Segeltörn angemessenen Kopfbedeckung, an die der Herr Bundeskanzler der zweitgrößten Handels- und drittgrößten Industrienation der Erde, worauf er selten hinzuweisen vergißt, aber auch bei staatsmännischen Auftritten in Brüssel, Den Haag oder Luxemburg gern zackig die „Le Feldwebel"-Hand („Le Monde") zu reißen beliebt. Kann sich der Mann denn wirklich nicht vorstellen, welche Assoziationen er jenseits der eigenen Grenzen dadurch weckt?

Zwischen dem rechten Linken Schmidt und dem rechten Rechten Strauß und dessen Gesinnungsgenossen mag es, aus deutscher Sicht, beträchtliche Unterschiede geben. Vom Ausland her gesehen ist es Schmidts Land, in dem sich Bayern einen Innenminister leistet, der heute für die Todesstrafe eintritt, um den Terrorismus auszurotten, und der gestern Nazi-Verbrecher in den Nürnberger Prozessen verteidigte und der der Witwe des in Ägypten geendeten Nazi-Ideologen Johann v. Leers noch Ende der 60er Jahre eine Staatspension zu erstreiten übernahm.

Die antisemitischen Ausfälle eines ganzen Nestes junger Bundeswehroffiziere, welche die Eierschalen noch hinter den Ohren haben und schon deshalb keine in der Wolle gefärbten Nazis sein können, passen da ebensosehr in das skizzierte Bild der westlichen Nachbarn von der Bundesrepublik wie die Einladungen derselben Bundeswehr an den Ex-Obersten Rudel.

Dies alles mag für sich genommen oder zusammengezählt als bedauerlich, aber noch nicht gefährlich erscheinen – für die Deutschen. Jenseits der Grenzen sieht man, ob Rechtens oder nicht, jedenfalls *darin* den „Nährboden" des Terrorismus.

In der Bundesrepublik Deutschland will man es noch umgehen, bei den Nachbarn hat es schon begonnen – das Nachdenken über die wirklichen Ursachen des Terrorismus. Hier erstaunt es niemanden, daß Urheber und Opfer aus den gleichen Kreisen zu stammen pflegen. Hier schüttelt niemand den Kopf darüber, daß Buback-Nachfolger Rebmann in seinem Studentenkorps „Suebia" mit den Vätern der „Tatverdächtigen" Ensslin und Newerla verkehrte. Der Schoß ist, wie man hierzulande fürchtet, immer noch fruchtbar. Wer Mut hat oder ahnungslos ist, frage, was damit gemeint ist: Die Terroristen sind die Kinder jenes verrotteten deutschen Bürgertums, das einst gemeinsame Sache mit dem Nazismus machte – darüber gibt es hier keine Diskussion zwischen den Parteien der Linken und denen der Rechten, und sie alle sind sich darin näher als jede einzelne von ihnen der Bundesrepublik. In der Unfähigkeit dieses Bürgertums, sich davon selbst zu reinigen, im Verschweigen der eigenen Schuld, im Bemänteln, in der Flucht in den Materialismus – hier und nirgendwo anders erkennen die westlichen Nachbarn der BRD, und wohl nicht nur sie, die Wurzeln des Terrorismus.

Horst J. Andel, Luxemburg

Zur Entwicklung des gemeinsamen Regierungsprogramms in Italien

Mit der Unterzeichnung des Abkommens über die programmatischen Grundsätze der künftigen Regierungspolitik im Juli 1977 ging in Italien eine der längsten politischen Krisen zu Ende, die im Juni 1976 mit den Parlamentswahlen begann. Die Wahlen hatten mit einem Stimmanstieg der kommunistischen, sowie der christdemokratischen Partei und mit der teilweise drastischen Niederlage der „Zwischenparteien" (Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikaner und Liberale) praktisch jede bisher experimentierte Regierungslösung unmöglich gemacht: die Sozialisten hatten von Anfang an eine Rückkehr zum linken Zentrum, zur Zusammenarbeit mit den Christdemokraten, Sozialdemokraten und Republikanern abgelehnt; ein „rechtes Zentrum", eine Koalition der DC mit den Zentrumsparteien, hin bis zu den äußerst konservativen Liberalen, wie es sie 1972 das letztemal gegeben hatte, war durch den Volksentscheid vom Juli 1976, durch die „Wende" in der italienischen Politik unmöglich geworden. Die Wahl von Pietro Ingrao, Mitglied der nationalen Leitung des PCI, zum Vorsitzenden der neuen Abgeordnetenkammer, war das erste greifbare Zeichen des großen Gewichts der Kommunisten, das aus der italienischen Politik nicht mehr wegzudenken ist. Das Gewicht von 34,4% der Stimmen, aber vor allem das Gewicht in den Lokalverwaltungen und in den Regionen: in allen Provinzhauptstädten nördlich von Neapel sind die Kommunisten an der Regierung; insgesamt regieren sie zwei Drittel der italienischen Bevölkerung.

Aufgrund des Wahlergebnisses forderten Kommunisten und Sozialisten eine Regierung der nationalen Einheit, eine ge-

meinsame Anstrengung aller demokratischen Parteien angesichts der Krise, die mit unverminderter Härte anhält: eine Inflationsrate von über 20%, weit über eine Million Arbeitslose und der abrupte Fall der Produktion waren die klaren Anzeichen für die Tiefe der Krise in Italien. Eine Krise, so erklärten PCI und PSI, aus der man nur in Zusammenarbeit mit den linken, mit allen linken Parteien herauskommen kann.

Die Verhandlungen zwischen den sechs Parteien (Christdemokraten, Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikaner und Liberale), die sofort nach dem Krieg gemeinsam regiert hatten, und die den sogenannten „Verfassungsbogen" bilden, waren langwierig und alles andere als einfach: über 40 Treffen – so wollen eifrige Journalisten gezählt haben – auf den verschiedenen Ebenen: zwischen den Parteiexperten der einzelnen Problemkreise, die im Abkommen behandelt werden, zwischen den Sekretariatsmitgliedern, zwischen den Vorsitzenden. In dem Dokument werden ausschließlich innenpolitische Probleme behandelt (ein Dokument über außenpolitische Fragen wurde im Oktober von den sechs Parteien unterzeichnet und dem ersten Dokument beigefügt). In der politischen Einführung wird unterstrichen, daß die Wirtschaftslage weiter äußerst ernst ist, und daß die negativen Tendenzen vor allem in den Bereichen der Inflation, der Auslandsverschuldung und der Investitionen liegen. Gleichzeitig wird betont, daß das wesentliche Problem heute das ist, „den Arbeitslosen und vor allem den Jugendlichen einen Arbeitsplatz zu sichern".

Vielleicht die größte Aufmerksamkeit erregte das erste Kapitel, das sich mit „Problemen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit" befaßt. Darin heißt es: „Die Verteidigung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit garantieren bedeutet nämlich, die Autorität der demokratischen Macht behaupten und im Bewußtsein der Bürger die Glaubwürdigkeit der freien Institutionen stärken, die aus dem Widerstandskampf hervorgegangen sind, und die von der Verfassung sanktioniert wurden." In diesem Rahmen machen die sechs Parteien vor allem Vorschläge für eine bessere Vorbeugung der Straftaten. Eine Vorbeugehaft wird für diejenigen gefordert, die Terrorakte, Umsturz, Entführung, Raubüberfälle und Rauschgifthandel vorbereiten (ein solches Gesetz wurde nur wenige Wochen nach Unterzeichnung des Abkommens mit Stimmenthaltung von Kommunisten und Sozialisten vom Parlament verabschiedet; die Kommunisten hatten unter anderem die gleichen Maßnahmen auch für Kapitalexport und andere Finanzdelikte gegen den Staat gefordert). Wenn in dem Abkommen auch steht, daß die Polizeigewerkschaft ein notwendiges Instrument ist, um die Ordnungskräfte wirksamer zu machen, so war doch die Art der Gewerkschaft einer der umstrittensten und schließlich ungelösten Kontrastpunkte in den Verhandlungen geblieben: die Christdemokratische Partei lehnt absolut jede Möglichkeit einer Polizeigewerkschaft ab, die dem Einheitsverband der italienischen Werktätigen angegliedert ist; sie verlangt eine sogenannte „autonome" Gewerkschaft, die vor allem „apolitisch" sein soll. Die Kommunisten und Sozialisten hingegen unterstützen konsequent die Forderungen der Polizisten selbst: in einer Abstimmung hatten sich 85% für eine Angliederung der zwar bereits praktisch bestehenden, aber immer noch illegalen Polizeigewerkschaft an CGIL-CISL-UIL ausgesprochen. Sie verlangen all die Rechte, die den anderen Werktätigen auch zugesprochen sind (wobei sie allerdings freiwillig auf Streikrecht verzichten) sowie die Entmilitarisierung des Corps.

Der wirtschaftspolitische Teil des Abkommens beginnt mit „der Anerkennung der Gefährlichkeit der Situation", die auf die immer noch viel zu hohe Inflationsrate, auf die Auslandsverschuldung und auf das allgemeine Defizit des öffentlichen Haushalts zurückzuführen ist. Als Sekto-

ren, die man als vorrangig bezeichnen muß, werden die Landwirtschaft, das Bauwesen, das Transportwesen und der Energiesektor aufgezählt. Doch „die absolute Vorrangigkeit in quantitativem und qualitativem Sinne" für die öffentlichen Investitionen liegt für die unterzeichnenden Parteien im Süden des Landes. In dem Abkommen wird besonders die Rolle der Genossenschaften, als „eines der wichtigsten Instrumente für eine wirksame wirtschaftliche Aktivität", nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch im Bau- und Transportwesen, unterstrichen. An die Regierung wird die Forderung gestellt, bei der EWG für eine Veränderung der Landwirtschaftspolitik einzutreten. Auf dem Energiesektor wird beschlossen, sofort mit dem Bau von vier Kernkraftwerken und der Planung von weiteren vier zu beginnen.

Weitere wichtige Themen, die behandelt werden, sind die der Schulen und Universitäten und des Pressewesens. So heißt es für die Schulpolitik: „Das allgemeine Ziel, auf das man im Sektor der öffentlichen Bildung ausgerichtet sein muß, ist, allen jungen Italienern, ohne Diskriminierungen, die Möglichkeiten, die für die bewußte Beteiligung am sozialen und kulturellen Leben notwendig sind, zu geben." In diesem Rahmen wird die Anhebung der Schulpflicht bis zum Abschluß des 15. Lebensjahres gefordert (ein Jahr mehr als bisher), und eine Oberschulreform, die mit dem Rahmengesetz koordiniert wird. Was die Presse betrifft, so verpflichten sich die Parteien, das bereits ausgearbeitete Pressegesetz so schnell wie möglich im Parlament zu verabschieden, wobei davor gewarnt wird, daß sich in der Zwischenzeit besonders die Zeitungen, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden, in Privathänden konzentrieren.

Ein weiterer Punkt, über den die Parteien keine Einigung erzielten, war das Gesetz über die Schwangerschaftsunterbrechung: als einzige der sechs Parteien stellte sich die DC gegen das bereits einmal in der Abgeordnetenkammer verabschiedete Gesetz, das der Frau die letzte Entscheidung überläßt, und das, nachdem es im Frühjahr im Senat von Christdemokraten und Neofaschisten, mit der Hilfe einiger unbekannter „Überläufer" blockiert wurde, innerhalb weniger Monate verabschiedet werden muß, wenn man ein Referendum im Frühjahr 1978 verhindern will.

Wenn auch alle unterzeichnenden Parteien das Abkommen heute immer noch für richtig halten und befürworten, wird doch die augenblickliche politische Situation von niemandem als ewig angesehen: die Kommunisten, die Sozialisten, aber auch die Republikaner fordern erneut energisch eine Regierung der nationalen Solidarität, und es vergeht kein Tag, daß nicht harte Kritik an Andreottis Regierung geübt wird. Die größte Gefahr für diese Regierung scheint jedoch aus der DC selbst zu kommen: wenn Parteisekretär Zaccagnini auch erst kürzlich wiederholt hat, daß diese Regierung heute die einzig mögliche und daß eine „Auseinandersetzung" mit den Kommunisten heute notwendig ist, sprach doch zum Beispiel der christdemokratische Senatspräsident Amintore Fanfani von der Notwendigkeit, wieder die Dialektik zwischen Mehrheit und Opposition herzustellen, und sogar von Neuwahlen.

Esther Biondi, Rom

Abschied vom Bürgertum?[1])

Ist der Rechtstrend in der Bundesrepublik noch reversibel?

Von Gerhard Stuby

I. Ist die Bundesrepublik eine andere geworden?

Würde man die Berichterstattung der Massenmedien in der Bundesrepublik in den letzten Wochen beim Wort nehmen, so müßte man zu dem Ergebnis kommen, daß relevante Kräfte den „frontalen Angriff gegen den Staat, dessen Wertordnung und Grundkonsens"[2]) gestartet haben, daß die Bundesrepublik vom Untergang bedroht, ja, daß die „gesamte Zivilisation" erkrankt ist und kurz vor der Agonie steht, wenn auch eingeräumt wird, daß „diese Krankheit bei uns gewisse deutsche Züge trägt"[3]).

Trotz aller berechtigten Skepsis gegen derartige Kassandra-Rufe wird man davon ausgehen müssen, daß „die Bundesrepublik nach der Ermordung Schleyers nicht mehr die gleiche wie zuvor ist"[4]). Dies allerdings in einem etwas anderen Sinne, als die Klage über den „Untergang des Abendlandes" nahelegen möchte. „Fragen nach ihrem Selbstverständnis (der Bundesrepublik, d. Verf.) werden aufgeworfen, die seit langem schon beantwortet zu sein schienen: Ist diese Republik wirklich der freieste deutsche Staat, den es je gab? Und wenn ja, warum soll jetzt Schluß sein?"[5])

Niemand, der seine Sinne beieinander hat, wird sich scheuen, die brutalen Morde an Siegfried Buback, Jürgen Ponto, den Begleitern von Hanns-Martin Schleyer, an ihm selbst und an dem Flugkapitän der entführten Lufthansa-Maschine als das zu bezeichnen, was sie sind, nämlich Verbrechen, sowohl in strafrechtlicher als auch in politischer Hinsicht. Jeder, der sich in etwa die aktuelle Situation in der Bundesrepublik vergegenwärtigt, vornehmlich die Bewußtseinslage der Mehrheit unserer Bevölkerung, hätte voraussagen können, daß die durch diese Aktionen erzeugte politische Erregung von der Reaktion zum weiteren Abbau der sozialen, demokratischen und rechtsstaatlichen Errungenschaften benutzt werden könnte und würde. Voraussehen konnte man sicherlich auch, daß sich die bestimmenden Kräfte in der sozialliberalen Koalition dem listigen Appell an die „Solidarität der Demokraten" – sei es mit Blick auf ihr schwindendes Wählerpotential, sei es aus Überzeugung – nicht entziehen konnten und wollten. Es bleibe dahingestellt, ob man auch solche

1) Der Titel ist in Anlehnung an das Buch von Werner Hofmann, Abschied vom Bürgertum, Essays und Reden, edition suhrkamp, Frankfurt/M. 1970, gewählt.
2) So Justizminister Vogel in der Bundestagsdebatte vom 28. 10. 1977; vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 29. 10. 1977.
3) So Ehmke in der Bundestagsdebatte v. 5. 10. 1977, Plenarprotokoll des Bundestages 8/46, S. 3495.
4) Helmut Bausch in: „Deutsche Volkszeitung" (DVZ) v. 27. 10. 1977.
5) Helmut Bausch ebd.

Gesetzgebungsvorschläge, wie sie in Form des Kontaktsperregesetzes das Parlament passierten, hätte prophezeien können. Faktum ist jedenfalls, daß Gesetzesänderungen eine überwältigende Mehrheit fanden, deren Diskussion vor einiger Zeit selbst bei in der Mitte stehenden Sozialdemokraten und Liberalen als abenteuerlich betrachtet worden wäre. Jetzt wurden sie in einer sogar für die Bundesrepublik beispiellosen Blitzaktion durchgepeitscht. Vergleichbar ist lediglich das Strafrechtsänderungsgesetz vom 30. August 1951, das den Auftakt zur Verfolgung nicht nur der kommunistischen, sondern später jeder fundamental orientierten Opposition bildete.

Im Namen von vier SPD-Abgeordneten, deren Mut in dieser Situation besonders anzuerkennen ist, führte der Bundestagsabgeordnete Coppik in der Debatte vom 29. September 1977 aus, daß durch das „Kontaktsperregesetz" „niemand, und sei er auch noch so unschuldig, davor sicher sein kann, etwa aufgrund einer Denunziation verhaftet zu werden und für Wochen und Monate ohne jeden Kontakt zu einem Rechtsanwalt oder auch nur zu seinen Familienangehörigen in einem Gefängnis zu verschwinden"[6]).

Das ganze Ausmaß des Eingriffs in unser Verfassungs- und Rechtssystem wird offenbar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß eine solche *legale* Möglichkeit der totalen Isolierung eines Beschuldigten in keinem zivilisierten Land besteht. Sicherlich gibt es vielerorts eine solche Praxis. Hier geht es aber um die offene Legalisierung. Allein schon der Umstand, daß die neue Regelung eindeutig sowohl gegen die auch von der Bundesrepublik ratifizierte und inzwischen völkerrechtlich verbindliche internationale Konvention über Bürgerrechte und politische Rechte von 1966[7]) verstößt, wie gegen die europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950[8]), zeigt den Bruch mit einem Minimalstandard akzeptierter Zivilisationsnormen.

II. Signal für einen weiteren forcierten Abbau des Rechtsstaates

Das Kontaktsperregesetz ist aber nur die Spitze eines Eisbergs, und das in zweifacher Hinsicht. Es ist vorläufiger Haltepunkt einer vor ihm beginnenden Linie und gleichzeitig Startplatz für neue Attacken.

Schon in den letzten Jahren wurden mit der Behauptung, den Terrorismus wirksam bekämpfen zu müssen, tiefe Eingriffe in die Grundstruktur des Strafprozesses vorgenommen, die dessen Gleichgewicht zerstörten[9]). Zur Prozeßbeschleunigung wurden richterliche Befugnisse auf die Staatsanwaltschaft übertragen (vor allem durch die Abschaffung der richterlichen Voruntersuchung), Verteidigerbeschränkungen bis zum Ausschluß auf Verdacht vorgesehen, Abwesenheitsverfahren gegen Verhandlungsunfähige möglich gemacht u.a.m.

---

6) Plenarprotokoll des Bundestages 8/74, S. 3372. Vgl. den Wortlaut der Rede im Dokumententeil dieses Heftes.
7) Insbesondere Art. 9 und 14.
8) Art. 5 und 6. Mit Recht weist Coppik auf diesen Sachverhalt hin; vgl. Anm. 6.
9) Vgl. Gerald Grünwald, Die Strafprozeßreform – Sicherung oder Abbau des Rechtsstaates? in: „Vorgänge", 6/1975, S. 36ff.; derselbe in: „Le Monde diplomatique", Dezember 1975.

Auch das materielle Strafrecht wurde grundlegend verändert: Einführung neuer Straftatbestände wie die Mitgliedschaft in oder das Werben für eine terroristische Vereinigung, besondere Anzeigepflichten für terroristische Straftaten u.a.m. Das Haftrecht wurde verschärft: So wurde die Verhaftung ohne Haftgrund wegen Bildung terroristischer Vereinigungen möglich gemacht.

Auch wenn man die unverblümte Forderung von CSU und Teilen der CDU nach Wiedereinführung der Todesstrafe, die das Grundgesetz in Art. 102 GG aus den bitteren Erfahrungen mit dem Faschismus abschaffte, als Theaterdonner betrachtet: allein die Diskussion hierüber kennzeichnet die gegenwärtige Klimaverschiebung. Unter der Feuerdeckung der Todesstrafenpropaganda sollen Gesetzesänderungen durchgedrückt werden, die die Nervenknoten unseres sozialen und demokratischen Rechtsstaates im Sinne des Grundgesetzes treffen würden[10]).

1. Die Auflösung des bürgerlichen Strafrechts

Die Normen des materiellen politischen Strafrechts sollen noch mehr aufgeweicht werden, als es z.B. ohnehin mit dem sehr fragwürdigen Paragraphen 88a StGB der Fall ist, der schon allein die Diskussion um Gewalt einem strafrechtlichem Risiko aussetzt[11]). Die Illustrierte „stern"[12]) berichtete, daß in Verbindung mit § 125a und 126 StGB dieser Paragraph jüngst dazu herhalten mußte, nicht nur Bücher wie z.B. Franz Mehring, „Deutsche Geschichte des 18. und 19. Jahrhunderts" oder Charles Bettelheim, „Klassenkämpfe in der UdSSR 1917–1923" zu beschlagnahmen, sondern auch diejenigen vorläufig festzunehmen, die derartige Literatur beförderten.

Im Beschlagnahmebeschluß des Amtsgerichts heißt es, „die etwa 40 Druckerzeugnisse in zum Teil großer Auflage haben großenteils linksextremistischen Inhalt." An diesem Vorgang lassen sich zwei erschreckende Phänomene demonstrieren. Zum einen die völlige Pervertierung des Gewaltbegriffs, der dazu benutzt wird, eine Art Pogromstimmung zu erzeugen, die es erlaubt, zumindest tendenziell alles Nichtkonformistische zu unterdrükken[13]). Zum anderen die Kriminalisierung nicht nur von geäußerten, sondern von unterstellten Meinungen und Gefühlen – tendenziell zumindest eine Auflösung des an gesetzlich fixierten Tatbeständen gebundenen Strafrechts im Gesinnungsstrafrecht[14]).

Die bewußt fehlgeleitete und manipulierte Diskussion um den Gewaltbegriff ist nicht gegen den physischen Terror der Anarchisten gerichtet. Deren Aktionen waren auch vor der Änderung des Strafrechts Verbrechenstatbestände, die als Kapitalverbrechen verfolgt werden konnten. Wie alle in bürgerlicher

10) Vgl. zur Funktion dieser Forderung Hans Heinz Holz, „Werte" contra Demokratie. Zur Grundrechtsdiskussion, in: „Blätter", 10/1977, S. 1218.
11) Vgl. auch den Hinweis bei Coppik, Anm. 6, S. 3373.
12) „stern" Nr. 42/77.
13) Die hysterische Diskussion um den Mescalero-Artikel ist hierfür sehr bezeichnend; vgl. demgegenüber einige vernünftige Stimmen in: „Die Zeit" v. 15.7. 1977 und „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 4.8. 1977.
14) Das ist ein Punkt, der vor allem in der liberalen Presse des Auslands große Aufmerksamkeit fand. Vgl. etwa „Le Monde" v. 19. 10. 1977, wo trotz einer gewissen positiven Einschätzung des Vorgehens der Bundesregierung in Mogadischu unverhohlene Kritik am Abbau rechtsstaatlicher Sicherung geübt wird.

Tradition stehende Verfassungssysteme schließt das Grundgesetz, abgesehen von Notwehrsituationen, private physische Gewalt aus, die beim Staat monopolisiert ist. Auf soziale Gewalt schlechthin allerdings besitzt der Staat kein Monopol. Ausdrücklich erwähnte die Verfassung andere gesellschaftliche Organisationen, wie Parteien in Art. 21 GG, die an der politischen Willensbildung mitwirken und daher durchaus soziale Gewalt entfalten können, oder Vereinigungen in Art. 9 GG, unter denen die Gewerkschaften mit dem ihnen garantierten Streikrecht eine besondere Stellung einnehmen. Die Forderung, wie sie allenthalben erhoben wird, sich bei Gefahr der Einleitung eines Disziplinarverfahrens (bei Beamten) oder eines Strafverfahrens[15]) abstrakt von jeglicher Gewalt zu distanzieren, bezweckt zweierlei. Einmal soll verdeckt werden, daß der Staat selbst Gewalt – und zwar physische wie soziale – ausübt. Hierzu ist er von der Verfassung her legitimiert, wenn diese Gewaltausübung im Rahmen der Gesetzmäßigkeit (in Delegation vom Volkssouverän, dem Parlament) und in Respekt der Grundrechte erfolgt; denn, wie es in Art. 20 Abs. 2 GG heißt: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus, die es durch besondere Organe wahrnimmt[16]). Zum anderen soll legale, soziale, nicht physische Gewaltausübung wie die der Gewerkschaften oder anderer Organisationen, die sich nach Zielsetzung und Betätigung nicht mit den den Staatsapparat beherrschenden gesellschaftlichen Kräften identifizieren – was sie auch nach der Verfassung nicht müssen –, diskreditiert und letztlich kriminalisiert werden. Diese mehr oder weniger auf leisen Sohlen heranschleichende Tendenz zeigt sich schon in der Bezeichnung des anarchistischen Terrorismus als „wirksam ausgeübter *Gegenmacht* zum Staat"[17]). Auch die Setzung der Anführungszeichen kann kaum die Assoziation *gewerkschaftliche* Gegenmacht verhindern.

Wenn aber der Gewaltcharakter staatlicher Tätigkeiten verdeckt ist, ist auch jede Kritik an dieser offiziell nicht bestehenden Gewalt, die die mögliche Unrechtmäßigkeit der staatlichen Gewaltausübung beinhaltet, mit Verdikt belegt, weil die Legitimationsfrage an etwas nicht Bestehendes Verleumdungscharakter erhält. Die umgekehrte, an sich legale Inanspruchnahme von selbst demokratisch legitimierter sozialer Gewalt durch nichtstaatliche Gebilde muß von vornherein als Aufstand erscheinen. Diesem Verdacht ist nur zu entgehen durch eine ständig vorgezogene captatio benevolentiae in Form von andauernd wiederholten Treuebekenntnissen, die, wenn nicht gefordert, dann zumindest erwartet wurden.

2. *Die internationale Biedermannsmaske der Bundesrepublik*

Niemand wird bestreiten, daß international organisierte und grenzüberschreitende Kriminalität international bekämpft werden muß. Das gilt auch für den internationalen anarchistischen Terrorismus. Insofern ist man sich

15) Ein vorläufiger Höhepunkt in dieser Richtung bildet die vorformulierte Treueerklärung des niedersächsischen Wissenschaftsministers Pestel (CDU), die dieser Ende September 1977 Hochschullehrern vorlegte, die eine Dokumentation zum Buback-Nachruf herausgegeben hatten.
16) Eine solche Delegation der Staatsmacht von der Souveränität des Volkes wird auch von der traditionellen Repräsentationslehre in der Verfassungslehre akzeptiert.
17) So Friedrich Karl Fromme in: FAZ v. 28. 10. 1977.

auch auf internationaler Ebene einig, daß internationale Konventionen zur Bekämpfung des Terrorismus, insbesondere der Luftpiraterie, abgeschlossen werden müssen. Daß diese Konventionen noch nicht im Rahmen der UNO zustandegekommen sind, liegt an bestimmten Westmächten, darunter auch der Bundesrepublik, die sich einer zweifelsfreien Definition des den Terrorismus treffenden Gewaltbegriffs widersetzten, der ausschließt, daß auch nationale Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt unter ihn subsumiert werden können[18]). In der Presse ist darauf hingewiesen worden, daß die Nichtauslieferung von Luftpiraten aus den sozialistischen Ländern an die betreffenden Länder durch die Bundesregierung zumindest ein zwiespältiges Verhältnis zum Ausdruck bringt[19]). Die Vermutung, daß die Bundesregierung Terrorakten gegen die sozialistische Staats- und Rechtsordnung zumindest passiv gegenübersteht, liegt nahe[20]).

Der Eindruck der Zweispältigkeit wird noch verstärkt, wenn man bedenkt, daß die Bekämpfungsmaßnahmen auf UNO-Ebene gegenüber völkerrechtlich als Verbrechen zu bezeichnender physischer und sozialer Gewaltanwendung wie Rassismus, Rassendiskriminierung, Apartheid von der Bundesregierung nur halbherzig unterstützt oder sogar offen abgelehnt werden[21]). Ähnliche Schlüsse können aus dem Verhalten der Bundesregierung bei ihrem Abstimmungsverhalten in der UNO bei Resolutionen über Chile[22]) oder bei der Behandlung der Söldnerfrage im Rahmen der Weiterentwicklung des humanitären Völkerrechts gezogen werden oder, noch gravierender, in Fragen der Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen hinsichtlich der Aufrechterhaltung von Verjährungsbestimmungen[23]). Das Verhalten im Falle Kappler, um ein ganz aktuelles Beispiel anzuführen, liegt auf der gleichen Linie[24]).

Die Absicht, die schon bei der Aufweichung des strafrechtlichen Gewaltbegriffs in der Folge des § 88 a StGB bemerkt werden konnte, nämlich die politische Strafnorm „gummiartiger Extension zugängig zu machen", damit sie „griffiger" gegen jede politisch-soziale Opposition eingesetzt werden könne[24a]), wird auch auf der internationalen Ebene sichtbar. Die Forderung nach Bekämpfung des internationalen Terrorismus entpuppt sich als Vehikel, auch die nationalen Befreiungsbewegungen zu kriminalisieren oder zumindest ihre völkerrechtlich erlangte Legitimation in Frage zu stellen[25]).

---

18) Vgl. zur Diskussion innerhalb der Westmächte „Le Monde" v. 25. 10. 1977.
19) Vgl. die drei Fälle in: „Unsere Zeit" (UZ) v. 26. 10. 1977.
20) Die Rechtsgrundlage für die Auslieferung kann in der Konvention über die Bekämpfung der rechtswidrigen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen v. 16. 12. 1970 und in der Konvention über die Bekämpfung der rechtswidrigen Akte, die die Sicherheit der Zivilluftfahrt gefährden, v. 23. 9. 1971 gesehen werden.
21) Vgl. vor allem die Ablehnung der Resolutionen 3337 (XXX.) v. 10. 11. 1975 oder 3379 (XXX.) v. 10. 11. 1975. Bezeichnend ist auch das Verhalten der Bundesregierung bei der Diskussion im Sicherheitsrat über die Sanktionen gegen Südafrika; vgl. hierzu FAZ v. 2. 11. 1977.
22) Inzwischen hat sich die Bundesregierung den Verurteilungsresolutionen der UNO gegenüber Chile angeschlossen.
23) Das betrifft vor allem die Konvention über die Nichtanwendbarkeit von Verjährungsbestimmungen auf Kriegsverbrechen und auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit v. 26. 11. 1968.
24) Hier ist es sehr fraglich, ob der Art. 16 GG ohne weiteres angesichts des Art. 139 GG, aber auch des Art. 25 GG, anwendbar ist.
24a) Wolfgang Abendroth, in: „Blätter", 10/1977, S. 1173 ff.
25) Eine gewisse Abschwächung hat Ehmke in der Bundestagsdebatte v. 5. 10. 1977 vorgenommen und sich gegen die Gleichsetzung von Befreiungsbewegungen in Südafrika mit dem Terrorismus gewehrt; vgl. Plenarprotokoll 8/46, S. 3496.

3. *Weitere vorgesehene Verschärfungen des materiellen Strafrechts*

Aber bei den genannten Aufweichungen des materiellen Strafrechts soll es nicht bleiben. Der wichtigste Einschnitt dürfte die von der CDU/CSU anvisierte Änderung des Demonstrationsstrafrechts sein. So soll auch derjenige strafbar sein, der als Demonstrationsteilnehmer zwar selbst keine Gewalttätigkeit begeht, sich aber an einer Demonstration beteiligt, aus der heraus Gewalttätigkeiten begangen werden[26]). Ausdrücklich wird dieser Änderungsvorschlag damit begründet, daß die Liberalisierungen des Jahres 1970 eine Ursache für die gegenwärtigen anarchistischen Terrorakte seien. „Die Strafbarkeit ist zu weit zurückgenommen worden, sie erschwert die Abwehr von Ausschreitungen bei unfriedlichen Demonstrationen. Die Einschränkung des Straftatbestandes war damals ein Teil des Mottos der Bundesregierung: ‚Wir wollen mehr Demokratie wagen', erreicht hat sie, daß die radikalen Gegner der Demokratie mehr Gewalt wagen"[27]). Mit welch hohem Risiko durch diese Änderung jede Demonstration für jeden einzelnen Teilnehmer belastet wäre, liegt auf der Hand.

Verschärfungsvorschläge wurden auch für das Strafmaß gemacht[28]). Man erhofft sich dadurch „Auswirkungen auf die Strafzumessungspraxis der Gerichte, deren Urteile gerade in Fällen der Schwerstkriminalität vielen Bürgern oft genug von unverständlicher Milde erscheint"[29]). Bei Verbrechen wie Geiselnahme oder erpresserischem Menschenraub soll die Aussetzung des Strafrechts zur Bewährung ausgeschlossen werden. Änderungen sind auch hinsichtlich der „Sicherungsverwahrung" vorgesehen, die schon bei der ersten Verurteilung wegen Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung angeordnet werden soll, notfalls sogar unbefristet[30]).

4. *Die angestrebte Endlösung der Strafrechtsreform*

Schon 1975 gingen der CDU/CSU-Opposition die durch das erste Gesetz zur Reform des Strafverfahrensrechts durchgeführten Änderungen nicht weit genug[31]). In regelmäßigen Abständen hat sie daher ihre weitergehenden Vorschläge immer wieder vorgebracht. Inhalt der umfangreichen Änderungsvorschläge, wobei sich Regierung und Opposition in vielen Punkten einig sind, können hier nicht im einzelnen dargestellt werden[32]). So soll die Hauptverhandlung auch nach einem Ablehnungsgesuch gegen einen Richter fortgesetzt werden können und Rügen wegen angeblich gesetzwidriger Besetzung des Gerichts nur bis zu einem bestimmten Stadium des Verfahrens vorgebracht werden dürfen. Drastisch soll das Beweisantragsrecht eingeschränkt werden. Vorgesehen ist auch die Möglichkeit, die Anklage auf einen Teil der strafrechtlichen Vorwürfe zu beschränken.

---

26) Vgl. die Begründungen von Filbinger und Staatsminister Seidl (Bayern) in der Bundesratsdebatte v. 30. 9. 1977.
27) So Filbinger in der Bundesratsdebatte v. 30. 9. 1977, Bericht über die 449. Sitzung, S. 233 f.
28) Vgl. Seidl, Anm. 26, Bericht über die 440. Sitzung, S. 232.
29) So der Abgeordnete Vogel (CDU) in der Bundestagsdebatte v. 5. 5. 1977, Plenarprotokoll 8/25, S. 1677.
30) Vgl. Seidl, Bundesratsbericht über die 449. Sitzung, S. 232.
31) Vgl. Grünwald, Anm. 9.
32) Zum folgenden Friedrich Karl Fromme, Beim Straf- und Prozeßrecht wird es ernst, in: FAZ v. 27. 10. 1977.

Hier kollidieren zwei Interessen der Strafverfolgungsbehörden. Der Status des Untersuchungsgefangenen soll möglichst bald in den des normalen Strafvollzugsgefangenen verwandelt werden. Dies birgt die Gefahr in sich, daß beim beschränkten Tatvorwurf das Beweismaterial nicht ausreicht kann. Die Folge wäre ein Freispruch der Beschuldigten. Die Einführung einer Vorabanklage soll insofern Abhilfe schaffen. Dies bedeutet, daß die übrigen Teile der Tat oder der übrigen Gesetzesverletzungen einer späteren Verfolgung vorbehalten bleiben.

Kontrovers zwischen Opposition und sozialliberaler Koalition ist nach wie vor die Überwachung des mündlichen Verkehrs des Verteidigers mit seinem inhaftierten Mandanten. Im Gegensatz zur Opposition tendiert die sozialliberale Koalition zu einer Verschärfung der Ausschlußpraxis der Anwälte[32a]). Erwähnt sei noch ein Gesetzesvorschlag der Union, den Bundesgerichtshof wieder, wie bis 1969, für schwere Staatsschutzsachen in erster und letzter Instanz zuständig sein zu lassen; ein Vorschlag, der sicherlich eine Umgehung des Art. 101 Abs. 1 GG (Verbot von Sondergerichten) darstellt.

5. Die Eliminierung der Aufklärung

Die seit einigen Jahren sich vollziehenden Eingriffe in das materielle Strafrecht und in das Strafverfahrensrecht, die ihre „Vollendung" in den jetzt anvisierten Vorschlägen der in vielen Fällen antizipierten großen Koalition von CDU/CSU und den Parteien der sozialliberalen Koalition finden, schrauben nicht nur die Reform der Jahre 1965–1970 zurück, was auch offen zugegeben wird, sondern beseitigen wesentliche Grundlagen des liberal-rechtsstaatlichen Verfahrens, wie es im Laufe des 19. Jahrhunderts aufgrund der Rezeption des französischen Rechts entwickelt worden war und Eingang in die Strafprozeßordnung von 1877 gefunden hatte. Vergleichbar ist der Eingriff nur mit den Maßnahmen während der Perioden 1933–1945 bzw. 1950, dem Jahr, in dem die erste Strafprozeßreform der BRD durchgeführt wurde, die zum Ziele hatte, das Gesetz von den Änderungen zu reinigen, die während des nationalsozialistischen Regimes entsprechend dessen autoritärer Ideologie vorgenommen worden waren[33]).

Die Vorverlegung der Strafbarkeit in den Bereich der Meinungsäußerung z. B., wie sie im § 88a StGB erfolgt ist, räumt ebenfalls mit einer wichtigen bürgerlich-liberalen Tradition auf. Zahlreiche erschreckende Beispiele der letzten Zeit vor allem im Gefolge der „Mescalero-Affäre" (Göttinger „Buback-Nachruf") zeigen, wie selbst im traditionell-liberalen und sozialdemokratischen Spektrum das Empfinden die Kernsubstanz der politischen Meinungsfreiheit aufgeweicht worden ist[34]). Sogar Zweifel an der Selbstmordthese der Behörden hinsichtlich der Stammheimer Gefangenen, die öffentlich

32a) Zur Zeit laufen etwa schon 50 Straf- und Disziplinarverfahren gegen „linksgerichte" Anwälte; vgl. hierzu Ingo Müller, Neue Grenzen anwaltlicher Tätigkeit, „Demokratie und Recht", 3/1977, S. 267 ff.

33) Vgl. Grünwald, Anm. 9.

34) So wurden Plakate beschlagnahmt, die Zweifel an der Stammheimer Selbstmordthese zum Ausdruck brachten. Vgl. FAZ v. 28. 10. 1977. So hat der evang. Oberkirchenrat in Stuttgart ein Ermittlungsverfahren gegen Pfarrer Ensslin eingeleitet und ihn aufgefordert, keine Verdächtigungen und Vermutungen mehr über den Tod seiner Tochter zu äußern; vgl. UZ v. 31. 10. 1977.

geäußert werden, werden als Vorschubleistung für verfassungsfeindliche Aktivitäten betrachtet.

Auf derselben Ebene des Abbaus der bürgerlich-liberalen Tradition liegen die sich schon seit Jahren abspielenden Versuche in der Verfassungsrechtslehre und in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, Grundrechte – durchaus im traditionell-liberalen Sinn verstanden – gegen Grundwerte auszutauschen, worauf jüngst Hans Heinz Holz in dieser Zeitschrift hingewiesen hat[35]). Der CDU-Vorsitzende Kohl führte aus, daß das Grundgesetz angeblich „nicht nur formale Grundrechte, sondern auch materiale Grundwerte"[36]) kenne. Der bayerische Kultusminister Hans Maier unterstrich dies nachdrücklich: „Die Frage, nach welchen Werten wir uns orientieren sollen, sei nicht mehr dem mündigen Bürger zu stellen, wie in einem längst überholten frühbürgerlichen Liberalismus; vielmehr solle der Staat die Wertordnung setzen".[37]) Wenn auch kaum Zweifel daran gelassen werden, daß „das Selbstbewußtsein des Staates und damit auch die Bereitschaft der Bürger zur Identifikation mit dem Staat" durch den „Sturmangriff von Mogadiscio" gestärkt worden sei, so mischen sich in den überschäumenden Siegestaumel doch einige Zweifel. „Aber das Bewußtsein, daß der freiheitliche Staat im Recht ist, wenn er sich wehrt, ist nicht so zweifelsfrei, wie es das derzeitige Hochgefühl erscheinen läßt. Da hockt die eigentliche Angst: In einer nicht allgemein vorhandenen, aber für den Fall der Konfrontation bereitgehaltenen Fähigkeit, den Staat als den einen Machtfaktor anzusehen, die Terroristen als einen anderen."[38])

Resignierend stellt daher Heinz-Joachim Fischer fest: „Was vor 200 Jahren, im Zeitalter der Aufklärung, hochgemut begann, liegt heute in Trümmern. Auf dem Altar der menschlichen Vernunft wurde nicht nur die vom Menschen verfügte Auslegung der göttlichen Gebote verbrannt, sondern auch die hohen Prinzipien selbst gerieten in Verruf. Wer heute mit der Elle der damaligen Aufklärung mißt, hat zu kurzes Maß . . . Die Aufgabe liegt nicht mehr darin, die ‚Minima moralia' der Zeit festzustellen, den kleinsten Nenner an Wertüberzeugungen in einer Gesellschaft aufzudecken. Die ‚Maxima moralia', die großen menschlichen Ziele menschlichen Zusammenlebens, gilt es wiederzufinden und festzuhalten . . . Nicht umsonst schärfen die 10 Gebote als letztes ein: Du sollst nicht begehren deines Nächsten Haus, noch all das, was ihm gehört. Millionenfache Begehrlichkeit im Verhältnis zwischen Völkern, Klassen und Nächsten treibt ins Verderben."[39])

Daher muß das Volk wieder Bescheidenheit lernen, damit z. B. „die von den Gewerkschaften erzwungenen Lohnerhöhungen (aufhören), welche die Produktivitätssteigerungen chronisch übersteigen"[40]).

35) Hans Heinz Holz, Anm. 10.
36) Helmut Kohl, in: „Herder-Korrespondenz", 7/1976, S. 360.
37) Hans Maier in einem Vortrag vor der katholischen Akademie Hamburg, Januar 1976, zit. nach Hans Heinz Holz, Anm. 10, S. 1210.
38) Friedrich Karl Fromme in FAZ v. 28. 10. 1977.
39) FAZ v. 29. 10. 1977.
40) Anton Szöllösi, Wertordnung und Wirtschaftsordnung, FAZ v. 10. 5. 1977.

Das Ende der Aufklärung ist also nicht notwendig, um den Terrorismus zu bekämpfen. Der eigentliche Furchtfaktor ist die Möglichkeit der organisierten Wahrnehmung derjenigen Interessen, die man unter Hinweis auf eine selbsterzeugte Untergangsstimmung zur Bescheidenheit mahnt.

6. Der Versuch der Enthumanisierung

Die Beseitigung der Aufklärungsfolgen im Bereich des Strafrechts und des Strafprozeßrechts, wie in der Grundrechtsdiskussion, reicht jedoch nicht aus. Das gleiche gilt für die praktizierten Berufsverbote, ihre durch das Bundesverfassungsgericht verliehene Scheinlegalität, wenn sie auch schon tief in den Vorwurf der politischen Organisationsfreiheit eingedrungen sind[41]). Der Ruf nach dem vollen Zugriff auf die störenden Organisationen politischer Artikulierung von „begehrlichen" Interessen wird immer stärker. In diesen Rahmen gehört auch die Forderung nach dem Verbot von Parteien, welche es sich angeblich zum Ziel gesetzt haben, „die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Staates durch die Diktatur einer Minderheit zu ersetzen"[42]).

Ob man den Verbotsantrag auch auf die DKP erstreckt, wird innerhalb der CDU/CSU lediglich als eine taktische Frage betrachtet, denn letztlich soll der Zugriff weit über dieses Spektrum hinausgehen. Wie der CSU-Abgeordnete Wrangel ausführt, hat der Terrorismus nämlich viele Aspekte. „Ein Aspekt, der nicht vernachlässigt werden darf, ist die geistige Verankerung des Terrorismus in einer pervertierten, linken Ideologie."[43]) Wer alles in diese Schablone gepreßt wird, braucht hier nicht näher dargelegt zu werden.

Hand in Hand mit dem massiven Eingriff in unser Verfassungs- und Rechtssystem im Sinne einer Zurückdrängung der bürgerlichen Freiheiten geht der weitere Ausbau des Polizei- und Verfassungsschutzapparates[44]). Die unverhüllte Forderung des hessischen CDU-Vorsitzenden Dregger auf Einrichtung eines Jagdkommandos, das „keinen fragwürdigen bürokratischen Einwirkungen unterliegt" und „überall den ersten Zugriff"[45]) haben soll, wie die Polemik gegen die Zwangsernährung der Strafgefangenen, die sich im Hungerstreik befinden, müßte jedem Aufschluß über die eigentliche Motivation geben, nämlich ein staatliches Gegenterrorsystem aufzubauen. Die Forderung nach dem Recht der Polizei auf den gezielten Schuß zeigt, daß man schon lange nichts mehr von dem überkommenen, bisweilen noch als Verfassungsprinzip beschworenen Verhältnismäßigkeitsgrundsatz hält, das polizeiliches von militärischem Handeln unterscheiden sollte. Unverblümt drückt dies der Bundestagsabgeordnete Wimann (CSU) aus: „Wir haben bereits im vergangenen Jahr gefordert, daß die Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung als Verbrechen qualifiziert wird, damit die Polizei ohne komplizierte

41) Vgl. hierzu ausführlicher Stuby, Das Berufsverbot als Waffe gegen die verfassungsrechtlichen Grundlagen der Demokratie, in: Mayer/Stuby, Das lädierte Grundgesetz, Köln 1977, S. 235 ff.
42) So Filbinger im Bundesrat am 30. 9. 1977, Anm. 27, S. 230.
43) „Deutschland Union-Dienst" (DUD) 7. 10. 1977.
44) Vgl. hierzu Joachim Blau, Zum Ausbau des staatlichen Repressionsapparates seit Ende der 60er Jahre. „Informationsbericht" Nr. 29 des IMSF, Frankfurt 1977; vgl. auch Günther/Hölter/Kutscha u. a., Geschichte, Politische Funktion und Arbeitsweise des Verfassungsschutzes, in: „Blätter", 9/1977, S. 1094.
45) „Die Welt" v. 13. 9. 1977.

Überlegungen auch von der Schußwaffe dann Gebrauch machen kann, wenn sie eines Terroristen habhaft wird, der, außer daß er im Verdacht steht, einer terroristischen Vereinigung anzuhören, keine schwere Straftat begangen hat."[46])

Öffentliches Räsonieren darüber, ob man nicht die einsitzenden Terroristen notfalls als Geiseln erschießen solle, zeigt den Stand der Hysterie an. Das massive Drängen der reaktionärsten Kräfte in den Oppositionsparteien auf den Aufbau eines *staatlichen* Gegenterrorsystems, das für akute Fälle jederzeit einsetzbar ist, ja jetzt schon latente Furcht verbreitet, korrespondiert mit der unverblümten Verherrlichung brutaler Terror- und Liquidationsmaßnahmen faschistischer Herrschaftssysteme in Südafrika, Rhodesien oder Chile.

Die atmosphärischen Auswirkungen dieser erzeugten Hysterie sind enorm. Nicht nur, daß in ihrem Schatten und dem trotz aller Anstrengungen nachweislicher Ineffizienz der Polizei „Privatarmeen"[47]) aufgebaut werden, die die Betriebspolizei wirksam ergänzen sollen, nicht nur, daß am laufenden Band Theaterstücke, Fernsehaufführungen mit „beunruhigendem" Inhalt[47a]) abgesetzt werden, die erzeugte Angst und der Druck greifen in Bereiche ein, die bislang tabuisierte Zonen der Humanität mit Wurzeln im Christentum waren. Die öffentliche Diskussion über die Beisetzung der Stammheimer Häftlinge Baader, Raspe und Ensslin zeigt dies schlaglichtartig. Es müßte zumindest alle Sozialdemokraten und Liberale beschämen, daß es ein prominentes CDU-Mitglied[48]) war, das hier eine Grenze der Enthumanisierung sah, die er aus Anstandsgründen nicht überschreiten wollte. Daß der verselbständigte Polizeiapparat diese „Großzügigkeit" für seine Zwecke funktionalisieren sollte[49]), zeigt lediglich, daß individuelle Aktion höchstens ein Fanal darstellen kann, die Enthumanisierung aber nicht aufzuhalten vermag. Hierzu bedarf es anderer Aktionen von anderer Seite.

III. Die Aufrollaktion gegen das sogenannte Sympathisantenfeld

Die schon durchgeführten wie die vorgeschlagenen Maßnahmen sowohl auf gesetzgeberischer Ebene wie auf der Ebene der Exekutive zeigen, daß man einerseits einen Fundus von gemeinsamen Ansichten über die Ursachen des Terrorismus, andererseits aber auch divergierende Meinungen zwischen den herrschenden Kräften, wie es sich in dem im Bundestag vorhandenen Parteienspektrum widerspiegelt, feststellen kann.

---

46) Bundestagsdebatte v. 5. 5. 1977, Plenarprotokoll 8/25, S. 1703; auf der gleichen Ebene liegt die vom CDU-Generalsekretär Geißler vorgebrachte Forderung, die Bundeswehr zur Terroristenbekämpfung einzusetzen; FR v. 16. 9. 1977.
47) Vgl. hierzu den Bericht in FAZ v. 20. 9. 1977.
47a) So wurde in mehreren Städten das Camus-Stück „Die Gerechten" abgesetzt; vgl. „Theater heute", 11/1977.
48) Vgl. zum Verhalten des Stuttgarter Oberbürgermeisters Rommel die FAZ v. 25. 10. 1977.
49) Vgl. zur Kontrolle der Trauergäste durch die Polizei die UZ v. 29. 10. 1977.

1. Die Stoßrichtung der CDU/CSU

Entsprechend ihren Zielsetzungen, notfalls mit allen Mitteln der Repression, das gegenwärtige staatsmonopolistische System aufrechtzuerhalten[50]) und das sowohl in nationaler als auch in internationaler Hinsicht – nutzt die CDU/CSU das Phänomen des anarchistischen Terrorismus zur Generalattacke auf die noch bestehenden rechtsstaatlichen und demokratischen Substanzen unseres Verfassungs- und Gesellschaftssystems. Die führenden Ideologen und Propagandisten versuchen zunächst, den Terrorismus als eine politische Sonderkriminalität hinzustellen, zu deren Bekämpfung es notfalls eines, wenn auch begrenzten Sonderrechts bedürfe, für das sogar die Verfassung zu ändern sei, wenn sie im Wege stände.

Nun wird man kaum bestreiten können, daß die Art der Verbrechensausführung durch die Terroristen gegenüber der bisher bekannten Kriminalität Sondermerkmale ausweist, auf die sich die Verbrechensbekämpfung einzustellen hat. Insofern knüpfen die Vorschläge der Union an eine rationale und nicht von vornherein abzulehnende Zielsetzung an. Hierauf beruht auch ihre Strategie der „Demagogie als Methode"[51]), die die sozialliberale Koalition stets in Zugzwang setzt. Aber bei genauerem Hinsehen und mit kühlem Kopf betrachtet, überschreiten diese Sondermerkmale kaum den Rahmen der Erfahrungen, die bei bestimmten Neuvariationen von Verbrechensarten auftreten, z. B. in der Rauschgiftkriminalität und beim internationalen Gangstertum insgesamt, ja bestimmte Kennzeichen, z. B. die mafiaähnliche Ausführung der terroristischen Verbrechen sind schon seit langem bekannt. Allein schon ein Vergleich mit den Fahndungserfolgen zwischen dieser „normalen" Kriminalität und der behaupteten Sonderkriminalität des politischen Terrorismus hinsichtlich der Bekämpfungsmethoden müßte einen stutzig machen. Wie man im einzelnen auch hierzu stehen mag – dies ist ein weites Diskussionsfeld für kriminologische Spezialisten – auf keinen Fall können die seit einigen Jahren eingeleiteten Sondermaßnahmen und vor allem die weiterreichenden Vorschläge der CDU/CSU mit dem Sondercharakter der terroristischen Kriminalität begründet werden. Übrigens zeigt dies auch ein Vergleich mit anderen Ländern, in denen ähnliche Erscheinungen auftreten und in denen nie derartige weitgehende Einschränkungen, sei es im materiellen Strafrecht, im Strafprozeßrecht oder im Polizeirecht, vorgenommen wurden.

Vorschläge wie die Änderung des Demonstrationsstrafrechts oder zur weiteren Kriminalisierung der Propagierung von Gewalt, Vorschläge der Änderungen im Beamtenrecht usw. zeigen sehr deutlich, daß es der Opposition weniger um die wirksame Bekämpfung des Terrorismus geht, als vielmehr um die Erzeugung einer öffentlichen Angststimmung, in der sie die Ansätze der demokratischen Bewegung zurückdrängen kann. Die eigentliche Stoßrichtung wird auch von den führenden Vertretern, vor allen Dingen von Strauß, Dregger und Filbinger, kaum vertuscht.

---

50) Vgl. hierzu Hans Adamo, Die CDU/CSU. Wesen und Politik, Frankfurt/M. 1976, insbes. S. 166 ff.
51) Vgl. Karl-Heinz Hansen, Demagogie als Methode. Die Strategie der Unions-Parteien in: „PDI-Konkret 5", München 1976.

Die demagogische Gleichsetzung: Kommunismus = Marxismus = linke Sozialdemokratie = Terrorismus soll verhindern, daß die in jahrelanger Restaurationsarbeit gegen den Willen des Grundgesetzes hergestellte Einheit aufgelöst wird, „die für uns heißt: parlamentarische Demokratie, demokratischer Rechtsstaat und soziale Marktwirtschaft"[52]). Mittäterschaft an der Auflösung dieser Einheit wird nicht nur der Bundesregierung und der Sozialdemokratie vorgeworfen, sondern auch den Gewerkschaften. Bei Strauß wird im Grunde fast das ganze Spektrum der sozialliberalen Koalition in Terrorismusverdacht mit hineingezogen. Lediglich diejenigen Kräfte, deren Positionen kaum mehr von denen der CDU/CSU zu unterscheiden sind, werden ausgenommen. Das gilt vornehmlich für einige SPD-Mitglieder im oder im Umkreis des Bundes Freiheit der Wissenschaft; „wie Herr(n) Nipperdey, wie Herr(n) Schwan und viele andere, die als Mitglieder Ihrer Partei, zum Teil seit Jahrzehnten, auch heute noch dieser Partei treu bleiben wollen, mit denen wir uns aber in der Sorge . . . nahtlos verbunden fühlen"[52a]).

Unter den von Filbinger geführten Zerkleinerungshammer der „Demagogie als Methode" geraten die geringsten Ansätze kritischer Wissenschaft und nichtkonformistischen Denkens: „eine lange Reihe von . . . schwerwiegenden Fehlentwicklungen: die teilweise von amtlicher Seite geförderte Konfliktpädagogik, die Fehlinterpretation unseres gesellschaftlichen und staatlichen Zusammenlebens durch führende Schriftsteller, die feinsinnigen Unterscheidungen zwischen Gewalt an Personen und Gewalt an Sachen, die Philosophen und Theologen angestellt haben, das Verständnis gegenüber Gewalttätern, das in manchen Medien und in Zeitschriften zu finden ist, die Verkehrung der Sicht, die daran liegt, daß man nur auf die Täter starrt und über die Opfer hinwegsieht . . . die Weiterverbreitung des sogenannten Buback-Nachrufs durch bestimmte Professoren und bestimmte Jugendorganisationen, die unter dem heuchlerischen Vorwand, für Informationen sorgen zu wollen, eine unglaubliche Schmähung eines Ermordeten durchgeführt haben." Der Bundesregierung wird vorgeworfen, daß sie der Verhöhnung unseres demokratischen Gemeinwesens als „Formaldemokratie" nicht entgegengetreten sei. Vor allem habe sie der „Entwicklung des Extremismus" am Rand der eigenen Parteien keinen Halt geboten[53]).

Die Stigmatisierung und Diffamierung hört aber bei der sozialliberalen Koalition nicht auf. Darüber hinaus soll jeder kritische Ansatz an den Universitäten und Hochschulen getroffen werden. „An einem großen Teil unserer Schulen und Hochschulen werden die bestehende Gesellschaft und ihre Eliten nur noch verketzert und als soziale Monster abgeschildert. Tag für Tag tropfen hier gleichermaßen Haß und utopische Verheißung in die aufnahmebereiten Hirne junger Menschen, die nicht im Traume daran denken, sich an die Brust zu klopfen, sondern ihr Zerstörungswerk mit missionarischem Eifer und klammheimlicher Freude vorantreiben, die aber jede Mitschuld von sich weisen, wenn die Saat des Hasses eines Tages als Gewalt aufgeht."[54])

52) So Strauß in der Bundestagsdebatte v. 5. 10. 1977, Plenarprotokoll 8/46, S. 3483.
52a) Ebd.
53) Vgl. Debatte des Bundesrates, Bericht über die 449. Sitzung v. 30. 9. 1977, S. 230.
54) So Ulrich Fack in der FAZ v. 25. 10. 1977.

2. *Die Defensivhaltung der sozialliberalen Koalition*

Das Verhalten der sozialliberalen Koalition gegenüber den Vorstößen der Reaktion ist äußerst widersprüchlich. Die Resultate des Willensbildungsprozesses und die sich letztlich durchsetzende Linie der Politik besteht in der Übernahme der wichtigsten Positionen der Opposition. Insofern ist an den Feststellungen des CDU-Abgeordneten Vogel ein richtiger Kern. „Erster Akt: SPD und FDP sind die liberalen Helden. CDU und CSU werden als antirechtsstaatlich und reaktionär beschimpft. Zweiter Akt: Irgendwo geschieht ein spektakulärer terroristischer Anschlag. Dritter Akt: SPD und FDP schließen sich den angeblich antirechtsstaatlichen Gesetzesvorschlägen von CDU und CSU an. Epilog: SPD und FDP geben die von CDU und CSU vorgeschlagenen und zunächst beschimpften Gesetze plötzlich als ihr eigenes rechtspolitisches Verdienst aus."[55]) Dennoch bleiben trotz aller Tendenzen der letzten Zeit in Richtung große Koalition nicht zu gering zu bewertende Unterschiede zwischen Opposition und der sozialliberalen Koalition in den Gesetzgebungsvorschlägen zur Bekämpfung des Terrorismus, vornehmlich hinsichtlich der weiteren Verteidigerbeschränkung, des Strafvollzugsrechts u.a.m.

Das nicht völlige Einschwenken auf die Linie der Opposition ist das Resultat mehrerer Einwirkungsfaktoren. Ihrer sozialen Zusammensetzung nach wie hinsichtlich ihres Wählerpotentials ist die SPD eine Partei der Arbeiterklasse und teilweise auch der liberalen Intelligenz. Selbst bei mangelnder Einsicht in ihre eigentliche Interessenlage, auf deren Gründe noch eingegangen wird, wird sich gegen einen allzu rasanten Abbau sozialer und demokratischer Errungenschaften Widerstand in der Mitgliedschaft entwickeln, den die zur Sozialpartnerschaft mit dem Großkapital und seinen politischen Repräsentanten geneigte Führungsspitze nicht übergehen kann, wenn sie nicht ihre Integrationskraft aufs Spiel setzen will. Schwindet sie, so verwalten in den Augen des Großkapitals die offen reaktionären Kräfte die politischen Geschäfte besser. Zudem bleibt bei den meist subjektiv von der Richtigkeit ihres Handelns überzeugten Führungskräften in der SPD eine Ahnung, daß eine allzu defensive Haltung über kurz oder lang in die vollkommene Niederlage führen kann. Von hier aus gesehen bleiben immer wesentliche Unterschiede zu der kompromißlos und augenblicklich offen reaktionär vorgetragenen Politik der CDU/CSU. Die Unterschiede verwischen sich, je näher die Vorschläge in ein konkretes Verwirklichungsstadium treten, sie werden um so deutlicher, je mehr sie lediglich auf der verbalen Ebene geäußert werden können. In diesem Kontext sind auch die Äußerungen des Bundeskanzlers zu verstehen, die sich gegen die Verteufelung der Linken wenden. So Helmut Schmidt gegen Strauß gewandt: „Die Sozialdemokratie ist die große demokratische linke Volkspartei in der Bundesrepublik . . . Eines werden Sie nicht verhindern, nämlich dies, das Herz der kleinen Leute . . . wird auch in Zukunft in diesem Lande immer links schlagen. Es wird schlagen für mehr Gerechtigkeit und für mehr Freiheit und für mehr Humanität. Und auf dieser Seite stehen wir Sozialdemokraten."[56]) Angst vor dem Verlust der Integrationswirkung, aber wohl auch

55) So in der Bundestagsdebatte v. 5. 5. 1977, Plenarprotokoll 8/25, S. 1675.
56) So in der Bundestagsdebatte v. 6. 10. 1977, Plenarprotokoll 8/47, S. 3606.

unmittelbare Betroffenheit sprechen aus den Worten Willy Brandts, wenn er den internationalen Einfluß der Bundesrepublik nicht nur auf deren wirtschaftliche und militärische Stärke, sondern auch auf Namen wie Böll, Grass, Lenz und Luise Rinser, Kirchenmänner und Professoren zurückführt[57]). In diesen Warnungen spiegelt sich vor allem der wachsende Widerstand der demokratischen Öffentlichkeit, der seinen Widerhall auf Ortsvereins- und Bezirksebene der SPD ebenso findet wie in dem Verhalten der dissentierenden SPD-Abgeordneten. Eine Rückbesinnung liberaler Kreise auf ein bestimmtes humanistisches Erbe findet augenblicklich statt und beginnt sich zu artikulieren.

Eine unvoreingenommene Betrachtungsweise, d.h. eine Betrachtungsweise, die sich auch von untergründigen Strömungen des Antikommunismus in unserem Lande freizuhalten versucht, wird bei diesen Feststellungen zu dem Ergebnis kommen, daß ohne die entschiedenen demokratischen Kräfte außerhalb der etablierten Parteien, diese Bewegungen nicht möglich wären. Es sind nicht zuletzt auch die erfahrenen Antifaschisten in und im Umkreis der DKP, die immer auf die Gefahren hingewiesen und konkrete Handlungsalternativen im Konzept der Aktionseinheit unter Einschluß aller demokratischen Kräfte aufzuzeigen versucht haben.

IV. Bemerkungen zum Phänomen des anarchistischen Terrorismus

Der gesunde Menschenverstand fragt, wie ein Dutzend Leute einen Umsturz des gegenwärtigen Gesellschaftssystems mit einigen Maschinengewehren und selbstgebastelten Bomben bewerkstelligen soll. Die Frage taucht auch dann auf, wenn man alle Behauptungen der Strafverfolgungsbehörden über die Terroristenszene als richtig unterstellt, nämlich die Verstärkung durch ein Heer von Anwälten, die ihre Prozeßrechte mißbrauchen und die Vermittlung zur Kommandozentrale in den Gefängnissen herstellen, und durch ein Sympathisantenfeld von etwa 5000 Menschen. Immerhin steht ihnen eine ausgebaute Polizeimacht gegenüber, die internationale Vergleiche nicht zu scheuen braucht, und eine Bundeswehr, die die drittstärkste Armee der Welt ist. Würde die Berichterstattung der Massenmedien über diese Aktionen auch nur auf den Raum eingeschränkt, den die übrige Kriminalität einnimmt, die sich im Weltmaßstab übrigens ebenfalls sehen lassen kann[58]), so käme wohl kaum jemand auf die Idee, das ganze Land sei vom Terror mehr bedroht als von anderen Erscheinungen wie „normaler" Kriminalität, Umweltverschmutzung, Krebs, Straßenverkehr oder gar Arbeitslosigkeit und Inflation. Daß trotz Nachrichtensperre stündlich neue Schreckensmeldungen verbreitet wurden oder noch werden, fast im Stile der während des Zweiten Weltkriegs üblichen Wehrmachtsmeldungen, zeigt, daß das Problem des anarchistischen Terrors weniger in ihm selbst begründet liegt als in seiner Funktionalisierung vornehmlich durch eine alle Dimensionen verzerrende Darstellung in den Massenmedien. Wenn man die wirklichen Ursachen des Terrorismus erforschen

57) Bundestagsdebatte v. 28. 10. 1977, in: FAZ v. 29. 10. 1977.
58) Hierzu aufschlußreiches Faktenmaterial bei Reinhard Kühnl, Die geistige Krise der kapitalistischen Gesellschaft, in: „Blätter", 11/1976, S. 1207 ff.

Treue-Bücher

zu günstigen Preisen für Abonnenten

Abonnenten der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" können in den Wochen vor Weihnachten, spätestens bis Jahresende, nachfolgend aufgeführte Bücher aus Sonderauflagen bzw. Restposten mit Treue-Rabatt zu erheblich herabgesetzten Preisen beziehen. Wir bieten:

Nach einjährigem Abonnement:	20 % Treue-Rabatt
Nach zweijährigem Abonnement:	25 % Treue-Rabatt
Nach dreijährigem Abonnement:	30 % Treue-Rabatt

Bestellen Sie bitte die gewünschten Bücher gegen Vorüberweisung des Gesamtbetrages mittels anhängender Zahlkarte. Der für Sie infrage kommende reduzierte Preis ist den Rabattspalten neben den angebotenen Büchern zu entnehmen. Bitte vermerken Sie auf der Rückseite des Zahlkarten-Empfängerabschnitts **unbedingt** die **Bestell-Nummer(n)** sowie die **Anzahl** der Bücher.

Die Lieferung von Büchern im Gesamtwert von **über 25,— DM** erfolgt **porto- und verpackungsfrei.** Bei Bestellungen unter 25,— DM zahlen Sie bitte 1,— DM für Porto und Verpackung mit ein.

Pahl-Rugenstein-Verlag

Bestell-Nr.	Autor und Titel	Treue-Rabatt nach 1jähr. Abo 20 %	2jähr. Abo 25 %	3jähr. Abo 30 %
1	*Abendroth u. a.* Sozialdemokratie und Sozialismus. Bebel und die Sozialdemokratie heute, 284 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,—
128	*Abendroth* Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, 142 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
129	*Ahlemeyer/Schellhase (Hg.)* **Soziologie im Arbeitnehmerinteresse.** Positionen zum 18. Deutschen Soziologentag, 120 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
130	*Ahrbeck* **Morus – Campanella – Bacon.** Bildbiographie. 120 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
118	*Arnaszus/Beyer/Sandkühler u. a.* Materialismus-Wissenschaft und Weltanschauung im Fortschritt, 259 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,—
131	*Axt* **Staat, Multinationale Konzerne und Politische Union in Westeuropa,** 450 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
2	*Badstübner/Thomas* Restauration und Spaltung. Entstehung und Entwicklung der BRD 1945–1955, 512 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,—
132	*Balzer* Klassengegensätze in der Kirche. Erwin Eckert, Vorw. W. Abendroth, 2. A. 296 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
133	*Bayertz/Schleifstein* **Mythologie der „Kritischen Vernunft". Kritik an Karl Popper.** 270 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
134	*Berthold/Lozek u. a. (Hg.)* **Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung.** 4., völlig überarb. u. erw. Aufl., 751 S. 48,— DM	38,40	36,—	33,60
135	*Blank/Brauns/Fangmann/Uessler* **Wohin treibt der Rechtsstaat?** Arbeitsbuch zur Verfassungsentwicklung, 350 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
136	*Bock/Thoms* **Unter dem Regenbogen.** Hist. Porträts der frühbürgerlichen Revolution, 255 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
137	*Böttger* **Kultur im alten China.** Mehrfarb. Abb. u. Illustr. Großformat, Ln. Schutzumschlag, 260 S. 32,— DM	25,60	24,—	22,40
138	*Booß* **Ansichten der Revolution.** Paris-Berichte deutscher Schriftsteller nach 1830, 272 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
139	*Bracht u. a. (Hg.)* **Hochschulrahmengesetz, Hochschulpolitik und Klassenauseinandersetzungen i. d. BRD,** 400 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
5	BRD – DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme, 442 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,—
141	*Buhr* **Vernunft, Mensch, Geschichte.** Klassische bürgerliche Philosophie, 383 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
101	*Buhr/Irrlitz* Der Anspruch der Vernunft. Bürgerliche deutsche Philosophie als Quelle des Marxismus, 280 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
122	*Butterwegge* Alternativen der Wirtschaftslenkung, 200 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
142	*Butterwegge* **Probleme der marxistischen Staatsdiskussion,** 220 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,—
143	*Czichon* Wer verhalf Hitler zur Macht? Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, 4. Aufl. 165 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
144	*Dammann* **Tarifvertrag und Arbeitskampf.** Rechtl. Rahmenbedingungen aktiver Lohnpolitik, 390 S. 19,80 DM	15,85	14,85	13,85
102	*Deppe* Arbeiterbewegung u. westeuropäische Integration, 358 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
145	*Deppe/Fülberth/Harrer u. a.* **Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung,** 500 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40

Fett gedruckte Titel sind Neuerscheinungen im 2. Halbjahr 1977

bitte wenden

Bestell-Nr.	Autor und Titel	Treue-Rabatt nach 1jähr. Abo 20 %	2jähr. Abo 25 %	3jähr. Abo 30 %
	Deutschland im zweiten Weltkrieg, 4 Bde. Je 700 S. Großformat, Ln. mit Schutzumschlag, Abb. und Tafeln, je Band 42,– DM			
13a	Band 1: 1939–1941	33,60	31,50	29,40
13b	Band 2: 1941–1942	33,60	31,50	29,40
146	*Dress/Hansen u. a.* **Wir Verfassungsfeinde.** Dok. zum Berufsverbot mit 100 Porträts und Abb., 292 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
16	*Engelberg (Hg.)* Probleme der marxistischen Geschichtswissenschaft, 356 S. 38,– DM	30,40	28,50	26,60
147	*Finker* **Stauffenberg und der 20. Juli 1944,** 40 Abb., 488 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
148	*Foltin/Würzburg* **Arbeitswelt im Fernsehen.** Programmanalyse, 126 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
103	*Frauenaktion Dortmund (FAD)* Schwangerschaft und der neue § 218. Hdb. für Frauen, 203 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
19	*Freyberg/Fülberth u. a.* Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863–1975, 2. Aufl., 457 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
149	*Gugel* Industrieller Aufstieg und bürgerliche Herrschaft. Interessen und Ziele des liberalen Bürgertums, 304 S. 48,– DM	38,40	36,–	33,60
26	*Haug* Vorlesungen zur Einführung ins „Kapital", 196 S., 2. verb. Aufl. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
150	*Haug* **Der hilflose Antifaschismus,** 4. Aufl., 180 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
151	*Haumann (Hg.)* **Vom Hotzenwald bis Wyhl.** Demokratische Traditionen in Baden, 240 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
152	*Herrmann* **Spuren des Prometheus.** Aufstieg der Menschen zwischen Naturgeschichte und Weltgesch., Farbfotos u. Abb., 272 S. Ln. 29,80 DM	23,85	22,35	20,85
105	*Hinrichs/Peter* Industrieller Friede? Arbeitswissenschaft, Rationalisierung und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, 300 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
29	*Hofschen/Ott* SPD im Widerspruch. Entwicklung und Perspektive der Sozialdemokratie, 182 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
119	*Huffschmid/Schui (Hg.)* Gesellschaft im Konkurs? Handbuch der Wirtschaftskrise in der BRD 1973–1976, 530 S. 16,80 DM	13,45	12,60	11,75
153	*Jürß* **Von Thales zu Demokrit.** Frühe griechische Denker, Bildbiographie, 130 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
124	*Kahl* Positivismus als Konservatismus (Topitsch), 301 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
33	*Kramer* Freizeit u. Reproduktion d. Arbeitskraft, 2. Aufl., 279 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
38	*Kühnl* Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, 317 Dok. u. 13 Abb., 2., verb. Aufl., 524 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
154	*Kühnl/Hardach* Zerstörung der Weimarer Republik, 292 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
155	*Lange* **Technik im Kapitalismus.** Kapituliert die bürgerliche Wissenschaft? 200 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
156	*Loth* **Apartheid und Kirchen.** Christen im Widerstand, 310 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
39	*Maase* Leseinteressen der Arbeiter in der BRD, 125 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
157	*Mannhardt/Schwamborn* **Zivildienst-Handbuch,** 142 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
158	*Markov/Soboul* **1789. Die große Revolution d. Franzosen,** 480 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
61	*Mayer/Stuby* Die Entstehung des Grundgesetzes. Beiträge und Dokumente, 338 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
159	*Mayer/Stuby* **Das lädierte Grundgesetz.** Verfassungsgeschichte 1949 bis 1976, 340 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
99	*Menschik* Grundlagentexte zur Emanzipation der Frau, 424 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
160	*Menschik* Feminismus. Geschichte, Theorie, Praxis, 282 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
175	*Metscher* **Kunst und sozialer Prozeß.** Zur Theorie der ästhetischen Erkenntnis, 240 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
161	*Meyer* Studien zur sozialökonomischen Entwicklung Sowjetrußlands 1921–1923, 557 S. 40,– DM	32,–	30,–	28,–
43	Mitbestimmung als Kampfaufgabe. Grundlagen, Möglichkeiten, Zielrichtungen, 282 S. 10,– DM	8,–	7,50	7,–
162	*Nowak* **Arbeiter und Arbeit in der westdeutschen Literatur 1945–1961,** 182 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
163	*Oduev* **Auf den Spuren Zarathustras.** Der Einfluß Nietzsches auf die bürgerliche deutsche Philosophie, 453 S. Ln. 38,– DM	30,40	28,50	26,60
164	*Opitz* **Europastrategien des deutschen Kapitals.** 1900–1945, 1069 S. 68,– DM	54,40	51,–	47,60
165	*Plath/Sandkühler (Hg.)* **Theorie und Labor.** Dialektik als Programm der Naturwissenschaft, 200 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
166	*Preiß* Humanisierung der Arbeitswelt. Entstehungsbedingungen, Konzepte und Modelle, 132 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
52	*Räuschel* Die BASF. Anatomie eines multinat. Konzerns, 264 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
167	*Sandkühler (Hg.)* **Betr.: Althusser.** Kontroverse, 225 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
120	*Simon* **Macht und Herrschaft der Unternehmerverbände BDA, BDI und DIHT, 237 S. 9,80 DM**	7,85	7,35	6,85
54	*Schleier* **Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung in der Weimarer Republik, 594 S. 38,– DM**	30,40	28,50	26,60

Bestell-Nr.	Autor und Titel	Treue-Rabatt nach 1jähr. Abo 20 %	2jähr. Abo 25 %	3jähr. Abo 30 %
171	*Hofmann* Jan Amos Comenius. Lehrer der Nationen, Bildbiographie, 110 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
70	*Keseling* Sprach-Lernen in der Schule, 2. Aufl., 110 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
71	*Koch* Berufstätigkeit der Mutter und Persönlichkeitsentwicklung des Kindes, 176 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
172	*Koch/Rocholl* **Kleinkinderziehung als Privatsache?,** 221 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
173	*Kossakowski u. a.* **Psychologische Grundlagen der Persönlichkeitsentwicklung im pädagogischen Prozeß,** 416 S. 25,– DM	20,–	18,75	17,50
72	*Ljublinskaja* Kinderpsychologie, 544 S. Ln. 19,80 DM	15,85	14,85	13,85
74	Materialistische Wissenschaft und Psychologie, 446 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
48	*Parygin* Grundlagen der sozialpsychologischen Theorie, 320 S. 17,80 DM	14,25	13,35	12,45
174	*Tripp* **Betr.: Piaget.** Philosophie oder Psychologie? 220 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
113	Wörterbuch der Psychologie. 2500 Stichwörter, über 100 Abb., 596 S., Großformat Ln. 28,– DM	22,40	21,–	19,60

Bitte deutliche Absenderangabe nicht vergessen!

Bitte ausschneiden!

Absender (mit Postleitzahl) der Zahlkarte bzw. Postüberweisung

2809 90-503

für Postscheckkonto Nr.

DM | Pf

Empfängerabschnitt

Postscheckkonto Nr. des Absenders

Für Pahl-Rugenstein Verlag

5000 Köln 51

2809 90-503

Postscheckkonto Nr.

Postscheckamt

Köln

Aussstellungsdatum — Unterschrift

Postvermerk

Pahl-Rugenstein Verlag

Gottesweg 54

5000 Köln 51

2809 90-503

für Postscheckkonto Nr.

Postscheckamt

Köln

DM | Pf

Einlieferungsschein/Lastschriftzettel

Postscheckkonto Nr. des Absenders

Zahlkarte/Postüberweisung

Die **stark umrandeten Felder** sind nur auszufüllen, wenn ein Postscheckkontoinhaber das Formblatt als **Postüberweisung** verwendet (Erläuterung s. Rückseite)

(DM-Betrag in Buchstaben wiederholen)

DM | Pf

PSchA — Postscheckkonto Nr. des Absenders — Postscheckteilnehmer

Absender der Zahlkarte

2809 90-503

für Postscheckkonto Nr.

DM | Pf

Für Vermerke des Absenders

Bestell-Nr.	Autor und Titel	Treue-Rabatt nach 1jähr. Abo 20 %	2jähr. Abo 25 %	3jähr. Abo 30 %
168	*Schlette* **Germanen zwischen Thorsberg und Ravenna.** Kulturgeschichte, 262 S., Fotos, Abb. Ln. 24,– DM	**19,20**	**18,–**	**16,80**
59	*Stiehler* Gesellschaft und Geschichte. Grundlagen und Triebkräfte des historischen Fortschritts, 308 S. 19,80 DM	**15,85**	**14,85**	**13,85**
60	*Streisand* Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Eine marxistische Einführung, 3. Aufl., 484 S. 9,80 DM	**7,85**	**7,35**	**6,85**
169	*Stuby/Wulff (Hg.)* **Nürnberger Verhandlungen gegen die Verbrechen der Militärjunta in Chile,** 263 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
65	*Tumanow* Kritik der bürgerlichen Rechtsideologie, 352 S. Ln. 17,80 DM	**14,25**	**13,35**	**12,45**
170	*Wollgast/Marx* Johannes Kepler. Bildbiographie, 120 S. 9,80 DM	**7,85**	**7,35**	**6,85**
	Pädagogik · Psychologie			
140	*Braun/Holzkamp (Hg.)* **Kritische Psychologie.** Marburger Kongreß-Bericht 1977. Ref. u. Disk., 2 Bde. 1000 S. 30,– DM	**24,–**	**22,50**	**21,–**
67	*Christian* Probleme des Erkenntnisprozesses im politischen Unterricht, 152 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
104	*Gerhard-Sonnenberg* Marxistische Arbeiterbildung in der Weimarer Zeit (MASCH), 250 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**

Bitte ausschneiden!

Für Mitteilungen an den Empfänger		
Bestell-Nr.	**Anzahl**	**Preis**
Porto (unter 25,–)		+ 1,–
B	**Kaufbetrag**	

Hinweis für Postscheckkontoinhaber:

Dieses Formblatt können Sie auch als Postüberweisung benutzen, wenn Sie die stark umrandeten Felder zusätzlich ausfüllen. Die Wiederholung des Betrages in Buchstaben ist dann nicht erforderlich. Ihren Absender (mit Postleitzahl) brauchen Sie nur auf dem linken Abschnitt anzugeben.

1. Abkürzung für den Namen Ihres Postscheckamts (PSchA) siehe unten
2. Im Feld „Postscheckteilnehmer" genügt Ihre Namensangabe
3. Die Unterschrift muß mit der beim Postscheckamt hinterlegten Unterschriftsprobe übereinstimmen
4. Bei Einsendung an das Postscheckamt bitte den Lastschriftzettel nach hinten umschlagen

Abkürzungen für die Ortsnamen der PSchÄ:

Bln W	= Berlin West	Kln	= Köln
Dtmd	= Dortmund	Lshfn	= Ludwigshafen am Rhein
Esn	= Essen		
Ffm	= Frankfurt am Main	Mchn	= München
		Nbg	= Nürnberg
Hmb	= Hamburg	Sbr	= Saarbrücken
Han	= Hannover	Stgt	= Stuttgart
Klrh	= Karlsruhe		

Bedienen Sie sich der Vorteile eines eigenen Postscheckkontos

Auskunft hierüber erteilt jedes Postamt

Feld für postdienstliche Zwecke

Einlieferungsschein/Lastschriftzettel

(nicht zu Mitteilungen an den Empfänger benutzen)

Gebühr für die Zahlkarte: 1,– DM

(wird bei der Einlieferung bar erhoben)

Bei Verwendung als Postüberweisung gebührenfrei

will, muß man also gleichzeitig dieses „Umfeld" einbeziehen. Dann würde sich die Frage stellen, weswegen sich gerade jetzt der terroristische Aktivismus häuft und weswegen gerade in der Bundesrepublik – etwa im Gegensatz zu anderen kapitalistischen Ländern – eine solche Hysterie erzeugt wurde und auch erzeugt werden konnte.

1. Zur Geschichte des Anarchismus

Als kleinbürgerliche, pseudorevolutionäre politische und ideologische Strömung, deren Grundidee die Negierung jeglicher staatlicher Organisation und Gewalt ist, ist der Anarchismus für die Arbeiterbewegung nicht neu. Allerdings hat er in seiner terroristischen Ausprägung nie eine größere Rolle gespielt, wenn man von seiner Funktionalisierung durch die Reaktion für Angriffe gegen die demokratischen Gegenbewegungen absieht. Mit Recht hat der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, Horst Ehmke, in der Bundestagsdebatte vom 5. Oktober 1977 darauf hingewiesen, daß Marxismus und Anarchismus sich ausschließen. Die internationale Arbeiterbewegung, sei sie nun sozialdemokratisch oder kommunistisch orientiert, habe daher den Anarchismus und Terrorismus stets abgelehnt. Es seien sogar Anarchisten ausgeschlossen worden, die nicht für Gewaltanwendung eintraten. Und gegen Strauß gewandt: „Die einhellige Verurteilung der Terroristen durch die kommunistischen Parteien in Ost und West, die Sie sonst so gerne zitieren, ist nicht taktisch bedingt, sondern ideologisch begründet."[59])

Gewisse Erscheinungsformen linksradikal sich gebärdenden Terrorismus' zeigten sich in neuerer Zeit am Rande der nationalen Befreiungsbewegungen in Asien und Afrika[60]). Menschen aus kleinbürgerlichen Existenzbedingungen, die sich der nationalen Befreiungsbewegung angeschlossen haben, vor allem Bauern und Intellektuellen, fällt es schwer, die Härte, die Kompliziertheit und die Langwierigkeit der Klassenauseinandersetzungen zu verstehen und sich darauf einzustellen. Sie trennen bestimmte Aspekte vom revolutionären Gesamtprozeß und verabsolutieren sie, was zu gefährlichen Fehlorientierungen führt. Es entsteht die Illusion, daß man sich über objektive Bedingungen hinwegsetzen und durch radikale Maßnahmen bzw. Willensentscheidungen Ziele erreichen kann, die sonst in weiter Ferne, wenn nicht sogar ganz unerreichbar sind.

Diese Strömungen gehen auch an das Problem der Gewalt einseitig heran. Sie sehen die Gewalt nur in ihrer bewaffneten Form – insofern identisch mit bestimmten reaktionären Ansichten. Die Tatsache, daß unter den Bedingungen in Afrika, Asien und teilweise auch in Südamerika die Ausgebeuteten und Unterdrücker nur unter Einschluß der bewaffneten Gewalt ihren kolonialen Ausbeutern und Unterdrückern begegnen müssen, eine Gewalt, die vom aktuellen Völkerrecht ausdrücklich legitimiert ist, verleitet linksradikale Ansichten dazu, Revolution und bewaffneten Kampf zu identifizieren. Sie erset-

59) Plenarprotokoll, 8/46, S. 3495.
60) Vgl. hierzu Autorenkollektiv unter Leitung von Lothar Rathmann, Grundfragen des imperialistischen Kampfes der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in der Gegenwart, 2 Bde, Berlin (DDR) 1974, insbes. Bd. 1, S. 364 ff. und Bd. 2, S. 1306 ff.

zen den Begriff der Revolution weithin durch den Begriff des „Guerillakampfes" oder des „Volkskrieges".

Das Problem des anarchistischen Terrors ist in Südamerika anders gelagert, da hier im Vergleich zu Afrika und Asien relativ entwickelte kapitalistische Gesellschaften bestehen, teilweise mit langer bürgerlicher Tradition. Hier rekrutiert sich der Linksradikalismus vornehmlich aus proletarisierten kleinbürgerlichen Zwischenschichten. Er knüpft unmittelbar an Theorien der „direkten Aktion" kleiner, elitärer Gruppen an, die in der Geschichte der Arbeiterbewegung in Gestalt des Blanquismus und des Anarchismus bereits vor mehr als hundert Jahren von Marx und Engels kritisiert und widerlegt worden sind. Die Linksradikalen orientierten sich bis in die zweite Hälfte der 60er Jahre auf die Entfaltung des Partisanenkampfes um jeden Preis und ohne Rücksicht auf die konkreten Gegebenheiten. Nach dem Scheitern dieser Konzeption gingen sie, vor allem in Brasilien und Uruguay, aber auch in Argentinien und anderen Ländern, zur Bildung von Stadtguerillas über, wo sie durch ihre terroristische Praxis (Bombenattentate, Geiselentführung) Aufmerksamkeit erweckten, im ganzen aber der inneren Reaktion dabei halfen, durch die Verschärfung der Unterdrückungsmaßnahmen die Möglichkeiten zur Entfaltung der Tätigkeit revolutionärer Kräfte immer weiter einzuengen, wie das besonders in Uruguay, aber auch in Chile der Fall war. Der Imperialismus und seine einheimischen Verbündeten haben die negative Bedeutung des Linksradikalismus für die Entwicklung des revolutionären Prozesses in den Ländern Lateinamerikas klar erkannt und unterstützen ihn in vielfältigen Formen, die von der versteckten und offenen Propaganda in den Massenmedien bis zur direkten Förderung durch Berufsagenten der CIA reicht.

2. Phänomene des anarchistischen Terrorismus in Westeuropa

Derartige pervertierte Strömungen, teilweise unter bewußter Anknüpfung an die genannten Strömungen in Afrika, Asien und Lateinamerika und teilweise in punktueller Kooperation mit ihnen, traten am Ende der 60er Jahre auch in fast allen westeuropäischen Ländern auf. Sie sind Ausdruck der sich verschärfenden allgemeinen Krise des staatsmonopolistischen Systems, die sich zunehmend auf allen Ebenen äußert. Daß die Bundesrepublik trotz vergleichsweise günstiger Position von dieser Krise nicht verschont ist, zeigt die Arbeitslosenzahl, die Selbstmordziffer[61]), die Anzahl der psychisch Erkrankten ebenso die das Ansteigen der Gewaltkriminalität insgesamt, um nur einige Phänomene zu nennen. In Asien, Afrika und Lateinamerika können terroristische Aktionen linksradikaler Elemente aus den besonderen Bedingungen dieser Länder (vornehmlich das unvorstellbare Massenelend) auf ein gewisses Verständnis bei der Bevölkerung stoßen. In Westeuropa sind derartige Aktionen mit Unterschieden, die hier vernachlässigt werden können, der Ablehnung der Bevölkerung, gerade bei der Arbeiterklasse, aber auch bei kleinbürgerlichen Schichten und der Intelligenz – von der Bauernschaft ganz zu

61) Die Selbstmordziffer liegt bei 13 000 jährlich. Etwa 200 000 Menschen müssen jährlich in psychiatrische Kliniken eingeliefert werden; vgl. hierzu FR v. 21. 10. 1975, zit. nach Kühnl, Anm. 58, S. 1241.

schweigen – sicher. In der Bundesrepublik hat sich die terroristische Welle verhältnismäßig spät eingestellt, dann aber mit zunehmender Brutalität und Präzision.

V. Die spezielle Funktion des anarchistischen Terrors für die Bundesrepublik

1. Rückwirkungen auf das Bewußtsein der breiten Bevölkerung

Im Unterschied zur Ablehnung des anarchistischen Terrors in westeuropäischen Ländern mit vergleichbarem gesellschaftlichen und staatlichen System ist die Ablehnung in der Bundesrepublik weitgehend undifferenziert.

Das der massiven Manipulation durch die Massenmedien ausgesetzte öffentliche Bewußtsein vermag nur sehr schwer einen Unterschied zwischen einem Terroristen auf der einen und einem Kommunisten, systemkritischen Demokraten, ja, bisweilen einem lediglich auf die bürgerliche Tradition pochenden Liberalen auf der anderen Seite zu machen. Wer die öffentliche Stimmung realistisch beurteilt, wird zu dem Ergebnis kommen, daß die Mehrheit der Bevölkerung daher auch die eigentliche Funktion der beabsichtigten Generaldemontage unseres Verfassungssystems nicht durchschaut und die vorgeschlagenen Maßnahmen, wenn auch mit tiefsitzendem Unbehagen, letztlich gutheißt. Die Sicht für eine alternative Möglichkeit, die ihren eigentlichen Interessen entsprechen würde, erscheint im Augenblick zumindest versperrt. Dieses Faktum hat vornehmlich historische Gründe, von denen hier nur zwei Momente angeführt werden können.

Es mangelt bei uns an einer bürgerlichen Tradition, die mit der im übrigen Westeuropa vergleichbar wäre. Die schwachen Ansätze einer solchen Tradition in Deutschland waren immer von einem sich allmählich zur Ideologie des Großkapitals mausernden junkerlich-preußischen Chauvinismus überlagert. Auf deutschem Boden konnten nur Worthülsen gedeihen, hinter denen das Gegenteil der ursprünglichen Intention des Frühbürgertums verborgen wurde. Ein in der Intelligenz oder gar in der breiten Bevölkerung verankertes Rechtsbewußtsein, in dem Selbstverständlichkeiten wie Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Respekt vor den Grundrechten, vornehmlich vor den justiziellen, und Meinungsfreiheit für den politischen Gegner vorhanden waren, konnte sich nicht entwickeln.

Die bürgerliche Rechtsstaatlichkeit stellte sich nur als Abglanz oder gar als Perversion der demokratischen Republik dar[62]). So war es auch für die Arbeiterklasse und ihre politischen Organisationen schwer, sie als wertvolles zu verteidigendes und weiterzuentwickelndes Gut zu begreifen. Entweder akzeptierte sie die pervertierte Variante dieses Rechtsstaates mehr oder weniger unbesehen, wie ein Großteil der Sozialdemokratie, oder sie lehnte diese Variante, wie die Kommunisten, ab. Kein Wunder, denn die Perversion konnte bis zum „Rechtsstaat Adolf Hitlers" (Carl Schmitt)[63]) getrieben werden.

62) Vgl. hierzu Helmut Ridder, Die soziale Ordnung des Grundgesetzes. Leitfaden zu den Grundrechten einer demokratischen Verfassung, Opladen 1975, insbes. S. 144 ff.
63) Vgl. in: Dr. Hans Frank, Nationalsozialistisches Handbuch für Recht und Gesetzgebung, München 1935, S. 10.

Hier mußte ein wichtiges Bündnisferment zwischen Arbeiterklasse, Kleinbürgertum und Intelligenz wegfallen, dessen Fehlen das Heraufkommen des Faschismus erleichterte. Und hier liegt das zweite Moment für bestimmte aktuelle Retardierungen öffentlicher Bewußtseinsentwicklung. Nachdem es dem deutschen Faschismus gelungen war, mit einer in der Geschichte beispiellosen Brutalität den aktiven bewußten Kern der deutschen Arbeiterbewegung physisch zu liquidieren, war es für ihn nicht mehr schwer, das deutsche Volk zu einem fast willenlosen Instrument des nach der Weltherrschaft strebenden Hitlerismus zu machen, der mehr oder weniger vermittelt selbst im Dienste der aggressivsten Teile des Großkapitals stand. Aus den bitteren Erfahrungen der demokratischen Kräfte in Deutschland und aus der Beschwichtigungspolitik ihrer von den herrschenden bürgerlichen Klassen gelenkten Staaten lernen, brachten die Völker Europas und Amerikas die Antihitler-Koalition zustande[64]). Unter Opfern, von denen die Sowjetunion den Hauptteil trug, gelang es, die tödliche Gefahr zu beseitigen. Während jedoch die meisten Völker noch so viel eigene Widerstandskraft entfalten konnten, daß sie zur eigenen Befreiung den entscheidenden Anteil zu leisten imstande waren, befand sich das deutsche Volk in einer aussichtslosen Lage. Nach der Liquidierung seiner besten demokratischen Kräfte war es so ermattet, daß es nur noch von außen – zum Teil gegen sein eigenes Bewußtsein – befreit werden konnte. Hiermit soll nicht in Abrede gestellt werden, daß der bis zuletzt bestehende Widerstand im Inneren wie das Wirken der demokratischen Opposition in der Emigration für die Befreiung eine Rolle gespielt haben. Es bleibt aber das Faktum, daß die Hauptlast der Befreiung vom Faschismus die Alliierten und die sie tragenden gesellschaftlichen Kräfte auf sich nehmen mußten und daß große Teile des deutschen Volkes die Befreiung als Zusammenbruch der deutschen Nation begriffen. Dementsprechend hing der Gesundungsprozeß und die Entwicklungsfähigkeit der demokratischen Kräfte in Deutschland nach 1945 in weit höherem Maße von den äußeren Bedingungen ab, als in Ländern, in denen der Faschismus die demokratischen Traditionen nicht so stark zerstören konnte, Traditionen zudem, die in Deutschland stets sehr schwach entwickelt waren. Tiefsitzende, vom Faschismus verfestigte Syndrome im öffentlichen Bewußtsein, die vom Antikommunismus (vornehmlich Antisowjetismus) bis nationalistischem Fremdenhaß reichen (Stichwort: Nestbeschmutzung), blieben erhalten. So kann jede Kritik von außen als Oktroi bzw. Einmischung in die inneren Angelegenheiten hingestellt werden, die sich außer dem deutschen Volk niemand gefallen lassen müsse. Besonders Willy Brandt ist eine beliebte Zielscheibe der Opposition als ein Mitverursacher „deutschfeindlicher Haßkampagnen" im Ausland.

Insofern ist es nicht weiter verwunderlich, daß sich in der Bundesrepublik weitgehend nur tradeunionistisches Bewußtsein in der Arbeiterklasse bilden konnte. Es gelang den herrschenden Kräften, über diesen Bewußtseinsstand hinauswachsende politische Tendenzen bislang weitgehend zu unterbinden.

64) Ausffühlicher hierzu Stuby, Die Antihitlerkoalition und ihr Weg zum Potsdamer Abkommen, in: Mayer/Stuby, Die Entstehung des Grundgesetzes. Beiträge und Dokumente, Köln 1976, S. 13 ff.

Es sei nur auf die Folgen des KPD-Verbots von 1956 und, unter anderen Bedingungen, auf die aktuellen Berufsverbote hingewiesen.

2. Die Belebung revanchistischer Tendenzen in der Bundesrepublik

Nach dem bisher Skizzierten verwundert es nicht, daß der Terror der Rechten, reichend von der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs bis zum faschistischen Massenterror, kaum tiefergreifende Abschreckungswirkungen entfalten konnte. Ähnliche Vorschläge, wie sie in der Öffentlichkeit im Augenblick gegenüber den anarchistischen Gewalttätern gemacht werden, wurden gegenüber faschistischen Massenmördern nie diskutiert. Kaum jemand kam auf den Gedanken, während des Auschwitz-Prozesses Anwälten wie Laternser u. a. Prozeßverschleppung vorzuwerfen, wenn sie unter Ausschöpfung der Strafprozeßordnung die Gerichte mit Beweisanträgen überschütteten. Damit keine Mißverständnisse aufkommen, dies soll nicht gerügt werden, denn der demokratische und soziale Rechtsstaat im Sinne des Grundgesetzes lehnt eine Liquidierung seiner Gegner ab. Vielmehr erwehrt er sich ihrer unter Respekt ihrer Grundrechte. Denn Menschenwürde besitzt auch derjenige, der sie selbst mit Füßen tritt. Aber es muß der Finger auf die Perspektivverrückung gelegt werden, die selbst die Verfassungs- und Rechtsbeugung wie im Falle Kappler nicht wahrnehmen will. Die Häufung provokatorischer Aufmärsche[65]) und Versammlungen von SS-Verbänden und Neonazi-Gruppierungen, teilweise sogar unter Waffen wie die „Wehrsportgruppe Hoffmann", die sich in Rhodesien und Südafrika als Söldnergruppe anbot, wird von den Behörden geflissentlich übersehen, obwohl nach Völkerrecht und geltendem nationalen Recht eine Pflicht zum Eingreifen bestände. Der Vorsitzende der SPD, Willy Brandt, machte in einem von der Rechten mit wütenden Kommentaren begleiteten Brief auf diese „uns von rechtsextremen, neonazistischen Gruppen drohenden Gefahren"[66]) aufmerksam. Es gibt schon seit längerer Zeit Indizien dafür, daß das offene Auftreten von Nazis eine Oberflächenerscheinung darstellt, die tiefe Wurzeln hat. Unterhalb der Sichtlinie reichen derartige Kräfte bis in den Staatsapparat, in die Justiz, die Bundeswehr, die Massenmedien, in die Strafverfolgungsbehörden, und nicht zuletzt in die Polizei- und die Verfassungsschutzkräfte hinein[67]). Auf das geflissentliche Übersehen der Tätigkeit ausländischer Geheimdienste wie z. B. derjenigen des faschistischen Spaniens oder Junta-Griechenlands, die alle Merkmale einer verbrecherischen Organisation besitzen, wenn man die Grundsätze von Nürnberg heranzöge, sei nur hingewiesen.

Die unheilige Allianz in den USA und auch in einigen westeuropäischen Ländern zwischen neofaschistischen, offen rassistisch auftretenden Kräften, die bis in den Staatsapparat reichen (Hauptbeispiel CIA), und terroristischen Gruppen, die sich linksradikal geben, kann inzwischen zahlreich belegt wer-

---

65) Vgl. hierzu die von der VVN und der VdJ herausgegebene Broschüre: Verfassungswidrig? Verbrecherisch? Geduldet? Eine Dokumentation; sowie die von der VVN herausgegebene Dokumentation: die Lüge vom 4. Wehrmachtsteil, Die Waffen-SS in Selbstdarstellung, beide 1977.
66) Vgl. FR v. 18. 8. 1977.
67) Vgl. hierzu die in Anm. 44 angegebene Literatur.

den. Insofern ist eine Vermutung in dieser Richtung bei den gegenwärtigen anarchistischen Aktionen in unserem Land nicht von der Hand zu weisen. Selbst wenn keine direkt personellen Beziehungen im Augenblick nachzuweisen sind, die politische Funktion des anarchistischen Terrors für die äußerste Reaktion ist klar[68]).

Dennoch muß vor einer einfachen Identifizierung von anarchistischem Terror und Faschismus gewarnt werden. Sie würde nicht nur von der Gefährlichkeit der genannten aktuellen neonazistischen und revanchistischen Tendenzen ablenken, sondern auch die Funktion des anarchistischen Terrors für die Reaktion verkennen. Die Möglichkeit, Terroraktionen links zu drapieren, ist für die Reaktion in der gegenwärtigen Situation der Bundesrepublik wichtig. Neben einer Entlastungsfunktion, die diese Aktion für viele Mittäter und Mitwisser des staatlichen faschistischen Terrors während des Dritten Reiches hat[69]) – die gegenwärtige Verharmlosungswelle in bezug auf das Dritte Reich in Film und Fernsehen verfolgt den gleichen Zweck –, denen sie zur Diskreditierung und Kriminalisierung der gesamten demokratischen Bewegung und zur Aufrechterhaltung des mangelnden Unterscheidungsvermögens im Bewußtsein der breiten Bevölkerung. Ein offener Terror von rechts wie in der Weimarer Zeit ist wegen des nach wie vor, wenn auch nur latent und verzerrt vorhandenen Antifaschismus im öffentlichen Bewußtsein, augenblicklich nicht möglich[70]). Bei Fortsetzung des anarchistischen Terrorismus könnte sich aber diese Konstellation verändern.

VI. Die weitere Perspektive für die demokratische Bewegung

1. Die Grenzen der Reaktion

Mit Recht hat Wolfgang Abendroth darauf hingewiesen, daß die „größte Hoffnung für die Erhaltung der freiheitlich-sozialen Demokratie in der Bundesrepublik – so bitter das ist – in den internationalen Machtverhältnissen liegt, die den Übergang zum Polizeistaat in diesem Lande kaum erlauben, und in der öffentlichen Meinung vor allem unserer westlichen (wenn auch kapitalistischen, so doch gesicherten parlamentarisch-demokratischen) Nachbarländer"[71]). Dennoch darf nicht übersehen werden, daß dies nicht die einzige Grenzsetzung für die Reaktion darstellt. Es gibt bei aller Schwäche eine demokratische Gegenbewegung in unserem Lande, wie sie sich in zahlreichen Bürgeraktivitäten (Berufsverbote, Umweltschutz, Abrüstung usw.), in der Gewerkschaftsbewegung, vornehmlich in den Forderungen der letzten Kon-

68) Vgl. hierzu UZ v. 16. 9. 1977.

69) Die alleinige Wurzel des Terrorismus in linken Strömungen wird vor allen Dingen in äußerst zugespitzter Form von CSU-Vertretern hervorgebracht; vgl. hierzu Werner Broll (CSU-MdB), Hat der Terrorismus wirklich nichts mit Links zu tun?, in: DUD v. 30. 9. 1977.

70) Ein besonders prägnantes Beispiel für die Vermischung von Terrorismus und Faschismus über die Brücke der Totalitarismustheorie liefert Robert Held, Barbarei in Deutschland, in: FAZ v. 21. 10. 1977: „In das Schreckensarchiv der deutschen Geschichte gehen, nach Bildern aus Warschau, Auschwitz ähnlichen Orten, neue Zeugnisse deutscher Barbarei ein: die Videobänder vom Leidensweg Hanns-Martin Schleyers."

71) In: „Blätter", 10/1977, a.a.O. Gegenüber den larmoyanten Feststellungen der bundesrepublikanischen Medien über eine antideutsche Welle muß darauf hingewiesen werden, daß die meisten Stimmen sehr wohl zwischen anarchistischen Terroristen als Helfershelfer staatsautoritärer oder neofaschistischer Strömungen und dem deutschen Volk zu unterscheiden wissen; vgl. z. B. Dominique Berger, in: DVZ v. 27. 10. 1977, S. 4.

gresse[72]), in den politischen Parteien, auch in der für sozialen und demokratischen Fortschritt in unserem Lande ausschlaggebenden Partei, der SPD, äußert. Das Protest-Abstimmungsverhalten von 16 SPD-Abgeordneten wie die sich hieran anschließende Kontroverse in der Fraktion ist eine Widerspiegelung der zunehmenden Artikulation der SPD-Basis, die die Unzufriedenheit breiter Bevölkerungskreise mit der gegenwärtigen Politik der sozialliberalen Koalition weitergibt, und zwar im Sinne alternativer Forderungen in Richtung auf Erhaltung der demokratischen Substanz unserer Verfassung und der Weiterentwicklung des sozialen und demokratischen Rechtsstaates. Die Umsetzung und Verwirklichung dieser Forderungen wäre der einzige Weg, nicht nur die Transformation der Bundesrepublik in einen autoritären Polizeistaat zu verhindern, sondern auch dem anarchistischen Terrorismus den Nährboden zu entziehen[73]).

2. *Was kann unmittelbar getan werden?*

Der Zorn der Schriftsteller, wie ihn Bernt Engelmann[74]) auf der Frankfurter Buchmesse artikuliert hat, die Betroffenheit mancher Liberaler, die man schon völlig in der Resignation versunken wähnte[75]), wie auch führender Politiker der sozialliberalen Koalition über die systematische Vergiftung und Verhetzung der Öffentlichkeit unter dem Vorwand, den Terrorismus zu bekämpfen, würde ohne diese Bewegung für die Verteidigung des sozialen und demokratischen Rechtsstaats und seiner Weiterentwicklung verpuffen. Diese Bewegung könnte stärker sein, wenn der tiefsitzende Antikommunismus bis hinein in die Sozialdemokratie zumindest aufgebrochen wäre. Wenn unter den gegenwärtigen Bedingungen überhaupt etwas bewegt werden konnte, auch in Richtung der von der sozialliberalen Koalition aus Integrationsgründen propagierten Reformen, so liegt dies an den Kräften, die gemeinhin in der Öffentlichkeit als Volksfront diffamiert werden. In den zahlreichen Aktionseinheiten, angefangen bei der Durchsetzung der Ostverträge, der Hochschulpolitik bis hin zu Fragen des Umweltschutzes oder der Kommunalpolitik, wurden die Anstöße und konkreten Forderungen gegen den etablierten Parteibetrieb entwickelt. Es war ein zäher und langwieriger Weg bis sie, teilweise bis zur Unkenntlichkeit verwässert, Niederschlag in der offiziellen Parteiprogrammatik fanden. Schneller erfolgte allerdings wieder ihre Aufgabe, als die Reaktion ansetzte, um das verlorene Terrain zurückzuerobern. Daß dieser Prozeß zumindest verlangsamt werden konnte, beruht auf den bewährten Aktionseinheitsfeldern, in denen ein breites Spektrum entschiedener Demokraten zusammenarbeitete. An diese Erfahrungen ist in der gegenwärtigen Situation anzuknüpfen. Das unmittelbare Ziel kann daher nur sein, die alternativen An-

72) Der Beschluß des GEW-Kongresses hinsichtlich der Beseitigung des Bremer Modelles durch das am 15. 11. 1977 in Kraft tretende Bremer Hochschulgesetz zeigt sehr deutlich, daß die Gewerkschaften zunehmend nicht gewillt sind, die Kooperation der SPD-Spitze mit der Opposition zu akzeptieren. Der Beschluß ist kein Einzelfall, sondern drückt sehr deutlich eine Tendenz aus. Vgl. auch den Aufsatz von Axel Breinlinger in diesem Heft.
73) Das kommt sehr deutlich auch in dem Brief der Humanistischen Union an den Bundespräsidenten gegen die Verwendung des Begriffs „Sympathisant" zum Ausdruck; vgl. FR v. 14. 9. 1977.
74) Vgl. den Dokumententeil in diesem Heft sowie die Erklärung von Böll in FR v. 1. 10. 1977, von Walter Jens, Der liberale Staat hat Millionen von Verteidigern, in: „Vorwärts" v. 6. 10. 1977.
75) So vor allem Habermas im „Spiegel".

sätze zur Politik des herrschenden Parteienkartells in den verschiedenen Bereichen weiterzuentwickeln und über alle ideologischen Differenzen hinweg zu vereinen. Der Generaloffensive der Reaktion muß durch die Aktionseinheit aller Demokraten, selbstverständlich unter Einschluß der Kommunisten, ein entschiedenes Nein entgegengehalten werden. Es geht nicht um ein neues Konzept, sondern um die Fortsetzung des schon bewährten. Die Propagierung scheinradikaler Neulösungen ist insofern nur der Ausdruck derselben Resignation, die zu fatalistischer Inaktivität führt.

Der anarchistische Terror muß bekämpft werden, hierüber kann kein Zweifel bestehen. Es müssen aber die wirklichen Ursachen aufgedeckt werden. Sie liegen in den wachsenden Widersprüchen unseres staatsmonopolitischen Systems und nicht, wie manche uns demagogisch weismachen wollen, in zuviel Liberalität. Wo täglich brutale Gewalt in allen Formen auftritt, wo vergangene faschistische Herrschaftsausübung verniedlicht oder sogar verherrlicht wird, wo Verbrechen gegen die Menschlichkeit propagiert oder hingenommen werden, um den Profit multinationaler Konzerne zu sichern, ist es Heuchelei, sich über individuelle Gewaltkriminalität und anarchistischen Terrorismus zu wundern. Dort wo die Spannung, die aus dem Gefälle von einer tiefen Sehnsucht nach Humanität und realer Brutalität entsteht, nicht in die kollektive Aktion zum Fortschritt der Menschheit umgeleitet werden kann, muß ein Riß entstehen, der mit Gesetzmäßigkeit zur Selbstzerstörung führt.

Eine effektive Verbrechensbekämpfung, gerade was den anarchistischen Terror anlangt, ist ohne demokratische Strafverfolgungsbehörden und Polizei- und Verfassungsschutzämter nicht möglich[76]). Nur Beamte, die sich der demokratischen, sozialen und rechtsstaatlichen Substanz unserer Verfassung verpflichtet fühlen und nicht einem abstrakten Staatsgebildet, das konkret mächtigen Wirtschaftsinteressen und politischem Chauvinismus dienstbar gemacht wird, können die wirkliche Kriminalität wirksam bekämpfen und die realen Gefahren für unsere Verfassung erkennen. Solange es in unheilvoller Tradition ihre Hauptaufgabe ist, demokratische Bewegungen und demokratisches Engagement zu bekämpfen, hunderttausende Demokraten zu observieren, Razzien auf unschuldige Bürger zu machen, justizielle Grundrechte als bürokratische Hindernisse zu empfinden und anderes mehr, kann auch die Verfolgung der Terroristen nicht effektiv sein, wie die Ergebnisse zeigen. Eine Änderung der Gesamtrichtung der Apparatur ist vonnöten, wie sie Wolfgang Abendroth mit Recht fordert[77]). Ein beängstigendes Symptom stellen die Vorgänge in Stammheim dar. Gleich, ob man die Mord- (auch in der Form der Nichtverhinderung von Selbstmord) oder die Selbstmordthese vertritt – beide Versionen sind nach den gegenwärtig bekannten Fakten weder sicher noch auszuschließen –, bleibt der Eindruck einer zunehmenden Brutalisierung der ausgeübten Staatsgewalt, die eine Demokratie, die diesen Namen verdient, nicht hinnehmen darf[77a]).

76) Das Unbehagen über die Abschirmung des Verfassungsschutzes von öffentlicher Kontrolle wird zunehmend auch in den Gewerkschaften formuliert; vgl. hierzu die Forderung der Gewerkschaft ÖTV nach mehr parlamentarischer Kontrolle des Verfassungsschutzes, in: „Das ÖTV-Magazin", November 1977, S. 22.
77) „Blätter", 10/1977, a.a.O.
77a) Die VdJ weist in einer Presseerklärung v. 28. 10. daraufhin, daß im Interesse der Wahrung des Ansehens

Es gilt, die Funktionalisierung des anarchistischen Terrors aufzudecken, der der Reaktion als Vorwand dient, von den eigentlichen Problemen unserer Gesellschaft abzulenken, vom Problem der Arbeitslosigkeit, der Bildungskatastrophe, der zunehmenden Umweltverschmutzung, der forcierten Remilitarisierung, der um sich greifenden individuellen Verzweiflung usw.

Es muß Schluß sein mit der Verketzerung derjenigen, die dieses und die möglichen Alternativen im Kampf um das Recht auf Arbeit, und zwar auf befreite Arbeit, in der Stärkung der gewerkschaftlichen Gegenmacht, im Kampf gegen die Aufrüstung, gegen die Berufsverbote, um die kompromißlose Erhaltung der Freiheitsrechte, augenblicklich insbesondere der justiziellen usw., aufzeigen. Halbherziges Verteidigen oder gar peinliche Defensive mit Blick auf eine Volksmeinung, an deren Zustandekommen man nicht unschuldig ist, müssen aufhören. Detlef Hensche, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Druck und Papier, ist voll beizupflichten, wenn er (in Heft 10/1977 der „Blätter") aufruft, „darüber nachzudenken, wie weit wir selbst durch defensives Zurückweichen das Terrain politisch preisgegeben haben, das nunmehr auch juristisch tabuisiert werden soll. Die Antwort? Machen wir uns daran, dieses Terrain politisch wieder zu besetzen!"[78])

Nach wie vor bleibt es eine der vordringlichsten Kampfaufgaben, die Berufsverbote gegen Demokraten zu Fall zu bringen. Sie sind Grund und Ausdruck der fortschreitenden Vergiftung unseres politischen Lebens. Wenn auch auf einer anderen, nämlich auf der innerparteilichen Ebene liegend, erfüllen die zahlreichen Parteiordnungsverfahren gegen diejenigen, die die Aktionseinheit aller Demokraten unter Einschluß aller Antifaschisten und damit auch der Kommunisten fordern, eine vorbereitende Funktion[79]). Da sie die innerparteiliche Demokratie ersticken, bauen sie die Abwehrkräfte der aktivsten gesellschaftlichen Kräfte gegen die Reaktion ab. Nicht nur die Linke innerhalb der Sozialdemokratie, sondern auch die in ihr tonangebenden Kräfte, müßten sich jetzt ihrer Verantwortung bewußt werden, bevor es auch für sie zu spät ist. Es könnte sonst sein, daß sie einst vor der Geschichte als die Kollaborateure „unheilvoller Gewalten"[80]) dastehen, die die deutsche Sozialdemokratie gänzlich vernichtet hätten, wenn es nicht die Anti-Hitler-Koalition gegeben hätte. Das Prager und Buchenwalder Manifest besitzt höchste Aktualität. Die gewerkschaftlich organisierte Macht der Arbeiterschaft, die zumindest punktuelle Aktionseinheit aller Demokraten aus aufrechten Christen, Sozialdemokraten und Kommunisten, aber nur sie, könnte im Verein mit der internationalen Solidarität fortschrittlicher Kräfte die Reaktion in ihre Grenzen weisen.

---

unseres Staates der Vorschlag von Juristen der USA zu begrüßen sei, eine internationale Untersuchungskommission einzusetzen, der Experten westlicher, östlicher und neutraler Staaten angehören.

78) Detlef Hensche, Mitbestimmung, Grundgesetz und politisches Kräfteverhältnis, in: „Blätter", 10/1977, S. 1222 ff.

79) Unverständlich ist z. B. die Verketzerung von Initiativen wie des Komitees für Frieden, Zusammenarbeit und Abrüstung oder der überregionalen Initiative „Weg mit den Berufsverboten" als „kommunistisch initiiert und dominiert", wie sie in jüngster Zeit wieder von führenden Sozialdemokraten betrieben wird; vgl. hierzu die Ausführungen des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Hans Koschnik, in: „Die Welt" v. 26. 10. 1977.

80) So bezeichnete der Hauptankläger der USA in den Nürnberger Prozessen, Robert Jackson die Repräsentanten des deutschen Großkapitals, in dessen Diensten die Hauptangeklagten standen; vgl. hierzu Gerhard Kegel, Ein Vierteljahrhundert danach. Das Potsdamer Abkommen – und was aus ihm geworden ist, Berlin (DDR) 1970, S. 64.

Zur Strategie der Studentenbewegung und den Möglichkeiten alternativer Politik in der BRD

Eine Diskussion zwischen Mechtild Jansen (SHB), Beate Landefeld (MSB), Albrecht Schmeissner (Basisgruppen) und Manfred Sieg (LHV)

„Kann man noch etwas tun, um zu verhindern, daß Ende November, Anfang Dezember die Lehrveranstaltungen an allen deutschen Hochschulen blockiert, gesprengt oder in Foren der politischen Auseinandersetzung verwandelt werden?" fragt besorgt der Leitartikel der „Frankfurter Allgemeinen" am 4. November 1977. Der Aufschwung der studentischen Kampfaktionen in den vergangenen beiden Semestern hat nicht nur die gewachsene Kraft der in den herrschenden Medien lange Zeit tot geglaubten oder zumindest totgeschwiegenen Studentenbewegung nachdrücklich demonstriert, sondern auch zugleich deutlich gemacht, daß die Ankündigung eines bundesweiten Streiks gegen die Anpassung der Landeshochschulgesetze an das vom Bundestag beschlossene Hochschulrahmengesetz, kein leeres Gerede isolierter Studentenfunktionäre ist. Die Studentenbewegung ist in eine neue Phase getreten. Zugleich aber sind die objektiven Bedingungen für die Durchsetzung studentischer Interessen in den letzten Jahren zweifellos schwieriger geworden: die ökonomische Krise hat die Konzessionsbereitschaft der Regierungen erheblich gemindert und die zunehmend forcierte Rechtsentwicklung hat den politischen Spielraum der Studentenbewegung eingeschränkt. In dieser Situation schien es der Redaktion der „Blätter" sinnvoll und notwendig, in einem Gespräch zwischen den Repräsentanten der wichtigsten demokratischen Hochschulgruppen die Frage nach den Perspektiven, der Strategie und den Erfolgsmöglichkeiten studentischer Politik auch vor dem Hintergrund einer Einschätzung der Geschichte der Studentenbewegung, ihrer Entstehungsbedingungen und Erfahrungen zu stellen und – so weit möglich – zu beantworten. Dabei kam es der Redaktion darauf an, neben den Gemeinsamkeiten auch die zwischen den verschiedenen Gruppierungen kontroversen Standpunkte vorzustellen (der Vertreter der Juso-Hochschulgruppen konnte an dem Gespräch trotz vorheriger Zusage nicht teilnehmen; die daraufhin vereinbarte schriftliche Stellungnahme war bis Redaktionsschluß noch nicht eingegangen). Die Ergebnisse dieses Gesprächs, das Mitte Oktober stattfand, werden im folgenden nach einer von den Teilnehmern redigierten und gekürzten Tonbandabschrift wiedergegeben. D. Red.

„Blätter": Wir meinen, daß es nötig ist, die Auseinandersetzung an den Hochschulen in ihren politischen und gesamtgesellschaftlichen Kontext zu stellen. Die „Blätter" haben die Studentenbewegung seit deren Entstehen als Teil der demokratischen Bewegung zu fördern versucht und sicherlich dieser Entstehung auch vorgearbeitet. Als diese Zeitschrift vor gut 20 Jahren gegründet wurde, gaben Restauration und Reaktion noch weithin unangefochten den Ton an, und an den Hochschulen waren nur sehr vereinzelt Kräfte sichtbar, die sich dem allgemeinen Trend entgegensetzten. Die „Blätter" haben von Anfang an ihre Aufgabe darin gesehen, jede demokratische Bewegung in diesem Lande aufzugreifen, zu unterstützen und dabei zu versuchen, *die* Punkte

herauszuarbeiten, in denen eine Verständigung zwischen den verschiedenen Strömungen möglich ist. Etappen waren die Bewegung gegen die Atombewaffnung, die Ostermarschbewegung, der Kampf gegen die Notstandsgesetze, gegen die Ostpolitik der CDU/CSU, gegen Kalte-Kriegs-Politik und für die Anerkennung der Realitäten in Europa, also praktisch für die Herausbildung der Entspannungspolitik. Ich nehme an, das alles ist bekannt, und man muß das hier nicht vertiefen. Die Studentenbewegung der 60er Jahre haben wir in diesem Sinne als einen Aufbruch in einem wesentlichen Teil der Gesellschaft, mit dem auch gerade dieser Verlag besonders zu tun hat, im Bereich der Intelligenz, verstanden. Der „Bayernkurier" hat die „Blätter" dann folgerichtig als ein Zentralorgan der Außerparlamentarischen Opposition bezeichnet. Das haben wir nicht als Beschimpfung aufgefaßt.

In der gegenwärtigen Situation könnte es Aufgabe unserer heutigen Diskussion sein, über die unmittelbaren Tagesfragen in der Auseinandersetzung an den Hochschulen hinaus, die sicherlich mit eingebracht werden müssen, zu untersuchen, wo die Studentenbewegung heute im Rahmen der linken Bewegung in diesem Lande steht. Ist sie vorangekommen? Wie hat sich das Kräfteverhältnis entwickelt? Welche Schlußfolgerungen hat sie aus den bisherigen Erfahrungen der Studentenbewegung zu ziehen? Welche Funktionen haben in diesem Rahmen die für das Wintersemester geplanten Aktionen? Welche darüberhinausweisenden Perspektiven kann man ins Auge fassen? Ich glaube nicht, daß unsere Diskussion auf einen Einheitsbrei hinauslaufen kann oder sollte, sondern daß es hier darauf ankommt, im Gespräch die *verschiedenen* Aspekte, Sichtweisen und Ansätze aneinander zu überprüfen und vielleicht ein Stück weiter zu entwickeln.

1. Eine Linkswende in der Bundesrepublik? – Entstehung und Entwicklung der Studentenbewegung in den 60er Jahren

Beate Landefeld: Unseres Erachtens hat das Entstehen einer Wende nach links an den Hochschulen Ende der 60er Jahre sowohl innenpolitische als auch internationale Ursachen. Ich will mit den innenpolitischen beginnen. Innenpolitisch war es in der Bundesrepublik infolge der 20jährigen Herrschaft der CDU/CSU zu einer Zuspitzung von Widersprüchen in allen gesellschaftlichen Bereichen gekommen. In groben Zügen kann man sagen, daß verschiedene gesellschaftliche Bereiche den Anforderungen der Produktivkraftentwicklung auch aus kapitalistischer Sicht nicht mehr entsprachen, so daß Innovationen, staatsmonopolistische Reformen, sowohl im Staatsapparat als auch gerade im Bildungswesen notwendig wurden. Diese Widersprüche, die im Bildungswesen objektiv existierten, wurden auf dem Rücken der Studenten ausgetragen und gaben so die Möglichkeit, bzw. schufen die Voraussetzung für die Entstehung eines Unzufriedenen-Potentials in der Studentenschaft.

International wurde sichtbar, in was für einer Krise sich der Imperialismus befand, vor allem anhand der Verwicklung der USA in Vietnam. Diese Aggression stand im Widerspruch zu humanistischen und moralischen Wertvorstellungen, in deren Sinne die Jugend und gerade auch die Studentenschaft nach der Zerschlagung des Faschismus in der Bundesrepublik mehr oder weniger demonstrativ erzogen worden war. Es ist klar, daß keine konsequent antifaschistische Erziehung in unseren Schulen vermittelt wurde. Trotzdem gerieten für die Jugendlichen die Ansätze einer demokratischen Erziehung in Widerspruch zu der Realität der US-Aggression in Vietnam, und auch dieser internationale Aspekt war ein wichtiges auslösendes Moment für eine Linksentwicklung in der Studentenschaft, dafür, daß sich die durch die inneren Widersprüche ausgelöste Unzufriedenheit nach links entwickeln konnte. Hinzugefügt werden muß die wichtige Rolle, die der Sozialistische Deutsche Studentenbund gespielt hat. Der

SDS war von seiner Entstehungsgeschichte her ein Verband, der sich der Arbeiterbewegung zugehörig fühlte, er gehörte ursprünglich zum linken Flügel der SPD und entwickelte sich immer weiter nach links, so daß die SPD-Führung sich von ihm distanzierte und zu Repressalien griff. Die Existenz dieser linken Organisation war eine wichtige subjektive Voraussetzung für die Entwicklung des studentischen Protestes nach links.

Jetzt erhebt sich die Frage, wieso unter diesen Bedingungen gerade an den Hochschulen eine solche Linksentwicklung einsetzte und nicht in der gesamten Gesellschaft, weil diese ja von den genannten Widersprüchen auch betroffen war. Hierzu kann man eine allgemeine Erklärung finden, die Lenin einmal formuliert hat, indem er die Studentenschaft als den am sensibelsten reagierenden Teil der Bevölkerung bezeichnet hat, der auf neue Entwicklungen und neue objektive Erfordernisse am raschesten reagiert. Man muß weiterhin eine aus den historischen Bedingungen der BRD abgeleitete Erklärung hinzufügen, nämlich, daß die Widersprüche im *Bildungswesen* der Bundesrepublik *besonders* groß waren, aufgrund der Unfähigkeit der CDU/CSU-Regierung zu einer grundlegenden Reform des Bildungswesens. Das sind meines Erachtens die Hauptgründe für das Entstehen einer Linksentwicklung an den Hochschulen der damaligen Zeit.

Albrecht Schmeissner: Meiner Meinung nach ist das Entstehen der Studentenbewegung im wesentlichen zu erklären aus der ungleichzeitigen Entwicklung der kapitalistischen Produktionsbedingungen der Nachkriegs-BRD, die durch die äußerst günstigen Voraussetzungen nach dem Zweiten Weltkrieg das Produktionsgefüge einigermaßen ungehindert entwickeln konnte, laufend Nachschub von qualifizierten Arbeitskräften aus der DDR bekam und demgegenüber ihr eigenes Ausbildungssystem in einem Stadium beließ, wie es eigentlich der Vorkriegsentwicklung entsprach: dem humanistischen Bildungsideal. Dies war gepaart mit einer ideologischen Schulung dieser Studenten an den Nachkriegsschulen in Demokratievorstellungen amerikanischen Musters. Von daher ist zu erklären, warum die humanistische Einstellung bei den Studenten stark ausgeprägt war und das Zerbrechen der Moral der „freien Welt" an der Offenbarung des tatsächlichen Geschehens in Vietnam oder in Persien zu einem Aufschwung der Bewegung geführt hat, die eigentlich niemand in diesem Maß vorhersehen konnte. Es ist dabei noch sehr wichtig, auf die Rolle des SDS in dieser Zeit einzugehen, als einer linken Studentenorganisation, die am Rande der Sozialdemokratie den Versuch unternommen hat, einerseits die theoretischen Positionen des Marxismus, der innerhalb der bürgerlichen Wissenschaft verschüttet war, wieder freizulegen; andererseits an die Position der Kritischen Theorie von Adorno, Horkheimer und anderen anzuknüpfen und Kritik zu entwickeln an einer spätkapitalistischen Entfremdungssituation der Masse der Studenten. Daß gerade die Hochschulen nach links gegangen sind, ist eigentlich objektiv klar: Im Kapitalismus ist es so, daß eine wissenschaftliche Kritik an den Bedingungen, unter denen man lebt, zwangsläufig zu einer marxistischen Entwicklung führt, selbst wenn die Studentenbewegung das im wesentlichen nur über die Entwicklung der kritischen Theorie geleistet hat.

Mechtild Jansen: In der Bundesrepublik selbst wurde 1966/67 zum erstenmal die tiefe wirtschaftliche Krise für eine wachsende Anzahl Bürger sichtbarer und der Glaube an das Wirtschaftswunderland erschüttert. Dies betraf aber nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung, sondern berührte dann gleichzeitig auch die herrschende Ideologie überhaupt und strahlte weit auf Probleme im gesellschaftlichen Überbau aus. Eine große Rolle hat sicherlich auch die Veränderung der internationalen Kräfteverhältnisse gespielt: die Politik der Entspannung mit den sozialistischen Staaten und das Scheitern der Politik des Kalten Krieges gegenüber der DDR sowie gleichzeitig die in-

nenpolitischen Auswirkungen der Krise: der Versuch, den Obrigkeitsstaat auszubauen – die große Koalition, die Notstandsgesetze, die Frage der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche u. a. Weiterhin spielten Überbauprobleme wie Parlamentarismusfrage, Kritik an der Justiz, Kritik an der Manipulation der bürgerlichen Medien und anderes mehr für die Entwicklung der Studentenbewegung eine Rolle. Dies geschah wiederum nicht losgelöst von der Lage der Studenten selber: neue Anforderungen an die Entwicklung der Produktivkräfte waren gestellt. Wissenschaft und Technik spielten eine bedeutendere Rolle, Wissenschaft wurde unmittelbare Produktivkraft. Dies führte zu einer sozialen Umstrukturierung der Intelligenz, die eigene soziale Lage der Studenten veränderte sich, was sicherlich auch ein wesentlicher auslösender Faktor für die Studentenbewegung gewesen ist. Allerdings würde ich Albrecht Schmeissner in der Position widersprechen wollen, daß auf Grundlage dieser Probleme, die die Studenten damals berührten, die politische Entwicklung *zwangsläufig* nach links gehen mußte. Die Tatsache, daß sich die Probleme für die Studenten zuspitzten, mußte nicht unbedingt und automatisch zur Folge haben, daß sie sich nach links entwickeln, gerade die soziale Unsicherheit macht sie potentiell auch anfällig für rechte Demagogie. Das ist eine näher zu untersuchende Frage, aus welchen Gründen sich da Kräfte herausbildeten in der Studentenschaft (und auch außerhalb), die eine politische Alternative – eine linke, auf dem Marxismus basierende Alternative – aufzeigen konnten und die auf diese Weise dann der Studentenbewegung eine bestimmte Richtung geben konnten.

Manfred Sieg: Ich möchte noch einmal die politische Situation Mitte der 60er Jahre und die Ursachen für das Aufkommen der Studentenbewegung und daraus folgend, der APO, ein bißchen beleuchten. Es wurde innerhalb der Studentenschaft zu diesem Zeitpunkt erkannt, daß Anspruch und Wirklichkeit in diesem Staate immer weiter auseinanderklafften. Waren die „Väter des Grundgesetzes" noch mit dem Anspruch aufgetreten, auf der Basis eines antifaschistischen Grundgesetzes einen demokratischen Staat aufbauen zu wollen, so wurde 20 Jahre später deutlich, daß ehemalige Mitglieder der NSDAP nunmehr als höchste Repräsentanten dieses demokratischen Staates in Amt und Würden saßen, ja selbst der damalige Bundespräsident Lübke wegen seiner Aktivitäten während der Nazizeit ins Zwielicht geriet. Durch die große Koalition mit ihrer 90%-Mehrheit im Bundestag war die Demokratie darüberhinaus in einem ihrer wichtigsten Funktionsbereiche, im Parlament, weitgehend lahmgelegt. Denn zum Funktionieren einer parlamentarischen Demokratie gehört eine starke Opposition. Diese Funktion konnte die FDP mit ihren knapp 10% nicht wahrnehmen. Diese Entwicklung spielte sich vor dem Hintergrund der bis dahin größten Wirtschaftskrise in der Bundesrepublik ab.

Bedeutend für die Entwicklung der Studentenbewegung und der APO sind aber auch noch die beiden folgenden Dinge: Einmal die Abkehr der Sozialdemokraten vom Sozialismus, was sich in der Verabschiedung des Godesberger Programms manifestierte. Dies führte zu einer Abkehr enttäuschter Sozialisten, die sich später vor allem im SDS und im Umfeld des SDS zu einer kritischen Bewegung entwickelte. Das Entstehen der Studentenbewegung und der APO wurde jedoch auch durch das autoritäre Verhalten des Staates gegenüber der Kritik an seinen Fehlern, sowie die Brutalität, mit der die Staatsorgane in der Anfangsphase der Studentenbewegung gegen Demonstranten vorgingen und die ihren ersten traurigen Höhepunkt in der Erschießung Benno Ohnesorgs fand, gefördert.

Albrecht Schmeissner: Ich habe die hier auf Widerspruch gestoßene Zwangsläufigkeit der Linksentwicklung natürlich hergeleitet aus der Ungleichzeitigkeit der Entwicklung der Produktionsverhältnisse und des Überbaus, besonders im Ausbildungssektor.

Es wäre eine Banalität, jetzt zu sagen, daß die Geschichte meine These belegt hat. Ich glaube, es ist wichtiger, zu untersuchen, weshalb in der gegebenen historischen Phase diese Entwicklung stattgefunden hat und warum diese zwangsläufige Entwicklung in früheren historischen Phasen für die Studenten nicht da war und sich in späteren historischen Phasen auch nicht unbedingt wiederholt hat.

Warum jetzt in den 60er Jahren diese Entwicklung zwangsläufig nach links gegangen ist, muß dadurch begründet werden, daß die Krise 1966/67 im wesentlichen eine Überproduktionskrise war. Der Konsummarkt war also abgedeckt, und das Kapital mußte neue Formen der Produktion entwickeln und die Technologisierung seiner eigenen Produktionsvoraussetzungen herstellen, im Überbau andererseits aber daran gehen, überkommene Normvorstellungen, die die Entfaltung der Produktivkraft Arbeit behinderten, zu beseitigen. Deshalb wurde die Hochschulreform auch vom Kapital aufgegriffen und die Studentenbewegung in diese neuen Zielvorstellungen integriert. Es kam zu einer gesamtgesellschaftlichen Umwälzung des ideologischen Kräfteverhältnisse in der BRD, wodurch die Möglichkeit entstand, daß die Studentenbewegung auch Ideen vertrat, die weit über dieses System hinausgriffen. Der Sozialismus stand damals bestimmt nicht auf der Tagesordnung, aber man kann für die Studentenbewegung sagen, daß sie damals nicht fixiert war auf eine Form des realen Sozialismus, wie es beispielsweise heute viel stärker der Fall ist; innerhalb dieser Studentenbewegung agierten Kräfte, die auch Kritik am realen Sozialismus als materialistische Kritik der Ausgangsbedingungen und der Herrschaftsstrukturen, die innerhalb dieser Staaten existierten, geübt haben und den Begriff von Freiheit, Brüderlichkeit, Solidarität und den utopischen Charakter des Sozialismus überhaupt wieder auf die Tagesordnung gestellt haben. In diesem Rahmen ist es natürlich auch sehr wichtig, daß Ereignisse in den sozialistischen Staaten vorausgingen, sei es der Ungarnaufstand oder sei es der Einmarsch der Sowjets in die CSSR, wo gerade deutlich wurde, daß die Studentenbewegung nicht an historischen Beispielen kleben wollte, sondern in der Zukunft ihre Orientierung gesucht hat.

Beate Landefeld: Ich sehe in der Argumentation von Albrecht Schmeissner eine ökonomistische Erklärungsweise, die letztlich kein Vermittlungsglied zwischen objektiven und subjektiven Faktoren zeigt. Ich möchte versuchen, ein solches Vermittlungsglied ausfindig zu machen. Meines Erachtens waren drei Faktoren ausschlaggebend dafür, daß die Studentenbewegung sich nach links entwickelt hat: zum einen ein objektiver Faktor, der vorhin angesprochen wurde von Mechtild Jansen, daß aufgrund der durch die Produktivkraftentwicklung notwendig gewordenen Einbeziehung weiterer Schichten der Bevölkerung in eine akademische Ausbildung objektiv die soziale Lage der Studenten sich veränderte gegenüber der Zeit, in der das Studium in noch höherem Maße ein Privileg begüterter Schichten war. Daß die unzureichende soziale Absicherung des Studiums eine Ursache für die Unzufriedenheit in der Studentenschaft war, sieht man daran, daß die ersten Aktionen in Westberlin gegen Zwangsexmatrikulation und gegen Studienverschärfungen gerichtet waren. Zu dieser Unzufriedenheit mußten aber weitere Faktoren hinzukommen: die bereits angesprochene internationale Dimension, die internationale Krise des Imperialismus, wie sie besonders durch den Vietnam-Krieg sichtbar wurde, sowie eine fortschrittliche Kraft im Inneren der BRD, die in Form des SDS an der Arbeiterbewegung in unserem Lande orientiert war und die fortschrittliche Traditionen damals in der Studentenschaft wach hielt, oder besser: in die Studentenschaft hineintrug – durch Entlarvung der Rückständigkeit und des Konservatismus von CDU/CSU und durch Kritik auch an der rechten SPD-Führung.

Es wurde die Frage aufgeworfen, von wem die wissenschaftliche Analyse, die an den Hochschulen „zwangsläufig" entsteht, wenn sich die Widersprüche zuspitzen, eigentlich geleistet wurde. Meines Erachtens wurde sie wesentlich geleistet vom damaligen Sozialistischen Deutschen Studentenbund und ihm nahestehenden Kräften, auch in einer kleinen Minderheit der Hochschullehrerschaft. Wie sah aber diese Analyse aus? Das ist eine Frage, auf die einzugehen sich lohnt. Hierzu ist zu sagen, daß diese Analyse aufgrund der Bedingungen, unter denen sie entstand, sehr unreif gewesen ist. Ich würde sie charakterisieren als ein Konglomerat aus überwiegend reformistischen Vorstellungen sowie – damit durchdrungen – auch sektiererischen und bürgerlich-antikommunistischen Vorstellungen, in allen möglichen Drapierungen. Dieses Beieinander von reformistischem Bewußtsein und sektiererischem Bewußtsein prägt die ganze antiautoritäre Studentenbewegung. Wenn man die Reden damaliger SDS-Leute liest, wird man das unschwer feststellen können. Ebenso, wenn man die Reden oder Protokolle der Kritischen Universität liest, wo Illusionen über die Reformierbarkeit der Hochschulen im Kapitalismus zum Ausdruck gebracht werden, aber gleichzeitig war damit verbunden die antiautoritäre Haltung, die Albrecht Schmeissner hier als wissenschaftlich hinzustellen versucht.

Diese Unreife in der Analyse verband sich mit einer gewissen Selbstüberschätzung von großen Teilen der damaligen Studentenbewegung. Man sah zwar abstrakt die entscheidende Bedeutung der Arbeiterklasse im Kampf für den Fortschritt ein, begriff sich selbst jedoch als „Lehrer" der Arbeiterschaft hierbei. Solche Fehler, die sich als mangelnde Verbindung mit der realen Arbeiterbewegung formulieren lassen, und dazu rechne ich auch mangelnde Verbindung zu den realen Erfolgen der Arbeiterbewegung in Form der sozialistischen Länder, wurden m. E. möglich aufgrund der relativen Schwäche der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik. Auf die Ursachen für diese Schwäche ist, glaube ich, noch nicht eingegangen worden. Ich sehe sie in der Niederknüppelung der Arbeiterbewegung durch den Faschismus und in der darauf folgenden Kontinuität des Antikommunismus der Staatsdoktrin, wie sie sich vor allem im KPD-Verbot ausdrückte.

Manfred Sieg: Ich glaube, wir müssen da noch ausführlicher werden. Es ist sehr wichtig. Wenn wir uns heute über Strategien unterhalten wollen, müssen wir sehr deutlich etwas zur Analyse der gesellschaftlichen Bedingungen durch die damalige Studentenbewegung sagen; zu den Fehlern, die diese Bewegung gemacht hat, welche ich etwas anders gelagert sehe als Beate Landefeld. Wir müssen uns weiterhin die Bedingungen vor Augen führen, welche die Studentenbewegung damals hervorgebracht haben und welches die heutigen Bedingungen sind, unter denen die Studentenbewegung, soweit es sie gibt, sich weiter entwickeln kann und welche Fehler, die der ersten Studentenbewegung anhaften, sie zu vermeiden hat, wenn sie erfolgreich sein will. Ich glaube nicht, daß die Ursache für den Niedergang der ersten Studentenbewegung Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre in der Unreife der Analyse, wie es Beate Landefeld genannt hat, liegt, sondern an den Schlüssen, welche die Bewegung damals aus dieser Analyse gezogen hat. Der SDS und die ihm nahestehenden Kräfte haben auch damals in der Analyse der Gesellschaft sehr deutlich herausgestellt, daß die Produktivkräfte den Ausbildungs- und Bildungsbedingungen ein ganzes Stück vorausgeeilt waren, was dann auch eine der Hauptursachen für die Wirtschaftskrise war.

Was aber auch unbedingt in die Diskussion mit eingebracht werden muß, wenn man die Studentenbewegungen von damals verstehen will, ist der von Albrecht Schmeissner angesprochene utopische Sozialismus, der damals in die Diskussion getragen wurde und woraus sich dann auch die Kritik an den Ereignissen und den Entwicklungen innerhalb der sozialistischen Länder ableitete. Die große Diskussion darüber hat

denn damals auch nach der Intervention der sozialistischen Länder in der CSSR und den Bedingungen, die zu ihr führten, angehoben. Ich kann nicht die Positionen teilen, daß die Studentenbewegung deshalb so als Avantgarde hat erscheinen können, weil die Arbeiterklasse zu diesem Zeitpunkt zu schwach war. Nach meiner Auffassung ist sie heute eher schwächer als damals. Ich denke nur daran, daß während der Diskussion über die Notstandsgesetze und der Proteste gegen letztere sowie, wenn wir noch etwas weiter zurück gehen, in der Ostermarschbewegung, die Gewerkschaften innerhalb des Protestpotentials eine wesentliche Rolle gespielt haben. Von seiten der Studenten ist damals aber leider versäumt worden, die potentielle Zielidentität zwischen Studenten- und Gewerkschaftsbewegung (Verhinderung der Aufrüstung und Verhinderung des Abbaus der Demokratie) zu einem breiten, längerfristigen Bündnis zu entwickeln. Dies ist besonders bedauerlich, wenn wir zehn Jahre später sehen müssen, wie der Rechtsstaat kontinuierlich demontiert wird. Dieser Fehler haftet aber nicht nur der deutschen Studentenbewegung, sondern auch beispielsweise der französischen an. Insgesamt betrachtet, waren die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Mitte der 60er Jahre aber so gestellt, daß sich die Studentenbewegung nur nach links entwickeln konnte. Dies einmal deshalb, weil in der Bewegung die richtige Analyse der gesellschaftlichen Bedingungen geleistet und auch an den Hochschulen bis zu einem gewissen Grade hatte vermittelt werden können, zum anderen in der Erkennbarkeit der überholten Wirtschaftsstrukturen, die von den objektiven Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Produktionsverhältnisse überholt waren sowie dem Fehlen einer „rechten" Alternative, diese neuen benötigten Bedingungen zur Entwicklung der Produktivkräfte zu schaffen. Daß dies nicht immer zwingend so sein muß, hat sich in der Vergangenheit während der 20er Jahre erwiesen, wo es bei Schwierigkeiten, allerdings in noch weit größerem Umfang, auch innerhalb der Studentenbewegungen zu einem Rechtsruck kam.

Mechtild Jansen: Der antiautoritären Studentenbewegung kommt unzweifelhaft das große Verdienst zu, fortschrittliche Ideen und auch marxistisches Gedankengut (wenn auch manchmal nur in Versatzstücken) in die politische Auseinandersetzung eingebracht zu haben. Doch in den Punkten, wo Ihr grade die Stärke der damaligen Studentenbewegung seht, würde ich eher eine Schwäche sehen. Albert Schmeissner hat gesagt, daß der utopische Charakter der Sozialismusvorstellungen gerade die Stärke gewesen sei, daß die Studentenbewegung nicht an historischen Beispielen geklebt hat und nicht fixiert war auf Formen des realen Sozialismus. Ich glaube, daß ein Mangel der damaligen Studentenbewegung (sofern man sie überhaupt als ein einheitliches Gebilde ansehen kann) ein Mangel an Realitäts- und Massenbezug gewesen ist. Die Orientierung an Utopien, die an den realen gesellschaftlichen Verhältnissen und an der real vorhandenen Arbeiterbewegung vorbeigehen, drückt die Illusionen aus, die über die realen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, über die Funktionsweise kapitalistischer Gesellschaften und mögliche politische Veränderungen vorhanden gewesen sind. Daß sich solches überhaupt herausbilden konnte, liegt sicherlich darin begründet – das wurde schon erwähnt –, daß die Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik relativ schwach entwickelt ist und daß unter diesem Gesichtspunkt keine klaren politischen Orientierungen auf die Intelligenz einwirken konnten. Und die Schwäche der Arbeiterbewegung liegt sicherlich nicht allein im Antikommunismus begründet, sondern auch in der Tatsache, daß in der Bundesrepublik eben durch die Hilfe der Bündnispartner im Westen ein starker ökonomischer Aufschwung und darüber eine Reihe ökonomischer Zugeständnisse an die Arbeiterklasse möglich gewesen sind, die in Verbindung mit dem Antikommunismus und der Abgrenzung von den sozialistischen Staaten, vor allem auch durch den Einfluß der sozialdemokratischen Partei zu einer Verschüttung des Klassenbewußtseins geführt haben. Das damals und auch heute

Neu zur Hochschulpolitik

Ulla Bracht / Bernd Hülsmann / Dieter Keiner (Hrsg.)

Hochschulrahmengesetz, Hochschulpolitik und Klassenauseinandersetzungen in der BRD

Kleine Bibliothek Bd. 111, 360 Seiten, DM 12,80

Der Band enthält die wichtigsten Informationen sowie orientierende Beiträge und Dokumente zur Auseinandersetzung um das Hochschulrahmengesetz (HRG) und für die Anpassung der Länderhochschulgesetze an das HRG. Hauptadressaten sind Hochschullehrer, wissenschaftliche Mitarbeiter und alle Studenten.

Ausgehend von einer allgemeinen Beurteilung der Entwicklung von Hochschule und Wissenschaft unter den gegenwärtigen krisenhaften Bedingungen, gehen einzelne Beiträge ein auf den Stand der internationalen Entwicklung (Dänemark, DDR, Frankreich, Großbritannien, Italien) und behandeln konkrete Maßnahmen und Auswirkungen staatlicher, technokratischer Hochschulreform in der BRD. Aus der Widersprüchlichkeit der Anforderungen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen an die Reform der Hochschulen werden Perspektiven für eine demokratische Wissenschafts- und Hochschulpolitik entwickelt.

Gerhard Bauß

Die Studentenbewegung der sechziger Jahre in der Bundesrepublik und Westberlin

Handbuch
Kleine Bibliothek Bd. 108, 353 Seiten, DM 14,80

Gegen Ende der sechziger Jahre erreichte die studentische Protestbewegung, die aufsehenerregendste und – in der Kontinuität – heftigste außerparlamentarische Bewegung einer spezifischen sozialen Gruppe der bisherigen BRD-Geschichte, den Höhepunkt ihrer damaligen Entwicklungsphase.

Die vorliegende Arbeit verfolgt das Ziel, diese Bewegung zusammenhängend historisch darzustellen und anhand ihrer entscheidenden Themen und Handlungsanlässe ihre Ursachen und Entwicklungsfaktoren, ihre Bewegungselemente sowie ihre theoretisch-ideologischen und strategischen Probleme zu analysieren. Damit wird zugleich das Agieren einer politisch-sozialen Bewegung zwischen den Polen der Orientierung auf die Arbeiterbewegung und des spontaneistischen Antikommunismus beschrieben.

Pahl-Rugenstein

wieder vorhandene Postulat nach einer „autonomen Studentenbewegung" legt – so meine ich – die Illusionen sehr deutlich offen, denn die Studenten *allein* sind nicht die Kraft, die wesentliche Veränderungen im Hochschul- und Bildungssystem erkämpfen kann. Ich meine, daß sich das auch in bezug auf die heutige Auseinandersetzung erneut beweist. Solche Positionen wie der Ruf nach einer autonomen Studentenbewegung sind Reflex gewesen auf die Tatsache,daß die Studenten eben nur über eine sehr relative Stärke verfügen. Doch zweifelsohne ist der Versuch, eine autonome Studentenbewegung zu begründen, die falsche und zum Scheitern verurteilte Forderung, da so den Studenten der Bezug zur Arbeiterklasse, zu *der* gesellschaftlich relevanten Kraft, fehlte. Natürlich ist dies nur vor dem Hintergrund der spezifischen sozialen Stellung, in der sich die Studentenschaft und die Intelligenz befindet, zu verstehen. Die soziale Lage der Intelligenz bedingt notwendigerweise das Bündnis mit der Arbeiterschaft, wenn fortschrittliche Veränderungen erkämpft werden sollen. Die Konsequenzen, die aus diesen Tatsachen, Ereignissen und Entwicklungen gezogen worden sind, setzen sich fort bis in die heutige Studentenbewegung: Es hat sich einerseits ein Flügel herausgebildet, der bewußt das Bündnis mit der Arbeiterklasse sucht, der stückweise den Antikommunismus abgebaut hat, der sich auch mit den sozialistischen Staaten auseinandergesetzt und diese als zweifelsohne noch mangelhafte, doch real vorhandene Möglichkeiten gesellschaftlicher Veränderung ansieht. Der andere Teil der damaligen Studentenbewegung hat dies nicht getan, er ist nach und nach in Zersplitterung und Bedeutungslosigkeit zerfallen – worin sich die gemachten Fehler schließlich manifestierten.

Albrecht Schmeissner: Ich bin der Meinung, daß das Bild, das Ihr zeichnet, eine gewisse Geschichtsklitterung ist. Die Studentenbewegung ist nie unabhängig von der tatsächlichen Theorie der Arbeiterbewegung gewesen. Breite Kräfte im SDS haben an die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus in einer Zeit angeknüpft, wo der Antikommunismus es eigentlich verboten hat, überhaupt den Namen von Marx oder Engels in den Mund zu nehmen. Sie haben das historische Verdienst, in der BRD seit der Weimarer Zeit zum ersten Mal wieder eine offensive linke Politik zu formulieren, überhaupt eine Alternative innerhalb der BRD in der Nachkriegszeit deutlich zu machen. Das ist ein sehr wichtiges Verdienst. Zum zweiten ist die Studentenbewegung ein Moment, das international im Spätkapitalismus in den entwickelten Metropolen ausbrach. Ich erinnere an die Gleichzeitigkeit dieser Entwicklung in Japan, in den USA, in Italien und in Frankreich, wo sich während des Mai gezeigt hat, daß die Arbeiterbewegung dieses Signal, das die Studentenbewegung gegeben hat, aufgegriffen hat und wo sich weniger dezidiert als z. B. in der BRD die Bündnisfrage gestellt hat. In der BRD konnten die Gewerkschaften nicht automatisch Bündnispartner einer solchen Bewegung werden, da sie lediglich den Kurs des Parlamentarismus, der Reform, im Auge hatten. Daß die Studentenbewegung diese zwei wichtigen Momente mit sich gebracht hat: auf der einen Seite linke, sozialistische Politik, wie wir sie formulieren, und auf der anderen Seite eine stückweise Demokratisierung oder Reformierung der BRD-Gesellschaft, ist ein sehr wichtiges historisches Verdienst, selbst wenn hier für die Studentenbewegung als relativ kleinen Faktor im gesamtgesellschaftlichen Kräftepotential objektiv gar nicht viel mehr möglich war, als entstanden ist.

Das Bündnis mit der Arbeiterklasse wurde immer gesucht von der Studentenbewegung; ich erinnere nur an die Notstandskampagne, wo mit Gewerkschaftern versucht wurde, gemeinsame Politik zu machen, trotz ideologisch vollkommen auseinanderliegender Positionen; durch das Primat einer Öffentlichkeit, die hergestellt wurde in jeder Frage, wo man sich nicht auf die Hochschulen beschränkte, sondern in die Städte und vor die Betriebe ging, aber sich nicht vermitteln konnte aufgrund seiner spezifi-

schen Situation. Dies alles zeigt, daß die Studentenbewegung mit dem Anspruch, überhaupt sozialistische Politik in der BRD wieder zu begründen und zu realisieren, Ernst gemacht hat, es ihr aber aufgrund der realen gesellschaftlichen Verhältnisse nicht gelungen ist, mehr zu erreichen, als weite Teile der Arbeiterbewegung in die reformistische Strategie der SPD einzubinden und ein Stück weit von ihrem Antikommunismus abzulösen, der seit 30 Jahren Staatsdoktrin und fest in den Massen verankert war.

Beate Landefeld: Ich stimme dem insofern zu, als das Wesentliche und Vorwärtsweisende an der damaligen Studentenbewegung nicht ihre Vorurteile und nicht ihre Fehler waren. Daß die eigentliche Substanz der Studentenbewegung ihr Antikapitalismus gewesen ist und die Heranführung an den wissenschaftlichen Sozialismus, wie widersprüchlich dies im einzelnen ausgesehen haben mag, hat m. E. die Geschichte hinterher eindeutig bewiesen, die, wie Mechtild Jansen schon erwähnt hat, zum Zerfall und zur Zersplitterung derjenigen Strömungen geführt hat, die die bürgerlichen Eierschalen der Studentenbewegung, wie ich es mal nennen will, nicht überwinden konnten, während die Kontinuität und Stärkung derjenigen, die sich sowohl international als auch innenpolitisch der realen Arbeiterbewegung verbunden fühlten, eben die andere Seite der historischen Entwicklung der Studentenbewegung ist. Ich stimme dem LHV-Vertreter zu, daß Möglichkeiten des Bündnisses mit der Arbeiterbewegung auch damals vorhanden waren. Daß es auch damals aktive fortschrittliche Kräfte in der Arbeiterbewegung gab und Bündnismöglichkeiten gegenüber den Gewerkschaften gegeben waren. Trotzdem bin ich der Auffassung, daß die Tatsache, daß diese Bündnismöglichkeiten von der antiautoritären Studentenbewegung nicht genutzt wurden, auch mit der Selbsteinschätzung der Studentenbewegung zu tun hat. Teile des SDS sahen nämlich diese Möglichkeiten, die es damals gab, und nutzten sie. Diese Teile des SDS sind es ja, in deren Tradition sich später die von MSB Spartakus und SHB entwickelte Politik der gewerkschaftlichen Orientierung gestellt hat. Richtige Auffassungen waren auch damals vorhanden und der weitere Verlauf hat gezeigt, daß diese richtigen Auffassungen sich in der Praxis weitgehend durchgesetzt haben.

Manfred Sieg: Beate Landefeld hat gesagt, die Hauptströmungen in der Studentenbewegung seien der Antiimperialismus und der Antikapitalismus gewesen. Ich glaube ein dritter wichtiger Punkt kommt noch hinzu, der hier auch schon angesprochen wurde; nämlich die in China entfachte Kulturrevolution. Durch sie angeregt und beflügelt wurde einerseits die Kulturverdrossenheit der Studenten sowie ihre Suche nach neuen Lebensformen in einer Gesellschaft, die immer mehr zur Entfremdung der Studenten von ihrem Studium im speziellen, wie auch in der Gesellschaft zur Entfremdung der Menschen von sich selbst insgesamt führte. Die Studentenbewegung der 60er Jahre entwickelte sich in zwei Strängen, die eng mit ihrer antikapitalistischen und antiimperialistischen Grundhaltung verknüpft waren: einmal dem Kampf um das politische Mandat für die Verfaßte Studentenschaft und zum anderen auch in der Suche nach der Herausbildung neuer Lebensformen, die zum ersten Mal in einer gewissen Weise in der sogenannten Kommune 1 sichtbar wurden. Hierin liegt die Bedeutung der chinesischen Kulturrevolution für die Studentenbewegungen der BRD, nämlich in ihrer Fähigkeit, den Anstoß zum radikalen Infragestellen alles bisher Dagewesen und Überbrachten gegeben zu haben.

Mechtild Jansen: Albrecht Schmeissner hat für meine Begriffe eben mit der Aussage, daß die Bedingungen der Studentenbewegung so gewesen sind, daß nicht mehr „rauszuholen" war, eine unzulässige Entschuldigung der gemachten Fehler vorgenommen, wobei unstrittig ist, daß die Studentenbewegung beachtliche Leistungen vollbracht hat. Ich meine, daß es zweierlei ist, ob man die richtigen Schlußfolgerungen aus den

Erfahrungen der Studentenbewegung zieht und ob diese dann auch unmittelbar oder nur langfristig durchsetzbar und realisierbar sind. Ich will eingehen auf die wichtigsten Konsequenzen, die von Teilen der Studentenbewegung gezogen worden sind – meiner Meinung nach eben von den Teilen, die bis heute die größte politische Konsequenz und Kontinuität aufweisen. Es wurde zum erstenmal eine wissenschaftliche Analyse der Klassenlage der Intelligenz vorgenommen und von daher auch das Verhältnis von Intelligenz und Arbeiterklasse wissenschaftlich begründet. Die sozialen Veränderungen in der Intelligenz haben die objektiven Bedingungen geschaffen für ein gemeinsames Bündnis von Arbeiterklasse und Intelligenz auf der Grundlage gemeinsamer Interessen. Diese marxistische Analyse war und ist die Grundlage für die Entwicklung der Politik der gewerkschaftlichen Orientierung, die notwendigerweise in der Konsequenz eine autonome Studentenbewegung ablehnte und eine Hinwendung zum Bündnis mit der Arbeiterklasse beinhaltete nicht nur auf einer abstrakten Ebene, und nicht nur mit der in unseren Köpfen vorhandenen Arbeiterbewegung, sondern mit der real vorhandenen Arbeiterbewegung mit all ihren Problemen. Diese Teile der Studentenbewegung haben die Erfahrungen der Arbeiterbewegung sowohl in der BRD als auch international nicht ignoriert oder negiert, sondern sie haben sich damit auseinandergesetzt und versucht, darauf aufzubauen. Das schließt ein, daß auch die Erfahrungen, die in den sozialistischen Ländern gemacht worden sind, berücksichtigt wurden, daß man sich weg vom Antikommunismus hin zu einer marxistischen Analyse, zur marxistischen Wissenschaft entwickelte und diese Kenntnisse und Erfahrungen in der politischen Praxis der Studentenbewegung anwendete.

Das Ignorieren dieser Zusammenhänge von Teilen der antiautoritären Studentenbewegung hat sich auch festgemacht an den Aktionsformen in den studentischen Auseinandersetzungen. Die Aktionsformen haben sich in vielen Fällen zu einem reinen Aktionismus hinentwickelt, wo der Inhalt weniger eine Rolle spielte als der „Wirbel", der gemacht wurde, was zu einer Isolierung von der arbeitenden Bevölkerung führte. Wir können ja auch heute ähnliche Erscheinungen in der Studentenbewegung beobachten.

Albrecht Schmeissner: Die Studentenbewegung war für sehr viele Intellektuelle ein subjektiver Lernprozeß und sie ist konsequent weitergeführt worden in Form dieses Lernprozesses, so daß wir heute sagen können: noch 10 Jahre nach der Studentenbewegung gibt es in verschiedenen Organisationen Interesse an einer sozialistischen Umwälzung des Kapitalismus in der BRD. Das kritische Potential in der BRD kommt im wesentlichen noch heutzutage aus dieser Studentenbewegung, das möchte ich irgendwo festhalten. Was die Fehler der Studentenbewegung angeht, so sind aus der Klassenanalyse der Intelligenz, die den Umschwung der antiautoritären Studentenbewegung von einer idealistischen Kritischen Theorie hin zu einer marxistischen Theorie mit sich gebracht hat, falsche Konsequenzen gezogen worden. Einige Gruppierungen, die zwar erkannten, daß sie als Teil der Intelligenz tendenziell zum Herrschaftssystem hinzuneigen, haben versucht, sich dem durch eine radikale Verweigerung zu entziehen. Darin würde ich den Hauptfehler der maoistischen Gruppen sehen, die sich als Intellektuelle im Kostüm der Arbeiterbewegung der 30er Jahre bewegen, anstatt materialistisch die Rolle ihrer intellektuellen Herkunft und Positionen in die Politik einzubringen.

2. Die veränderten Kampfbedingungen der Studentenbewegung in den 70er Jahren

„Blätter": Im zweiten Teil unserer Diskussion wollen wir uns mit den veränderten ökonomischen und politischen Bedingungen beschäftigen, unter denen die Studentenbewegung gegenwärtig arbeitet und die sich in den letzten Jahren herausgebildet ha-

ben. Stichworte: Tendenzwende, Wirtschaftskrise. In diesem Zusammenhang fällt auf, daß es eine gewisse Gegenläufigkeit oder zumindest Unterschiedlichkeit gibt in der allgemeinen politischen Entwicklung, die – wenn man sie grob einschätzt – als Rechtsentwicklung charakterisiert werden muß, und der Tatsache, daß keine entsprechende Rechtsentwicklung unter der Studentenschaft festzustellen ist. Das führt auch auf die Frage: Gibt es eine Kontinuität der Studentenbewegung?

Albrecht Schmeissner: Von Kontinuität der Studentenbewegung kann man insoweit reden, als sowohl im Rahmen von politischen Organisationen als auch von der Oberflächenerscheinung her sich durch die ganzen 70er Jahre ein permanenter Protest an den Hochschulen gegen die Entwicklung des Hochschulwesens zieht. Andererseits haben die Träger dieser Politik der Studenten dabei nicht die Kontinuität dieser Politik durchgehalten, denn immer wieder stehen neue Positionen, die schon in der politischen Diskussion erreicht wurden, zur Debatte: sie werden von neuen Studentengenerationen angegangen. Die veränderten Bedingungen innerhalb der 70er Jahre dürften vor allem dadurch gekennzeichnet sein, daß einerseits die hochgeschraubten Erwartungen einer möglichen Reformierbarkeit des bürgerlichen Ausbildungswesens an den objektiven gesellschaftlichen Verhältnissen gescheitert sind. Einerseits haben wir innerhalb der 70er Jahre das stärkere Auftreten der strukturellen Krise des Kapitalismus, d.h. der Kapitalismus ist an seine Grenzen gestoßen und die Ausbildungssituation muß den kurzfristigen Veränderungen in der Produktion immer wieder Rechnung tragen; deshalb werden Numerus clausus und die verschiedenen Hochschulgesetze sowie die Hochschulfinanzierung als Steuerungsinstrumente eingesetzt. Der Anspruch auf Beseitigung des Bildungsprivilegs, der die 60er Jahre bestimmt hat, ist höchstens noch eine ideologische Floskel. Deutlich wird das an dem 7jährigen Gerangel um das Hochschulrahmengesetz und der vorweggezogenen Verabschiedung verschiedener Länderhochschulgesetze, hauptsächlich in den CDU-regierten Ländern, wo auf sämtliche Reformforderungen sei es die Drittelparität, seien es veränderte Prüfungsbedingungen oder neue Lehrinhalte, die an den Interessen der Gesamtgesellschaft ausgerichtet wären, verzichtet worden ist.

Die Hochschule ist entsprechend der wirtschaftlichen Situation effektiviert und ökonomisiert worden; es werden Bildungsgänge kurzfristig durch Strukturpläne gestrichen und es gibt Stellenstreichungen für sehr viele Lehrende. Das alles ist verbunden mit einer politischen Offensive, die diese Hochschulformierung gegen Kritiker absichert. In diesem Rahmen ist die Tendenzwende der staatlichen Politik zu begreifen: Während die SPD Ende der 60er Jahre noch antrat, die Hochschulen zu demokratisieren und die Demokratisierung aller Bereiche mit „mehr Demokratie wagen" einzuleiten, sind die 70er Jahre an den Hochschulen durch die Durchsetzung des Ordnungsrechts und die Reglementierung der Verfaßten Studentenschaft, mit dem Versuch, jegliche politische Erklärung im Rahmen des Politischen Mandats zu unterbinden, durch die Kriminalisierung der aktiven Studentenvertreter und die Verschlechterung der sozialen Lage für die Mehrheit der Studenten Bedingungen herzustellen, unter denen die Studenten in einer Lernfabrik nur noch parzelliertes Wissen sich aneignen und in kürzester Zeit durch die Hochschule durchgeschleust werden, um als Fachidioten diese Ausbildung in der Produktion anzuwenden. In diesem Rahmen ist das Hochschulrahmengesetz, das von einer hochschulpolitischen großen Koalition zwischen CDU, SPD und FDP verabschiedet wurde, ein erster Schlußpunkt.

Die Frage nach der Kontinuität des Studentenproteste, in den 70er Jahren müßte vor allem dahingehend untersucht werden, inwieweit die politische Orientierung, die die Studentenbewegung der 60er Jahre mit sich gebracht hat, aufrecht erhalten werden konnte. Die studentischen Kämpfe haben sich mehr und mehr auf eine quantitative

Verbreiterung, aber qualitative Verengung ihrer politischen Forderungen eingelassen. Der Anspruch, gesamtgesellschaftliche Politik zu machen, besteht in den politischen Studentengruppen zwar weiterhin, wirkliche Konflikte aber entstehen meist bei unmittelbaren Problemen, sei es bei Studienverschärfungen, Wiedereinführung von Studiengebühren, oder Klausurenboykott. Der Protest, der in den 60er Jahren sofort den Versuch unternommen hatte, über die Hochschule hinaus zu arbeiten, ist heutzutage im Ghetto Universität eingeengt, selbst wenn die verschiedensten Versuche bei gemeinsamen Demonstrationen mit Gewerkschaften oder sonstwie gemacht werden.

Beate Landefeld: Ich sehe die wichtigste Veränderung in der ökonomischen und politischen Bedingungen der Bundesrepublik gegenüber der Zeit der früheren Studentenbewegung darin, daß Ende der 60er Jahre aufgrund der bereits skizzierten Erfordernisse der Produktivkraftentwicklung, der Systemauseinandersetzung und der internationalen Konkurrenzbedingungen auch Teile der Bourgeoisie an Reformen interessiert waren. Erinnert sei hier an die Stichworte, mit denen SPD und FDP in den Wahlkampf gezogen sind zu dieser Zeit: „Mehr Demokratie wagen", „Mehr Chancengleichheit". Insbesondere im Bildungswesen wurden Reformen angestrebt, um dieses Bildungswesen zumindest dem in anderen kapitalistischen Ländern erreichten internationalen Standard anzupassen. An den Hochschulen hatten wir es damals mit dem, was wir heute als die erste Phase der staatsmonopolitischen Hochschulreform bezeichnen, zu tun. Ziele dieses ersten hochschulpolitischen Vorstoßes der Herrschenden, der sich in der damaligen Hochschulgesetzgebung äußerte, waren der Abbau der Ordinarienherrschaft bei gleichzeitiger Verstärkung der Staatsaufsicht mit dem Ziel einer Effektivierung der Verwaltung der Hochschulen, die notwendig war angesichts des angestrebten quantitativen Ausbaus der Hochschulen, der ja auch in den folgenden 10 Jahren tatsächlich stattgefunden hat und zu einer Verdoppelung der Studentenzahlen geführt hat. Diese Ziele der Herrschenden waren natürlich nicht dieselben Ziele, wie sie die Studentenbewegung mit ihrer Forderung nach Ausbau und Demokratisierung des Hochschulwesens formuliert hat oder wie sie von den Gewerkschaften mit der Forderung nach Durchlässigkeit und mehr Chancengleichheit im Bildungswesen angestrebt werden. Die Parallelität der Existenz demokratischer Reformbestrebungen von unten und staatsmonopolistischer Reformvorhaben der Bourgeoisie gab jedoch den Herrschenden die Möglichkeit, die demokratischen Bestrebungen vor allem der Studentenbewegung in gewisser Hinsicht zu instrumentalisieren, um mit dem Schwung, den diese Bewegung in sich hatte, ihre eigenen Ziele durchsetzen zu können. Umgekehrt konnten aufgrund dieser Parallelität die demokratischen Kräfte und die Studentenbewegung die Widersprüche zwischen „Reformern" und Reformunfähigen im Lager der Herrschenden ausnutzen und gewisse Zugeständnisse in Einzelfragen der Hochschulgesetzgebung vor allem in SPD-regierten Ländern durchsetzen. Diese schlugen sich nieder in der Gewährung – wenn auch unzureichender – Mitbestimmungspositionen; ich erinnere hier als Beispiel an das Bremer Modell, das damals erkämpft wurde; sie schlugen sich nieder in einem Abbau der Machtpositionen der Ordinarien; und sie schlugen sich auch nieder in einer gewissen Lockerung des Bildungsprivilegs – der Anteil der Arbeiterkinder an den Hochschulen hat seither ja leicht zugenommen. Heute haben wir es damit zu tun, daß die Herrschenden diejenigen ihrer damals gewährten Zugeständnisse, welche aus ihrer Sicht überflüssig sind, wieder rückgängig machen wollen. Und die Ursache für dieses Roll back in der Hochschulpolitik sehe ich darin, daß aufgrund der Verschrärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus und des Zusammenfallens der Verschärfung der allgemeinen Krise mit der jüngsten konjunkturellen Krise die Basis des Monopolkapitals für soziale Zugeständnisse sehr viel schmaler geworden ist und von daher eine mehr auf Integration abzielende Variante der bürgerlichen Hochschulpolitik abgelöst wurde von einer stärker repressiven Va-

riante. Gleichzeitig muß dieser im Zusammenhang gesehen werden mit der allgemeinen Rechtsentwicklung. Auch die gesamtgesellschaftliche Rechtsentwicklung – ich bin jetzt eben nur auf den Hochschulbereich eingegangen – hat ihre Ursache in der schmaler gewordenen Basis des Monopolkapitals für soziale Zugeständnisse, die in der Politik der Herrschenden zu einer Einheit des Abbaus sozialer und demokratischer Rechte der gesamten Bevölkerung führt und die langfristig darüber hinaus darauf abzielt, neue, für das Monopolkapital günstigere Normen der Klassenauseinandersetzung zu setzen, um bei Zuspitzung und weiterer Verschräfung der Krise des Kapitalismus für künftige Klassenauseinandersetzungen bessere Ausgangsbedingungen für das Monopolkapital zu schaffen.

Manfred Sieg: Ich glaube, daß der wichtigste Punkt, den man berücksichtigen muß, wenn man die Situation der 60er Jahre mit der heutigen vergleichen will, in den veränderten ökonomischen Bedingungen seit der Erdölpreiskrise 1973/74 und den sich daraus ergebenden politischen Konsequenzen zusehen ist. Kurze Erinnerung: Hatten wir es Mitte der 60er Jahre mit einer hausgemachten Konjunkturkrise zu tun, die an der Politik der damaligen CDU/CSU-F.D.P.-Regierung gelegen hat, kommt heute noch ein anderer Aspekt hinzu; nämlich die internationale Wirtschaftskrise. Diese ist unter anderem darauf zurückzuführen, daß viele Industrieländer auf Grund der Erdölpreisexplosion außerordentlich große Zahlungsbilanzschwierigkeiten haben und die Entwicklungsländer seit dieser Zeit selbstbewußter ihre Forderungen stellen können und auch in anderen Teilbereichen einige kleine Erfolge haben erringen können. In Folge dieser Entwicklung ist es unter anderem auch zu einer Umstrukturierung in der Wirtschaft der Bundesrepublik gekommen, wie beispielsweise in der Textilindustrie, die durch die Währungsentwicklung an den internationalen Devisenbörsen (DM-Aufwertung) noch verstärkt worden ist. Diese Entwicklung hat unter anderem mit dazu beigetragen, daß zwischen 1972 und 1977 rund 1 Mio. Arbeitsplätze verloren gegangen sind, wenn auch die Hauptverantwortung für diesen Verlust an Arbeitsplätzen in Rationalisierungsbestrebungen der Industrie zu suchen sind.

Diese Umstrukturierung hat auch auf den Ausbildungssektor in der BRD durchgeschlagen, dem in einer gewissen Reformeuphorie Zusagen gegeben worden waren, die dann nicht gehalten werden konnten. So würden beispielsweise heute nach Berechnung der GEW zusätzlich 50 000 Lehrer benötigt, wenn man das Reformversprechen „kleine Klassen" wahrmachen würde, mit denen die Klassenfrequenzen in der BRD an in Europa übliche Standards herangeführt werden würden. Aber diese Reformvorhaben wurden spätestens 1973/74 in der Schublade mit dem Etikett „Reformeuphorie" abgelegt, weil dies alles nicht mehr „machbar" war und man dazu übergehen mußte, aus der Sicht der Herrschenden heraus, auch den Hochschulbereich wie den Bildungs- und Ausbildungsbereich insgesamt rationellsten Verwertungsbedingungen zu unterwerfen. Das Hochschulrahmengesetz, das nach mehreren Anläufen dann Ende 1975 verabschiedet worden ist, ist Ausfluß dieser Bemühungen. Kleine Fortschritte, die es Ende der 60er Jahre gegeben hat, wie zum Beispiel die Mitbestimmungsregelung an der Universität Bremen, sind durch das Hochschulrahmengesetz wieder rückgängig gemacht worden. Gleichzeitig greift man zu zusätzlichen Disziplinierungen, zu Maßnahmen wie dem Ordnungsrecht und der Androhung der Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft, die uns in Baden-Württemberg unmittelbar bevorsteht. All diese Maßnahmen zielen auf eine Entmündigung und Entpolitisierung der Studenten sowie auf ihre Einschüchterung ab.

Aber noch zwei weitere wichtige Aspekte müssen bei der Beurteilung der gegenwärtigen politischen und ökonomischen Situation in der BRD berücksichtigt werden: Da ist einmal das Phänomen des Terrorismus, der sowohl im internationalen Rahmen als

auch im nationalen eine wesentliche Rolle spielt. Davon zu unterscheiden sind die Kämpfe der Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika, wie auch die Auseinandersetzungen im Nahen Osten und auch noch anderswo. Diese Befreiungskämpfe dürfen keinesfalls mit Terrorismus in einen Topf gworfen werden, wie es hier nur allzu gerne und zu häufig geschieht. Der Terrorismus leistet den reaktionären Kräften in der BRD den hochwillkommenen Anlaß, die Freiheitsrechte immer weiter einzuschränken. Davon werden nicht diejenigen getroffen, die an sich getroffen werden sollen, nämlich die Terroristen, sondern vielmehr die, die man insbesondere treffen will, weil sie politisch gefährlich sind: Das kritische Potential in dieser Gesellschaft, seien es Studenten, Journalisten, Gewerkschaftler, Schriftsteller oder Politiker. Für die Studenten hat die Wirtschaftskrise – und das ist der zweite Aspekt, der bei der Beurteilung der Möglichkeiten einer Fortentwicklung der Studentenbewegung unter den gegenwärtigen politischen und ökonomischen Bedingungen unbedingt berücksichtigt werden muß – zu einer sozialen Verschlechterung geführt. Die Lücke zwischen notwendigen Mitteln zur Deckung des Existenzminimums und den realen Kosten klaffen für die Studentenhaushalte immer weiter auseinander. Drei Jahre hat es überhaupt keine Erhöhung des Bafög gegeben und anschließend nur eine Erhöhung, die diesen Namen nicht verdient. Als weiteres Element kommt schließlich noch die veränderte Berufsperspektive für die Studenten hinzu, die zusätzlich zum Numerus clausus eine wesentliche Verschlechterung gegenüber der Situation der 60er Jahre bedeutet, als Studenten noch einigermaßen sicher sein konnten, nach Abschluß ihres Studiums auch einen ihrer Ausbildung adäquaten Beruf ergreifen zu können. Heute ist jedoch die Situation ganz anders. Immer mehr Studenten mit abgeschlossenen Examen finden keinen Beruf. Diese Berufsunsicherheit kann zu einer gefährlichen Entpolitisierung führen und führt ganz sicher zu einem erhöhten Konkurrenzkampf unter den Studenten, wodurch von den eigentlichen Problemen dieser Gesellschaft, nämlich der sozioökonomischen Krise, abgelenkt wird sowie auch von der Tatsache, daß die Folgeerscheinungen dieser Krise auf den Rücken der Bevölkerung abgeladen werden.

Mechtild Jansen: Ich will auf die Frage der Kontinuität der Studentenbewegung eingehen, die sich hier unmittelbar anschließt. Ich meine, daß es seit Beginn der antiautoritären Studentenbewegung eine Kontinuität gibt, die sich in verschiedenen Aspekten äußert. Erstmal ist der Protest der Studenten über den Zeitraum mehrerer Jahre nicht abgerissen, es hat Phasen gegeben, wo er stärker war und wo er schwächer war, und heute entzündet er sich an etwas anderen Fragen als damals. Heute stehen im Vordergrund die unmittelbaren Interessen der Studenten, die sozialen und politischen Interessen, das Interesse an einer Demokratisierung der Hochschule und der Gesamtgesellschaft, es steht nicht so sehr im Vordergrund die ideologische Auseinandersetzung und auch nicht in dem Ausmaß die antiimperialistische Solidarität, obwohl sie nach wie vor Bestandteil der Politik der demokratischen Studentenbewegung ist. In einer anderen Weise äußert sich die Kontinuität auch in den Organisationen. Am deutlichsten ist sie sichtbar beim SHB und beim MSB, aber auch andere Gruppierungen haben in der einen oder anderen Weise Kontinuität bewiesen, freilich mit Unterbrechungen und Schwankungen, was diesen Organisationen jedoch spezifisch zu eigen ist.

Ich würde nicht sagen, daß die Studentenschaft heute gegenüber der damaligen Phase in eine größere Isolierung gegenüber der Bevölkerung geraten ist, wie das vorhin vermutet wurde, sondern daß eigentlich diese Isolierung, die damals vorhanden war, zumindest in Ansätzen durchbrochen und überwunden worden ist, – auch unter dem Aspekt, daß die Probleme der Studenten heute in viel größerem Ausmaß auch die Probleme der Bevölkerung sind. Die Bevölkerung spürt stärker die soziale Entrechtung

und Entdemokratisierung, die Probleme in den Betrieben und den Hochschulen weisen größere Parallelen zueinander auf, wenn die Krisenauswirkungen auch zweifelsohne im betrieblichen Bereich mit größerer Schärfe ausschlagen. Auf der anderen Seite werden natürlich heute zahlreiche Versuche unternommen, die Studentenschaft und die Intelligenz von der Bevölkerung zu isolieren. Die Mechanismen sind schon benannt worden: neben der derzeitigen Diffamierung der Hochschulen als Nährboden des Terrorismus ist es vor allem der Versuch, die unterschiedlichen sozialen Interessen der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen gegeneinander auszuspielen, also z. B. diejenigen, die aufgrund des NC nicht an die Hochschulen können, gegen diejenigen auszuspielen, die bereits an den Hochschulen sind und sich vielleicht gegen die Formierungsmaßnahmen zur Wehr setzen, oder das Ausspielen der Interessen der Lehrlinge gegenüber denen der anderen Auszubildenden. Das verweist uns nur mit besonderem Nachdruck auf die Notwendigkeit, der Herstellung des Bündnisses mit den Gewerkschaften und der Bevölkerung größere Aufmerksamkeit zu widmen und diesen Isolierungsversuchen frühzeitig zu begegnen. Nun ist auch die Frage aufgeworfen, ob die Studentenbewegung auf Dauer zu einem kontinuierlichen Bündnispartner für die Arbeiterbewegung und die fortschrittliche Bewegung insgesamt werden kann. Ich meine, daß auf jeden Fall die objektive Grundlage für ein kontinuierliches und dauerhaftes Bündnis der Studentenbewegung mit anderen demokratischen Kräften, darunter den Gewerkschaften, gegeben ist. Die soziale Lage der Studenten, die sich in den vergangenen Jahren ja noch zugespitzt hat, die Berufsperspektive, die für immer mehr Studenten in Frage steht, u. a. Beispiele mehr verweisen hierauf sehr deutlich. Das heißt aber noch nicht *automatisch,* daß vor allen Dingen für die Studenten, wenn sie in einer bedrohten sozialen Lage sind, automatisch eine klare Politische Alternative und gleich ein Bündnis mit der Arbeiterklasse zu schlußfolgern wäre. Es ist vielmehr so, daß gerade die soziale Perspektivlosigkeit der Studenten und der Intelligenz auch Haltungen hervorrufen kann, die eher die Verzweiflung der Studenten ausdrücken als daß sie tatsächlich eine tragbare politische Alternative und Perspektive wären. Um diesen Problemen zu begegnen, sind politische Kräfte erforderlich, die wirksame fortschrittliche Alternativen aufzeigen können. Von Bedeutung ist das Vorhandenseit einer starken Arbeiterbewegung, die die Bewegung an den Hochschulen einbeziehen und politische Orientierungen vermitteln kann. Ein weiteres Problem liegt darin, daß mit dem schnellen quantitativen Anwachsen der Studentenbewegung nicht automatisch eine Stabilität und politische Qualität gegeben ist. Die Studenten, die in ihrer überwiegenden Anzahl nach wie vor aus den Mittelschichten, aus kleinbürgerlichen Verhältnissen kommen, bringen selbstverständlich jedesmal erneut entsprechende ideologische Einstellungen mit sich (z. B. antikommunistische Vorbehalte). Die neue Breite der Studentenbewegung ruft also neue politische und ideologische Probleme hervor, die sich nicht von selbst erübrigen, die vielmehr eine bewußte und gezielte Arbeit erfordern.

Albrecht Schmeissner: Ich bin der Meinung, daß die Studentenbewegung in ihrer historischen Kontinuität durchaus Einfluß gewonnen hat auf bestimmte Bewegungen in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Man kann sich erinnern an die wilden Streiks 1969 und die zweite Wilde-Streik-Phase 1971/72 in den Betrieben und zunehmende gewerkschaftliche Aktivität im Betriebsbereich. Andererseits haben sich in der Zeit nach der Außerparlamentarischen Opposition zahlreiche Bevölkerungsinitiativen gebildet, so z. B. die Frauen- oder Kernkraftwerksbewegungen, durch die sich die Außerparlamentarische Opposition in der BRD erhalten hat und die an ganz bestimmten Punkten denselben Bedingungen unterliegen, denen auch die Studentenbewegung in ihrer Kontinuität unterliegt, auch im Hinblick auf das Maß an politischer Gängelung und zunehmender politischer Unterdrückung. Es ist auf der anderen Seite wahrschein-

lich, daß diese Proteste, die unter den Studenten angefangen haben und die es bestimmt vorher auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen gab, nicht den Charakter nur kurzfristiger Spontaneität, sondern den von Übergangsphasen für eine längerfristige, kontinuierliche Arbeit haben. Andererseits ist allerdings festzustellen, daß doch schwerpunktmäßig innerhalb der Kontinuität der Studentenbewegung das Schwanken zwischen einem längerfristigen Organisationsgrad und bestimmten spontaneren Zyklen der Bewegung äußerst stark ausgeprägt ist. Wir können uns erinnern, daß in der Phase von ungefähr 1972/73 bis 1976 die Proteste auf ein bestimmtes nivelliertes Maß heruntergegangen sind; es war eine lange Etappe des Verteidigungskampfes von Positionen, die die Studentenbewegung vorher erkämpft hatte. Ich würde also weniger sagen, daß es gewisse Zugeständnisse von seiten der Herrschenden waren: es war das Halten von Positionen, die man sich damals innerhalb der Revolte erkämpft hat – sei es die Verfaßte Studentenschaft mit Politischem Mandat und direkt demokratischen Strukturen, seien es kritische Tutorien aber auch fortschrittliche Lehrende, die während dieser Zeit berufen werden konnten, um fortschrittliche Inhalte zu vertreten.

Seit 1976 hat sich in einer neuen Etappe – deswegen taucht manchmal das Wort von der „neuen Studentenbewegung" auf –, gezeigt, daß diese Bewegung eigentlich unabhängig von den Organisationsmustern, selbst wenn die kontunuierlichen Organisationen in ihr mitgearbeitet haben, neue Formen des spontanen Protests entwickelt hat. Das äußerte sich vor allem in neuen Ausdrucksformen, in einer Entfaltung von Selbstorganisation und einer relativ starken Hartnäckigkeit im Abwehrkampf, in dem die Auseinandersetzungen nicht in parlamentarischen Gremien stattfanden, sondern in der unmittelbaren Konfrontation auf der Hochschulebene mit Lehrenden oder der Bürokratie.

Wir müssen allerdings feststellen, daß auch die Entwicklung, die in der Gesamtgesellschaft als Rechtsentwicklung charakterisiert wird, sich an der Hochschule heutzutage wiederspiegelt; wir haben hier in zunehmendem Maß eine Polarisierung zwischen rechten und linken Kräften. Es ist den Rechten zwar trotz aller möglichen Unterstützung des Staates nicht gelungen, in der demokratischen Studentenbewegung die Mehrheit zu erringen, es ist andererseits aber mit Hilfe der Repressionsmaßnahmen des Staates und der Denunziantentätigkeit der rechten Studentengruppen bis hin zu Gewalttätigkeiten von neofaschistischen Gruppen, gelungen, die Studentenbewegung doch wieder ein Stück weit einzuschüchtern.

Beate Landefeld: Ich möchte eingehen auf die Frage inwieweit die Studentenbewegung faßbare Erfolge erreicht hat, Erfolge in der Vertretung der unmittelbaren Interessen der Masse der Studenten, und zwar sowohl sozialer als auch politischer Art. Reale Zugeständnisse der Herrschenden begrenzen sich hier tatsächlich überwiegend auf die Phase Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre, also auf die Phase der früheren Studentenbewegung. Die Ursache, weshalb die Erfolgsbedingungen für den Kampf der Studenten heute weitaus komplizierter sind als zur damaligen Zeit, habe ich bereits vorhin zu charakterisieren versucht. Es ist in den zurückliegenden Jahren und gegenwärtig in der Tat so gewesen, daß aufgrund der Kompliziertheit der Erfolgsbedingungen nicht viel mehr als Abwehrerfolge im Kampf für die unmittelbaren sozialen und politischen Forderungen der Studenten erreicht werden konnten. Ich möchte behaupten, daß ohne die Orientierung auf Massenaktionen und ohne die Durchführung von Massenaktionen auch in solchen Zeiten, in denen Resignation sehr stark verbreitet war, selbst diese Abwehrerfolge nicht hätten erzielt werden können. Es hat in den letzten 10 Jahren eine Kontinuität des Protestes der Studenten gegeben, die zwar Schwankungen unterlag, aber insgesamt doch ungebrochen war. Auch in den Zeiten, in denen die Breite des studentischen Protestes geringer war, als sie gegenwärtig ist,

war es möglich, beispielsweise in den Jahren 1974/75 und im Sommer 1976, große Massendemonstrationen auf die Beine zu bringen. Ich denke hier an die Sternmärsche, die vor allem auf Initiative der GO-Kräfte, d.h. der gewerkschaftlich orientierten Kräfte, durchgeführt wurden. Diese Aktivität, die die Kontinuität des Massenkampfes wahrte, ist m. E. eine wesentliche subjektive Ursache dafür, daß wir heute wieder weitergekommen sind in der Entwicklung von Massenaktionen der Studenten. Man könnte das an den Aktionsbeschlüssen der Vereinigten Deutschen Studentenschaften im einzelnen nachverfolgen. Dabei würde man unschwer feststellen können, daß auch die Aktionswoche der VDS im Wintersemester 1976 mit dem bundesweiten Streik der Fachhochschüler, daß auch dieser neue Aufschwung der Studentenbewegung, der die Spekulationen der bürgerlichen Presse über eine „neue APO" ausgelöst hat, wesentlich ein Ergebnis langjährigen, *kontinuierlichen* Ringens vor allem der gewerkschaftlich orientierten Kräfte um die Durchsetzung von Massenaktionen im Rahmen der Verfaßten Studentenschaft gewesen ist. Ein weiterer Erfolg der Studentenbewegung besteht darin, daß es den Rechtskräften im Hochschulbereich nicht gelungen ist, einen Durchbruch zu erzielen, eine sogenannte Tendenzwende einzuleiten. Dies ist m. E. vor allem der Tatsache geschuldet, daß zum einen eine fortschrittliche Programmatik der Studentenbewegung konsequent durchgehalten und vertreten wurde, zum anderen, daß darüber hinaus eine Aktionseinheit verschiedener fortschrittlicher Strömungen der Studentenbewegung hergestellt werden konnte, mit dem Ergebnis, daß die Rechtskräfte an den Hochschulen, die auch dort über einen gewissen Wählerstimmeneinfluß verfügen, politisch in der Isolierung gehalten werden konnten, vor allem im Rahmen der Verfaßten Studentenschaft.

Die Aktionseinheit der Linkskräfte gegen rechts, die von der CDU/CSU als „Volksfront an den Hochschulen" bekämpft wird, kann in gewisser Hinsicht als ein „Vorgriff" auf die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse in anderen westeuropäischen Ländern betrachtet werden, wo es Linksbündnisse in der Arbeiterbewegung gibt. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß die wirkliche historische Genese dieser Aktionseinheit der Studentenbewegung auf der Verarbeitung der Erfahrungen der Arbeiterbewegung unseres *eigenen* Landes beruht. Für den MSB Spartakus kann ich sagen, daß wir die Einschätzung der DKP teilen, daß das Nichtzustandekommen der Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten eine wesentliche Ursache für den Sieg des Faschismus 1933 gewesen ist. Hieraus ergeben sich für uns Studenten die gleichen praktischen Schlußfolgerungen, wie sie auch von den konsequentesten Kräften der Arbeiterbewegung unseres Landes gezogen wurden: Wir messen dem Ringen um eine dauerhafte, an den Interessen der Bevölkerungsmehrheit ausgerichtete Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten eine zentrale Bedeutung bei. Wenn die Entwicklung der Aktionseinheit in der Studentenbewegung der BRD in den letzten 10 Jahren relativ erfolgreich gewesen ist und der Nachweis erbracht werden konnte, daß Rechtsentwicklungen nicht unvermeidlich sind, sondern durch die Aktionseinheit verhindert werden können, so hat dieses Beispiel auf lange Sicht ganz sicher auch Ausstrahlungskraft auf andere gesellschaftliche Bereiche, vor allem auf die Arbeiterbewegung. Man kann sagen, daß die Aktionseinheit der Studentenbewegung aus den Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung entstanden ist und gleichzeitig einen Beitrag leisten kann, daß diese Erfahrungen, die gegenwärtig bei dem großen, rechtssozialdemokratisch beeinflußten Teil der Arbeiterschaft weitgehend verschüttet sind, unter den Arbeitern wieder stärker reflektiert werden, wenn es daran geht, die Rechtsentwicklung heute zu bekämpfen.

Manfred Sieg: Ich möchte noch einmal auf die faßbaren und nichtfaßbaren Erfolge kommen, die in der Tat nur, soweit sie überhaupt erkennbar sind, darin bestehen, daß

die Repressionen an den Hochschulen noch nicht weiter durchgeschlagen haben. Daß mehr nicht erreicht werden konnte, hängt damit zusammen, daß eben, obwohl es teilweise anders behauptet worden ist, die Isolierung der Studentenschaft größer ist als je zuvor, auch dann, wenn die objektiven Bedingungen möglicherweise besser sind, zieht man einmal den Aufbau eines weiteren Protestpotentials in der KKW- oder in der Frauenbewegung mit in Betracht. Daß die Isolierung der Studenten heute größer ist als während der 60er Jahre liegt m. E. nicht zuletzt daran, daß die Studenten für ihre Aktionen zwischen 1972 und 1976 teilweise verfehlte Aktionsformen gewählt haben. Ich kann den Vertreterinnen der GO-Fraktionen nicht zustimmen, daß die angesprochenen Massenaktionen zu Erfolgen geführt haben. Ich bin vielmehr der Auffassung, daß diese Massenaktionen weitgehend losgelöst von den Studenten durchgeführt worden sind. Dies gilt auch dann, wenn da einigemal 30 000 oder 40 000 Studenten zu Sternmärschen erschienen sind. Geändert hat sich diese Isolierung erst etwas, als man in allen Studentenorganisationen wohl bemerkte, daß man zur Basisarbeit zurückkehren muß, wenn man die Studenten politisieren will. Hier an der Basis muß man ihnen ihre persönliche Betroffenheit beispielsweise durch das HRG verdeutlichen. Daß dies nicht erfolglos sein muß, hat sich am Beispiel der Fachhochschüler gezeigt, die durch die Regelung der Kultusministerkonferenz an einem Übergang zu einer „normalen" Universität praktisch gehindert werden.

Mechtild Jansen: Ich kann Dir nicht zustimmen, daß die Studentenschaft heute in einer größeren Isolierung ist als früher. Im Gegenteil, ich habe es schon gesagt, ich glaube, daß heute mehr Verständnis in der Bevölkerung für die Probleme der Studenten vorhanden ist als früher. Nicht zuletzt gerade deshalb setzen hier die Differenzierungsversuche unseres politischen Gegners an, dieser läßt es lieber zu, daß aller mögliche „Rabatz" an den Hochschulen stattfindet, als daß ein wirkliches Bündnis der Studentenschaft mit der Bevölkerung zustandekommt. Das ist genau das, was der politische Gegner am meisten fürchtet. Neben den schon genannten Erfolgen würde ich noch ergänzen wollen, daß es sicherlich ein Erfolg ist, daß ein so großer Kern an organisierten Studenten vorhanden ist, und daß der auch größer geworden ist in der vergangenen Zeit, was nicht heißt, daß alles schon stabilisiert wäre. Wenn wir uns die fortschrittlichen Studentenorganisationen anschauen – ich erwähnte schon SHB und MSB, aber auch die Juso-Hochschulgruppen –, die zu einem festeren und kontinuierlicheren Bestandteil der Studentenbewegung geworden sind, drückt sich darin m. E. ein beachtlicher Fortschritt aus, der keineswegs selbstverständlich ist, bedenkt man die scharfen Disziplinierungsmaßnahmen, denen besonders SHB und MSB ausgesetzt waren und sind. Einen weiteren Erfolg sehe ich darin, daß in der Studentenschaft eine Lockerung der Fixierung auf Regierungen und auf den Parlamentarismus stattgefunden hat, daß das Bewußtsein über die Notwendigkeit, selbst aktiv zu werden und Eigeninitiative zu entwickeln, gewachsen ist. Dies hat sich in den zugenommenen Massenaktionen manifestiert. Massenaktionen setzen dabei selbstverständlich Basisarbeit voraus, denn sonst käme es gar nicht zu solchen Bewegungen. Das heißt allerdings auf der anderen Seite auch nicht, daß wir da bereits am Ende des Zieles angekommen wären, daß es also nicht möglich wäre, einen noch größeren Teil der Studenten zu mobilisieren und mit der Eigeninitiative von noch mehr Kommilitonen die Studentenbewegung zu bereichern. Als ein wichtiger Erfolg bliebe die Tatsache zu unterstreichen, daß eine politische Gleichschaltung der fortschrittlichen Kräfte in der Studentenbewegung nicht wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen möglich gewesen ist. Ich führe das darauf zurück, daß offensiv eine politische Alternative vorgetragen worden ist, daß die Kämpfe organisiert und planmäßig angegangen worden sind, ohne dabei Spontaneität zu ersticken und daß es gelungen ist, trotz der massiven Angriffe der Rechtskräfte die Aktionseinheit der fortschrittlichen Studentenbewegung herzustellen. In der Debatte

wurde die Frage aufgeworfen, ob die Studentenbewegung in ihrer Entwicklung anderen gesellschaftlichen Bereichen vorauseilen kann. Ich glaube, daß die Studentenbewegung durchaus Vorbote kommender Auseinandersetzungen sein kann, daß sich darin zukünftige Klassenauseinandersetzungen wiederspiegeln können, Impulse auf andere gesellschaftliche Bereiche ausgehen können. Auf der anderen Seite ist ein wesentlicher Entwicklungsvorsprung gegenüber anderen gesellschaftlichen Bereichen nicht möglich, das gesamtgesellschaftliche Kräfteverhältnis wird sich notwendigerweise, wenn auch verschoben, an den Hochschulen niederschlagen. Und solange die Arbeiterbewegung nicht stärker entwickelt ist, bestehen auch immer wieder Gefahren des politischen Rückschlags in der Studentenbewegung. Ohne Zweifel verfügt die Studentenbewegung jedoch über eine *gewisse eigenständige* Kraft, sie kann daher Anziehungspunkt und Beispiel für andere gesellschaftliche Bereiche sein.

3. *Die aktuelle Lage der Studentenbewegung – Aufgaben und Entwicklungsperspektiven*

„Blätter": Wir kommen nun zum dritten Teil unserer Diskussion, in dem wir in mancher Hinsicht die Nagelprobe auf die bisherigen Erkenntnisse und Einschätzungen machen müssen, indem wir die Frage ihrer Anwendbarkeit stellen. Die Frage lautet also: Wie sind die aktuellen Bewegungen einzuschätzen und wie sehen die Vorstellungen für die Aktivitäten der nächsten Zeit aus?

Manfred Sieg: Ich glaube, daß wir zwischen kurz- und langfristiger Zielsetzung unterscheiden müssen und auch dementsprechend die Aktionsformen wählen müssen. Kurzfristig geht es in diesem Wintersemester daraum, die lupenreine Durchsetzung des reaktionären Hochschulrahmengesetzes in die Landeshochschulgesetze so weit wie möglich zu verhindern, insbesondere in ihren restringierendsten Teilen, wie der Infragestellung der Verfaßten Studentenschaft, dem Ordnungsrecht und der Regelstudienzeit. Längerfristig geht es erneut darum, ein Studium an den Hochschulen aufzubauen, das nicht den Verwertungsinteressen der herrschenden Klasse unterworfen ist. Diese unterschiedliche Zielsetzung führt uns denn auch zu der Frage, mit welchen Aktionsformen man an ihre Realisierung herangeht. Ich kann jetzt für den LHV sagen, daß wir grundsätzlich für einen Streik im kommenden Wintersemester sind. Dies aber nicht deshalb, weil wir meinen, daß der Streik das letzte aller möglichen Kampfmittel ist, sondern deshalb, weil wir genauso wie auch alle anderen Gruppen vor dem Dilemma stehen, bislang keine Alternativformen der Auseinandersetzungen entwickelt zu haben, die einen Streik, wenn es um die Durchsetzung kurzfristiger Zielsetzungen geht, ersetzen könnten. Wir sind uns jedoch voll bewußt, daß der Streik kein Instrument ist, um langfristige Zielsetzungen der Studentenbewegungen durchzusetzen. Wir kritisieren aber an diesem VDS-Beschluß – und haben ihm deshalb auch nicht zugestimmt –, daß der Streik von vornherein auf 14 Tage begrenzt werden soll. Aber dazu später noch Näheres.

Ich möchte jetzt hier zunächst einmal auf die längerfristigen Perspektiven zu sprechen kommen. Wir sind der Auffassung, daß das Studium anders organisiert werden muß als es bisher der Fall ist. Es darf nicht den Interessen des Beschäftigungssystems, daß wiederum abhängig ist von dem bestehenden sozioökonomischen System, unterworfen werden, sondern es muß gleichzeitig und gleichgewichtig dem Anspruch des einzelnen an das Bildungssystem Rechnung tragen. Das geht natürlich nicht mit den jetzt vorhandenen Studieninhalten, und auch nicht in den bisherigen Formen, in denen diese Inhalte vermittelt werden. Es müssen also neue Formen und Studieninhalte entwickelt werden. Ich glaube, daß die von uns geförderten „systematischen Alternativveranstaltungen" die an der Kritischen Universität der APO-Zeit anknüpfen, ein ge-

eigneter Ansatzpunkt sind. Zu den Aktionsformen ist zu sagen, daß wir einmal den Studenten verstärkt ihre persönliche Betroffenheit durch die gegenwärtige Repressionen an den Hochschulen vermitteln müssen. Dies ist im Sommersemester nur in Ansätzen gelungen. Erfahrungsgemäß wird das auf Grund des Erfahrungshintergrundes, auf dem die jetzt nachrückenden Studenten hinzukommen, schwierig sein, denn dieser ist gekennzeichnet durch Numerus clausus, der sich in einer gewissen Entpolitisierung niedergeschlagen hat, die erst einmal aufgefangen und kompensiert werden muß.

Den von mir bereits angesprochenen potentiellen Bündnispartnern der Studenten muß *verständlich* aufgezeigt werden, wo die Gemeinsamkeiten zwischen ihnen und der Studentenbewegung liegen, wo wir gemeinsam den bestehenden Repressionen unterliegen. Es muß ihnen also einsichtig gemacht werden, daß Zwangsexmatrikulationen als Ausfluß dieser Repressionen im Zusammenhang stehen mit der Nichtübernahme mißliebiger Jugendvertreter ins Beschäftigungsverhältnis nach Beendigung ihrer Lehre in verschiedenen Betrieben etc. Ich möchte nun zum Thema Gewerkschaftsorientierung und gewerkschaftliche Orientierung kommen. Eine Differenzierung scheint hier unerläßlich zu sein. Die gewerkschaftliche Orientierung der GO-Fraktionen greift zurück auf eine Konzeption von Engels; und zwar die Dreiteilung der Interessen in politische, ideologische und materielle. Infolgedessen verfolgt die gewerkschaftliche Orientierung eine Konzeption, welche die Studenten in einer Quasigewerkschaft vertreten sehen will. Der Gefahrenmoment dieser Konzeption liegt nun darin, daß man sich dem bestehenden Konkurrenzkampf des Systems unterwirft und genauso wie die Gewerkschaften analog schwerpunktmäßig auf die materielle Absicherung der Studenten abzielt und dabei ein weiteres wichtiges Ziel der Studentenbewegung, nämlich die gesellschaftliche Veränderung, aus den Augen verliert. Von der gewerkschaftlichen Orientierung der GO-Fraktionen zu unterscheiden ist die Gewerkschaftsorientierung, die nämlich konkret das beinhaltet, was mit der gewerkschaftlichen Orientierung suggeriert wird, nämlich die konkrete Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Bei der Ablehnung der Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zwischen der Studentenbewegung und den Gewerkschaften muß man aber differenzieren zwischen den Möglichkeiten in der Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsführung und einer Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften auf lokaler Ebene. Die Gewerkschaftsführung steht auf Grund ihrer starken Verankerung in der Sozialdemokratie oder auch in der CDU einer Zusammenarbeit mit der Studentenbewegung hier ablehnend gegenüber, eventuell mit Ausnahme der GEW. Deshalb erscheint am erfolgversprechendsten eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften auf lokaler Ebene, nämlich an den Hochschulorten möglich zu sein. Hier ist ein Ansatzpunkt für die Fortführung des Kampfes der Studentenschaft gegen Repressionen sowohl im Hochschulbereich als auch innerhalb der Gesellschaft insgesamt gegeben, an denen wir bei den kommenden Aktionen anknüpfen sollten.

Mechtild Jansen: Ich will zunächst einmal auf den Wintersemester-Streik eingehen und anschließend auf die Ausführungen zur Politik der gewerkschaftlichen Orientierung, die mir doch in einigen Punkten etwas schief zu liegen scheinen. Aber zunächst zum Wintersemester. Mit dem von der VDS beschlossenen nationalen Streik geht es uns darum, daß wir die im vergangenen Sommersemester und davor stattgefundenen Aktionen, die auf lokaler und regionaler Ebene durchgeführt wurden, zusammenfassen zu einem einheitlichen Ausdruck des studentischen Widerstandes gegen das reaktionäre Hochschulrahmengesetz, womit ein erster Höhepunkt in der Auseinandersetzung um die Durchsetzung des Hochschulrahmengesetzes gegeben wäre. Für uns ist klar, daß damit das Hochschulrahmengesetz nicht vom Tisch sein wird (oder auch nur in seinen wesentlichen Bestimmungen). Doch ist möglich, daß sich im Lager unserer

Gegner Differenzierungsprozesse herausbilden (wie z. B. z. Z. in der Frage der Verfaßten Studentenschaft), daß wir partiell eventuell einige Formierungsmaßnahmen hinauszögern können und daß wir vor allem eine Politisierung, eine Erhöhung der politischen Qualität und Quantität der fortschrittlichen Studentenbewegung erreichen können. An diesen Wintersemester-Streik müssen wir vollkommen illusionslos herangehen, da sonst die Gefahr besteht, daß anschließend die erreichte Mobilisierung zurückfällt und politische Resignation eintritt. Ich halte es zum Beispiel für sehr problematisch, den Eindruck zu erwecken, mit einem unbefristeten Streik, wie er ja von Euch – also Basisgruppen und LHV – propagiert wird, könne man wesentliche Bestimmungen des Hochschulrahmengesetzes noch in diesem Wintersemester verändern. Einmal abgesehen davon, daß der studentische Streik im Gegensatz zum Streik der Arbeiterklasse kein ökonomisches, sondern lediglich ein politisches Druckmittel ist, wäre es auch eine völlige Illusion zu glauben, daß die Studentenbewegung alleine solche entscheidenden Veränderungen beim heutigen gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnis durchsetzen könnten. Unsere Kraft sollten wir darauf konzentrieren, bei den Vorbereitungen und der Durchführung des Streiks ein breites Bündnis aller von der Misere Betroffenen herzustellen. Das betrifft zum einen den Bereich der Hochschule selber, es ergeben sich bessere Bündnismöglichkeiten denn je mit den Hochschullehrern und den übrigen Hochschulangehörigen, da sie von der Hochschulformierung in einem ähnlichen Maße betroffen sind wie die Studenten. Es ergeben sich zahlreiche Bündnismöglichkeiten mit Schülern, Lehrlingen und der Arbeiterjugend. Der Wille zur gegenseitigen Solidarität drückt sich aus in der Hauptlosung „Für das Recht auf Arbeit und Bildung", unter die zahlreiche Jugendorganisationen ihre Aktivitäten gestellt haben, so auch besonders die Gewerkschaftsjugend. Ganz besonders wichtig ist natürlich das Bündnis mit der Arbeiterjugend und der Arbeiterklasse insgesamt. Es ist die Aufgabe, über eine punktuelle Zusammenarbeit hinaus zu einer kontinuierlichen Zusammenarbeit zu kommen, darüber hinauszukommen, daß die Studenten zu den Gewerkschaften hingehen, um sich Solidaritätserklärungen „zu holen", daß es stärker zu einer *gegenseitigen* Solidarität kommt und zum gegenseitigen Verständnis sowohl der objektiven Klassenlage als auch der subjektiven Probleme. Ansatzpunkte gibt es genug, u. a. ist für das kommende Jahr seitens der DGB-Jugend eine weitere große Demonstration vorgesehen, wie wir sie schon einmal am 8. November 1975 gehabt haben. Ferner werden die Studentenschaften der Bevölkerungsarbeit große Aufmerksamkeit widmen müssen, um selbst ihre Probleme darzustellen und eine Gegenöffentlichkeit zur derzeitigen Intellektuellenhatz zu bilden. Ein weiterer Gesichtspunkt ist die Verbindung zu den anderen außerparlamentarischen Bewegungen, zur Bewegung für Frieden und Abrüstung, gegen die Berufsverbote und gegen die Kernkraftwerke. Bei dem Streik im Wintersemester werden wir nicht dabei stehenbleiben, Negatives abzulehnen, wir werden unsere fortschrittlichen Alternativen deutlich machen, die Politisierung der Studentenschaft fördern und größere Klarheit über Ziele und Mittel unseres Kampfes schaffen. Hierzu dient u. a. das Konzept der Demokratischen Gegenhochschule, auf das wir vielleicht später noch einmal ausführlicher eingehen können.

Um es nicht zu lang werden zu lassen, möchte ich kurz noch einmal auf die Frage gewerkschaftliche Orientierung eingehen. Die Politik der gewerkschaftlichen Orientierung ist niemals darauf beschränkt gewesen, allein die materiellen Interessen der Studenten zu vertreten. Die Politik der gewerkschaftlichen Orientierung ergibt sich vielmehr aus der Klassenlage der Intelligenz und der Definition der gemeinsamen Interessen, die zwischen Studentenschaft und arbeitender Bevölkerung bestehen. Die materiellen Interessen sind dabei *Ansatz*punkt für die Mobilisierung der Studenten, doch ein materieller Interessenskampf ist niemals losgelöst von der politischen Auseinandersetzung. Es berühren heute z. B. schon materielle Forderungen den politischen

Nerv unseres Gesellschaftssystems. Auch heißt GO-Politik nicht Beschränkung auf einen materiellen Kampf, sie beinhaltet vielmehr die quasi-gewerkschaftliche Vertretung der unmittelbaren sozialen, politischen und qualifikatorischen Interessen der Studenten.

Beate Landefeld: Ich möchte auch zu zwei Themen etwas sagen: zum einen zu den Erfahrungen der studentischen Aktionen der vergangenen Semester, zum zweiten zu dem Verhältnis zu den Gewerkschaften. Was die Erfahrungen der studentischen Aktionen der letzten Semester anbelangt, so ist meines Erachtens das wichtigste Ergebnis die *zunehmende Koordinierung* des Kampfes der Studenten über örtliche zersplitterte Abwehraktionen hinaus. Diese zunehmende Koordinierung, die im Wintersemester 1976 vor allem durch den bundesweiten Fachhochschulstreik und im Sommersemester 1977 durch den Fachhochschulstreik und landesweite Aktionen gegen Hochschulgesetze zum Ausdruck gebracht wurde, ist sicherlich beschleunigt worden dadurch, daß in Form des Hochschulrahmengesetzes ein geschlossenes Gesamtkonzept der Herrschenden auf Bundesebene vorgelegt wurde. Diese Zentralisierung im Angriff der Herrschenden hat die Koordinierung und Zentralisierung auch der Gegenbewegung der Studenten beschleunigt. Und diese Koordinierung der Gegenbewegung der Studenten wird in diesem Jahr im Wintersemester ihren Höhepunkt im nationalen Streik gegen die Durchsetzung des Hochschulrahmengesetzes finden.

Im übrigen ist die Stärkung der Bündnisbeziehungen vor allem zur Arbeiterschaft unseres Erachtens die Kernfrage des Wintersemester-Streiks, die sowohl über das Ausmaß möglicher Erfolge als auch über die Möglichkeit, inwieweit diese Erfolge überhaupt stabilisiert und gehalten werden können, entscheiden wird. Um sowohl die Organisiertheit der Studenten stärken zu können als auch die Bündnisbeziehungen der Studentenschaft zu anderen außerparlamentarischen Bewegungen und zu den Gewerkschaften, haben wir zusammen mit anderen fortschrittlichen Kräften die Konzeption der *Demokratischen Gegenhochschule* (DGH) entwickelt, in der die Studenten Wissenschaftsinhalte in Arbeitsgruppen und Projekten erarbeiten, die der außerparlamentarischen Bewegung und der arbeitenden Bevölkerung nützen. Es gibt hier sehr gute Beispiele bereits aus vergangenen Streiks. So hat zum Beispiel in Hamburg eine Gruppe von Informatikstudenten im Rahmen der demokratischen Gegenhochschule Zuarbeit für die IG Metall und für Betriebsräte im Hamburger Raum geleistet, indem sie ihnen Datenmaterial aufgearbeitet hat, das die Gewerkschaftsvertreter im Kampf um ein Rationalisierungsschutzabkommen gebraucht haben. Neben der Stärkung der Organisiertheit der Studenten und der Entwicklung einer kontinuierlichen auch inhaltlichen Arbeit und neben der Festigung der Bündnisbeziehungen zu anderen außerparlamentarischen Bewegungen streben wir gleichzeitig an, daß in den Demokratischen Gegenhochschulen Erarbeitete auch als Grundlage für eine Verstärkung des Kampfes um demokratische Ausbildungsziele im normalen Hochschulbetrieb dienen wird. Wir streben in dieser Hinsicht an, daß zum Beispiel ausgehend von guten Erfahrungen mit DGH-Projekten, Kooperativverträge in bestimmten Fachbereichen mit den Gewerkschaften erkämpft werden und eine größere Einflußnahme der Studenten auf die Vorlesungen, auf die Seminare, auf die Seminarinhalte, auf die Lehrplanungen usw. erfolgt. Gleichzeitig streben wir auch an, Hochschullehrer in die Arbeit der DGH einzubeziehen, die für den gemeinsamen Kampf gewonnen werden sollen. Uns ist klar, daß wir mit dem Wintersemesterstreik unser langfristiges Ziel einer Demokratisierung des Hochschulwesens nicht erreichen werden. Dazu würde es einer Veränderung des gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnisses bedürfen. Was wir erreichen können, sind – wie gesagt – Abwehrerfolge, Verteidigungserfolge und eine Verbesse-

rung der Ausgangsbedingungen im weiteren Kampf, der auch nach dem Streik notwendig sein wird.

Für uns bedeutet gewerkschaftliche Orientierung dreierlei: das *erste* ist die Vertretung der unmittelbaren Interessen der Masse der Studenten durch den studentischen Massenkampf, die Orientierung auf Solidarität, kollektives Vorgehen der Studenten im Kampf um ihre Interessen; *zweitens*, die Orientierung auf die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften in diesem Kampf; und *drittens* die Orientierung auf die Organisierung der Studierenden in den Gewerkschaften in ihrer späteren Berufspraxis. Was die Kritik des LHV an der Gewerkschaftsführung und an innergewerkschaftlichen Vorgängen anbelangt, so sind wir der Auffassung, daß es falsch ist, den Versuch zu unternehmen, zwischen Gewerkschaftsführung und Gewerkschaftsmitglieder Keile treiben zu wollen. Das ist eine Angelegenheit, die vom Gegner sowohl der Studentenbewegung als auch der Arbeiterbewegung sehr gern gemacht wird. Unseres Erachtens handelt die Studentenbewegung falsch, wenn sie so vorgeht, weil die Fronten der gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung anders verlaufen. Das zeigt sich plastisch an der Hetze der Unternehmerverbände und der reaktionären Kräfte gegen die Gewerkschaften einerseits, wie wir sie gegenwärtig erleben im Zusammenhang mit der Terroristenhysterie, wo ja beispielsweise der NRW-Unternehmerpräsident sogar dem DGB vorgeworfen hat, daß er mit der Aktion „Stoppt Jugendarbeitslosigkeit" Attentate auf Unternehmer geistig vorbereiten würde, und es zeigt sich andererseits in jüngster Zeit, an dem verstärkten Engagement der Gewerkschaften einschließlich ihrer Führung im hochschulpolitischen Bereich, und zwar im Sinne der Bildung eines Gegengewichts zu reformfeindlichen, restaurativen Tendenzen. Dieses verstärkte Engagement wird in meinen Augen sichtbar am Anftreten Heinz Oskar Vetters in Marburg[1]), wenn man bedenkt, daß gerade dieser Fachbereich einem hemmungslosen antikommunistischen Trommelfeuer der hessischen CDU seit Jahren ausgesetzt ist. Die Basis für eine Zusammenarbeit zwischen Studentenschaften und Gewerkschaften kann nicht die Frage sein, wie wir den einen oder anderen Funktionär einschätzen, sondern können ausschließlich die Forderungen sein, die die Gewerkschaften selbst auf bildungspolitischem Gebiet erheben. Und da haben gerade die letzten Gewerkschaftstage, z. B. der IG Metall, bildungspolitische Forderungen erhoben bzw. bekräftigt, die eine Unterstützung für unseren Kampf darstellen, für unseren Kampf gegen die Hochschulmisere und für unseren Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit und die Bildungskrise insgesamt. Solche Forderungen, die auch in der Vergangenheit in Form der 23 Thesen des DGB vorgelegt wurden, sind eine mögliche Basis für ein gemeinsames Vorgehen, und ein solches gemeinsames Vorgehen werden wir gerade in bezug auf den Wintersemester-Streik verstärkt anstreben. Wir sind auch sehr froh darüber, daß er in den meisten Ländern der Bundesrepublik bereits jetzt Vereinbarungen über gemeinsame Demonstrationen von Gewerkschaftsjugend und Studentenschaften gibt.

Albrecht Schmeissner: Wenn man die heutige Zeit der Studentenbewegung einschätzt, muß man zurückgehen auf die Diskussion, die im wesentlichen bei den Herrschenden über die Studentenbewegung eingeleitet wurde. Vor etwas mehr als einem Jahr ist es der Studentenschaft teilweise gelungen, aus ritualisierten Formen herauszukommen und wieder zu spontanen Massenaktionen zu schreiten, neue Aktionsformen einzuleiten und punktuell sogar Erfolge zu erreichen. Im Gegensatz zu der Studentenbewegung der 60er Jahre haben sich die Konflikte meist an materiellen Interessen entfaltet. Sie haben – z. B. der Fachhochschulstreik – in ihrem Inhalt nicht unbedingt politische Dimensionen erreicht, wie die Kader sie in diesen Auseinanderset-

1) Wortlaut in: „Blätter", 8/1977, S. 969–981. D. Red.

zungen vertreten haben, sondern es wurden mehr oder weniger gegen die Hochschulformierung der Herrschenden Abwehrforderungen aufgestellt, die noch an die Illusion geknüpft waren, daß es innerhalb dieses Systems auch Aufstiegsmöglichkeiten, Chancengleichheit oder ähnliches geben kann. Die wichtigste Aufgabe der Studentenbewegung ist, aus der Analyse der Bewegung der letzten zwei Semester heraus den Versuch zu unternehmen, eine solidarische Kritik und Lernfähigkeit und Weiterentwicklung der Kampfformen, des Organisationsgrads, der politischen Perspektive in dieser neuen Studentengeneration zu entwickeln mit dem Ziel, daß die Studenten aus dem mehr oder weniger quasi-gewerkschaftlichen Kampf zu einem politischen Kampf kommen. Selbstverständlich hat jede materielle Auseinandersetzung, jede unmittelbare Auseinandersetzung auch ihr Recht; jeder Abwehrkampf gegen eine Form der Unterdrückung, sei es Relegation oder Entrechtung durch ein neues Hochschulgesetz, hat eine politische Dimension. Wenn es allerdings nicht gelingt, innerhalb der Studenten zu verankern, daß dieser Kampf mit einem Kampf gegen das System Kapitalismus als solcher verbunden ist, wenn es nicht gelingt, das politische Bewußtsein herzustellen innerhalb dieser Auseinandersetzung, daß den Studenten nicht allzuviel gedient ist durch eine verbale Solidaritätsunterstützung z. B. des Herrn Vetter, wenn gleichzeitig keine Gewerkschaftsanalyse stattfindet, wenn es den Studenten nicht gelingt festzustellen, daß Demonstrationen lediglich bürgerliche Rechte sind, die wahrgenommen werden, aber noch nicht den Protest ausdrücken können, der qualitativ im Handeln reale Veränderungen herstellt, bleiben wir in der Situation, die die Studentenbewegung der letzten 10 Jahre gekennzeichnet hat und auch den objektiven Rechtstrend in der Gesellschaft verstärkt hat, gleichzeitig der Studentenbewegung eigentlich eine Geschichte von Niederlagen beschert hat. Die Studentenbewegung steht vor der Situation, zu lernen, daß ihre Kampfmittel, die sich immer auf der Grundlage im wesentlichen der bürgerlichen Rechte bewegen, die in der letzten Zeit eingeschränkt werden von seiten der Herrschenden, eine neue Form von Breite, Militanz, Kraft, Gegenmacht an der Hochschule entwickeln müssen mit dem Ziel, es den Herrschenden unmöglich zu machen, mit Hilfe ihrer Gesetze den Spielraum für eine oppositionelle sozialistische Politik an der Hochschule weiter einzuschränken.

Das ist die wesentliche Frage, um die es heutzutage geht, und es ist auch heutzutage keine Aktionseinheit innerhalb der Studentenschaften erreicht worden, weil sich die Differenzen zwischen bestimmten sozialistischen Kräften innerhalb der Studentenbewegung und einer sich mehr oder weniger reformistisch bis pazifistisch breitmachenden Bewegung hauptsächlich der gewerkschaftlich orientierten Kräfte herausgestellt hat, die zu ritualisierten Kampfformen schreiten. Die Basisgruppen haben klargemacht, daß sie innerhalb dieses Wintersemesters ein Interesse daran haben, bundesweit zu streiken, um dieser Studentenbewegung eine neue Qualität zu geben. Sie haben andererseits aufgrund der Bedingungen, daß eben im Rahmen einer Dialektik von Spontaneität und Organisation, von Ungleichzeitigkeit der Hochschulentwicklung, von stärkerem oder geringerem Organisationsgrad klargemacht, daß ein bundesweiter Streik sich nicht festmachen kann an einer Einheitlichkeit eines Termins, an einem Festschreiben der Streikdauer, an einem Konzept der demokratischen Gegenhochschule, wie es die gewerkschaftlich Orientierten vertreten, das davon ablenkt, was eigentlich die tatsächlichen materiellen und politischen Interessen der Studenten derzeitig sind. Die Studenten haben ein Interesse, gegen diese Hochschulgesetze anzukämpfen. Wir gehen bei den Basisgruppen davon aus, daß in diesem Wintersemester gerade angesichts der zunehmend verschärften Angriffe der Herrschenden bestimmte Erfolge zu erringen sind. Diese Erfolge sind allerdings nur dann zu erringen, wenn die Hochschulen wieder zum Hort der Unruhe werden, zur permanenten Organisierung von Gegenmacht, zum kritischen Potential, das in der Lage ist, die Ausbildungsinstitu-

tionen nicht nur danach abzuklopfen, was sie ihnen bieten an gesellschaftlichen Perspektiven, sondern in dem Rahmen zu verändern, welche Perspektiven selbst im Kampf durchzusetzen sind. Wir werden diesen Streik nicht angehen mit einem Konzept der Demokratischen Gegenhochschule. Für uns wird dieser Streik, den wir unbefristet führen werden, den Charakter haben, daß wir dort diskutieren, wie wir die Durchsetzung dieser Gesetze in jedem Fachbereich, in jedem Seminar verhindern können, wie die Studenten als Macht aufstehen und den Professoren es verunmöglichen, ihnen Lehrpläne einzutrichtern, die nichts mit der Wahrheitssuche der Wissenschaft, die nichts mit der Lösung gesellschaftlicher Probleme zu tun haben.

Es wird innerhalb dieses Wintersemesters zu Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Strömungen der Studentenbewegung kommen, und wir hoffen, daß die Studenten produktive Lernprozesse machen und sich emanzipieren von einer Politik, die im Grund genommen nur auf die Quantität von Aktionen schielt, aber in keiner Weise eine qualifizierte Organisationsstärkung mit sich bringt, eine qualifizierte Gegenmacht an der Hochschule, die in ihrem Inhalt letztendlich das Bündnis mit der Arbeiterklasse als politisches Bündnis herstellen kann. Es geht uns nicht darum, als Erfolge aufzuweisen, wie oft wir demonstriert haben. Es geht uns darum aufzuweisen, wie stark wir an der Hochschule das kritische Potential in der Situation der politischen Unterdrückung stabilisieren und verhindern können, daß erneut, wie im letzten Sommersemester, Maßnahmen greifen, wo aufgrund mangelnder Solidarität innerhalb der Studentenbewegung überall, wo Kämpfe erfolgreich waren – West-Berlin, Heidelberg, Tübingen –, Relegationen als Antwort von seiten des Gegners gegen die fortschrittlichen Studenten angewandt wurden, um damit die Masse der Studenten vom politischen Kampf abzuhalten. Deswegen wird auch gerade der Kampf gegen die politische Unterdrückung mit Schwerpunkt sein, und die Basisgruppen werden ihre Bündnispartner daran messen, inwieweit sie bereit sind, über die unmittelbare gemeinsame Interessenvertretung hinaus auch gegen jede politische Unterdrückung, selbst wenn sie in den eigenen Reihen existiert wie bei Gewerkschaften durch Gewerkschaftsausschlüsse und Unvereinbarkeitsbeschlüsse, zu protestieren und dieses Verhalten zu ändern.

Manfred Sieg: Der LHV hat sich bezüglich der Streikproblematik bekanntermaßen für einen unbefristeten Streik ausgesprochen. Dies nicht deshalb, weil wir glauben, daß wir wesentliche Punkte des Hochschulrahmengesetzes durch einen Streik ändern können. Jedoch würde durch eine Begrenzung des Streiks von Anfang an auch die kleinste Möglichkeit, zu Änderungen partieller Art im Hochschulrahmengesetz auf Bundesebene zu kommen, die in ihren Auswirkungen gar nicht so klein sein müssen, praktisch verhindert. Wir haben aus der uns nahestehenden Partei heraus jedenfalls die feste Zusage, daß eine Inititative zur Novellierung des HRG unternommen werden wird. Nur eines ist jedoch klar: Die Resonanz beim größeren Koalitionspartner SPD wird unter anderem auch von der Stärke und der Durchschlagskraft des Streiks im kommenden Wintersemester sowie auch von seiner Länge abhängen.

Mechtild Jansen: Wenn ich eine Zwischenfrage stellen darf, weil ich diese Argumentation die ganze Zeit nicht verstehe: was soll denn durch einen unbefristeten Streik mehr erreicht werden an Erfolgen? Kannst Du das konkretisieren?

Manfred Sieg: Es soll erreicht werden, daß man einmal den Politikern nicht die Ungewißheit nehmen darf und auch nehmen soll, daß dieser Streik – zumindest theoretisch – über das ganze Semester hin fortgeführt werden könnte; wobei diese sich denn in der Lage befinden, gegenüber der Bevölkerung zu rechtfertigen wieso die Studienkapazitäten ein ganzes Semster lang brach liegen und Steuergelder zum Fenster hin-

aus geworfen werden. Ein befristeter Streik, das hat dagegen die Vergangenheit gezeigt, führt dazu, daß viele Studenten sich eben nicht inhaltlich mit dem Streikthema auseinandersetzen, sondern liegengebliebene Semesterarbeiten aufarbeiten oder ganz einfach Ferien machen. Nur der prinzipiell unbefristete Streik, über dessen konkrete Dauer nach unserem Demokratieverständnis als Radikaldemokraten unten, an der Basis, also von den Studenten einer jeden Hochschule selbst entschieden werden muß, bietet dagegen die Gelegenheit, die Politisierung der Studenten voranzutreiben. Daß die langfristigen Auseinandersetzungen um das HRG und hier vor allem um die Studieninhalte an den Fachbereichen geführt werden müssen, daß hier das Einschießen reaktionärer Positionen verhindert und die Durchsetzung fortschrittlicher Positionen in Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Hochschullehrern durchgesetzt werden müssen, ist unstrittig. Wir vertreten weiterhin die Auffassung, daß die Politisierung der Studenten während des Streiks nicht durch die Demokratische Gegenhochschule, die von der GO-Fraktion fabriziert und propagiert wird, geleistet werden kann.

Zunächst einmal muß man jedoch die Begriffe klären. „Demokratisch" im Zusammenhang mit der Demokratischen Gegenhochschule ist wohl im Sinne von antimonopolitistisch zu verstehen. Dies kann gewisserweise durchaus ein Fortschritt darstellen, muß es aber nicht zwingenderweise. Nach unserer Auffassung muß eine Gegenhochschule, die diesen Namen zu recht vertreten soll, bei den bestehenden Lehrinhalten ansetzen und diese durch systematische, permanente Kritik aus diesen alten Studieninhalten heraus zu einem neuen Studium mit den weiter oben angesprochenen Studieninhalten entwickeln. Diese Arbeit wird durch die Demokratische Gegenhochschule jedoch nicht geleistet. Ihre Veranstaltungen passen vielmehr nahtlos in den traditionellen bestehenden Fächerkanon der Hochschulen hinein. Durch diese Tatsache konnte es beispielsweise im letzten Sommersemester in Hamburg soweit kommen, daß für die Teilnahme an den DGH-Veranstaltungen Scheine ausgegeben worden sind. Aus diesem Grunde trägt der LHV das Konzept der Demokratischen Gegenhochschule nicht mit. Wir schlagen deshalb vor, im Wintersemester die systematischen Alternativveranstaltungen zu forcieren und zu entwickeln. In diesen Veranstaltungen müssen auch andere Vermittlungsformen als die bisher traditionellen, die auch von der Demokratischen Gegenhochschule übernommen worden waren, entwickelt werden. Beide zusammen, nämlich durch die systematischen Alternativveranstaltungen entwickelte neue Studieninhalte und neuen Vermittlungsformen, bieten erst die Voraussetzung dafür, daß eine Umsetzung der kapitalistischen Interessen im Bildungssystem nicht mehr möglich wird. Dies aber bedeutet zwangsläufig, daß die systematischen Alternativveranstaltungen permanent sein müssen und nicht nach 14 Tagen abgebrochen werden können und dann, wie es beispielsweise mit den Demokratischen Gegenhochschulen im Sommersemester der Fall war, wieder ein nahtloser Übergang zum bestehenden Lehrbetrieb erfolgt.

Albrecht Schmeissner: Unsere Asten werden im Wintersemester streiken, wenn es die Basis bei ihnen beschließt. Sie werden sich Mühe geben, so schnell wie möglich in der Studentenschaft zu Semesteranfang Ereignisse wie die Suspendierung des AStA Göttingen oder das Baden-Württembergische Hochschulgesetz einerseits und andererseits die zunehmende politische Unterdrückung zu thematisieren, wie beispielsweise durch die Verschärfung durch das Kontaktsperrengesetz, durch die zunehmende Hysterie, wie sie in der Bevölkerung durch die Medien gegen die Studentenschaft aufgebaut wird, die Vorwand dafür ist, die Studenten zu entrechten, aufzugreifen, um in der Studentenschaft zu Solidaritätsaktionen zu kommen. Wir sehen keinerlei Erfolg darin, zu einem Termin am 28. November in irgendeiner Weise gemeinsam 14 Tage lang zu streiken. In Baden-Württemberg wird am 10. November das Hochschulgesetz verab-

schiedet, bei uns läuft alles auf vollen Touren, dies zu verhindern, und wir sind für jede Solidarität innerhalb der Bundesrepublik dankbar, weil wir der Meinung sind, daß die Studenten Westdeutschlands begreifen müssen, daß in Baden-Württemberg ein Vorstoß gemacht wird, der blitzschnell von anderen CDU-Bundesländern übernommen wird, um die Studenten ihrer Verfaßten Studentenschaft zu berauben. Die Begründung ist sehr einfach: die Verfaßte Studentenschaft ist die materielle Basis für die linken Kräfte an der Hochschule, die demokratische Legitimation für die Linken an der Hochschule, mit denen sich die Reaktion seit 10 Jahren in der Studentenbewegung auseinandergesetzt hat. Sozialistische fundamentale Opposition, die in nahezu allen Hochschulen besteht, soll jetzt im Rahmen von längerfristigen Planungen der Herrschenden präventiv zerschlagen werden, weil im Rahmen der Strukturkrise des Kapitalismus durchaus auch für die BRD irgendwann mit spontanen oder organisierten Arbeiterbewegungen zu rechnen ist. Und für uns ist es allererste Pflicht, wenn wir von einem Bündnis von Arbeiterklasse und fortschrittlichen Studenten reden, die Bedingungen an den Hochschulen sicherzustellen, daß dieses Bündnis gewährleistet werden kann. Und wir werden es nicht bornierten Mehrheitsbeschlüssen auf irgendwelchen Mitgliederversammlungen oder gar Gruppeninteressen, wie sie in der Studentenbewegung existieren, opfern. Das ist die Voraussetzung. Wir sind der Meinung, daß auch die GO-Fraktion diesen Beschluß, selbst wenn sie ihn gefaßt hat, noch vor ihren Studenten an den verschiedenen Hochschulen in Vollversammlungen legitimieren muß, und wir werden die Auseinandersetzung darum führen, inwieweit es tatsächlich im Wintersemester zu einem breiten Flächenstreik an allen Hochschulen kommt, wo es Ungleichzeitigkeiten aufgrund verschiedener Voraussetzungen gibt.

Beate Landefeld: Ich möchte betonen, daß Einigkeit über die Notwendigkeit des Wintersemester-Streiks bei allen im VDS vertretenen 5 Fraktionen besteht. Zu den Widersprüchen bei der Frage der Terminierung und Befristung möchte ich kurz etwas sagen. Zunächst, was Baden-Württemberg anbelangt, sind diese Widersprüche nicht so gravierend, daß die Baden-Württembergischen Studentenschaften dadurch handlungsunfähig würden. Vielmehr ist es so, daß auch in Baden-Württemberg sowohl bei Basisgruppen-ASten als auch bei Juso- und gewerkschaftlich orientierten ASten Einigkeit darüber besteht, daß aufgrund der bevorstehenden Verabschiedung eines Landeshochschulgesetzes in Baden-Württemberg ein landesweiter Streik ab 3. 11. notwendig ist.

Was die Terminierung des bundesweiten Streiks anbelangt, so ist unsere Auffassung, die sich auch auf der VDS-Mitgliederversammlung mehrheitlich durchgesetzt hat, daß ein Verzicht auf einen Beginn, der Ende November liegt (wir wählten den 28. 11.) eine faktische Aufgabe des bundesweiten Charakters des Streiks mit sich gebracht hätte. Darüber hinaus hätte eine Nichtbefristung des Wintersemester-Streiks ebenfalls eine Zersplitterung des Streiks nach seinem Beginn mit sich gebracht, ein vorprogrammiertes Abbröckeln des Streiks, wobei – um uns nicht gegenseitig in die Tasche zu lügen – man hinzufügen muß, daß auch ein „theoretisch", wie Manfred Sieg es eben ausdrückte, unbefristeter Streik im Wintersemester doch faktisch, wenn man die Situation real einschätzt, ein bis zu den Semesterferien vor dem Weihnachtsfest befristeter geworden wäre, wobei die Voraussetzungen dafür, den Kampf nach Weihnachten fortzuführen, schlechter gewesen wären aufgrund der Tatsache, daß dieser Streik durch Abbröckeln beendet worden wäre und nicht durch eine gemeinsame, beschlossene Befristung. Die Terminvorschläge, die auf der VDS-MV verabschiedet wurden, beruhen auf langen Diskussionen an der Mehrheit der Hochschulen und wohlgemerkt nicht nur an den Hochschulen, wo die gewerkschaftlich orientierten Kräfte den AStA stellen. Von daher ist es eindeutig so, daß diese Terminierung die größtmögliche Zustimmung findet, die

gegenwärtig möglich ist. Ich möchte nicht sehr viel sagen zu den Kritiken des LHV-Vertreters am Konzept der Demokratischen Gegenhochschule. Ich habe nur den Eindruck, daß die Kritik stärker von Vorurteilen bestimmt ist als von einer konkreten Anschauung der bisherigen Versuche des Aufbaus einer Demokratischen Gegenhochschule, und ich hoffe, daß seine Vorbehalte im Verlaufe der Praxis des Wintersemesterstreiks ausgeräumt werden können.

Mechtild Jansen: Ich möchte auf die Frage der Perspektive eingehen und zur Aktionseinheit einige Bemerkungen machen. Albrecht Schmeissner hat gemeint, eine Aktionseinheit sei nicht möglich, da ideologische Unterschiede vorhanden seien. Ich glaube, es liegt ein Mißverständnis der Politik der Aktionseinheit vor, wenn man meint, Aktionseinheit bedeute, keine ideologischen Meinungsverschiedenheiten zu haben. Aktionseinheit heißt, daß man in den *gemeinsamen* Fragen – wenn es um die unmittelbare Vertretung der sozialen und politischen Rechte der Studenten geht – zu gemeinsamen Aktionen kommt. Dies schließt jedoch die politische Diskussion und Auseinandersetzung um die differenten politischen und ideologischen Momente ein. Die gemeinsame Praxis, die auf diese Weise ermöglicht wird, ist Ausgangsbasis, um genau diese Differenzen zu klären und weitere Schritte in der Auseinandersetzung zu bestimmen. Die Herstellung der Aktionseinheit halte ich für eines der wichtigsten Momente im erfolgreichen Kampf gegen rechts. Wie soll es weitergehen nach diesem einheitlichen nationalen Streik im Wintersemester, der Ausdruck einer gewachsenen politischen Schlagkraft der Studentenbewegung sein wird. Mit diesem einheitlichen Streik im Wintersemester sind natürlich nicht die Auseinandersetzungen um das Hochschulrahmengesetz beendet, es handelt sich nur um einen Auftakt zu einer längerfristigen Auseinandersetzung. Klar ist – ohne daß man jetzt schon konkrete Aktionsformen angeben kann – daß weitere Massenaktionen notwendig sein werden, um die Auseinandersetzung um das reaktionäre Hochschulrahmengesetz fortzuführen. Es wird vor allem darum gehen, den Organisationsgrad der Studentenbewegung zu erhöhen, einmal was die Arbeit in den Organen der verfaßten Studentenschaft angeht und einmal was die Organisierung in den politischen Organisationen angeht. Einen zweiten ganz wesentlichen Gesichtspunkt sehe ich, wie schon dargelegt, in der Herstellung des Bündnisses mit der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften. Darauf möchte ich auch noch einmal eingehen. Niemand behauptet, daß dieses Bündnis bereits im umfassenden Sinne hergestellt sei, sondern es wird gesagt, daß Ansätze dazu realisiert sind und daß diese Ansätze ausgebaut werden müssen. Und niemand behauptet, daß es keine Probleme bei dieser Zusammenarbeit gäbe, doch es sind bei allen beteiligten Seiten positive Entwicklungsprozesse zu beobachten, die es möglich machen, dieses Bündnis zu festigen und zukünftig auszubauen. Wir können in den Gewerkschaften angesichts der Politik der Krisenabwälzung eine gewisse Desillusionierung beobachten: Desillusionierung in dem Sinne, daß der arbeitenden Bevölkerung nach und nach klar wird, daß sie von der derzeitigen Bundesregierung nichts mehr zu erwarten hat. Und wir können auch absehen, daß die objektiven Interessen der Arbeiterklasse die Gewerkschaften notwendigerweise in einen schärferen Gegensatz zur Politik der Bundesregierung und der Rechtskräfte in unserer Gesellschaft bringen werden. Diese Desillusionierungsprozesse werden sich – verbunden mit einer noch stärker zu artikulierenden politischen Alternative – längerfristig und allmählich auch in einer wachsenden Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse ausdrücken. Gewisse Ansätze dazu kann man zur Zeit schon beobachten. Ich erinnere an den IG-Metall-Kongreß[1]) und andere Gewerkschaftstage wie z. B. den der IG Druck und Papier[2]). Von

1) Vgl. den Beitrag von Axel Breinlinger in diesem Heft. D. Red.
2) Einie Auswahl der Beschlüsse zum IG Druck und Papier-Gewerkschaftstag ist für Heft 12/1977 der „Blätter" geplant. D. Red.

daher ergeben sich Möglichkeiten zur Realisierung und Ausweitung dieses Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz. Ich möchte aber auch noch einmal unterstreichen, was H. O. Vetter in seiner Rede an der Marburger Universität ausgedrückt hat: Der wichtigste Beitrag jeder der beteiligten Partner ist zunächst einmal der eigene Interessenskampf, das erfolgreiche „Einmischen in die eigenen Angelegenheiten".

Albrecht Schmeissner: Sicherlich ist die Politik der Aktionseinheit zwischen den fortschrittlichen Fraktionen der Studentenbewegung eine Orientierung, die angestrebt werden muß. Auf der anderen Seite kann Aktionseinheit nur unter bestimmten Bedingungen entwickelt werden, wo ein Minimalkonsens in bezug auf gemeinsame Ziele, in bezug auf gemeinsames Vorgehen hergestellt werden kann. Es kann allerdings in der gegenwärtigen Etappe der Studentenbewegung nicht darum gehen, mehr als punktuelle Zusammenarbeit an den Konflikten zu erreichen, wo eine gemeinsame Betroffenheit da ist und wo die mittelfristigen Ziele im Rahmen einer demokratischen Bewegung identisch sind. Die Schwierigkeiten in der derzeitigen Zersplitterung der Studentenbewegung liegen an den verschiedenen Zielvorstellungen, die sich auch in der Tagespolitik ausdrücken. Für uns von den Basisgruppen ist es notwendig, unter den derzeitigen Bedingungen, so oft es nur möglich ist, gemeinsame solidarische Aktionen mit anderen Fraktionen der Studentenbewegung durchzuführen. Es ist andererseits für uns notwendig, diese Aktionen zum Anlaß zu nehmen, den Entwicklungsstand der Studentenbewegung zu politisieren über das unmittelbare Bewußtsein der Betroffenen, über das kurzfristige Denken der verschiedenen Fraktionen hinauszugehen, eine fruchtbare Diskussion zu entwickeln über Perspektiven, wie die Studentenbewegung aus dem Abwehrkampf der letzten 10 Jahre herauskommen kann.

Die Ausgangsbedingungen an der Hochschule erfordern wechselseitige Solidarität für alle fortschrittlichen Kräfte, da derzeitig der Angriff gegen die fortschrittlichen Studenten weniger von seiten der Lehrenden und von seiten der Verwaltung getragen wird, als eine Vorwegnahme einer politischen Unterdrückung durch den Staat in allen gesellschaftlichen Bereichen darstellt. Dazu ist Voraussetzung, daß an jedem Punkt, wo die fortschrittliche Studentenbewegung offensiv von seiten des Staats angegriffen wird, wie beispielsweise jetzt bei der Suspendierung des AStA Göttingen, sich die Studentenschaften gemeinsame Aktionen überlegen, wie diese Angriffe zurückgeschlagen werden können.

Mechtild Jansen: Ich habe schon betont, daß ich die Aktionseinheit für *notwendig* halte, um seitens der fortschrittlichen Studentenbewegung wirksam den Rechtskräften und ihrem Versuch, die Hochschulen zu erobern, entgegentreten zu können. Unser einheitliches Handeln ist Voraussetzung, dem Gegner in seiner Absicht, uns untereinander zu zersplittern und unsere Schlagkraft zu schwächen, einen Strich durch die Rechnung zu machen. Zweitens halte ich eine Aktionseinheit für *möglich* aufgrund der Tatsache, daß die breite Masse der Studenten gemeinsame soziale und politische Interessen hat, die auch gemeinsam durch solidarische Aktionen vertreten werden können. Der „Minimalkonsens" besteht eigentlich genau in diesen Interessen, das Kriterium für die Aktionseinheit sind die Interessen der Studenten, sie sind die Handlungsleitlinie. Aktionseinheit beinhaltet das Austragen politischer und ideologischer Differenzen als Voraussetzung zur politischen Weiterentwicklung, zur Politisierung und Erhöhung der Qualität der Studentenbewegung. Aktionseinheit heißt weiter, daß der Meinungsbildungsprozeß auf einer solidarischen, gleichberechtigten Grundlage erfolgt. Keine Organisation versucht, der anderen irgendwelche Vorstellungen aufzuzwingen, vielmehr wird auf der Grundlage der Beschlüsse, die jede Organisation hat und unter Berücksichtiung der spezifischen Interessen einer jeden Organisation, gemeinsam darüber beraten und beschlossen, welche gemeinsamen Handlungen man

durchführt. Schließlich heißt Aktionseinheit *nicht*, daß wir stehen bleiben beim Tageskampf, daß darüber hinausgehende Forderungen nicht mehr deutlich gemacht werden. Jede Organisation hat das Recht – und für meine Begriffe auch die Aufgabe – die weitergehenden politischen Zielvorstellungen darzulegen und dafür in der Studentenschaft zu werben.

Manfred Sieg: Der LHV hält auch die Aktionseinheit, so wie sie hier teilweise angesprochen wurde, für notwendig. Nach unserer Ansicht kann es jedoch keine Aktionseinheit an sich geben, sie muß vielmehr immer ganz konkret an bestimmten Themen festgemacht sein. Der Minimalkonses unter den beteiligten Gruppen ist es nämlich, der das Kriterium für die Aktionseinheit bildet. Mechtild Jansen hat sehr richtig gesagt, daß innerhalb der Aktionseinheit keiner versuchen darf, dem anderen seine Meinung aufzuzwingen, sondern jeder respektieren muß, daß die an der Aktionseinheit beteiligten Gruppen in vielen Fragen unterschiedlicher Auffassung sein können. Dabei bleibt es jeder Organisation selbstverständlich belassen, außerhalb der Aktionseinheit für ihre Politik zu werben. In der Vergangenheit ist leider von einzelnen Gruppen des öfteren versucht worden, diese Aktionseinheit für gruppenegoistische Zwecke zu instrumentalisieren. Dieses Vorgehen halten wir für die Durchschlagskraft der Aktionseinheit nicht förderlich. Aktionseinheit ist jetzt gerade aktuell, für den Wintersemesterstreik, unerläßlich. Es kann sich daber auch durchaus herausstellen, daß es sinnvoll ist, eine Aktionseinheit für längerfristige Ziele aufrechtzuerhalten. Diese längerfristige Aktionseinheit scheint mir insbesondere auch zur Abwehr der Rechtskräfte, die weniger aus der Hochschule heraus, sondern vielmehr von außen zu Angriffen auf die Hochschule ansetzen, notwendig zu sein. Daß diese Angriffe von den reaktionären Kräften von außen angesetzt werden müssen, zeigt sehr deutlich, daß sie mit ihrer Politik innerhalb der Hochschule erfolglos geblieben sind. Aber unabhängig davon ist die Aktionseinheit aktuell sicherlich erforderlich; dies unter anderem auch deshalb, um der Studentenbewegung überhaupt eine Perspektive aufzeigen zu können. Keine der in der Aktionseinheit zusammengeschlossenen Gruppen soll jedoch glauben, sie stelle die Spitze der Bewegung dar oder hätte irgendeinen Führungs- bzw. Hegemonieanspruch. Die Studentenbewegung ist nur so stark, wie sie sich auf ein einheitliches Vorgehen in bestimmten Zielsetzungen einigen kann. Kurz gesagt: die Vielfalt in ihrer Einheitlichkeit ist ihre Stärke.

Beate Landefeld: Ich möchte auch für den MSB Spartakus sagen, weshalb wir die Aktionseinheit der Studentenbewegung für erforderlich halten. Zum einen halten wir die Aktionseinheit der Studentenbewegung für eine objektive Notwendigkeit, um die Rechtskräfte innerhalb der Studentenschaft in der Isolierung zu halten. Zum zweiten betrachten wir die Aktionseinheit der Studentenbewegung als Basis für die Stärkung der Kraft und der Wirksamkeit der studentischen Aktionen. Und zum dritten halten wir die Aktionseinheit der Studentenbewegung auch für eine reale Möglichkeit aufgrund tatsächlich vorhandener, zwar selbständig entwickelter, aber aben doch vorhandener, gemeinsamer Ziele in vielen Fragen der aktuellen Hochschulpolitik und auch in vielen Fragen der Politik überhaupt. Wir sind der Auffassung, daß diese Gemeinsamkeiten *vor* die Differenzen, die es in anderen Fragen gibt, gestellt werden müssen. Für ein solches Vorgehen sind wir aus der einfachen Erwägung heraus, daß es klug ist, sich dort zusammenzutun, wo man bereits jetzt etwas gemeinsam erreichen und durchsetzen kann, wo heute schon das Kräfteverhältnis zugunsten der fortschrittlichen Kräfte beeinflußt werden kann. Gemeinsame Kampferfolge schaffen das notwendige solidarische und sachliche Klima, in dem auch die zweifellos vorhandenen Differenzen innerhalb der Linken diskutiert und ausgetragen werden können. Als Kern der Aktionseinheit der Studentenbewegung betrachten wir die Aktionseinheit von MSB Sparta-

kus und SHB, die seit vielen Jahren den Anfeindungen, trickreichen Manövern und handfesten Repressionsmaßnahmen von seiten der Rechtskräfte und der SPD-Führung standgehalten und sich sogar immer weiter stabilisiert hat. Auch mit den Juso-HSG gibt es inzwischen eine mehrjährige Zusammenarbeit, die an einigen Orten zwar mit Konflikten beladen ist, an vielen Hochschulen sich jedoch in Richtung auf mehr Solidarität und gegenseitiges Vertrauen entwickelt hat. In einigen ASten arbeitet der MSB Spartakus auch mit dem LHV zusammen, in einzelnen auch mit Basisgruppen. Ich würde sagen, daß die Hindernisse bezüglich der Aktionseinheit nicht in den allgemeinen Zielen der studentischen Politik, wie sie heute von allen fortschrittlichen Studentenorganisationen formuliert werden, liegen, nämlich in dem allgemeinen Ziel der Vertretung der unmittelbaren sozialen und demokratischen Interessen der Masse der Studenten: darüber, das zeigt hier die Diskussion, besteht auf allgemeiner Ebene durchaus Konsens. Und ebenso besteht Konsens in dem allgemeinen Ziel der Orientierung auf das Bündnis von Studentenschaft und Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Wir sind der Auffassung, daß dieser Konsens in allgemeinen Fragen schon einen wirklichen Fortschritt in der Studentenbewegung darstellt, den man würdigen muß. Differenzen treten auf bei der Konkretisierung dieser allgemeine Grundsätze.

Antifaschistischer Konsens als Voraussetzung einer demokratischen Nachkriegsentwicklung

Von Detlev Peukert

Durch die Presse unseres Landes geistert wieder das Gespenst der Volksfront. Ungeachtet der relativen Schwäche der Linkskräfte in unserem Lande malen „Spiegel" und „Bayernkurier", „Welt" und „Vorwärts" die drohende Gefahr für unser Land, die ein Wahlsieg der Union de la Gauche oder eine Regierung des Compromesso storico darstellen würde, an die Wand. Aber auch nicht wenige Demokraten und Sozialisten unseres Landes stehen den Problemen einer umfassenden Koalition für eine politische Wende, wie sie sich in Frankreich und Italien auf gesamtnationaler Ebene herausbildet, fremd gegenüber, obwohl sie auch für die Perspektive unserer eigenen elementaren Bewegungen für das Recht auf Arbeit und Bildung, die Vertiefung der Entspannungspolitik, die Verteidigung der demokratischen Grundrechte, die Sicherung des Lebensstandards und den Schutz der Umwelt ihre Bedeutung hat. Nicht selten gerieren sich einzelne Kräfte, die durchaus ihren positiven Beitrag in den aktuellen Bewegungen leisten, als müßten wir in der Bundesrepu-

Die Krise der französischen Linksunion

Von Edgar Gärtner

Am Abend des 22. September 1977 traten die Verhandlungen zur Aktualisierung des im Juni 1972 von den Kommunisten, den Sozialisten und den Radikalen der Linken (Linksliberalen) unterzeichneten Gemeinsamen Regierungsprogramms[1]) in eine dramatische Phase ein.

An diesem Abend stand die Frage der Ausweitung des öffentlichen Sektors der Wirtschaft zur Debatte. 1972 hatten sich die Führer der drei Parteien auf die Nationalisierung von neun Industriekonzernen und die restlichen privaten Banken und Versicherungen geeinigt, nachdem die Kommunisten ursprünglich die Verstaatlichung von 25 Konzerngruppen gefordert hatten[2]). Nach der Interpretation der Kommunisten entsprach die Übereinkunft von 1972 der Überführung von insgesamt 1008 Einzelunternehmen in den öffentlichen Sektor. Um das „Programme commun" den durch die gegenwärtige internationale Krise des Kapitalismus geschaffenen neuen Bedingungen anzupassen, hatten die Kommunisten die Ausweitung der Nationalisierungen auf etwa 1450 Unternehmen vorgeschlagen. Nach der Interpretation der derzeit maßgeblichen ökonomischen Experten der PS wären nach dem Programm von 1972 aber nur knapp hundert Einzelunternehmen zu nationalisieren gewesen. Die Führung der Radikalen der Linken (MRG) hatte sich während der Aktualisierungsverhandlungen dieser Interpretation angeschlossen. Der Chef der MRG, Robert Fabre, hatte wegen der Differenzen in der Frage der Nationalisierungen das vorhergegangene Gipfeltreffen vom 14. September durch den einseitigen Auszug seiner Delegation aus dem Verhandlungssaal scheitern lassen. Um die Wiederaufnahme der Verhandlungen zu ermöglichen, hatten die Kommunisten am 20. September auf etwa die Hälfte ihrer Nationalisierungsforderungen verzichtet, indem sie die industriellen Filialen der Banken, sowie Peugeot-Citroen und die Compagnie Française des Petroles (CFP) ausklammerten. Sie forderten jetzt noch die Nationalisierung von 729 Einzelunternehmen[3]). Diese Zahl stellt nach Auffassung der Experten der PCF die untere Grenze möglicher Zugeständnisse dar. Sie entspreche bereits nicht mehr dem Programm von 1972. Bei weiteren Zugeständnissen dieser Art sei eine fortschrittliche Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht mehr realisierbar. Demgegenüber forderte die PS in ihren zuletzt veröffentlichten Vorschlägen die Nationalisierung von lediglich 227 Unternehmen. Die Kommunisten hatten diese Vorschläge schon vor der Wiederaufnahme der Verhandlungen als unannehmbar bezeichnet. Wie aus der später von der PCF veröffentlichten stenographischen Aufzeichnung[4]) der Nachtsitzung vom 22. auf den 23. Septem-

1) Vgl. E. Gärtner, Die Aktualisierung des „Gemeinsamen Programms" und die Entwicklung der Linksunion in Frankreich, in: „Blätter", 8/1977.
2) „L'Humanité v. 12. 6. 1972.
3) Eine vollständige Liste dieser Unternehmen wurde in „L'Humanité" v. 26. 9. 1977 abgedruckt.
4) Ebd.

ber hervorgeht, beharrten die Vertreter der PS und der MRG auf ihren alten Vorschlägen und forderten von der PCF weitere Zugeständnisse. Die drei Delegationen trennten sich, ohne eine der übrigen noch offenen Fragen anzuschneiden und ohne einen neuen Verhandlungstermin festzulegen.

Zwar erklären die Sprecher aller drei Delegationen, sie hielten weiterhin an der Linksunion fest, doch die Großbourgeoisie und ihre Sprachrohre verkünden schon am nächsten Tag, die politische Landschaft Frankreichs habe sich seit jener Nacht von Grund auf verändert. Die Börse notiert spürbare Kurssteigerungen für französische Wertpapiere. Der Führer der Radikalen Partei, Jean-Jacques Servan-Schreiber, und verschiedene zentristische Gruppierungen bieten sich den Sozialisten offen als Partner einer Koalition des „dritten Weges" zwischen Rechts und Links an. Die Rechtspresse jubelt. Staatspräsident Giscard d'Estaing und sein Premierminister Barre sehen ihre bei unzähligen Gelegenheiten wiederholte Aussage bestätigt, daß die Linksunion eine „Union wider die Natur" sei.

Beim „armen Frankreich" jedoch herrscht Bestürzung. Millionen von Familien, die vom Mindestlohn (SMIC) von derzeit 1700 FF monatlich für 40 Arbeitsstunden in der Woche, von Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe oder mit einer Rente von umgerechnet weniger als 500 Mark im Monat leben müssen, hatten seit einiger Zeit ihre Not nur in der Hoffnung auf den Sieg der Linksparteien in den Parlamentswahlen vom März 1978 ausgehalten. Dieser Sieg erschien nach den Kommunalwahlen vom März 1977[5]) und in vielen Meinungsumfragen so gut wie sicher.

Auch international ist die Enttäuschung bei den Linkskräften gewaltig, ist doch Frankreich zur Zeit das einzige Land, in dem sich eine antikapitalistische Lösung der kapitalistischen Krise abzeichnete. Während ein Teil der internationalen Presse, sofern nicht ganz von der Schadenfreude über den Bruch des französischen Linksbündnisses eingenommen, sogleich daranging, Mythen aufzubauen, die – wie könnte es anders sein – die Sturheit der Kommunisten für die Zerstörung der Hoffnungen von Millionen verantwortlich machen, konstatiert ein Großteil der internationalen Linken einen Rechtsruck der Sozialisten, fragt sich aber, ob es gerechtfertigt war, die Verhandlungen wegen der Verstaatlichung von ein paar Filialen mehr oder weniger platzen zu lassen. Es herrscht Unklarheit darüber, ob man überhaupt schon von einem – wenn auch vielleicht nur einstweiligen – Bruch der französischen Linksunion reden kann, oder ob es sich nicht vielmehr um eine zeitweilige Vertrauenskrise handelt, die vor den Parlamentswahlen vom März 1978 noch durch den Druck der auf eine politische Wende hoffenden Massen überwunden werden kann.

Ein Großteil der bürgerlichen Presse und die Führung der PS verbreiten schon seit Monaten die Theorie, die PCF habe durch weit über das Gemeinsame Programm von 1972 hinausgehende Forderungen die Krise der Linksunion geradezu gesucht, um der PS die Stimmenmehrheit innerhalb des Linksbünd-

5) Vgl. E. Gärtner, Zum Ergebnis der Gemeinderatswahlen in Frankreich, in: „Blätter", 4/1977.

nisses wieder streitig zu machen. Ein Teil der politischen Beobachter sah eine Identitätskrise der PCF. Aus Angst vor Schwierigkeiten weigere sie sich kurz vor dem sicheren Wahlsieg der Linksunion, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Manche sahen gar die „Hand Moskaus" im Spiel. Nachdem viele bürgerliche Politiker und Journalisten suggeriert hatten, die PCF sei nach der Abkehr von der strategischen Konzeption der „Diktatur des Proletariats" auf ihrem XXII. Parteitag im Februar 1976 auf dem Wege, eine sozialdemokratische Partei zu werden, war es ihnen nun ein leichtes, im geeigneten Moment die These zu verbreiten, die Kommunisten seien wieder zu einer harten und dogmatischen Linie zurückgekehrt.

Im Gegensatz dazu heißt es im Bericht Marchais' auf den Beratungen des ZK der PCF vom 5. und 6. Oktober[6]), die Führer der PS hätten von vornherein geplant, die Aktualisierungsverhandlungen scheitern zu lassen. Schon einige Tage vorher hatten die Kommunisten eine Sonderseite ihres Zentralorgans verbreitet, die verschiedene Dokumente über eine Rechtswendung der PS seit dem Frühjahr 1977 enthielt[7]). Kurz danach hatte ein Mitglied der Sektion für internationale Angelegenheiten des ZK der PCF unter der Überschrift „Die ‚Hand Bonns'?"[8]) Enthüllungen über wachsende Aktivitäten der Sozialistischen Internationale seit ihrem Genfer Kongreß vom November 1976 und die zunehmende Übereinstimmung der Standpunkte der Führer der PS mit denen der SPD veröffentlicht. Marchais erinnerte daran, daß Mitterrand 1972 nach dem Abschluß der Übereinkunft der Linksparteien sich vor den Führern der Sozialistischen Internationale damit rechtfertigte, sein eigentliches Ziel sei es, den Kommunisten 3 Mio. ihrer 5 Mio. Wähler abzunehmen.

I

Aufschlußreich für die Beurteilung des Ganges der Verhandlungen und ihres Ergebnisses ist die das Herangehen an die Aktualisierung von seiten der einzelnen Parteien. Die Ökonomen der PCF hatten in den letzten Jahren eine Reihe von Analysen über die Ursachen der gegenwärtigen kapitalistischen Krise erarbeitet; seit Dezember 1976 widmete sich die kommunistische Zeitschrift „économie et politique" verstärkt der Ausarbeitung realistischer wirtschafts- und sozialpolitischer Alternativen zum gegenwärtigen Krisenmanagement des Großkapitals[9]). Diese Vorschläge wurden quantifiziert und in breiter Öffentlichkeit diskutiert. Auf seiten der PS und der MRG waren keine vergleichbaren Anstrengungen zu beobachten, die Vorschläge der Sozialisten gingen in entscheidenden Punkten nicht über die vagen Vorstellungen hinaus, mit denen die PS in die Verhandlungen eintrat. Während die CGT für das Ende dieses Jahres bereits eine Arbeitslosenzahl von etwa 1 800 000 erwartet, hatte Mitterrand nur die Schaffung von 150 000 Arbeitsplätzen im öffentlichen Sektor und 60 000 bei den Kommunen gefordert. So schloß die im

6) Abgedruckt in: „L'Humanité" v. 7. 10. 1977.
7) „L'Humanité" v. 26. 9. 1977.
8) „L'Humanité" v. 4. 10. 1977.
9) Die Vorschläge der vier führenden Ökonomen der PCF sind inzwischen zusammengefaßt in Form eines Interview-Bandes erschienen. Vgl. Changer l'économie – trois clefs et un calendrier. Entretiens de Louisette Blanquart avec Paul Boccara, Philippe Herzog, Anicet Le Pors, Claude Quin. Editions sociales, Paris 1977.

Mai von den drei Parteiführern eingesetzte Kommission, bestehend aus je fünf Vertretern der drei Linksparteien, am 28. Juli ihre Arbeit ab, ohne in entscheidenden Fragen wie der Einkommens- und Sozialpolitik, der Ausweitung des öffentlichen Wirtschaftssektors, der Außenpolitik, der militärischen Verteidigung usw. eine Übereinkunft erzielt zu haben[10]). Mitterrand weigerte sich jedoch seit Anfang August kategorisch, vor dem für Mitte September festgesetzten Gipfeltreffen der drei Parteien in weiteren Verhandlungen die Zahl der noch ungelösten Fragen zu vermindern. Stattdessen entspann sich in den Massenmedien eine Polemik, die sich zunächst an der von den Kommunisten vertretenen Verteidigungskonzeption entzündete.

Im „Programme commun" von 1972 wird die Auflösung der französischen Atomstreitmacht „force de frappe" gefordert. Frankreich sollte in der Atlantischen Allianz bleiben, ohne in die militärische Integration der NATO zurückzukehren, und auf eine Auflösung der Militärblöcke und eine allgemeine Abrüstung hinwirken. Nach ihrem XXII. Parteitag fordert die PC nun unter Hinweis auf den bisherigen Mißerfolg der Abrüstungsbemühungen und das zu langsame Fortschreiten der internationalen Entspannung eine Rückkehr zu der von de Gaulle ins Leben gerufenen Verteidigungskonzeption „tous azimuts" (nach allen Himmelsrichtungen) und eine einstweilige Beibehaltung der „force de frappe", um im Falle eines Sieges der Linken die nationale Unabhängigkeit Frankreichs zu garantieren. Die Militärexperten der Kommunisten möchten unter allen Umständen verhindern, daß die BRD über die eine oder andere Form einer europäischen Atomstreitmacht Zugang zu Atomwaffen erhält: das sei, so Georges Marchais und Jean Kanapa, ein „Verbrechen gegen die Menschheit". Die Sozialisten hingegen sprachen sich strikt gegen die Strategie „tous azimuts" aus und favorisieren damit die von der gegenwärtigen Regierung betriebene heimliche Wiedereingliederung Frankreichs in die Strategie der NATO. Sie sprechen sich ebenfalls für eine einstweilige Beibehaltung der Atombewaffnung aus, möchten diese jedoch, wenn sie an der Regierung sind, einem Referendum unterwerfen. Dieser Vorschlag ist insofern nicht sinnvoll, als sich eine solche Volksabstimmung erübrigt, wenn die Linke mit einer klaren Verteidigungskonzeption in den Wahlkampf zieht. Dieser Vorschlag kann als ein typisches Beispiel für das Vorgehen der Sozialisten in der ganzen Debatte gelten: mit ihrer schillernden Position in der Verteidigungsfrage hoffen sie, Wählerstimmen sowohl bei Pazifisten und Atomkraftgegnern als auch bei NATO-Befürwortern zu fangen. Daß die Befürchtungen der Kommunisten nicht unbegründet sind, zeigt die letzte Nordatlantische Versammlung, die vom 17. bis 24. September 1977 unter dem Protest der Kommunisten in Paris abgehalten wurde. Als der niederländische sozialistische Abgeordnete Dankert dort einen Bericht vorlegte, der die NATO aufforderte, aggressive Erklärungen gegenüber Kommunistischen Parteien, die an der Regierungsverantwortung beteiligt sind, zu vermeiden, stimmte die vom Sozialisten Giraud geleitete französische Delegation als einzige zusammen

10) In der Zeitung „Le Monde" v. 13. 9. 1977 findet sich eine übersichtliche Synopse der vor dem ersten Gipfeltreffen zwischen den Linksparteien noch nicht beseitigten Differenzen. Vgl. auch „L'Humanité" v. 14. 9. 1977, wo zusätzlich auf Differenzen bei der Terminierung der Realisierung des Regierungsprogramms hingewiesen wird.

mit der amerikanischen dagegen. Selbst die BRD-Delegation hat sich ihrer Stimme enthalten[11]).

Weitere Punkte der Polemik waren die Höhe des SMIC, die Reduktion der Einkommenshierarchie sowie die Besteuerung des Gesellschaftskapitals und der großen Vermögen. Die Vertreter der PS und der MRG hatten sich im Laufe der Verhandlungen dazu bewegen lassen, für April 1978 die Erhöhung des SMIC auf 2200 FF monatlich für 40 Wochenstunden zu akzeptieren. Die PCF jedoch fordert mit den Gewerkschaften CGT und CFDT diesen Betrag bereits für April 1977, was bei Berücksichtigung der gegenwärtigen Inflationsrate etwa 2400 FF im April 1978 ausmachte. Obwohl ein Unterschied von einem vollen Monatslohn im Jahr für die Arbeiter kein Pappenstiel ist, wäre in dieser Frage vielleicht noch am ehesten Übereinstimmung zu erzielen gewesen, wenn sie überhaupt noch einmal verhandelt worden wäre. In der Frage der Einkommenshierarchie jedoch gab es keine Annäherung zwischen den Linksparteien. Hier wurde deutlich, daß PS und MRG sich scheuen, bestehende Privilegien anzutasten. Dieser Eindruck wird auch bestätigt durch die Haltung beider Parteien zur Besteuerung des Gesellschaftskapitals und der großen Vermögen. Die PS und die MRG schlugen so niedrige Steuersätze vor, daß damit wohl kaum die sozialpolitischen Ziele des Gemeinsamen Programms von 1972 erreicht werden können.

Schon einige Wochen vor dem ersten „Gipfel" wurde nur noch über die Nationalisierungen und die Demokratie in den Betrieben diskutiert, also die Probleme, an denen die Gipfelverhandlungen dann auch scheiterten. Da die PCF ihre These, die PS habe ihre Rechtswendung im März 1977 vollzogen, praktisch ausschließlich an der Frage der Nationalisierungen festmacht, ist es notwendig, hierauf etwas näher einzugehen. Nach der Befreiung Frankreichs vom Faschismus waren etwa 1800 Unternehmen nationalisiert worden. Dabei wurden nicht einfach die Aktien der Kapitalgruppen in Staatseigentum überführt, sondern alle Aktiva der betroffenen Gesellschaften wurden enteignet. Seither verstand man in Frankreich unter Nationalisierung die Überführung der Aktiva aller von den Holding-Gesellschaften mehrheitlich beherrschten Filialen in öffentliches Eigentum, denn die Kapitalgruppen selbst rechnen in ihren konsolidierten Bilanzen diese Filialen voll zu ihrem Unternehmen und nicht nur den von ihnen gehaltenen Aktienanteil. Als PCF und PS sich 1972 über die Nationalisierung von neun Kapitalgruppen einigten, wurde undiskutiert vorausgesetzt, daß unter „Gruppe" die Holding-Gesellschaft mit allen ihren mehr als 50prozentigen Filialen zu verstehen sei. Daß dies so war, hat der frühere Vizepräsident der MRG, Henri Caillavet, der zugegen war, als die MRG mit PCF und PS über die Unterstützung des fertig formulierten Programms verhandelte, im September 1977 im Fernsehen mehrmals bestätigt. (Caillavet hat die MRG 1972 wegen der Unterzeichnung des „Programme commun" verlassen.)

Es läßt sich nachweisen, daß auch die PS bis zum März 1977 diese Definition akzeptiert hat. Noch Mitte Februar hatte Mitterrand auf einem Kolloquium

11) Vgl. „Le Monde" v. 24. 9. 1977.

der Sozialisten über Industriepolitik darauf hingewiesen, daß die im „Programme commun" vorgesehenen Nationalisierungen etwa 1500 Unternehmen betreffen[12]). In ihrem Programm von 1972 stellt die PS Kriterien auf, wonach Kapitalgesellschaften nationalisiert werden sollen: danach fordert die PS u. a. die Renationalisierung aller Bodenschätze, die Enteignung der Industrien, die ausschließlich von öffentlichen Aufträgen leben, und der Industriezweige, in denen die Konkurrenz nicht zufriedenstellend funktioniert[13]). Getreu diesen Kriterien wird z. B. die vollständige Nationalisierung der Nuklearindustrie gefordert; auch das „Programme commun" weist ausdrücklich auf die Notwendigkeit der Verstaatlichung und demokratischen Kontrolle dieses Industriekomplexes hin. Auf einem nationalen Kongreß über die Kernenergie am 3. und 4. Mai 1975 bezifferten die Sozialisten die dadurch betroffenen Unternehmen auf 355. Heute möchte die PS davon nur noch 72 nationalisieren; der Stahlkonzern Creusot-Loire, der alleinige Hersteller von Reaktor-Druckgefäßen, wird ganz ausgespart[14]). Während die PS und die MRG am 7. November 1974 in einem gemeinsamen Gesetzesvorschlag zur Nationalisierung des Flugzeugkonzerns Dassault sogar forderten, alle Unternehmen, von denen die Muttergesellschaft 25% der Aktien besitzt, als Filialen zu betrachten und ebenfalls zu nationalisieren, gab es seit März 1977 in der sozialistischen Zeitschrift „Faire" plötzlich Überlegungen, nicht mehr die Aktiva, sondern nur den Aktienbesitz der Kapitalgruppen dem Staat zu übereignen, d. h. statt wirklicher Nationalisierungen den Staat lediglich zum Anteilseigner weiterhin privat bleibender Gesellschaften zu machen. Jacques Attali, ein persönlicher Berater Mitterrands, ging noch einen Schritt weiter und meinte, für die staatliche Kontrolle der Kapitalgruppen bedürfe es nicht einmal der Übereignung der Aktien, sondern nur des mit ihnen verbundenen Stimmrechts. Nach Auffassung der Kommunisten dient ein solches Vorgehen letztlich dem Ausbau des staatsmonopolistischen Machtapparates: die Etatisierung und Bürokratisierung der Wirtschaft werden verstärkt, d. h. die von den Sozialisten avisierte Generalisierung der Verflechtung des staatlichen und privaten Kapitals ist mit der Grundorientierung des „Programme commun" von 1972, die Herrschaft des großen Kapitals zu brechen und den Entscheidungsprozeß zu dezentralisieren, unvereinbar.

Der Zufall wollte es, daß ein Buch eines ökonomischen Beraters der PS, Alain Boublil, mit einem Vorwort von J. Attali[15]), das noch vor Beginn der Verhandlungen zur Aktualisierung des „Programme commun" geschrieben worden war, infolge drucktechnischer Verzögerungen erst Anfang Oktober auf den Markt kam. Dieses Buch erlaubt es, den Weg der PS von der Forderung nach Selbstverwaltung (Autogestion) zu zentralistischen und technokratischen Vorstellungen zu rekonstruieren. Auch dieses Buch zeigt, daß die PS noch bis zum Beginn dieses Jahres die gängige Definition einer Kapitalgruppe[16]) ak-

12) „Le Nouveau Journal" v. 15. 2. 1977.
13) Changer la vie, Editions Flammarion, 1972, S. 71.
14) „L'Humanité" v. 26. 9. 1977.
15) Alain Boublil, Le socialisme industriel, Editions PUF, Collection „Economie en liberté", dirigée par Jacques Attali et Marc Guillaume, 1976.
16) Diese Definition ist sogar gesetzlich festgelegt. Das Gesetz über die kommerziellen Gesellschaften vom 24. 7. 1966 erklärt: „Sobald eine Gesellschaft mehr als die Hälfte des Kapitals einer anderen Gesellschaft besitzt, wird die zweite als Filiale der ersten betrachtet."

zeptierte. Alle mehrheitlich kontrollierten Tochterunternehmen der neun Gruppen müssen deshalb nach Boublil in den öffentlichen Sektor einbezogen werden. So erscheinen in diesem Buch noch viele Unternehmen, von deren Nationalisierung die PS seit März 1977 Abstand genommen hat. Andererseits werden hier bereits die erwähnten technokratischen Vorstellungen entwikkelt. Sind im „Programme commun" die Nationalisierungen Mittel, um drei Ziele (die Brechung der Monopolherrschaft; eine neue Logik der wirtschaftlichen Entwicklung gemäß den gesellschaftlichen Bedürfnissen; und die Demokratisierung der Wirtschaft) anzusteuern, so sind sie für Boublil nur Mittel einer neuen Industriepolitik, die nicht näher definiert wird. Eine nationale Investment-Bank soll die Gesamtheit der staatlichen Minderheitsbeteiligungen verwalten, die öffentlichen Unternehmen kontrollieren und durch selektive Kreditgewährung verschiedene Industriezweige reorganisieren.

Etwa zur gleichen Zeit wie das Buch Boublils erschien das ebenfalls schon vor den Aktualisierungsverhandlungen geschriebene neueste Buch des kommunistischen Ökonomen Anicet Le Pors[17]). Er entwickelt die Notwendigkeit der Nationalisierung aus der öffentlichen Finanzierung der Großkonzerne. Er beziffert den gesamten Transfer staatlicher Ressourcen an die privaten Konzerne für 1976 auf 75 Mrd. FF, d.h. 6% des Bruttoinlandsprodukts oder mehr als das Doppelte der von den Kapitalgesellschaften bezahlten Steuern. Le Pors zeigt, daß staatliche Kapitalbeteiligungen zu einer Verstärkung des staatsmonopolistischen Kapitalismus führen. Die Alternative dazu sei die Nationalisierung der wichtigsten Kapitalgruppen in Verbindung mit der Schaffung echter Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Arbeiter. Diese „nationale Selbstverwaltung" angefangen von der Demokratie in den Betrieben bis zur demokratischen Ausarbeitung des nationalen Wirtschaftsplans sei unvereinbar mit einem zentralisierten bürokratischen Staat. Immer wieder haben die Vertreter der PCF darauf hingewiesen, daß das von den Sozialisten vorgeschlagene System staatlicher Beteiligungen und die Beschränkung der Nationalisierungen auf die 98- bis 100prozentigen Filialen der Holdings dem Großkapital wichtige Machtpositionen beläßt. Die Vertreter des Großkapitals säßen weiterhin in den Verwaltungsräten der Unternehmen, sie könnten sich durch die Bildung von Sperrminoritäten den staatlichen Entscheidungen widersetzen, und eine reale Einflußnahme der Arbeiter sei nicht möglich, da nach französischem Unternehmensrecht im Verwaltungsrat privater Gesellschaften keine Arbeitervertreter sitzen. Kurzum: Selbst bei der staatlichen Mehrheitsbeteiligung an einem privaten Unternehmen bleibt der Profit alleiniges Ziel der Produktion, zumal den privaten Aktionären die Möglichkeit bleibt, über die Börse wieder die Aktienmehrheit zu erlangen. Während die PCF theoretisch eine antietatistische Position bezieht und in Presse, Radio und Fernsehen immer wieder darauf hinweist, daß es nicht ihr Ziel ist, das ganze ökonomische Leben dem Kommando eines zentralen staatlichen Plans zu unterwerfen, sondern daß sie die Beziehungen zwischen dem Staat und den öffentlichen Unternehmen in Einzelverträgen geregelt sehen will, die den Unternehmen und

17) Anicet Le Pors, Les Béquilles du capital (les transferts Etat-Industrie, critère de nationalisation), Editions du Seuil, 1977.

ihren Beschäftigten weitgehende Autonomie zusichern und so den nationalen Wirtschaftsplan zum Ergebnis dezentraler Initiativen machen, und daß sie die derzeitigen bürokratischen a-priori-Kontrollen des Staates über die öffentlichen Unternehmen und die Kommunen abschaffen will, rechtfertigte Robert Fabre, der Chef der MRG, seinen Auszug aus dem ersten Gipfeltreffen damit, die Vorschläge der Kommunisten zielten in Richtung eines autoritären Staatskapitalismus.

Trotz aller Differenzen sah es kurz vor der Wiederaufnahme der Gipfelverhandlungen so aus, als sei die PS bereit, sich wieder zaghaft zu ihrem Engagement von 1972 zu bekennen, ohne von ihrer Interpretation der Nationalisierungen abzugehen. Am 21. September erschien eine Liste[18]) zu nationalisierender Unternehmen, die neben den über 98prozentigen Filialen der neun Gruppen auch Konzerne enthält, die seit 1972 ihre Struktur verändert haben, so die Compagnie Générale d'Electricité (CGE) mit ihrer Turbinen- und Generatorbaufirma Alsthom-Atlantique, der Alleinlieferant für das französische Kernenergieprogramm. Überdies findet sich eine Aufstellung strategisch wichtiger Filialen, die von den neun Gruppen mit weniger als 98% beherrscht werden. Es sollte sich allerdings zeigen, daß diese Liste in den Verhandlungen keine Rolle spielte; sie war offensichtlich nur veröffentlicht worden, um der öffentlichen Meinung eine Konzessionsbereitschaft der PS vorzutäuschen. Insbesondere die als „strategisch" eingestuften Filialen, worunter die wichtigsten Filialen fallen, auf deren Nationalisierung die PCF besteht, die also evtl. einen Kompromiß ermöglicht hätten, wurden nie mehr erwähnt. Stattdessen erschien die Delegation der PS auf der entscheidenden Nachtsitzung mit einem offensichtlich in aller Eile ausgearbeiteten Papier[19]). Hier ist nun von 227 Unternehmen die Rede, was – wie angedeutet – kein Entgegenkommen gegenüber den Kommunisten war: Vielmehr wandte die PS zum erstenmal ihr Kriterium (Nationalisierung aller 98prozentigen Filialen der neun Industriegruppen) konsequent an.

II

Der Streit um die Nationalisierungen beweist, daß sich die Auseinandersetzungen zwischen den drei Linksparteien seit März 1977 nicht um das Ausmaß der Aktualisierung ihres Gemeinsamen Programms, sondern um den Fortbestand der Linksunion selbst drehten. Spätestens Ende August gewannen aufmerksame Beobachter den Eindruck, daß die PS keine Übereinkunft mit den Kommunisten wünscht: Es gab Überlegungen sozialistischer Ökonomen, die Austeritätspolitik fortzusetzen[20]), und der sozialistische Führer Louis Mermaz ließ offen verlauten, die PS könne auch einfach alleine mit ihrer Interpretation des Programms von 1972 in den Wahlkampf ziehen, wenn es nicht zu einer Übereinkunft mit den Kommunisten komme[21]). Die Äußerungen führender Sozialisten nach dem Scheitern des zweiten Gipfeltreffens bestätigen die

18) „Le Monde" v. 21. 9. 1977.
19) Die Kommunisten veröffentlichten das Papier vollständig in: „L'Humanité" v. 24. 9. 1977.
20) So Jean Matouk in: „Le Matin" v. 23. 8. 1977.
21) „Le Monde" v. 31. 8. 1977.

Vermutung, daß die PS fest entschlossen ist, ohne die Kommunisten an die Regierung zu gelangen. Am 26. September erklärte der stellvertretende Vorsitzende der PS, Gaston Defferre, im Sender „Europe 1" wörtlich: „Wenn die Kommunisten nicht bei uns bleiben wollen, werden wir alleine in den Wahlkampf ziehen. Ob sie in die Isolation zurückkehren wollen, werden wir sehen; aber ich hoffe, daß die Vernunft sich durchsetzt. Wenn die Sozialisten glänzend abschneiden und wenn François Mitterrand mit der Regierungsbildung beauftragt wird, werden wir den Kommunisten ein gemeinsames Regierungsprogramm vorschlagen, wir werden dann sehen, ob sie annehmen oder ablehnen." Etwas später äußerte Defferre in einem Interview, viele Wähler der PS und der MRG würden von den Kommunisten verschreckt; bei einem Fehlschlag der Aktualisierungsverhandlungen seien die Linksparteien zwar gehandikapt, aber die PS könne ihre Stimmenzahl im ersten Wahlgang vielleicht auf 30, 35 oder gar 40% ausweiten. Werde Mitterrand dann von Giscard mit der Regierungsbildung beauftragt, werde die PS der PCF einen Vertrag vorschlagen[22]). Dieses Modell hat Defferre bereits in der von ihm regierten Stadt Marseille verwirklicht: nachdem er sich bei den Kommunalwahlen im März 1977 geweigert hatte, mit den Kommunisten zusammenzugehen, bot er ihnen später auf der Basis eines für sie nicht akzeptablen Programms einige Posten an, was die Kommunisten erwartungsgemäß ablehnten. Die PS möchte nun offensichtlich die „Linie Defferre" im nationalen Maßstab anwenden.

III

Die Ereignisse nach der Nacht vom 22./23. September 1977 deuten darauf hin, daß es richtiger ist, von einem – wenn auch vielleicht zeitlich begrenzten – Bruch als von einer Krise der Linksunion zu sprechen. Ob die Führer der PS sich wieder entschließen, mit den Kommunisten zusammenzugehen, hängt vom Druck ab, der auf sie ausgeübt werden kann. Noch immer gilt, daß Mitterrand sich nicht vom „Programme commun" lossagen kann, ohne politischen Selbstmord zu begehen; er hat deshalb bei den Aktualisierungsverhandlungen alles darauf angelegt, in der öffentlichen Meinung nicht als Verräter der Linksunion zu erscheinen. Das scheint ihm – wenn man Meinungsumfragen Glauben schenken darf – zumindest bei einem Teil der bisherigen Wähler der PS und z. T. darüber hinaus weitgehend gelungen zu sein. Die Sozialisten können heute ausnutzen, daß bei einem beträchtlichen Teil der Wähler der Linksunion der Drang nach spürbaren Veränderungen ihrer Lebensverhältnisse mit reformistischen Illusionen gepaart ist. Unter diesen Umständen ist es schwierig, die PS zu einer Änderung ihrer Haltung zu bewegen.

Die PCF hat nach dem Scheitern der Gipfelverhandlungen eine riesige Explikationskampagne gestartet. Schon während der Aktualisierungsverhandlungen hatte die PCF die Betriebe mobilisiert; man kann davon ausgehen, daß ein beträchtlicher Teil der Industriearbeiter die Position der PCF gerade in der Nationalisierungsfrage unterstützt, zumal damit für sie unmittelbar entschei-

22) „Paris Match" v. 30. 9. 1977.

dende Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen verbunden sind. Während der kritischen Phase der Aktualisierungsverhandlungen erlebte die PCF den größten Mitgliederzustrom seit der Befreiung vom Faschismus. Sie hat ihr Ziel, bis Jahresende 600 000 Parteimitglieder zu zählen, bereits im Oktober erreicht. Seit Beginn des Jahres konnte sie etwa 150 000 Neuaufnahmen verzeichnen. Es ist also anzunehmen, daß die PCF ihre Basis konsolidiert hat. Aber allein mit dem „armen Frankreich" sind keine Wahlen zu gewinnen. Die Kommunisten scheinen es nicht zu schaffen, über den Kern der Arbeiterklasse hinaus in andere Schichten vorzustoßen. Die Mittelschichten und oberen Randgruppen der Arbeiterklasse sind, soweit sie nicht im Lager der „majorité" Giscards verbleiben, nahezu ausschließlich der PS zugeströmt. Meinungsumfragen zufolge sind nur etwa 30–35% der sozialistischen Wähler Arbeiter, bei den Mitgliedern der PS machen sie nur etwa 7% aus, und in ihren leitenden Organen sind sie überhaupt nicht vertreten[23]). Die PS ist deshalb dem Druck der von der kapitalistischen Krise am stärksten betroffenen Schichten nur relativ schwach ausgesetzt. Ein beträchtlicher Teil der Mitglieder der PS hat sich nie stark gemacht für ein Zusammengehen mit den Kommunisten. Die PS ist keine Massenpartei. Sofern sie überhaupt gewerkschaftlich organisiert sind, gehören ihre Mitglieder zum größten Teil der rechten Gewerkschaft FO an, ein Teil gehört zur CFDT und nur wenige zur CGT. Unter solchen Umständen konnte von einer Linksunion *an der Basis* kaum gesprochen werden.

Die Massenkämpfe der letzten Jahre gaben der Linksunion zwar wichtige Impulse, stehen jedoch organisatorisch nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit den Unterzeichnern des „Programme commun". Vielmehr fanden sie ihre organisatorische Basis in der Einheitsfront der Gewerkschaften CGT und CFDT. Nur die CGT unterstützt das „Programme commun", obwohl ihre eigenen Forderungen weiter gehen, die CFDT hat den Linksparteien ihre öffentliche Unterstützung versagt, weil ihre eigenen Forderungen weiter gehen. Obwohl die PCF bei den Aktualisierungsverhandlungen die in der Regel gleichlautenden Forderungen beider Gewerkschaften aufgegriffen hat, insbesondere die Vorstellungen der CFDT über die Demokratisierung der Betriebe, hat die CFDT in ihren Erklärungen vom 9. September und vom 7. Oktober 1977 die PCF schärfer kritisiert als die PS: offensichtlich fürchtet sie, sich in der gegenwärtigen Situation mit der PCF im gleichen Lager zu finden. Die CGT hat zwar in öffentlichen Erklärungen die Position der PCF unterstützt, hat damit aber einen inneren Zwist zwischen ihren kommunistischen und ihren sozialistischen Mitgliedern heraufbeschworen. Während die CFDT mit allen Linksparteien (einschließlich der linkssozialistischen PSU) verhandeln möchte, enthält sich die CGT nun weiterer Stellungnahmen. Beide Gewerkschaften zeigen sich gegenüber dem Streit der Linksparteien eher zurückhaltend, da es ihnen in der gegenwärtigen unsicheren Situation offensichtlich darauf ankommt, um jeden Preis die gewerkschaftliche Einheit zu wahren. Auch die von vielen erwartete Initiative des CERES[24]), der linken Fraktion der

23) „Le Monde" v. 6. 9. 1977.
24) Vgl. die Artikel von J. P. Chevènement in: „Le Monde" v. 28. 9. 1977 und D. Motchane in: „Le Monde" v. 9./10. 10. 1977.

PS, eine neue Möglichkeit für ein Übereinkommen zwischen PS und PCF zu eröffnen, blieb erfolglos: Beim CERES findet sich eine ähnliche Haltung wie bei der CFDT: Obwohl die rechte Mehrheit der PS ihren Antrag, einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen, ablehnte, haben sie der erwähnten Resolution des Direktionskomitees der PS zugestimmt, um nicht auf die Seite der Kommunisten zu geraten.

Vorwärtsverteidigung gegen die Krise

Anmerkungen zum 12. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland

Von Axel Breinlinger

I

Das vom 18.–24. September 1977 in Düsseldorf tagende höchste Organ der größten Einzelgewerkschaft des DGB hat vor, während und nach seiner Arbeit in vielerlei Hinsicht Aufsehen erregt. Da wurde bereits im Vorfeld beim Studium der 1040 Anträge an den Gewerkschaftstag (davon 129 Anträge zur Satzung[1]); zum Vergleich: 11. ordentlicher Gewerkschaftstag 1974 in Hannover: 910 Anträge, davon 312 zur Neufassung der Satzung[2])) deutlich, daß die 2,6 Millionen Metaller eine gründliche Diskussion gewerkschaftlicher Politik gegen die sozialökonomischen und politischen Wirkungen der anhaltenden Krise für nunmehr unaufschiebbar hielten. Etwa 20% der Anträge setzten sich direkt mit den strukturellen und konjunkturellen Krisenerscheinungen auseinander (Wirtschaftspolitik, Vollbeschäftigung, Jugendarbeitslosigkeit usw.) oder leiteten ihre Forderungen vorrangig aus diesem Zusammenhang ab (Arbeitszeitverkürzungen, Rationalisierungsschutz qua Tarifpolitik, Neufassung der Arbeitszeitordnung – AZO – etc.), wobei zahlreiche der weiteren Anträge zur Tarif-, Steuer- und Sozialpolitik überhaupt nur vor dem Hintergrund der gemachten Krisenerfahrungen gesehen und verstanden werden können.

1) Vgl. „Metall", Sonderdruck v. 15. 7. 1977.
2) Anträge – Materialien, 11. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall, Frankfurt/M. 1975, S. 261–670 (zit.: Anträge 1974).

kus und SHB, die seit vielen Jahren den Anfeindungen, trickreichen Manövern und handfesten Repressionsmaßnahmen von seiten der Rechtskräfte und der SPD-Führung standgehalten und sich sogar immer weiter stabilisiert hat. Auch mit den Juso-HSG gibt es inzwischen eine mehrjährige Zusammenarbeit, die an einigen Orten zwar mit Konflikten beladen ist, an vielen Hochschulen sich jedoch in Richtung auf mehr Solidarität und gegenseitiges Vertrauen entwickelt hat. In einigen ASten arbeitet der MSB Spartakus auch mit dem LHV zusammen, in einzelnen auch mit Basisgruppen. Ich würde sagen, daß die Hindernisse bezüglich der Aktionseinheit nicht in den allgemeinen Zielen der studentischen Politik, wie sie heute von allen fortschrittlichen Studentenorganisationen formuliert werden, liegen, nämlich in dem allgemeinen Ziel der Vertretung der unmittelbaren sozialen und demokratischen Interessen der Masse der Studenten: darüber, das zeigt hier die Diskussion, besteht auf allgemeiner Ebene durchaus Konsens. Und ebenso besteht Konsens in dem allgemeinen Ziel der Orientierung auf das Bündnis von Studentenschaft und Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Wir sind der Auffassung, daß dieser Konsens in allgemeinen Fragen schon einen wirklichen Fortschritt in der Studentenbewegung darstellt, den man würdigen muß. Differenzen treten auf bei der Konkretisierung dieser allgemeine Grundsätze.

Antifaschistischer Konsens als Voraussetzung einer demokratischen Nachkriegsentwicklung

Von Detlev Peukert

Durch die Presse unseres Landes geistert wieder das Gespenst der Volksfront. Ungeachtet der relativen Schwäche der Linkskräfte in unserem Lande malen „Spiegel" und „Bayernkurier", „Welt" und „Vorwärts" die drohende Gefahr für unser Land, die ein Wahlsieg der Union de la Gauche oder eine Regierung des Compromesso storico darstellen würde, an die Wand. Aber auch nicht wenige Demokraten und Sozialisten unseres Landes stehen den Problemen einer umfassenden Koalition für eine politische Wende, wie sie sich in Frankreich und Italien auf gesamtnationaler Ebene herausbildet, fremd gegenüber, obwohl sie auch für die Perspektive unserer eigenen elementaren Bewegungen für das Recht auf Arbeit und Bildung, die Vertiefung der Entspannungspolitik, die Verteidigung der demokratischen Grundrechte, die Sicherung des Lebensstandards und den Schutz der Umwelt ihre Bedeutung hat. Nicht selten gerieren sich einzelne Kräfte, die durchaus ihren positiven Beitrag in den aktuellen Bewegungen leisten, als müßten wir in der Bundesrepu-

blik völlig aus dem Nichts heraus anfangen, als gäbe es keine eigene nationale Tradition mit vielfältigen und beachtenswerten Beiträgen zur demokratischen und sozialistischen Theorie und Praxis.

Diesen besonders in den 50er Jahren vollzogenen Bruch in der Generationsfolge der Traditionsübermittlung der Arbeiter- und demokratischen Bewegung unseres Landes wollen die konservativen Kräfte, aber auch die augenblicklichen Wortführer der sozialliberalen Koalition um jeden Preis aufrechterhalten. Demgegenüber gilt es für die Linke, sich die eigene demokratische „Vorgeschichte" zurückzugewinnen. Dabei trägt besonders die Rückbesinnung auf die 30er und 40er Jahre, in denen in Widerstand, Exil und Neubeginn Grundelemente jener heute wieder aktuellen Konzeption der demokratischen Wende im breiten sozialen und politischen Bündnis entstanden, dazu bei, einen geschichtlichen Maßstab und Erfahrungshorizont für die aktuelle Strategiediskussion zu gewinnen.

Während sich die historische Literatur für diese Epoche weitgehend auf die schon bald nach 1945 wieder dominierenden Tendenzen der Spaltung der Linken und der ökonomischen und politischen Restauration konzentriert, setzt dieser Aufsatz seine Akzente bewußt auf die Aspekte der politischen Kooperation, die Ansätze zum Konsens. Eine ausgewogene Gesamteinschätzung der Epoche müßte selbstverständlich beide Entwicklungslinien, die schnell unterbrochene der demokratischen Wende und die gleichzeitig wirkende und bei Ausbruch des Kalten Krieges triumphierende der Restauration, berücksichtigen und im Rahmen der Verschiebungen der Kräfteverhältnisse interpretieren. Dieser Beitrag zielt nicht so hoch, sondern will lediglich helfen, den halbvergessenen Spuren der demokratischen Traditionslinie nachzugehen und ihnen ihr legitimes Terrain in unserem historischen Bewußtsein zurückzugewinnen.

Ohne übereilte Aktualisierung betreiben zu wollen, werden wir doch sehen, daß die Leitfragen nach dem Charakter der demokratischen Wende und der Zusammensetzung des Bündnisses für unsere heutige Situation immer noch und erneut von Bedeutung sind:

1. Wer sind – politisch wie sozial gesehen – die Volkskräfte, die eine Allianz für die Demokratie bilden können, und – im antifaschistischen Widerstand – in Ansätzen gebildet haben?

2. Welche gemeinsamen Erfahrungen bewogen sie zur Zusammenarbeit, und welche spezifischen Haltungen wiesen jeweils die einzelnen demokratischen Verbündeten auf? Trugen diese Besonderheiten dazu bei, das Bild der Allianz nuancierter und vollständiger zu gestalten, oder traten diese Eigeninteressen vornehmlich als Elemente der Dekomposition auf?

3. In welchen Formen und in welchen Inhalten zeigte sich die antifaschistisch-demokratische Gemeinsamkeit? Gab es so etwas wie einen Kleinsten gemeinsamen Nenner? Muß man ihn, so es ihn gibt, als von Leerformeln geprägten Kompromiß gegensätzlicher Kräfte begreifen, oder gibt es doch in-

haltliche gemeinsame Wesensmerkmale, sozusagen Prinzipien eines demokratischen Konsenses?

4. Wie bewältigten die sozialistischen und bürgerlich-demokratischen Kräfte ihre epochale Niederlage durch die faschistische Machtergreifung? Welche Konsequenzen hatte die Unfähigkeit der deutschen Antifaschisten, Hitler aus eigener Kraft zu stürzen, für das innere und äußere Kräfteverhältnis der Nachkriegszeit – letztlich bis heute?

Faschismusbild und Gegenstrategien der Anti-Hitler-Kräfte vor 1933

Im Rückblick erscheinen die Haltungen der nichtfaschistischen Kräfte in der deutschen Gesellschaft zum aufkommenden Faschismus zunächst durch ein verwirrendes Bild vielfältiger, oft widersprüchlicher Elemente, beklemmend realistischer Warnungen genauso wie erstaunlicher Illusionen gekennzeichnet gewesen zu sein. Eine solche Betrachtungsweise übersieht aber zum einen, daß sich viele Entwicklungen des Faschismus erst im Rückblick zu so klaren Linien ordnen lassen, während den Zeitgenossen ein weit weniger klares und eindeutiges Bild vor Augen stand; zum anderen, daß es bereits vor 1933, besonders in Kreisen der Arbeiterbewegung, eindringliche Warnungen vor dem Faschismus gegeben hat, auf die sich auch heute noch viele Faschismustheorien[1]) beziehen. Alle diese Auffassungen waren jedoch primär von den bisherigen Erfahrungen im politischen Kräfteverhältnis der Weimarer Republik geprägt. Strategischer Leitgedanke der *KPD*[2]) war, daß der Grundwiderspruch zwischen Arbeiterklasse und Großkapital nur durch die sozialistische Revolution nach dem Modell von 1917 beseitigt werden könne. Dabei ging sie von einer Einschätzung der Weimarer Republik aus, wie sie sich besonders aus den Erfahrungen der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, der blutigen Niederschlagung der revolutionären Arbeiter und der Kontinuität der alten Machtträger in Armee, Polizei und Justiz ergab. Die KPD war zwar an der Verteidigung politischer und materieller Errungenschaften der Novemberrevolution interessiert und auch zu taktischen Gemeinsamkeiten mit Trägern der Republik zeitweilig bereit[3]), stellte sich aber niemals grundsätzlich auf den Boden des Weimarer Staates, umso weniger, als dieser seit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise eine zunehmende Eigendynamik zur Abschaffung seiner demokratischen Grundsätze entfaltete. So stellte sich der Nationalsozialismus zunächst als ein Teilaspekt einer umfassenderen Tendenz des herrschenden Großkapitals, des Staats und der staatstragenden Parteien einschließlich der Sozialdemokratie hin zu autoritären, „faschistischen" Methoden dar. Diese Einschätzung verdeckte, daß der Faschismus nicht einfach den Gebrauch diktatorischer statt bürgerlich-liberaler Methoden bedeutete, sondern einen grundsätzlichen Wechsel im Staatstyp, in den Institutionen und Formen der Durchsetzung des Kapitalinteresses

1) Reinhard Kühnl (Hrsg.), Texte zur Faschismusdiskussion, Bd. I, Reinbek 1974; Richard Saage, Faschismustheorien, München 1976; Niels Kadritzke, Faschismus und Krise, Frankfurt/M./New York 1976.
2) Siegfried Bahne, Die KPD und das Ende von Weimar, Frankfurt/M./New York 1976; IML (Hrsg.), Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4 und 5, Berlin (DDR) 1966.
3) So anläßlich des Kapp-Putsches 1920 und des Rathenau-Mordes 1922; Arnold Reisberg, An den Quellen der Einheitsfrontpolitik, 2 Bde., Berlin (DDR) 1971.

auf allen Ebenen der Politik, der Wirtschaft, Kultur und der sozialen Beziehungen.

Die KPD entwarf, gestützt auf ihren wachsenden Massenanhang in der Weltwirtschaftskrise, eine antifaschistische Gegenstrategie, die der faschistischen Roll-back-Strategie das Kampfziel eines „deutschen Oktober", der sozialistischen Revolution, entgegenstellte, die die sozialen und politischen Wurzeln für Reaktion und Faschismus endgültig beseitigen sollte[4]). Trotz aller Einigungsappelle unterschätzte die KPD mit dieser unmittelbar sozialistischen Zielstellung die Notwendigkeit, in der Abwehr des Faschismus auch weitgehende Kompromisse mit den (noch) nicht zur proletarischen Revolution bereiten Kräften zu schließen. Außerdem rief sie zwar zur Verteidigung demokratischer Rechte auf, unterschätzte aber, wie sehr selbst ein begrenztes formaldemokratisches System gegen die Faschisten, die nicht nur die sozialistische Revolution von 1917, sondern auch die bürgerlich-demokratische von 1789 rückgängig machen wollten, verteidigt werden mußte. Diese von den Kommunisten 1935 selbstkritisch herausgearbeiteten Schwächen dürfen allerdings nicht davon ablenken, daß das Verhalten der anderen politischen Kräfte der KPD eine großzügigere Einigungsstrategie auch kaum erleichterte. Umgekehrt hatte sich die KPD die dringend notwendige strategische Wende weg vom reinen Konfrontationskurs „Klasse gegen Klasse" durch disziplinarische Maßnahmen gegen Thalheimer, Brandler und andere spätere KP(O)-Führer sowie gegen die sogenannten „Versöhnler" selbst erschwert, so daß es der leidvollen Erfahrung der Niederlage und der Intervention von Dimitroff und anderen Kominternvertretern bedurfte, bis sie eine wirklich tiefgreifende Revision ihres Kurses vollzog[5]).

Die *Sozialdemokraten*[6]) und die von ihnen geführten Freien Gewerkschaften wandten sich ebenfalls mit zahlreichen Warnrufen gegen die wachsende nationalsozialistische Bewegung, sie benannten auch einzelne großkapitalistische Finanziers der NSDAP, aber es gelang ihnen nicht, in vollem Umfang zu begreifen, wieso die gesellschaftlichen Kräfte, die doch seit 1919 in das demokratische Korsett der Weimarer Verfassung gezwängt schienen, nun kompromißlos auf eine faschistische Umwälzung des politischen Systems hinsteuerten. Gestützt auf die Erfahrungen sozialer Kompromisse in den stabilen Jahren der Weimarer Republik, bot sich die Sozialdemokratie einer Unternehmerschaft weiterhin als politischer Partner an, die sich zunehmend für die Beseitigung jeder, auch einer integrativen, Arbeiterbewegung entschieden hatte. Die SPD bemühte sich daher, durch Tolerierung der Notverordnungspoli-

4) Auch das vielzitierte Programm der nationalen und sozialen Befreiung der KPD von 1930 orientierte auf Sowjetdeutschland als nächstem Kampfziel; siehe: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, Berlin (DDR) 1967, S. 119 ff. Da die meisten DDR-Autoren die spezifische KPD-Strategie der Jahre 1928–33 im Sinne einer ahistorischen Kontinuitätstheorie interpretieren, liegt noch keine situationsgerechte historische Analyse aus marxistischer Sicht vor. Wichtigste Quelle sind immer noch die zeitgenössischen KPD- bzw. KI-Zeitschriften: „Internationale", „Inprekorr" und „Kommunistische Internationale"; vgl.: Die Antifaschistische Aktion, Dokumentation und Chronik, hrsg. v. H. Karl/E. Kücklich, Berlin (DDR) 1965.

5) K. H. Tjaden, Struktur und Funktion der „KPD-Opposition" (KPO), Meisenheim 1964; S. Vietzke, Die KPD auf dem Weg zur Brüsseler Konferenz, Berlin (DDR) 1966; E. Lewerenz, Die Analyse des Faschismus durch die Kommunistische Internationale, Berlin (DDR) 1975.

6) E. Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Das Ende der Parteien, Düsseldorf 1960, S. 101–278; B. Hebel-Kunze, SPD und Faschismus. Zur politischen und organisatorischen Enwicklung der SPD 1932–1935, Frankfurt/M. 1977.

tik dem Großkapital den Verzicht auf Unterstützung der NSDAP abzukaufen. Geistige Grundlage der sozialdemokratischen Haltung war dabei ein evolutionärer Optimismus, der aus der „naturgesetzlichen" Entwicklung der Wirtschaft auf einen letztlich wieder wachsenden Einfluß der Arbeiterklasse schloß. Angesichts einer krisenbedingten Rechtsentwicklung galt es also, die sichere Normalisierung der Verhältnisse abzuwarten und den formalen Bestand der Organisation so lange mit taktischen Zugeständnissen zu erkaufen. Aus dieser Haltung erwuchsen die Kooperationsangebote der Gewerkschaften an die Hitlerregierung im Frühjahr 1933 genauso wie die fatalistische Hoffnung, daß die Nazis bald „abwirtschaften" würden[7]). Die sozialdemokratische Faschismustheorie verdeutlicht, daß auch bei realistischen Teilerkenntnissen die Gesamtstrategie illusionär bleiben mußte, solange das Bekenntnis zur Demokratie eher vom defensiven Bewahren äußerer politischer Verkehrsformen als von dem aktiven Handeln der betroffenen Bevölkerung selbst geprägt war[8]).

Die deutschen *Liberalen*[9]) standen vor dem Problem, daß seit etwa der Jahrhundertwende die beiden konstitutiven Elemente ihres Programms Parlamentarische Demokratie und „freies" kapitalistisches Eigentum in Gegensatz geraten waren, als der Großbesitz den klassischen Konkurrenzkapitalismus transformierte. Der deutsche Liberalismus, dessen freiheitlich-radikal-demokratisches Rückgrat in den verlorenen Revolutionen des 19. Jahrhunderts ohnehin gebrochen war, antwortete auf die neuen Trends einmal durch die beschwörende und zunehmend unattraktiver werdende Aufrechterhaltung der alten Formeln, zum anderen durch ein sozialliberales Konzept der Integration und der flexiblen Machtausübung, für das es in der Krisensituation der frühen 30er Jahre einfach keine ökonomische Manövriermasse mehr gab. Wenn die Liberalen, deren Massenbasis angesichts dessen, daß sie keine zugkräftige Antwort auf die Krise zu geben vermochten, ohnehin dahinschwand, den Faschisten auch die Verletzung der bürgerlichen Freiheitsrechte ankreideten und in ihrem Konzept von sozialliberaler Volksgemeinschaft die Integration dem Terror vorzogen, so standen sie doch dem Übergang ihrer finanzstarken Förderer ins faschistische Lager und der Machtergreifung 1933, gelähmt durch die Angst vor eventuell zu weitgehenden demokratischen Bewegungen der Volksmassen, hilflos gegenüber. Dem intellektuellen Gewicht einzelner entschiedener Demokraten hingegen stand kein entsprechender Einfluß auf größere Bevölkerungskreise gegenüber[10]).

Die *christlichen Kräfte* (also, mangels einer eigenständigen Vertretung der Protestanten, die sich in traditionell unpolitisch-obrigkeitlicher Manier in

---

7) Henryk Skrzypczak, Zur Strategie der Freien Gewerkschaften in der Weimarer Republik, in: Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung, hrsg. v. H. O. Vetter, Köln 1976, S. 201–228; Hans Mommsen, Die deutschen Gewerkschaften zwischen Anpassung und Widerstand 1930–1944, in: ebd., S. 275–302.

8) Gegen diesen Immobilismus begehrten 1931/32 sowohl traditionell-marxistische Gruppen, die sich zur SAP zusammenschlossen, als auch militant republikanische SPD-Funktionäre wie Haubach und Mierendorff auf, ohne auf die Masse der Parteimitglieder Einfluß zu gewinnen; Hanno Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), Meisenheim 1965; H. Mommsen, Die Sozialdemokratie in der Defensive, in: Ders. (Hrsg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, Frankfurt/M. 1974, S. 106–133.

9) R. Opitz, Der deutsche Sozialliberalismus 1917–1933, Köln 1973.

10) Etwa die Tätigkeit Ossietzkys und der Liga für Menschenrechte.

DVP und DNVP vertreten fühlten, die katholische Zentrumspartei, die christliche Gewerkschaftsbewegung und die zahlreichen Organisationen der katholischen Subkultur) lehnten die nationalsozialistische Ideologie, besonders ihre rassistischen und menschenfreindlichen Ideen ab und stellten ihnen das Ideal einer christlich geprägten ständischen Sozialordnung entgegen. Ihr Denken war jedoch, bis auf wenige linke Gruppen wie z. B. den Friedensbund der deutschen Katholiken, primär von konservativem Nationalismus und Obrigkeitshörigkeit geprägt und wandte sich in Ablehnung des Atheismus entschieden gegen die sozialistischen Ideen in der Arbeiterbewegung. Sie ließen sich daher durch den aggressiven Nationalismus, Antikommunismus, Antimarxismus der faschistischen Machtergreifung überrollen und gerieten erst in eine kritischere Distanz, als ihre Glaubensrechte und ihre sozio-kulturelle Autonomie gefährdet wurden[11]).

Die nicht-faschistische *nationale Rechte*[12]) wie die bündische Jugendbewegung und der oft monarchistisch geprägte Konservativismus begrüßten die „nationale Revolution" von 1933 gegen das verhaßte Weimarer System fast einhellig. Vereinzelt und schrittweise regte sich erst Opposition, als der Idealismus der Bündischen, ihre organisatorische Selbständigkeit und das Rechtsempfinden im Rahmen einer autoritären staatlichen Ordnung, das die Konservativen prägte, durch die faschistische Totalität in Frage gestellt waren. Auch hier zeigte sich die fatale Wirkung der unpolitischen, untertänigen Tradition des deutschen Bürgertums, das sich ausschließlich den idealen Werten seiner „kleinen Welt", seines Privatbereichs widmete.

Die Erschütterung von 1933

Gegenüber dem Weimarer System, in dem die Bourgeoisie zur Durchsetzung ihrer Hegemonie einen historischen Block (ein spezifisches System politischer, sozialer und ideologisch-kultureller Interdependenzen)[13]) gebildet hatte, der Kooperation und Ausgleich im Rahmen der kapitalistischen Grundstruktur mit den bürgerlichen Parteien und Interessenvertretungsorganen, aber auch mit den in die Funktionsweise des Systems eingebundenen Arbeiterorganisationen wie SPD und Gewerkschaften vorsah, setzten die Bedürfnisse der großkapitalistischen Krisenlösung 1933 eine faschistische Neuformierung des Machtblocks durch[14]), der nunmehr die klassischen Vertretungsformen der Arbeiter und Mittelschichten zugunsten korporativer, autoritär geleiteter Institutionen zum Zwecke der Massenmobilisierung ohne Interessenvertretung der Massen unterdrückte; ein System mithin, in das neben den Terror und die Entrechtung der Bevölkerung auch ein neuer Typ von – in Zei-

11) R. Morsey, Die deutsche Zentrumspartei, in: Das Ende der Parteien, a.a.O., S. 281–453; vgl.: F.-M. Balzer, Klassengegensätze in der Kirche, Köln 1973.
12) O.-E. Schüddekopf, Nationalbolschewismus in Deutschland 1918–1933, Frankfurt/M.-Berlin (West)-Wien 1972.
13) Die Erneuerung der marxistischen Staatstheorie durch Antonio Gramsci scheint mir einen fruchtbaren Ansatz für die Faschismusanalyse zu bieten; A. Gramsci, Philosophie der Praxis. Eine Auswahl, Frankfurt/M. 1967; L. Gruppi, Gramsci – Philosophie der Praxis und die Hegemonie des Proletariats, Hamburg 1977.
14) Ansätze zur theoretischen Analyse bei P. Togliatti, Lektionen über den Faschismus, Frankfurt/M. 1973; ein Versuch zur Typologisierung der nationalsozialistischen Herrschaftsstruktur bei: P. Hüttenberger, Nationalsozialistische Polykratie, in: „Geschichte und Gesellschaft", 4/1976, S. 417–442; T. W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1975; Kadritzke, a.a.O.

ten des Wirtschaftsaufschwungs nicht unwirksamer – Integration trat[15]). Während sich innerhalb des faschistischen Blocks der Grabenkampf rivalisierender Gruppierungen in Wirtschaft und Staat austobte, blieben bürgerlich-demokratische Vertretungsformen und jeder Ansatz selbständiger Interessenartikulation der Bevölkerung ausgeschlossen[16]).

Der Faschismus machte daher für das Bewußtsein der auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft stehenden politischen Hauptströmungen Epoche. Er zerschlug die sowohl bei den bürgerlichen Parteien wie in der integrativen Strömung der Arbeiterbewegung verbreitete Illusion, daß die Gesellschaft, die sie hervorgebracht hatte, letzten Endes nicht auf sie verzichten könne. Statt daß die Fortentwicklung des „organisierten Kapitalismus" zu einer immer vollkommeneren Entfaltung der Demokratie geführt hätte, negierte der Typ des faschistischen Machtblocks die bisher gültigen Mechanismen des sozialpartnerschaftlichen Ausgleichs, die parlamentarischen Verkehrsformen und die bürgerlichen Freiheitsrechte schlechthin. Daraus ließen sich für die bürgerlichen Parteien und die bisher integrationistisch dominierte Sozialdemokratie nur zwei entgegengesetzte Schlußfolgerungen ziehen:

– Entweder sie „modernisierten" ihre politisch-ideologischen Grundlagen und entwickelten ein autoritär-integratives Konzept der Machterhaltung und Machtentfaltung der großen Monopole, um auf der Basis des vorhandenen gesellschaftlichen Systems eine Alternative zum faschistischen System zu bieten (eine Variante, die 1933 aufgrund der Weltwirtschaftskrise einerseits und der weitgespannten Eroberungs- und Revanchepläne anderseits nicht gangbar war, die aber nach 1945 die Hauptlinien der Restaurationspolitik in der BRD prägten);

– oder sie überprüften ihr bisheriges Bild der bürgerlichen Gesellschaft und rangen sich zu der Erkenntnis durch, daß der faschistische Expansionskurs jede selbständige „pluralistische" Interessenvertretung, auch wenn sie sich zu den kapitalistischen Besitzverhältnissen bekannte, ausschloß. Als alternatives Feld für die Rückgewinnung ihrer selbständigen politischen Rolle bot sich die antimonopolistische Koalition mit der Arbeiterbewegung zur Erkämpfung einer erneuerten Demokratie an[17]).

Der faschistischen Mobilmachung gegen 1917 und 1789 antwortete also die Opposition mit einer kämpferischen Synthese der bürgerlich-demokratischen Freiheitsideen mit den sozialen Forderungen der Arbeiterbewegung. Diese

15) Dennoch traten auch in den autoritär geführten Massenorganisationen (Reichsnährstand, Deutsche Arbeitsfront usw.) die objektiv begründeten Interessenwidersprüche im Ringen um die Sicherung der „Gefolgschaft" der Massen wieder zutage und konnten z. B. durch die Ausnutzung der Arbeitskräfteknappheit in der Aufrüstung das Regime 1938/39 in eine krisenhafte Situation bringen.

16) Aus dieser Situation resultiert die zweifache Argumentationsstruktur der Antifaschisten: zum einen griffen sie das System *frontal* an und propagierten einen radikalen demokratischen Wechsel, zum anderen setzten sie auf die Entfaltung der inneren Interessenwidersprüche und die Akkumulation von für sich genommen systemimmanenten Konflikten (Taktik des Trojanischen Pferdes). Sie berücksichtigten dabei auch die erhebliche Einbindung der Bevölkerung in das faschistische System.

17) Dies umso mehr, als die Hoffnungen emigrierter Sozialdemokraten und Zentrumsleute auf einen Reichswehrputsch gegen Hitler nach dem 30. Juni 1934 zerstoben; teilweise erfüllten die Spekulationen auf eine kriegerische Intervention der Westmächte in Deutschland eine ähnliche Funktion, nämlich der Orientierung auf eine kämpferische Demokratie auszuweichen. Hierzu trug die zunehmende Enttäuschung über die Stabilität des Regimes und die geringe Wirksamkeit von Widerstandsaktivitäten bei.

Neubesinnung konnte aber nicht in der Weise einer nostalgischen Zweitauflage der damaligen Vorstellungen, die ja z. B. in der bürgerlichen Revolution auf dem breitest gestreuten Privateigentum als sozialem Ideal beruhten, erfolgen, sondern mußte ein Konzept der radikalen Demokratie ausarbeiten, das neben der gesetzlichen Garantie der Freiheitsrechte auch deren materielle Gewährleistung durch den ausschlaggebenden Einfluß der Volksmassen auf den Staat und die industrielle Großproduktion beinhaltete.

Um dieses Ziel zu erreichen, mußten nicht nur die noch aktiven Vertreter der Arbeiterbewegung und der bürgerlichen Demokratie auf ein gemeinsames Zukunftsprogramm eingeschworen, sondern auch gemeinsame Wege zur Durchsetzung der antifaschistischen Alternative gesucht werden. Hier galt es, die Bindungen von großen Teilen der Bevölkerung an den faschistischen Block zu lösen und Aktivitäten der eigenständigen Interessenartikulation mit der Perspektive des Sturzes des Regimes zu entwickeln[18]).

Die Wirksamkeit der antifaschistischen Ideen hing letztlich davon ab, ob dieser Bruch des faschistischen Blocks zustandekam. Dazu hätten objektive Voraussetzungen, wie sie sich in der krisenhaften Zuspitzung der rüstungswirtschaftlichen Widersprüche Ende der 30er Jahre zeigten, mit subjektiven Bedingungen (Breite und Einheitlichkeit des Widerstands, Vertiefung der Bindungen zwischen Opposition und Masse der Bevölkerung) zusammentreffen müssen. Wenn es auch etwa 1938 und 1944 Tendenzen zu einer solchen tiefgehenden Krise des faschistischen Systems gab, so bleibt für die deutsche Geschichte letztlich entscheidend, daß das Dritte Reich von innen heraus nicht gestürzt werden konnte. Während für den Widerstand in Italien, Frankreich und vielen anderen europäischen Ländern die Verknüpfung der antifaschistisch-demokratischen Parteien mit den Widerstandsaktivitäten breitester Bevölkerungskreise entscheidend ist, fehlt gerade diese entscheidende Verbindung antifaschistischer Praxis und Ideologie für die Masse der deutschen Bevölkerung völlig. Dem deutschen Widerstand ist diese Grundvoraussetzung für Geschichtsmächtigkeit nicht gegeben gewesen. Dennoch markieren auch seine Aktivitäten eine, wenn auch vage, Chance, besonders dann, wenn er sich im Einklang mit der weltweiten Anti-Hitler-Koalition wußte, und auf jeden Fall eine historische Herausforderung.

Jede der großen in der neueren deutschen Geschichte verankerten politischen Strömungen (Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberale, Christen) entwikkelte in Widerstand und Emigration solche Elemente einer radikaldemokratischen Neubesinnung – manchmal nur durch wenige hervorragende Vertreter, manche nur zeitweilig, manchmal höchst widersprüchlich, oftmals verknüpft mit den gegenläufigen Tendenzen, auf alten, historisch unhaltbaren Vorstellungen zu beharren[19]); trotz einiger Neuorientierungen auf jeden Fall die Zusammenarbeit mit anderen konstitutiven Teilen der antifaschistischen Oppo-

18) Dabei fielen die theoretische Erkenntnis der notwendigen Schritte und die geringe praktische Wirkungsmöglichkeit der Antifaschisten weit auseinander. Dieser Widerspruch gibt manchen Debatten des Exils einen heillos esoterischen Charakter.
19) z. B. die Einwände einiger linker Gruppen gegen die Idee der Volksfront.

sition abzulehnen (z. B. aus antikommunistischen Vorbehalten heraus)[20]); und die strategische Selbstkritik in Richtung auf eine flexiblere, nach der Niederlage Hitlers günstigere Form der Erhaltung der alten sozialen Strukturen hin abzudrehen[21]).

Es war nur selbstverständlich, daß die konkreten Stellungnahmen und Aktivitäten aller Beteiligten durch eine Verknüpfung von solchen Motiven und Zielen, die auf den Konsens, und solchen, die auf die Spaltung gerichtet waren, geprägt wurden. Außerdem ließen sich die Verkehrsformen der Gruppen nicht nur vom Willen zur festen Einheit, sondern auch vom Konzept zeitweiliger, taktischer Kompromisse oder von Strategien begrenzter Konflikte leiten. Dennoch ist ein Trend zur programmatischen Neubesinnung auf gemeinsame Ziele und geeintes Handeln in allen Gruppen ausgeprägt.

Die *Kommunisten* revidierten ihr Verhältnis zur bürgerlichen Demokratie, die, wie die Erfahrung des Faschismus bewies, nicht nur einige bessere Kampfbedingungen, sondern auch das im Faschismus nicht mehr garantierte nackte Überleben des politischen Gegners garantierte. Sie blieben aber nicht bei der Verteidigung jener historischen Formen der Demokratie stehen, die gerade im Zusammenbruch der Weimarer Republik ihre innere Brüchigkeit bewiesen hatten, sondern füllten den demokratischen Gedanken mit dem sozialen Konzept des antimonopolistischen Kampfes und der politischen Idee einer neuen, „volksdemokratischen" Staatsstruktur aus, in der die Masse der Bevölkerung prägenden Einfluß auf die Staatsgeschäfte nehmen sollte. Damit war der Weg frei zu jener fruchtbaren und integrierenden Rolle, die die Kommunisten bei der Einigung der antifaschistischen Opposition in Einheitsfront, Volksfront und Bewegung Freies Deutschland spielen sollten. Meilensteine dieser Entwicklung waren die Parteikonferenzen von „Brüssel" (1935) und „Bern" (1939), auf denen sich auch das neue, positive Verhältnis der Kommunisten zur Nation ausprägte[22]).

Die *Sozialdemokraten* überdachten angesichts des Scheiterns der Weimarer Republik ihre Konzeption vom demokratischen Volksstaat, der jenseits des realen Kräfteverhältnisses der Klassen festgemacht worden war, und stellten mit neuer Schärfe die Frage nach dem sozialen Charakter der politischen Macht. Sie erklärten im Prager Manifest ihres Emigrationsvorstands, daß erst die Zerschlagung der ökonomischen Strukturen des Großkapitals die politische Demokratie ermöglichen könne. Die Schärfe der politischen Auseinandersetzung mit dem Faschismus ließ sie, ohne daß den Worten immer Taten gefolgt wären, die Einheit der Arbeiterbewegung und aller Antifaschisten

20) Entscheidend war die ungebrochene antikommunistische Abwehrhaltung des SPD-Emigrationsvorstands; auch die unbegründete Diffamierung von Trotzkisten und SAP als Gestapo-Agenten durch die KPD im Gefolge der Moskauer Prozesse trug 1937 erheblich zum Zerfall des Pariser Volksfrontausschusses bei.

21) Klassisch das Programm der CDU, das mit der Verdammung des Kapitalismus beginnt, um über einen weit gefaßten Gemeinschaftsbegriff bei der leicht modifizierten kapitalistischen „sozialen Marktwirtschaft" zu enden.

22) K. Mammach, Die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung, Berlin (DDR) 1974; Vietzke, a.a.O.; A. Sywottek, Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935–1946, Düsseldorf 1971; Die Brüsseler Konferenz der KPD, hrsg. v. K. Mammach, Berlin (DDR) 1975; Die Berner Konferenz der KPD 1939, hrsg. v. ders., Berlin (DDR) 1974; H. Laschitza, Kämpferische Demokratie gegen Faschismus, Berlin (DDR) 1969.

fordern[23]). Der Neuorientierungsprozeß der Sozialdemokratie wurde dabei wesentlich von linkssozialistischen Gruppen wie der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP), den Revolutionären Sozialisten (RSD), Neubeginnen, Internationaler Sozialistischer Kampfbund (ISK) und innerdeutschen Widerstandsgruppen wie der Sozialistischen Front, dem Roten Stoßtrupp, der Berliner Volksfrontgruppe u. a. getragen[24]). Erst im Rahmen der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien während der Kriegsjahre gelang ein größerer Schritt zur Vereinheitlichung[25]). Die Uneinheitlichkeit der Sozialdemokratie und die starre Haltung des Emigrationsvorstands erschwerten eine Einigung der antifaschistischen Opposition erheblich und trugen zur Instabilität von Kooperationsansätzen im Rahmen einzelner Einheits- oder Volksfrontabkommen bei[26]).

In den *christlichen* Konzepten der Solidargemeinschaft aller Schaffenden, wie sie im linken Zentrum und in der christlichen Gewerkschaftsbewegung kursierten, fanden sich neben Elementen rückwärtsgerichteter Utopie doch bedeutende Ansatzpunkte für eine tiefgreifende programmatische Revision, die das Gemeinschaftskonzept aus der ständisch-obrigkeitlichen Bindung an die herrschenden politischen und sozialen Kräfte lösen und in eine Kampfgemeinschaft der arbeitenden Bevölkerung überführen konnten. Hier wurzelten jene Vorstellungen von Gewerkschaftseinheit, sozial engagierter christlicher Volkspartei, Mitbestimmung und gemeinwirtschaftlicher Verfassung der Großproduktion, wie sie in den Überlegungen von christlichen Teilnehmern der Bewegung Freies Deutschland[27]), Programmen des Kreisauer Kreises[28]), ehemaliger christlicher Gewerkschaftsführer wie Jakob Kaiser[29]) oder Karl Arnold und den Gründungserklärungen der Christlich-demokratischen Partei von 1945[30]) zum Tragen kamen. Während die Auffassungen des „Christlichen Sozialismus"[31]) nicht wenige Übereinstimmungen mit sozialdemokratischen und kommunistischen Aktionsplänen aufwiesen, formierte sich im Schoß der CDU seit ihrer Gründung auch ein taktisch variabler, im Kern aber auf Restauration gerichteter Flügel, der die Wurzeln des Faschismus in der verderblichen modernen „Massengesellschaft" festmachte und mit einem Programm autoritärer Staatsreform und der Rechristianisierung von Gesellschaft, Kultur

23) Hebel-Kunze, a.a.O.; L. Edinger, Sozialdemokratie und Nationalsozialismus, Frankfurt/M. 1960.
24) Drechsler, a.a.O.; J. v. Freyberg, Sozialdemokraten und Kommunisten, Köln 1973; K. Kliem, Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich, dargestellt an der Gruppe „Neu Beginnen", phil. Diss., Marburg 1957; W. Link, Die Geschichte des Internationalen Jugendbundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK), Meisenheim 1964; R. Griepenburg, Die Volksfronttaktik im sozialdemokratischen Widerstand gegen das Dritte Reich, phil. Diss., Marburg 1969; F. Moraw, Die Parole der „Einheit" und die Sozialdemokratie, Bonn 1973.
25) W. Röder, Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940–1945, Hannover 1968; Gerhard Gleissberg, SPD und Gesellschaftssystem. Aktualität der Programmdiskussion 1934 bis 1946, Frankfurt/M. 1973.
26) Ursula Langkau-Alex, Volksfront für Deutschland?, Bd. 1: Vorgeschichte und Gründung des „Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront" 1933–1936, Frankfurt/M. 1977; F. Dahlem, Am Vorabend des zweiten Weltkrieges. Erinnerungen, Bd. 1, bes. S. 241 ff.; Rudolf Breitscheid, Antifaschistische Beiträge 1933–1939, ausgew. und eingel. v. D. Lange, Frankfurt/M. 1977.
27) K. Drobisch, Christen im Nationalkomitee „Freies Deutschland", Berlin (DDR) 1973.
28) G. v. Roon, Neuordnung im Widerstand, München 1967.
29) E. Nebgen, Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, Stuttgart/Berlin (West) 1967; W. Conze, Jakob Kaiser: Politiker zwischen Ost und West 1945–49, ebd. 1969.
30) Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone 1946–1949. Dokumente, Bonn 1975; Christen für den Sozialismus, Bd. II, Dokumente, Stuttgart/Berlin (West) 1975.
31) B. Uhl, Die Idee des christlichen Sozialismus in Deutschland 1945–1947, Mainz 1975.

und besonders dem Bildungswesen eine „antifaschistische" Alternative anbot, die nur in beschränktesten Formen konsensusfähig war.

Die mögliche Evolution des deutschen *Liberalismus* demonstrierte am deutlichsten der Weg Heinrich Manns bis zum Vorsitzenden des Pariser Volksfrontausschusses[32]) und die Teilnahme vieler demokratischer Intellektueller an den Einigungsbewegungen der Emigration wie der Freideutschen oder der Kulturbundbewegung[33]). Es bleibt jedoch eine charakteristische Schwäche gerade des deutschen Liberalismus, daß sich die Mehrheit seiner Vertreter bestenfalls in die „innere Emigration" zurückzog und sich für eine nachfaschistische, vom Sozialliberalismus geprägte Restaurationspolitik aufbewahrte[34]). Die 1945 neugebildete Liberale Partei gab daher in den ersten Nachkriegsjahren den rechten Flügel des deutschen Parteienspektrums ab und wehrte sich gegen jene Bewältigung des Faschismus, die das überlieferte Großeigentum antastete. Sie bildete das ideologische Auffangbecken für eine neoliberale Schule, die sich in den 50er Jahren in der nach rechts gerückten CDU eine dominierende Position sichern konnte[35]).

In den Gruppen um den 20. Juli 1944[36]) trafen sich konservative Kräfte, die lediglich den verlorenen Krieg möglichst glimpflich beenden wollten, mit solchen Antifaschisten, vornehmlich des Kreisauer Kreises, die eine tiefergehende Erneuerung Deutschlands in Zusammenarbeit mit der Arbeiterbewegung anstrebten.

Historische Formen der antifaschistischen Einheit

Zwar fanden sich im deutschen Widerstand, anders als in Italien oder Frankreich, niemals alle Oppositionsgruppen auf einer einzigen repräsentativen Plattform zusammen, aber auch der deutsche Antifaschismus ist reich an Formen politischer Zusammenarbeit und Äußerungen gemeinsamen Wollens, die von gelegentlichen Kontakten oder bloßem Gleichklang der Konzepte bis zur festen Kooperation reichten:

1. Die früheste, elementarste und am weitesten verbreitete Form der antifaschistischen Einheit war die spontane und unmittelbare Solidarität der Verfolgten untereinander, gleich, ob es sich um die Unterstützung Verhafteter und ihrer Familien, um die gegenseitige Hilfe von KZ- und Zuchthaushäftlingen oder um Kooperation und Kommunikation von Emigranten handelte.

---

32) U. Langkau-Alex, a.a.O.; H. Mann, Ein Zeitalter wird besichtigt, Reinbek 1976; Ders., Verteidigung der Kultur. Antifaschistische Streitschriften und Essays, Berlin (DDR)/Weimar 1971.
33) K. H. Bergmann, Die Bewegung „Freies Deutschland" in der Schweiz 1943–1945, München 1974; J. Radkau, Die deutsche Emigration in den USA, Düsseldorf 1971; H. Müssener, Exil in Schweden, München 1974; W. Kießling, Alemania Libre in Mexiko, 2 Bde., Berlin (DDR) 1974; H.-A. Walter, Deutsche Exilliteratur, bisher 3 Bde. (1, 2, 7), Neuwied 1972 ff.; Röder, a.a.O.
34) Vgl. die Berichte Stolpers und Karl Albrechts über die Restauration mit den liberalen Kadern aus dem „zweiten Glied" wie Erhard und Heuss, in: R. Opitz (Hrsg.), Europastrategien des deutschen Kapitals 1900–1945, S. 1009–1053.
35) Anders die Entwicklung in der SBZ, wo die LDPD schrittweise radikaldemokratische Elemente aufnimmt; siehe R. Agsten/M. Bogisch, Bürgertum am Wendepunkt, Berlin (DDR) 1969; sowie deren Dokumentation in „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft", 10/1971.
36) G. Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1955; H. Mommsen, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstands, in: Der deutsche Widerstand gegen Hitler, hrsg. v. W. Schmitthenner/H. Buchheim, Köln-Berlin (West) 1966, S. 73–168.

2. Angesichts der nicht erfolgten umfassenden Einigung der deutschen Opposition blieb die Hauptform der Einheit der programmatische Gleichklang der politischen Grundkonzepte für die Überwindung des Faschismus. Die weitgehende Übereinstimmung dieser Aktionsprogramme erlaubte nicht nur 1945–47 die Bildung gemeinsamer Regierungen und Verwaltungen in Ländern und Gemeinden von den Kommunisten bis zu den Christen, sondern auch noch die Erarbeitung von demokratischen Landesverfassungen – und mit einigen Einschränkungen selbst noch des Grundgesetzes von 1949 –, die substantielle Elemente jener freiheitlichen und sozial verfaßten Demokratie aufwiesen, von der alle Programme der deutschen Anti-Hitler-Opposition gesprochen hatten. Dabei soll, besonders angesichts des Erosionsprozesses, dem der demokratische Konsens durch den Kalten Krieg unterworfen wurde, nicht die Doppelbödigkeit vieler dieser Vorstellungen geleugnet werden, die sowohl zu einer fortgeschrittenen Demokratie als auch zu einer restaurativen „Modernisierung" des alten Gesellschaftssystems führen konnten. Im Konzept des breiten Bündnisses politisch und sozial unterschiedlicher Strömungen ist ja gerade jenes Schwanken zwischen den gegensätzlichen Polen des epochalen Grundwiderspruchs „Arbeiterklasse gegen Großkapital" mitbedacht. Bündnispolitik war von daher immer erneutes Ringen um die Hegemonie der fortschrittlichen Kräfte und Tendenzen. In jedem Programm finden sich daher widersprüchliche Aussagen, bei deren Realisierung es vom allgemeinen Kräfteverhältnis abhängt, welche Linie sich durchsetzt.

3. An nicht wenigen Stellen des deutschen Widerstands, jedenfalls an erheblich mehr, als die offiziöse Geschichtsschreibung der Bundesrepublik wahrhaben will, trafen sich die Vertreter unterschiedlicher Richtungen in der Gemeinsamkeit der Aktion. Dabei spielten die Einheitsfrontabkommen der Arbeiterparteien, z. B. in Frankfurt, Berlin und Dortmund 1934/35[37]) eine bahnbrechende Rolle. Auch unterhalb der Ebene spektakulärer Abkommen gab es viele Ansätze zur Kooperation des Arbeiterwiderstands. Weitere Beispiele gemeinsamer Aktion sind die Verteidigung der spanischen Republik durch 5000 deutsche Interbrigadisten[38]), die Zusammenarbeit von jungen Kommunisten und Christen um den Kaplan Rossaint im Rheinland[39]), oder die Gesprächskontakte, die die Männer der kommunistischen operativen Leitung um Franz Jakob und Anton Saefkow 1944 mit sozialdemokratischen Vertretern des Kreises um den 20. Juli hatten[40]). In den Antifa-Gruppen spontaner Selbsthilfe bei der Befreiung 1945[41]) und in sozialdemokratisch-kommunistischen Aktionsgemeinschaften[42]) danach prägte der Gedanke der Einheit des

37) B. Mausbach-Bromberger, Arbeiterwiderstand in Frankfurt am Main, Frankfurt/M. 1976; D. Peukert, Ruhrarbeiter gegen den Faschismus, Frankfurt/M. 1976; Moraw, a.a.O.; Griepenburg, a.a.O.

38) Brigada internacional . . . Erlebnisse ehemaliger deutscher Spanienkämpfer, ausgew. und eingel. v. H. Maaßen, 2 Bde., Berlin (DDR) 1974; Pasaremos. Deutsche Antifaschisten im nationalrevolutionären Krieg des spanischen Volkes, Berlin (DDR) 1970.

39) Peukert, a.a.O., S. 243 ff.

40) Lockere Kontakte bestanden von Leuschner und Trott, sowie von Reichwein zu Schulze-Boysen und Harnack, von Leber und Reichwein zu Jacob und Saefkow und von Caesar v. Hofacker in Paris zur Bewegung Freies Deutschland für den Westen; Mommsen, Gesellschaftsbild . . ., a.a.O., S. 153; K. H. Pech, An der Seite der Resistance, Berlin (DDR) 1974, S. 145–151, 299; Biernat/Kraushaar, Die Schulze-Boysen-Harnack-Organisation im antifaschistischen Kampf, Berlin (DDR) 1972; vgl. K. Finker, Stauffenberg, Berlin (DDR) 1970.

41) Niethammer/Borsdorf/Brandt (Hrsg.), Arbeiterinitiative 1945, Wuppertal 1976.

42) Exemplarisch: H. Christier, Sozialdemokratie und Kommunismus. Die Politik der SPD und der KPD in

Handelns trotz unterschiedlicher weiterführender Auffassungen das Bewußtsein der Demokraten der ersten Stunde.

4. Auch der deutsche Widerstand kann auf überparteiliche politische Sammlungsorgane verweisen, wie sie sich in anderen Ländern in vollständigerer Form in Einheitsgewerkschaften und Nationalen Fronten zeigten. Auch hier ging, wie so oft, der Arbeiterwiderstand voran, in dessen Reihen sich frühzeitig Bestrebungen zur Gewerkschaftseinheit äußerten. Solche Bemühungen spiegelten sich sowohl in der Bildung illegaler einheitlicher Gewerkschaftsgruppen[43]), z. B. 1934/35 bereits in Wuppertal, Berlin und Mitteldeutschland, als auch in Versuchen, einzelne Verbände, wie die Bergarbeitergewerkschaft, durch Vertrauensleute im Lande und Arbeitsausschüsse in den Emigrationsländern wiederherzustellen, ja selbst in Gesprächen und Kontakten führender ehemaliger ADGB- und christlicher Funktionäre sowohl in der Emigration als auch im Reich, z. B. um Wilhelm Leuschner. Gewerkschafter aller Parteirichtungen trafen sich, etwa in Schweden und Großbritannien, in Landesgruppen Deutscher Gewerkschafter[44]) und in der Stunde der Befreiung in Betriebsausschüssen der künftigen Einheitsgewerkschaft in zahlreichen deutschen Städten[45]). Wie sehr die Erfahrungen des Widerstands primär auf Vereinigung der Anstregungen und Gleichklang der unmittelbaren Ziele drängten, zeigte sich auch in der breiten Bewegung der Antifa-Ausschüsse unmittelbar nach der Befreiung deutscher Städte 1945. Ihnen waren die Ziele einer Reinigung ihrer Stadt, ihres Betriebs von nazistischen Kräften, der Koordination der antifaschistisch-demokratischen Richtungen und der sofortigen Selbsthilfe beim Wiederaufbau der zerstörten Städte und Betriebe gemeinsam.

Parallel zu den Bemühungen um die Einigung der Arbeiterklasse liefen die Versuche, die politischen Repräsentanten auch der bürgerlichen Demokratie in das antifaschistische Bündnis, in die Volksfront einzubeziehen. Hier leistete der Pariser Volksfrontausschuß unter Leitung Heinrich Manns trotz der relativ kurzen Zeit seines Bestehens einen historisch unübersehbaren Beitrag, indem er zum erstenmal in der Praxis das Experiment erprobte, den deutschen Widerstand in allen seinen wichtigen Strömungen zur Gemeinsamkeit auf der Grundlage eines programmatischen Konsenses zusammenzufassen[46]). Dies Programm fand unter den Bedingungen des Weltkrieges seine organische Erweiterung durch die Bewegung Freies Deutschland[47]), die weit über die Sowjetunion hinaus in fast allen Exilländern die größte Zahl der Emigranten umfaßte[48]) und auch in einzelnen Gruppen des innerdeutschen Widerstands

---

Hamburg 1945–1949, Hamburg 1976; Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, 1945–1946, Berlin (DDR) 1959; Kann die Linke zusammenarbeiten? Dokumentationsserie, in: „die tat", Frankfurt/M., 23. 8. bis 13. 12. 1975.

43) Peukert, a.a.O.; H. Bednareck, Die Gewerkschaftspolitik der KPD 1935–1939, Berlin (DDR) 1969; U. Borsdorf, Der Weg zur Einheitsgewerkschaft, in: Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, hrsg. v. J. Reulecke, Wuppertal 1974, S. 385–414; Ders. in: Arbeiterinitiative 1945, S. 82–104; H. Mommsen, Die deutschen Gewerkschaften . . ., a.a.O.

44) Müssener, a.a.O.; Röder, a.a.O.

45) Arbeiterinitiative 1945, a.a.O.

46) U. Lengkau-Alex, a.a.O.

47) U. a. Bergmann, a.a.O.; Müssener, a.a.O.; Röder, a.a.O.; Kiessling, a.a.O.; S. Scheurig, Freies Deutschland, München 1960.

48) Prinzipiell ablehnend verhielt sich allerdings der SPD-Exilvorstand; besonders breit waren die Bündnisse in Schweden, Schweiz, Frankreich und Mexiko.

verankert war. Diese Bewegung vereinte unter dem Nahziel der Beendigung des Krieges durch den Sturz Hitlers und die Beseitigung der faschistischen Macht auch Kräfte der Bourgeoisie und der Generalität, die für diese unmittelbaren Aufgaben mit den demokratischen Kräften zusammengehen wollten.

Hauptelemente des antifaschistischen Programms

Alle bedeutenden Programme des Widerstands, des Exils und der ersten Nachkriegszeit formulierten Grundforderungen, die im Kontext eines solchen Demokratieverständnisses einen weitgehenden Konsens herstellten. Ihre Hauptforderungen waren:

1. Die Vereinigung aller KBO M Sturz Hitlers und zur Verhinderung bzw. seit 1939 zur sofortigen Beendigung des Krieges. Den Frieden wiederherzustellen und die Verantwortlichen für den faschistischen Terror und den Krieg zur Rechenschaft zu ziehen, bedeutete für keinen Teilnehmer der antifaschistischen Bewegung einfach nur Waffenstillstand und einige personalpolitische Umbesetzungen, sondern die Einleitung eines strukturverändernden demokratischen Bruchs, der jede Wiederholung der Barbarei ausschließen sollte. Von diesem Grundsatz her bestimmten sich auch alle weiteren programmatischen Vorschläge.

2. Die Wiederherstellung der Menschenrechte, die angesichts der faschistischen Barbarei eine neue, unverzichtbare Aktualität erlangt hatten. Das neue Element des antifaschistischen Konsenses bestand aber darin, daß diese klassischen Freiheitsrechte nicht nur formal garantiert werden sollten, sondern daß auch die praktischen Garantien für ihre Realisierung und universelle Anwendung auf alle Bevölkerungsgruppen mitbedacht wurden. Diesem Ziel diente die Entwicklung demokratischer Machtverhältnisse, eines Bildungswesens, das allen den Zugang zur Kultur erlauben sollte, und besonders die Ergänzung der klassischen Menschenrechte aus der Tradition der bürgerlichen Revolutionen um die sozialen Menschenrechte (Recht auf Arbeit, Bildung, Freizeit, gerechten Lohn, auskömmliches Leben), die aus den alten Kampfprogrammen der Arbeiterbewegung übernommen wurden[50]).

3. Reale Teilnahme der Masse der Bevölkerung an der staatlichen und wirtschaftlichen Leitung und Planung. Dazu entwarf der Widerstand bei aller Unterschiedlichkeit im Detail Konzepte, die weit über eine formale Repräsentativdemokratie hinausgingen: Mitbestimmung im Betrieb, Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, Reform des obrigkeitlichen Beamtentums, unmittelbare legislative Rechte des Volkes durch Volksabstimmung und Volksentscheid, etc.[51]). Wenn es auch unter den verschiedenen Oppositionsgruppen

49) Entfällt.
50) Niclauß, Demokratiegründung in Westdeutschland, München 1974, spricht vom Konzept der „sozialen Mehrheitsdemokratie".
51) Diesem Konzept widersprachen autoritäre Vorstellungen einer „Erziehungsdiktatur", die das vom Faschismus verblendete Volk erst zu demokratischem Verhalten hinführen sollte, besonders in konservativen Kreisen, aber auch bei manchen Linken. Von diesem auf länger berechneten autoritären Gegenentwurf müssen die bei allen Gruppen vorhandenen Vorstellungen unterschieden werden, die 1. auf rigorose, diktatorische Maßnahmen in der unmittelbaren Übergangsphase vom Faschismus zur Demokratie zielten, 2. die neue Demokratie bewußt mit wirkungsvollen Abwehrmitteln gegen das Neuaufkommen faschistischer Strömungen ausstatten wollten.

Differenzen über das Verhältnis von Föderalisierung und Zentralisierung gab, war man sich doch über eine erhöhte Beteiligung des Volkes an den Staatsgeschäften einig – eine Aufassung, die die Väter des Grundgesetzes – im Gegensatz zu vielen Landesverfassungen – bereits negierten. Gerade auf dem Gebiet der Staatsverfassung wies sich schon das Grundgesetz von 1949 mit seinem durchgängigen Mißtrauen gegen das Volk bereits als Produkt der Restauration und als Negierung wichtiger Auffassungen des Antifaschismus aus, auf den es sich in anderen Zusammenhängen noch stützte.

4. Allen Kräften des Widerstands war das Bewußtsein gemeinsam, daß die neue Demokratie durch eine verstärkte Rolle der Arbeiterklasse charakterisiert werden sollte, die ihrer Bedeutung im antifaschistischen Kampf entsprach. Diese Grundhaltung drückte sich am klarsten in den Konzepten der neuen einheitlichen Gewerkschaftsbewegung aus, die wie selbstverständlich neben ihren traditionellen ökonomischen, tarifpolitischen Aufgaben an den wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Entscheidungen in bedeutendem Maße mitwirken sollten[52]).

5. Freiheit von Kunst und Wissenschaft, Bildung und Erziehung von aller äußeren Bevormundung, aber gleichzeitig deren entschiedene Bindung an die Ideale der Demokratie und des Humanismus. Nach den Erfahrungen mit der Pervertierung der Wissenschaft und Erziehung im Dienste der faschistischen Expansionspolitik und ihres Rassenwahns schien den Antifaschisten diese verpflichtende Bindung an die Freiheitsideale und Menschenrechte genauso wichtig wie die Beseitigung sozialer Schranken für den Zugang der arbeitenden Bevölkerung zur Kultur[53]).

Der Wiederaufbau des zerstörten Deutschland sollte auf einem neuen Typ der Wirtschaftsentwicklung beruhen, der auf der Koexistenz einer verstaatlichten Schlüsselindustrie, genossenschaftlicher und privater Betriebe basierte. Allerdings bestanden Differenzen über den historischen Standort dieser Produktionsweise, die SPD und CDU-Linke als Alternative zum sozialistischen Wirtschaftsmodell der Sowjetunion begriffen[54]), während die KPD die antimonopolistisch-demokratische Ordnung als Vorstufe zur sozialistischen Umwälzung verstand. Die Lenkung dieses neuen Wirtschaftstyps sollte nach wiederum einhelliger Auffassung durch eine Kombination staatlicher Rahmenplanung mit Marktmechanismen und privater Initiative bei starker Repräsentanz der Arbeiterinteressen durch Organe paritätischer Mitbestimmung auf allen Ebenen erfolgen. Während über Ausmaß und Formen der Vergesellschaftung gestritten wurde, waren sich alle darüber einig, daß die ungeheueren Anstrengungen des Wiederaufbaus nur in einer organischen Verknüpfung von Austerity und gesellschaftlicher Neuordnung („Strukturreform und Wachstumspakt"[55]) geleistet werden könnten. Die meisten Landesverfassun-

52) Siehe die Aufsätze von Niethammer/Beier/Otto in: Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung, a.a.O., S. 303 ff., 359 ff., 399 ff.
53) Große Sprengkraft lag allerdings in den entgegengesetzten Bildungsinhalten, die die Arbeiterparteien und Liberalen einerseits, die christlichen Parteien andererseits vertraten.
54) Weniger bekannt als die Sozialisierungsbewegungen sind die Bodenreformansätze: siehe G. Trittel, Die Bodenreform in der Britischen Zone 1945–1949, Stuttgart 1975.
55) So L. Niethammer in: Vom Sozialistengesetz . . ., S. 303–358.

gen[56]), zuletzt die nordrhein-westfälische von 1950[57]), schrieben diesen neuen demokratischen Wirtschaftstyp verbindlich fest.

6. Schaffung einer gesamteuropäischen Friedensordnung und von Garantien, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen kann. In den meisten antifaschistischen Programmen, besonders aus der Arbeiterbewegung, nahm daher die Forderung nach der Zerschlagung des preußisch-deutschen Militarismus und die Enteignung der Kriegsschuldigen einen zentralen Platz ein. Eine gründliche Säuberung von Schulen, Behörden und Betrieben von aktiven Nazis und die Bestrafung aller an Verbrechen Beteiligten sollten eine friedliebende Politik einleiten, die langfristig durch die Integration Deutschlands in eine gesamteuropäische Friedenspolitik, freundschaftliche Beziehungen zu allen Mächten, einschließlich der Sowjetunion, Wiedergutmachung der Kriegsschäden und das Verbot jeder nazistischen oder auf Revanche zielenden Propaganda garantiert werden sollte.

7. Auf diesen sozialen und politischen Grundlagen sollte sich eine neue demokratische Form der deutschen Nation herausbilden, die mit der reaktionären und militaristischen Traditionslinie endgültig gebrochen hatte. Diese neue deutsche Nation sollte sich auf die demokratischen Traditionselemente der deutschen Geschichte von den Bauernkriegen über die 1848er Revolution bis zum antifaschistischen Widerstand stützen.

Einheit und Differenzierung

Wenn sich auch die vielfältigen antifaschistischen Programme auf den skizzierten demokratischen Konsens zubewegten, so gab diesem doch jede beteiligte Richtung ihren spezifischen Akzent, der sich aus ihrer eigenen Tradition und Interessenlage ergab. Diese Besonderheiten dürfen nicht einfach als störende Elemente gewertet werden; denn oftmals gaben sie dem gemeinsamen Bild gerade jene Vielfalt und Differenzierung, die eine echte Kooperation verschiedener demokratischer Strömungen immer auszeichnet.

Die *Kommunisten,* ausgehend von der marxistisch-leninistischen Theorie des Klassenkampfes und des Staates, betonten die revolutionär-demokratische Politik der neuen Demokratie und interpretierten sie als Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution und als Öffnung des Weges zum Sozialismus. Sie bemühten sich, nicht nur die Arbeiterklasse in der Einheit der Aktion zusammenzuschließen, sondern auch die bürgerlichen Kräfte für einen antifaschistisch-demokratischen Block zu gewinnen[58]). Aus ihrer engen Verbundenheit mit der Sowjetunion heraus traten die Kommunisten außerdem am entschiedensten gegen jede offene oder versteckte Form des Antisowje-

56) z. B. Anne Weiß-Hartmann, Der Freie Gewerkschaftsbund Hessen 1945–1949, Marburg 1977.
57) P. Hüttenberger, Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie, Siegburg 1973.
58) Zumindest bis 1947 traten in der KPD/SED-Auffassung der Blockpolitik die rein instrumentalen Aspekte hinter das Angebot langfristiger, gleichberechtigter Mitarbeit zurück.

tismus und für eine enge Verbindung Deutschlands zur UdSSR als einer der Hauptmächte der Anti-Hitler-Koalition auf[59]).

Die *Sozialdemokraten*[60]) hoben besonders die parlamentarisch-demokratische Staatsform hervor, für die sie bei den westlichen Partnern der Anti-Hitler-Koalition Beispiele suchten. Anders als die Kommunisten stellten sie in ihren Programmen die „Sozialisierung" auf die Tagesordnung, ohne daß sich allerdings ihre praktischen Vorschläge weitgehend von den aktuellen Konzepten der anderen Gruppen unterschieden hätten. Hier wurde das Erbe der reformistischen Theorie deutlich, die den Sozialismusbegriff nicht einem revolutionären Systemwechsel, sondern schon einer Politik der schrittweisen Akkumulation sozialistischer Elemente zuordnete.

In den Programmen der *Christen*[61]), in Ansätzen schon des Kreisauer Kreises, wie dann der christlichen Gewerkschafter und des linken CDU-Flügels, gründete sich das Ideal einer harmonischen sozialen Gemeinschaft zwar nunmehr auf einer deutlich antimonopolistischen Orientierung, aber es hob doch besonders die mittelständischen Ideale kleinen, weitgestreuten Privatbesitzes, der Eigentumsverteilung und der sozial stabilisierenden Rolle der Familie hervor. Das besondere Interesse der Christen zielte außerdem auf eine moralisch-geistige Erneuerung der Deutschen im Geiste der Religion, was sich in den von der CDU/CSU mitgetragenen Landesverfassungen z. B. von Bayern, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen deutlich ausdrückte.

Diese unterschiedlichen programmatischen Akzente stellten die notwendige zweite Seite des demokratischen Konsenses dar, der seine Kraft daraus schöpfte, daß er nicht als leerer Minimalkompromiß, sondern als Resultat der Übereinstimmung wesentlicher Erfahrungen und Einsichten entstand. Zum Wesen dieses demokratischen Konsenses gehört daher die Wechselbeziehung von Einheit *und* Vielfalt.

Allerdings darf nicht verkannt werden, daß von Anfang an in den Ansätzen zu demokratischer Allianz nicht nur jener Sprengstoff lag, der aus den unterschiedlichen Traditionen und Interessen herrührte (die, wie wir gesehen haben, durchaus konsensfähig waren), sondern auch Elemente der Dekomposition, die mehr oder minder bewußt auf die Lahmlegung und Spaltung der Allianz zielten. Welche der beiden Strömungen sich durchsetzen würde, hing weniger von dem subjektiven Willen einzelner Bündnispartner, als von dem internationalen Kräfteverhältnis und der realen Stärke der demokratischen Kräfte in Deutschland ab. Dabei wirkte sich als entscheidende Besonderheit Deutschlands gegenüber fast allen anderen europäischen Ländern die weitgehende Trennung der demokratischen Kräfte über mehr als ein Dutzend Jahre von praktischer gesellschaftlicher Tätigkeit aus. Der Einfluß der Emi-

59) Anders als SPD, LDP und CDU, die den propagandistischen Wert taktischer Distanzierungen zu den Vier Mächten voll ausschöpften, blieb die KPD bei ihrer prinzipiellen Identifikation mit den Beschlüssen von Potsdam und der Deutschlandpolitik der UdSSR, auch wenn ihr dies in der westdeutschen öffentlichen Meinung schadete.

60) L. Edinger, Kurt Schumacher, Köln/Opladen 1967; Brauns/Jaeggi u. a., SPD in der Krise, Frankfurt/M. 1976; Moraw, a.a.O.

61) Siehe Anm. 27–31.

granten ins Land hatte nur in den ersten Jahren nach 1933 nennenswerten Umfang, danach standen sie isoliert in fremden Ländern; die Widerstandszirkel in Deutschland umfaßten nur einen geringen Teil selbst unter der Minderheit der antifaschistisch gesinnten Bevölkerung. Interessenvertretung, Klassenkämpfe, offene Auseinandersetzungen: kurz, demokratische Tagespraxis fand nicht statt und konnte daher auch nicht die Erfahrungen beibringen, die die antifaschistischen Alternativen im realen Handeln fundiert hätten. Erste Anfänge eigener Initiative zur Lösung der brennendsten Probleme durch die Antifa-Ausschüsse 1945 wurden durch die westlichen Besatzungsmächte schon bald verboten. So blieb die Masse der Bevölkerung auch unter der Besatzung unter politischer Quarantäne, und die Vereinigung der Ideen des Widerstands und Exils mit dem Denken und Handeln der Deutschen gelang nur mühsam und noch dazu in einer Weise, daß wenige Jahre später mit beginnender Restauration die Politik der „Oberen" und der Alltag „unten" im klassischen Untertanenverständnis wieder auseinanderfielen. Zu dieser relativ schleunigen Immunisierung der Bevölkerung vor den antifaschistisch-demokratischen Ideen trugen neben der Aktivität der Besatzungsmächte auch objektive Faktoren des sozialen Strukturwandels bei. So besaß die Generation, die durch die HJ gegangen war, ohnehin kaum einen Traditionszusammenhang zu vorfaschistischen Haltungen; die sozialen Umschichtungen durch Kriegsopfer, Evakuierungen, Massenwanderung von Flüchtlingen und umgesiedelten Ostdeutschen, späte Reintegration der Kriegsgefangenen, mit ihren verheerenden Folgen für das soziale und politische Bewußtsein, taten ein übriges.

Zunächst aber gab es nur wenige Stimmen, die offen gegen die Zusammenarbeit der demokratischen antifaschistischen Gruppierungen auftraten. Hauptformen von Ansichten, die auf die Spaltung der antifaschistischen Allianzen zielten, waren um 1945:

– Die Hervorhebung der westeuropäisch-abendländischen Kulturtradition gegenüber der des Ostens, womit, ohne die Sowjetunion und die KPD direkt anzugreifen, deren Einfluß auf den demokratischen Neuanfang minimalisiert werden sollte[62]).

– Die Betonung der politischen Unmündigkeit des deutschen Volkes, was unter dem Vorwand der „Erziehungsdiktatur" die demokratischen Regungen unter Kontrolle halten wollte (z. B. indem man vorschlug, die faschistische „Deutsche Arbeitsfront" für den Gewerkschaftsaufbau einfach zu übernehmen).

– Schwächung des Zusammenhalts zwischen christlicher Linken in Zentrum und CDU/CSU mit der Arbeiterbewegung, indem gegen das einigende Moment der sozialökonomischen Umgestaltung das Trennende des Kulturkampfes gestellt wurde. Unter der Flagge der christlichen Bildungsideale fanden

62) So polemisierte Schumacher zunächst nicht frontal gegen die KPD, sondern kritisierte deren Nähe zu „Moskau" und empfahl die Beschränkung auf Aktionseinheit statt Einheitspartei. Umgekehrt isolierte sich die westdeutsche KP durch ihre vorbehaltlose Identifikation mit allen Erscheinungen der sozialökonomischen und politischen Transformation in der SBZ von ihren potentiellen Bündnispartnern, die sich durch dortige rigorose Maßnahmen schon früh in ihrer politischen Existenz betroffen wußten.

sich auch die linken Christen in einer Front mit dem konservativen Flügel der CDU/CSU[63]).

– Die Hinauszögerung von sozialen Umgestaltungen mit der Begründung, es handele sich bei den Länderverfassungen bzw. dann beim Grundgesetz um Provisorien, die keine irreversiblen Entscheidungen vor der gesamtdeutschen Einigung treffen dürften[64]).

Trotz aller orts- und zeitbedingter Differenzen ist den Spaltungskonzepten die Taktik gemeinsam, nicht die Einigung schlechthin in Frage zu stellen, sondern sie durch die Konzentration auf eine Einzelfrage sukzessive aus den Angeln zu heben.

Diese komplizierte politische Konstellation berücksichtigten die Antifaschisten auch beim Ringen um einen gemeinsamen politischen Ausdruck und bei der Austragung von Meinungsverschiedenheiten[65]). Es galt, die Einheit gerade in der Vielfalt zu bewahren, die selbständigen Traditionselemente der Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen und bürgerlichen Demokraten als gleichberechtigten, eigenständigen Beitrag zur Allianz zu tolerieren[66]). Es galt, den gemeinsamen Antifaschismus als neuen geschichtlichen Konsens der Volkskräfte zu begreifen und somit eine zeitweilige Abwehrkoalition zu prinzipieller demokratischer Gemeinsamkeit zu entwickeln[67]).

Letztlich vollzog sich dieses Ringen in dem polaren sozialen Kräftefeld, das durch die Positionen von Arbeiterklasse und Monopolkapital abgesteckt ist. Radikaldemokratische, antifaschistische Bündnispolitik läßt sich daher als das Ringen um die Isolierung des Großkapitals begreifen.

Der Allianz für die Demokratie aus Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und bürgerlichen Demokraten entsprach also sozial das Konzept eines historischen Blocks der Arbeiterklasse mit allen übrigen werktätigen Klassen und Schichten. Der geschichtliche Konsens der antifaschistisch-demokratischen Strömungen fand seinen politischen Inhalt im Konzept einer erneuerten freiheitlichen und in der aktiven Machtausübung durch die arbeitende Bevölkerung verankerten Demokratie auf der Grundlage einer antimonopolistischen Umgestaltung der Gesellschaftsstruktur. Wesentliche Bedingungen für ihre irreversible Durchsetzung wären aber zuallererst solche internationalen Verhältnisse gewesen, wie sie sich in der Anti-Hitler-Koalition und in den,

---

63) In klassischer Weise spielt die mit Adenauer verbundene Fraktionsminderheit der CDU im NRW-Landtag diese Taktik gegen die linke CDU-Mehrheit unter Ministerpräsident Arnold durch; siehe Hüttenberger, a.a.O.

64) So nicht nur die Besatzungsmächte, sondern auch die Bürgerblockmehrheit im Parlamentarischen Rat und Teile der SPD.

65) R. Billerbeck, Die Abgeordneten der ersten Landtage und der Nationalsozialismus, Düsseldorf 1971, unterschätzt, teilweise durch seine quantifizierende Methode bedingt, die interfraktionellen Gemeinsamkeiten und das Ausmaß der praktischen Kooperation.

66) Beispielhaft: manche Debatten in der Exilliteratur und auf den Schriftstellerkongressen der 30er Jahre; H. A. Walter, a.a.O., bes. Bd. 7.

67) Niclauß, a.a.O., unterscheidet zwischen dem engeren Konsens auf dem Boden der „sozialen Mehrheitsdemokratie" (KPD, SPD, linke CDU, Zentrum) und dem weiteren Konsens, der sich zwischen dieser Position und den Auffassungen rein „konstitutioneller Demokratie" im dominierenden Bürgerblock während der Grundgesetzberatungen herausbildete. Es ist zu überlegen, ob der GG-Kompromiß nicht bereits starke Züge einer grundsätzlichen Abwendung vom antifaschistisch-demokratischen Konsens zeigt; vgl. W. Sörgel, Konsensus und Interesse, Stuttgart 1965.

wenn auch machmal nur schwierig zustandegekommenen, gemeinsamen Beschlüssen um Jalta und Potsdam äußerten. Der Übergang zum Kalten Krieg unterbrach auch in Ländern mit weitaus entwickelterer Tradition des Widerstands und der nationalen Gemeinsamkeiten beim Nachkriegsaufbau das Experiment eines demokratischen Übergangs zu einem neuen Typ gesellschaftlicher Entwicklung für Jahrzehnte.

Aber auch schon in den Jahren 1945–1947 fehlten in den Westzonen Deutschlands trotz vieler Ansätze zum gemeinsamen Handeln und partieller Erfolge wesentliche innere Bedingungen für eine Festigung und Verankerung der demokratischen Einheitsbewegung:

1. fehlte es an einer festen und organisierten Einheit an der Basis, besonders zwischen den beiden Arbeiterparteien.

2. besaßen gemeinsame Programme, ja, selbst parlamentarische Beschlüsse angesichts der Prärogativen der Besatzungsmächte keine Durchsetzungsstruktur.

3. blieb aus den beiden bereits genannten Gründen der Schatz gemeinsamer Erfahrungen aus einheitlichem Handeln, der zur Festigung des demokratischen Konsenses und zu seiner Weiterentwicklung im Prozeß der Umgestaltungen geführt hätte, relativ eng begrenzt.

4. Aus der Frontstellung Westdeutschlands an der Nahtstelle beider Weltsysteme resultierte schon bald die Übung der Besatzungsmächte, zur Sicherung ihrer Positionen auf Kräfte in Industrie und Verwaltung zurückzugreifen, die durch den Faschismus schwer kompromittiert waren.

Die Aufhebung von Ansätzen zur demokratischen Erneuerung kündigte sich daher in Westdeutschland früher an und wurde tiefgehender durchgesetzt als etwa in Frankreich oder Italien, so daß in der Bundesrepublik von heute selbst die Erinnerung an Widerstand und demokratischen Neubeginn verschüttet ist. Trotz seines letztlichen Scheiterns bleibt der historische Konsens der Demokraten von 1945 bis heute eine Herausforderung und Mahnung, daß Demokratie, Antifaschismus und gesellschaftliche Erneuerung zur Entmachtung des Großkapitals untrennbar miteinander verbunden sind. Die Verfassungsordnung der Bundesrepublik kann nur der verteidigen, der sich der Verschränkung dieser drei Grundelemente bewußt ist und der zur antifaschistischen Konvergenz ihrer historischen Träger, der Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen und Liberaldemokraten, zurückfindet.

Soeben erschienen:

Frank Deppe / Georg Fülberth / Jürgen Harrer u. a.

Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung

Kleine Bibliothek Bd. 90, 520 Seiten, DM 12,80

Pahl-Rugenstein

PS, eine neue Möglichkeit für ein Übereinkommen zwischen PS und PCF zu eröffnen, blieb erfolglos: Beim CERES findet sich eine ähnliche Haltung wie bei der CFDT: Obwohl die rechte Mehrheit der PS ihren Antrag, einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen, ablehnte, haben sie der erwähnten Resolution des Direktionskomitees der PS zugestimmt, um nicht auf die Seite der Kommunisten zu geraten.

Vorwärtsverteidigung gegen die Krise

Anmerkungen zum 12. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland

Von Axel Breinlinger

I

Das vom 18.–24. September 1977 in Düsseldorf tagende höchste Organ der größten Einzelgewerkschaft des DGB hat vor, während und nach seiner Arbeit in vielerlei Hinsicht Aufsehen erregt. Da wurde bereits im Vorfeld beim Studium der 1040 Anträge an den Gewerkschaftstag (davon 129 Anträge zur Satzung[1]); zum Vergleich: 11. ordentlicher Gewerkschaftstag 1974 in Hannover: 910 Anträge, davon 312 zur Neufassung der Satzung[2])) deutlich, daß die 2,6 Millionen Metaller eine gründliche Diskussion gewerkschaftlicher Politik gegen die sozialökonomischen und politischen Wirkungen der anhaltenden Krise für nunmehr unaufschiebbar hielten. Etwa 20% der Anträge setzten sich direkt mit den strukturellen und konjunkturellen Krisenerscheinungen auseinander (Wirtschaftspolitik, Vollbeschäftigung, Jugendarbeitslosigkeit usw.) oder leiteten ihre Forderungen vorrangig aus diesem Zusammenhang ab (Arbeitszeitverkürzungen, Rationalisierungsschutz qua Tarifpolitik, Neufassung der Arbeitszeitordnung – AZO – etc.), wobei zahlreiche der weiteren Anträge zur Tarif-, Steuer- und Sozialpolitik überhaupt nur vor dem Hintergrund der gemachten Krisenerfahrungen gesehen und verstanden werden können.

1) Vgl. „Metall", Sonderdruck v. 15. 7. 1977.
2) Anträge – Materialien, 11. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall, Frankfurt/M. 1975, S. 261–670 (zit.: Anträge 1974).

Auch der Vorstand als das andere konstitutive Element für die Arbeit dieses Gewerkschaftstages betonte in den Wochen und Tagen vor dem Kongreß ständig, daß es eine „hochpolitische" Reaktion der Konferenz auf das seit dem letzten Gewerkschaftstag so sehr veränderte „wirtschaftliche und soziale Umfeld, in dem die Gewerkschaften zu wirken haben", geben werde[3]). Er wies den Delegierten dann auch außer im Geschäftsbericht gleich mit drei weiteren umfangreichen Publikationen nach, daß er in der letzten Zeit insbesondere hinsichtlich des *strukturellen* Wandels in der Metallindustrie und seiner beschäftigungspolitischen Folgen differenzierte Analysen und Forderungen erarbeitet hatte[4]). Die vorgelegten 33 Entschließungen waren im Vergleich zu 1974 – wenn auch oft nur in Nuancen[5]) – schärfer formuliert und brachen ansatzweise auch mit der bisherigen Tabuisierung von Regierungspolitik und freier Marktwirtschaft. Hinzu kam das vor Gewerkschaftstagen mittlerweile übliche verstärkte Säbelrasseln gegen die Unternehmer, wobei meteorologisch paraphrasierend vor allem die Verfassungsklage der Unternehmerverbände gegen das „Mitbestimmungsgesetz '76" verantwortlich gemacht wurde für den Sturz des sozialen Klimas in die Nähe des Gefrierpunktes[6]). Kurz, der Vorstand glaubte, sich mit Mitgliedschaft und Delegierten weitgehend einig zu sein, sowohl was die Zielsetzung für diesen Gewerkschaftstag anbelangte (härtere Gangart auf der Basis grundsätzlicher gewerkschaftspolitischer Kontinuität), als auch hinsichtlich der von ihm dazu vorgeschlagenen Mittel und Wege. Entsprechend gereizt bis beleidigt war denn auch die Reaktion auf süffisante Vorauskommentare, die dem höchsten Organ neuerliche mangelnde Durchsetzungsfähigkeit der Delegierten und ein Versagen innergewerkschaftlicher Demokratie schlechthin prophezeiten[7]). Der Kongreß selbst hat dann durch Form und Inhalte seiner Arbeit die richtigen Antworten gegeben: Weder hat er folgenlosen Verbalradikalismus praktiziert, noch hat er undifferenziert Front gegen den Vorstand gemacht, wie dies so mancher Basis-Apparat-Schismatiker wohl gern gesehen hätte.

Er hat sich als „demokratischer Souverän"[8]) stets die letzte Entscheidung über Verfahrensfragen selbst vorbehalten, wobei die vielzitierte, gleich zu Konferenzbeginn durchgesetzte Geschäftsordnungsänderung[9]), die Änderungen an den vorgelegten Entschließungen ermöglichte, sicherlich das wichtigste, aber eben nur ein Beispiel ist. Die 546 Delegierten, fast zu 80% zum erstenmal auf einem Gewerkschaftstag, beherrschten immer die teilweise sehr komplizierten Abstimmungsmodalitäten; unglückliche Vorschläge, etwa als das

3) Loderer in: „Sozialpolitische Nachrichten" v. 12. 9. 1977; K. H. Janzen in: „Die Welt" v. 25. 8. 1977; vgl. auch Loderer auf dem Gewerkschaftstag selbst, in: Vorstand der IG Metall (Hrsg.), Protokoll 12. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall, Frankfurt/M. 1977, S. 213 (im folgenden zit.: Protokoll 1977).
4) Vgl. Strukturwandel in der Metallindustrie. Analytische und konzeptionelle Ansätze der IG Metall zur Strukturpolitik 1975 bis 1977; Strukturelle Arbeitslosigkeit durch technologischen Wandel?, Referate, gehalten auf der Technologie-Tagung der IG Metall, 24./25. 5. 1977 in Frankfurt/M.; Zur Situation bei Eisen und Stahl, Referate und Diskussionsbeiträge der Stahlkonferenz der IG Metall am 27. 5. 1977 in Dortmund; alle hrsg. vom Vorstand der IG Metall, Frankfurt/M. 1977.
5) Dazu im einzelnen weiter unten.
6) Loderer in: „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 24. 8. 1977.
7) So Stephan Burgdorff im „Spiegel" v. 19. 9. 1977; vgl. dazu Loderer, Protokoll 1977, S. 213.
8) Hans Mayr, Protokoll 1977, S. 9.
9) Protokoll 1977, S. 61 ff. Es wurde damit zum erstenmal eine vom Vorstand vorgelegte Geschäftsordnung geändert. Bericht Mandatsprüfungskommission, Protokoll 1977, S. 59. Protokoll 1977, S. 403 f.

Präsidium in die Beratung der Anträge zum Schlichtungsabkommen die Rede des SPD-Parteivorsitzenden Willy Brandt einschieben wollte, wurden sofort vom Kongreß korrigiert. Im übrigen läßt sich die Arbeit der konferenzleitenden Gremien dieses Gewerkschaftstages (Präsidium, Antrags- und Satzungsberatungskommission) nicht mit dem in der Vergangenheit gern und oft zu pauschal erhobenen Vorwurf abtun, sie hätten quasi als „Vorstandskomplizen" versucht[10]), den Kongreß in Verfahrens- und inhaltlichen Fragen zu überfahren. So änderte die Antragsberatungskommission mehrfach ihre Empfehlungen im Sinne der Plenumsdiskussion und befürwortete von vornherein gegen den erklärten Willen des Vorstands[11]) die Aufnahme der Forderung nach der 35-Stunden-Woche in die Entschließung (E) 12 Tarifpolitik[12]). Was allerdings bleibt, ist das Unbehagen darüber, daß Antragsberatungskommission und Vorstand von den 1040 gestellten Anträgen 576 durch die Entschließungen als ganz bzw. teilweise erledigt ansahen; von den restlichen 464 Anträgen sollten wiederum 220 durch Leitanträge erfaßt sein, so daß schließlich nur noch 244 Anträge zur Einzelberatung anstanden, wovon ganze 60 zur Annahme vorgeschlagen wurden. Ein Unbehagen, das auch zumindest ein Mitglied der Antragsberatungskommission artikulierte, und das dann in berechtigte Kritik umschlagen muß, wenn mit einer Entschließung nicht nur inhaltlich konträre Anträge erledigt sein sollen, sondern auch Anträge, deren jeweiliges Anliegen überhaupt nicht von dem vorgeschlagenen Beratungsgegenstand erfaßt wird. Trotz der über die veränderte Geschäftsordnung durchgesetzten Änderungen dürfte dadurch so manches lohnende Problem auf der Strecke geblieben sein.

II

Was macht nun aber eigentlich den „Politisiertheitsgrad" dieses Gewerkschaftstages aus? War dies nun eine im klassischen Sinne politische Artikulation der westdeutschen Arbeiterbewegung, in der sie ihre Interessen in allgemeiner Form artikuliert hätte, in einer Form, die allgemeine, gesellschaftlich zwingende Kraft besitzt, inhaltlich gerichtet auf die Überwindung kapitalistischer Produktionsweise? Oder war dies „nur" die Formulierung typisch ökonomischer Forderungen der Metallgewerkschafter, ganz im tradierten gewerkschaftlichen Selbstverständnis auf den Versuch ausgerichtet, ein planmäßiges Zusammenwirken zwischen Beschäftigten und Unbeschäftigten zu organisieren, „um die ruinierenden Folgen jenes Naturgesetzes der kapitalistischen Produktion auf ihre Klasse zu brechen oder zu schwächen"?[13]) Oder verdient diese Konferenz deswegen das Prädikat „politisch", weil in ihren Analysen und Beschlüssen Fundamente für einen Prozeß (wieder-)gewonnen wurden, in dem sich durchaus große politische Bewegungen aus scheinbar unbedeutenden Lohnauseinandersetzungen, offensive aus defensiven Kämp-

10) So aber noch Gerhard Bosch, Wie demokratisch sind Gewerkschaften?, Berlin (West) 1974.
11) Vgl. Loderer im „Handelsblatt" v. 26. 8. 1977.
12) Vgl. Anträge und Entschließungen zum 12. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall '77, o. O., o. J., Entschließungen S. 26; die Gremien waren jeweils mehrheitlich personenidentisch mit denen des 11. ordentlichen Gewerkschaftstages.
13) K. Marx, Das Kapital, Bd. 1, in: MEW 23, Berlin (DDR) 1971, S. 669.

fen, Bewegungen für tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen aus Reformbewegungen, systemsprengende aus systemimmanenten Forderungen entwickeln können?[14]) Die Antwort darauf erfordert eine Auseinandersetzung mit den Diskussionen und Entscheidungen dieses 12. ordentlichen Gewerkschaftstages unter drei Gesichtspunkten:

– Wie wurden Erscheinungsformen und Ursachen der anhaltenden Krise aus der ökonomischen und gesellschaftlichen Grundbedingung gegenwärtiger Gewerkschaftspolitik bestimmt?

– Welche konkreten Abwehrmaßnahmen gegen die Abwälzung der Krisenlasten wurden auf den wirtschafts-, tarif-, steuer- und sozialpolitischen Kampffeldern beschlossen?

– Welche Möglichkeiten der Durchsetzung dieser beschlossenen Ziele auf allen Ebenen gewerkschaftlichen Kampfes wurden für die nächsten drei Jahre erörtert und festgelegt?

III

Eine fundierte Erörterung der *Ursachen* der ständig festgestellten, die Diskussion dieses Kongresses beherrschenden ökonomischen und politischen Krise fand nicht statt. Wohl wurden ihre Erscheinungsformen, vorrangig natürlich die Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit, die Bedrohung des sozialen Besitzstandes, struktureller Wandel, Dequalifizierung usw. beschrieben, aber Gründe dafür wurden meist nur peripher erwähnt und lassen sich nur schwer positiv zu einem Bild gesellschaftlicher Entwicklung zusammenfügen, wie es dem gewerkschaftlichen Wollen der IG Metall zugrunde liegen könnte. Unter dem Aspekt des Anspruchs, politisch reagieren zu wollen, sind jedoch einige bemerkenswerte Differenzen zur regierungsoffiziellen Deutung der Krisenursachen (repräsentiert durch die Begrüßungsrede von Bundeskanzler Helmut Schmidt) zutage getreten, die es festzuhalten lohnt, um wenigstens über eine negative Abgrenzung eine genauere Bestimmung dieses äußerst wichtigen Punktes zu gewinnen.

Zwei Grundthesen der Rede des Regierungschefs[15]) interessieren in diesem Zusammenhang besonders: Erstens ließ er keinen Zweifel daran, daß die Ursachen der Krise für ihn primär weltwirtschaftlicher Art sind. Nahostkrieg, daraus resultierende Ölkrise, Vietnamkrieg und daraus resultierende Weltinflation, Vertrauensverlust von Arbeitnehmern und Unternehmern, tiefgreifender Strukturwandel in der Wirtschaft der ganzen Welt, weltweite Neuorganisation der Produktion und weltweite Konkurrenz um Arbeit, konjunkturelle Erholung auf der ganzen Welt 1976 und Abflachung wegen nicht überwundener weltwirtschaftlicher Schwierigkeiten 1977 – mit all dem hätten „wir Deutschen" nun schon seit 1973 zu leben und zu leiden – obwohl wir ausnahmsweise dies alles gar nicht angezettelt hätten. Auch das oberste Ziel

14) Vgl. Werner Petschik/Josef Schleifstein/Helmut Schlüter, Der gewerkschaftliche Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse, in: „Das Argument 62", 11/12/1970, S. 822 ff. (836). Protokoll 1977, S. 9, 45, 168, 329 und passim.
15) Vgl. hierzu und zum folgenden: Protokoll 1977, S. 18–26.

von Regierungspolitik und IG Metall, die Vollbeschäftigung, sei im Zusammenhang mit den erschwerten Bedingungen, wie sie der Herr Bundeskanzler für die ganze Welt leider feststellen mußte, zu sehen. Zweitens präsentierte er dem Kongreß zum Punkt „Verantwortlichkeit für die Krise" das Modell einer gemeinsamen sozialen Mitverantwortung von Gewerkschaften, Unternehmern und Staat[16]), dessen Funktionieren in diesem Lande für die beispiellose soziale Stabilität und damit für die Erfolge im internationalen Vergleich gesorgt habe. Auch mit dem ideologischen Fundament dafür hielt er an anderer Stelle nicht hinter dem Berg: „Das ist notabene gesagt das (. . .), was ich immer unter Sozialismus verstanden habe, daß nämlich alle für die Gemeinschaft und die Gemeinschaft für jeden einzelnen eintreten soll."[17])

Nun wäre hier nicht zu berichten über die gesellschaftspolitische Mentalität des Mannes, der in unserem Staat die Richtlinien der Politik bestimmt, wenn er nicht daraus im Detail drei für die Entwicklung gewerkschaftlicher Politik bedeutsame Konsequenzen gezogen hätte: a) könnten die Gewerkschaften immer für die notwendig auftretenden Schwierigkeiten im sozioökonomischen System dieser Gesellschaft mitverantwortlich gemacht werden. Der Kanzler illustrierte dies durch seine eher beiläufigen Bemerkungen zur Lohn-Preis-Spirale (Mitverantwortung für Inflation), zur Lohn-Beschäftigungs-Spirale (Mitverantwortung für Vollbeschäftigung) und zum Zusammenhang von Rationalisierung und internationaler Konkurrenzfähigkeit (Mitverantwortung für den Außenhandel). b) wird die Verantwortlichkeit der staatlichen Wirtschaftspolitik und damit auch ihre Bedeutung als Adressat gewerkschaftlicher Forderungen gemindert. c) kann aus Gründen der gemeinsamen Verantwortung von den Gewerkschaften die Selbstbeschränkung in ihren Forderungen bis hin zum Verzicht verlangt werden: Zwar ist Ausbildung – aus Gründen des weltweiten Wettbewerbs, versteht sich – ja eigentlich nötig, aber man habe schließlich in einer Reihe von Industrien phantastische Leistungen erbracht, und zwar zu einem ganz großen Teil mit angelernten Arbeitnehmern. „Das ist möglicherweise woanders auch zu vollziehen, auch wenn es dort traditionell bisher nicht üblich war."[18]) Notabene in der Tat des Kanzlers Lesart vom Sozialismus!

Der Gewerkschaftstag hat diese Krisenerklärungen in weiten Teilen nicht übernommen und sich entschieden gegen Versuche verwahrt, den gewerkschaftlichen Handlungsspielraum durch interessendiffuse Mitverantwortungskonstruktionen einzuengen. Zwar fehlte es in den Stellungnahmen des Vorstandes zu diesem Thema nicht an Hinweisen, daß vor allem die *konjunkturellen* Einbrüche weltweit auf Manipulation und Versagen derer zurückzuführen sind, die über Kapital und Unternehmen gebieten[19]). Für die Erscheinung *struktureller* Arbeitslosigkeit wurden aber verstärkt inländische Fehlentwicklungen verantwortlich gemacht und entsprechend für eine vorrangige Bekämpfung der Krise im eigenen Land plädiert. In der Regel wurde jedoch

16) Exemplarisch bei der Frage der Berufsbildung, Protokoll 1977, S. 22, allgemein: vgl. Protokoll S. 23.
17) Protokoll 1977, S. 20. Bei seinen Ausführungen zur Schiffsbauindustrie, Protokoll 1977, S. 20. Bei seinen Ausführungen zur Tarifpolitik, Protokoll 1977, S. 24. Protokoll 1977, S. 19. Protokoll 1977, S. 23.
18) Protokoll 1977, S. 22.
19) So Loderer im Grundsatzreferat, vgl. Protokoll 1977, S. 328; ferner: Protokoll 1977, S. 9, 71, 214 f., 335.

der Widerspruch zwischen dem prinzipiellen Zusammenhang von privatkapitalistischer, marktwirtschaftlicher Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und Krisengenese und der grundsätzlichen Bejahung der Marktwirtschaft[20]) nicht aufgelöst. Letztere habe aber die Restaurierung der alten Macht- und Besitzverhältnisse zugunsten der einseitigen Verteilung von Macht und Vermögen auf die Unternehmer zugelassen[21]), was diese nunmehr je nach Boom oder Krise im Stile nackter unternehmerischer Machtpolitik ausnützten und die Arbeitnehmer nur noch als Manövriermasse für ihre unsozialen kapitalistischen Methoden ansähen[22]). Diese durch unternehmerische Machtpolitik korrumpierte, ja pervertierte Marktwirtschaft verdiene nicht mehr das Prädikat „sozial", sie offenbare vielmehr Schwächen, die genausosehr ein Vertrauen auf die Selbstlenkungskräfte des Marktes verböten, wie sie die kommentarlose Zurückweisung sozialer Partnerschaft und staatliche Eingriffe erforderlich machten[23]).

Obwohl hier also offenbar Unterschiede zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus, privater Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und unternehmerischer Machtpolitik, Konkurrenzprinzip und Konzentrationsprozessen gesehen werden, beinhalten diese Ausführungen des 1. Vorsitzenden der IG Metall doch wichtige Ansätze einer interessenautonomen Definition der IG Metall zur gegenwärtigen Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland: Sie erzwingen die Ablehnung sozialpartnerschaftlichen Denkens, die Forderung nach staatlicher Wirtschaftspolitik im Interesse der abhängig arbeitenden Menschen dieses Landes und schließlich den Ruf nach demokratischer Kontrolle und Planung ohne Angst vor einem Sündenfall gegen die Marktwirtschaft. Keinen Frieden schließen können mit dem Kapitalismus: das hieß für diesen Kongreß noch die Verteidigungslinien gegen die aus dieser Wirtschafts(un)ordnung hervorgegangene Krise abstecken; das kann aber bei konsequenter Fortentwicklung der gewonnenen Einsichten morgen schon die Diskussion um die Offensive im Grundsätzlichen bedeuten, wie sie auf diesem Gewerkschaftstag mit der Eigentumsfrage bereits zögernd angeklungen ist[24]).

Vorerst aber wichtiger sind die klaren Antworten, die der Kongreß auf dieser Grundlage dem Bundeskanzler auf sein Modell sozialer (Krisen-)Mitverantwortung gegeben hat: Einmütig wiesen Vorstand und Delegierte jede Verantwortlichkeit gewerkschaftlicher Politik für den Zustand dieses Wirtschaftssystems zurück: „Es wäre falsch, wenn wir für die unverkennbaren Schwachstellen in Staat und Gesellschaft, für die Fehler von Unternehmern und Politikern Mitverantwortung übernähmen. Nicht wir haben über unsere

20) Protokoll 1977, S. 219, 332f. Anders als Loderer aber z. B. der Delegierte Mathes, Protokoll 1977, S. 177.
21) Loderer, Protokoll 1977, S. 333, 372.
22) Protokoll 1977, S. 215.
23) Loderer, Die eigentlichen Systemveränderer sitzen in den Großkonzernen, Protokoll 1977, S. 332, ferner auch S. 10, 215, 219, 372.
24) Siehe auch die Verschärfung der Formulierung in E 7 Wirtschaftspolitik durch Ergänzungsantrag 7 (Gemeineigentum an Schlüsselindustrien nicht nur im Bedarfsfall), Protokoll 1977, S. 254; die Aufnahme der Vergesellschaftung im Bereich der Energiewirtschaft durch Ergänzungsantrag 9 zu E 8 Energiepolitik, Protokoll 1977, S. 276; schließlich die zahlreichen Hinweise auf die Überholtheit marktwirtschaftlicher Mittel im Bereich der Stahlindustrie; vgl. z. B. Antrag 100 der Vst. Hagen.

Verhältnisse gelebt. Nicht wir haben Euphorie, Aufblähung des Baumarktes und Überkapazitäten erzeugt, sondern das waren vor allem diejenigen, die bei Investitionen und Preisen das Sagen haben, die die Investitionen lenken, und alles nur unter dem Gesichtspunkt des privaten Profitstrebens sehen."[25])

Den Verfechtern einer Lohn-Beschäftigungs-Spirale wurde eine genauso klare Absage erteilt[26]), wie die Regierung nicht aus ihrer Verantwortung für eine wirksame Politik der Vollbeschäftigung und für eine gezielte Strukturpolitik im Sinne der E 1 Allgemeine Gewerkschaftspolitik und der E 7 Wirtschaftspolitik entlassen wurde. Charakteristisch für die der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung (noch) typische Beschränkung politischer Aktivität auf den vorparlamentarischen Raum ist dabei die in der E 1 getroffene Feststellung, daß die IG Metall im politischen Raum ihre Forderungen nur indirekt über die Parteien durchsetzen könne[27]).

Entscheidend an der Auseinandersetzung der Konferenz mit Krisenursachen und Krisenverantwortung, so unvollständig sie in wichtigen Fragen geblieben sein mag, bleibt jedoch, daß sie nicht, wie vom Kanzler empfohlen, zur Selbstbescheidung führte, sondern den Weg zu einer interessenbewußten Abwehrstrategie gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Metallbeschäftigten öffnete.

IV

Es kann an dieser Stelle nicht Aufgabe sein, die in der Tages- und Gewerkschaftspresse bereits ausführlich zitierten Entscheidungen des 12. ordentlichen Gewerkschaftstages[28]) nochmals im einzelnen darzustellen. Es soll hier vielmehr auf zwei übergreifende Gesichtspunkte hingewiesen werden, die für die Entwicklung und Einschätzung der Politik der IG Metall in den nächsten Jahren Bedeutung erlangen werden.

Erstens: Wie bereits angedeutet, ist Resultat dieser Konferenz zwar kein systematisches Antikrisenprogramm, „das die Analyse der gesellschaftlichen Ursachen der Krise mit der Bestimmung gewerkschaftlicher Kampfziele und ihren Durchsetzungsformen verbindet"[29]), aber dieser Gewerkschaftstag ist über die richtige Orientierung in vielen Einzelfragen des Verteilungskampfes und der Staatsintervention hinaus nicht bei ihnen stehengeblieben. Unübersehbar nämlich baute Loderer sein Grundsatzreferat auf den vier „klassischen" Forderungen der Wirtschaftsdemokratie auf[30]):

– demokratische Kontrolle und Planung der Wirtschaft (wo die Märkte als Regulierungsmechanismen versagt haben);

25) So wie hier Loderer (Protokoll 1977, S. 219) auch zahlreiche andere Diskussionsbeiträge; vgl. im Protokoll 1977: S. 76, 145, 174, 175, 179 f.
26) Protokoll 1977 S. 151 f. 171, 214, 340, 348.
27) Vgl. „Der Gewerkschafter", 9/1977, S. 4.
28) Vgl. z. B. „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik", 10/1977.
29) Vgl. auch zum folgenden: Frank Deppe, Integration und Autonomie, in: „Blätter", 1/2/1977, S. 37–52, 150–174 (154).
30) Vgl. Grundsatzreferat Protokoll 1977, S. 327–352, insbes. S. 332 ff.; Fritz Naphtali, Wirtschaftsdemokratie, Frankfurt/M. ^{5}1969, insbes. S. 184 ff.

– qualifizierte Mitbestimmung der Arbeitnehmer (als Teilung der Macht im Unternehmen);
– Wirtschafts- und Sozialräte (soweit sie die Entscheidungskompetenzen des Parlaments nicht beeinträchtigen);
– Vergesellschaftung von wichtigen Industrien.

Es ist auch kein Zufall, daß er dabei den Katholikentag 1949 und Hans Böckler („Vom Wirtschaftsuntertan zum Wirtschaftsbürger") und damit zwei Grundelemente der westdeutschen Einheitsgewerkschaft und ihres ersten Grundsatzprogramms von München 1949 zitierte. Der starke Bezug zum Münchner Grundsatzprogramm, das ebenfalls als Reaktion auf eine lange politische und ökonomische Krisenphase des kapitalistischen Systems verstanden werden kann[31]), setzt dabei nicht nur Markierungspunkte für die IG-Metall-Position in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die Erneuerung des DGB-Grundsatzprogramms von Düsseldorf 1963, er ist zugleich Ausdruck dafür, daß die IG Metall dabei ist, unter dem Druck der Krisenabwehr wieder zu jener klassisch-reformistischen Linie gewerkschaftlicher Politik zurückzufinden, für die sie in den 50er Jahren berühmt und gefürchtet war, die aber seit Eintritt in die Konzertierte Aktion zunehmend verschwommener wurde, ja teilweise – z.B. in der Vermögensbildungsfrage – ganz verlorengegangen war.

Zweitens: Dieser Gewerkschaftstag hat, ausgehend von der Einsicht, daß das Lebensniveau der Werktätigen sich nicht mehr allein aus direktem individuellen Arbeitseinkommen und Individualkonsum bestimmt, seinen Forderungen einen weit entwickelten Reproduktionsbegriff zugrundegelegt. Auf dieser durchaus politischen Basis hat er neben den klassischen „ökonomischen" Aktionsfeldern auch Themen wie „Entspannung und Abrüstung" (E 4), „Energiepolitik" (E 8), „Steuerpolitik" (E 11), Sozial-, Gesundheits- und Rentenpolitik in der E 15, Datenschutz (E 17) und Medienpolitik (E 26) behandelt. Nicht immer waren dabei die Entscheidungen von der interessenmäßig gebotenen Klarheit, so etwa, als trotz wiederholten Hinweises auf die ebenfalls in die Krise geratene Reform- und Demokratisierungspolitik und den Abbau demokratischer Rechte in der Entschließung 27a festgestellt wurde, daß es Berufsverbote eigentlich gar nicht gebe. Es werden wohl die real zu machenden Erfahrungen der nächsten Jahre sein, die hier zu einem Umdenken zwingen werden, wie der in dieser Frage fast geschlossene Dissens der Delegierten des Bezirks Stuttgart bereits heute andeutet.

Der politische Anspruch des Kongresses wird ebenfalls deutlich, wenn man sich die Grundstruktur der Diskussionen und Forderungen zur Reproduktionssicherung unter den Bedingungen der ökonomischen Krise vergegenwärtigt: Um das Hauptziel der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung durch beschleunigtes qualitatives Wachstum[32]) gruppieren sich ergänzende

31) Vgl. D. Hensche, Grundsatzprogramm und Wirtschaftsordnung, in: „Gewerkschaftliche Monatshefte", 11/1976, S. 688ff. (94-696).
32) Vgl. hierzu und zum folgenden a.a.O. die E 1 Allgemeine Gewerkschaftspolitik, E 3 Recht auf Arbeit, E 7 Wirtschaftspolitik, E 11 Finanz- und Steuerpolitik, E 12 Tarifpolitik, E 18 Arbeitsschutz, E 24 Technischer Wandel und Rationalisierung sowie E 25, Humanisierung der Arbeit.

Aufgabenstellungen staatlicher und gewerkschaftlicher (insbesondere der Tarif-)Politik.

Werden auf der einen Seite das Recht auf Arbeit, eine gezielte Strukturpolitik, mehr Auftragsprogramme der öffentlichen Hand, mehr Steuergerechtigkeit, Investitionslenkung und beschäftigungsorientierte Technologiepolitik gefordert, so verpflichtet man sich selbst zu einer aktiven Tarifpolitik zwecks Reallohnsicherung, Steigerung der Massenkaufkraft und Umverteilung. Die Verkürzung der Jahresarbeitszeit soll ebenso neue Arbeitsplätze schaffen wie die Verpflichtung von Rationalisierung und technologischem Wandel auf die Prinzipien der Humanisierung der Arbeit. Die hier deutlich werdende Verbindung von Antikrisenkonzeptionen und gewerkschaftlicher Tagespraxis stellt sozusagen den „politischen Clou" dieses Gewerkschaftstages dar. Ob dieser Konnex auch in den realen Aktionen der IG Metall in den nächsten Jahren hergestellt werden kann, entscheidet letztlich über Erfolg und Mißerfolg der auf dem 12. ordentlichen Gewerkschaftstag beschlossenen Politik.

V

Dies führt zum Problem der konkreten Umsetzung der Beschlüsse, ihrer Durchsetzung in der zukünftigen betrieblichen und gesellschaftlichen Praxis der IG Metall. Ob man in drei Jahren diesen Gewerkschaftstag unter „Verbalradikalismus" ablegen kann, oder ob es tatsächlich zu einer konsequenten, kämpferischen gewerkschaftlichen Interessenvertretung im Sinne dieser gefaßten Beschlüsse kommen wird, hängt davon ab, ob das auf diesem Gewerkschaftstag zu registrierende Kräfteverhältnis auch tatsächlich das „draußen" herrschende Kräfteverhältnis widerspiegelt bzw. ob es gelingt, solche Kräfteverhältnisse im Bereich der gesamten Organisation herzustellen. Und das gilt sowohl für die Auseinandersetzung mit Unternehmern und Staat als auch für die innergewerkschaftliche Meinungsbildung selbst. Der Gewerkschaftstag ist sich dieser Problematik durchaus bewußt gewesen: „Der Druck der Arbeitgeber erfordert Gegendruck, erfordert den ganzen Einsatz unserer Kraft und Macht, nicht nur in Worten."[33])

Dabei wurde einmal durchgängig die Stärke der Organisation in der Aktivierung der „unteren Ebenen", in einer Verbesserung der betrieblichen und örtlichen Gewerkschaftsarbeit gesehen[34]). Die Forderungen nach Verbesserung der Arbeit der betrieblichen Funktionäre, nach einer Ausweitung der Bildungsarbeit im örtlichen und betrieblichen Bereich, die Veränderung der Ortskassenanteile zugunsten kleinerer Verwaltungsstellen und die ansatzweise Einbeziehung der Arbeitslosen in den gewerkschaftlichen Kampf sind positive Elemente. Unverständlich bleibt aber wiederum die geradezu stiefmütterliche Behandlung der Vertrauensleute, obwohl sie doch nach eigener Einsicht der IG Metall die „Träger der gewerkschaftlichen Kraft" sind. Erinnert man sich an die laue Diskussion der Konferenz über den Tarifvertrag zum Schutz der Vertrauensleute oder die Kaltstellung des mittlerweile traditionel-

33) Delegierter Spagerer, Mannheim, Protokoll 1977, S. 353.
34) Vgl. die E 1 a.E.

len Antrags auf Verankerung der Vertrauensleute in der Satzung, so muß man nach wie vor die Vertrauensleutearbeit als Achillesferse der IG Metall bezeichnen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß entgegen der Empfehlung der Antragsberatungskommission mit dem Antrag 1013 Arbeitstagungen von Vertrauensleuten in Konzernbetrieben beschlossen wurden.

Wesentlich bessere Vorsätze wurden dagegen für die Aktivierung der aktiven Tarifpolitik gefaßt: Neben dem Verbot der Aussperrung[35]) und der besseren Einbeziehung der Mitglieder in Tarifbewegungen[36]) wurde – und das wird folgenreicher sein als die spektakulären Beschlüsse zur 35-Stunden-Woche und zur Konzertierten Aktion – die grundsätzliche Veränderung des Schlichtungsabkommens gefordert: Wegfall der Einlassungs- und Friedenspflicht. Noch zuvor hatte Eugen Loderer die Delegierten beschworen: „Was bedeuten denn die Anträge? Hand aufs Herz, ganz offen, Kolleginnen und Kollegen, reden wir nicht um die Dinge herum. Bei diesen Anträgen geht es nicht nur um eine Änderung des vorhandenen Abkommens. In der Praxis würde das nämlich auf eine völlige Beseitigung der Schieds- und Schlichtungsvereinbarungen hinauslaufen, und das, glaube ich, kann diese IG Metall nicht wollen."[37]) Sie konnte. Und zwar mit deutlicher Mehrheit[38]).

Nicht zuletzt von der weiteren Praktizierung einer derart lebendigen innergewerkschaftlichen Demokratie wird die konsequente Umsetzung der Beschlüsse des Gewerkschaftstages abhängen. Die Delegierten bewiesen mit der Ablehnung des Antrages 554 (Gewerkschaftstag nur noch alle 4 Jahre) und – last not least – mit der Entscheidung in der Vorstandswahl ein feines Gespür für die Auswahl konsequenter Funktionäre und – für ihre notwendige Kontrolle.

Daß bei der Wahl der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder sein Kandidat durchgefallen ist (ebenfalls ein Novum für die IG Metall), kann Eugen Loderer mit Gelassenheit tragen: Seine Autorität ist jedenfalls in der Organisation nach wie vor unangetastet. Andererseits sollte man wiederum in dem gewählten Gegenkandidaten Johannes Janssen mehr sehen als nur den Günstling der Stunde: man kann ihm aufgrund seiner bisher geleisteten Arbeit und seines Auftretens auf dem Gewerkschaftstag zutrauen, daß er mit seiner Kandidatur am Ende dieses so verlaufenen Kongresses das Versprechen geben wollte, sich konsequent für die Durchführung der an den Tagen zuvor gefaßten Beschlüsse einzusetzen.

35) E 5 Gewerkschafts- und Arbeitskampfrecht.
36) Protokoll 1977, S. 79, 145, 152, 181, passim. Vgl. Antrag 392, Vst. Bruchsal.
37) Protokoll 1977, S. 217.
38) Protokoll 1977, S. 404f.

Kleine Bibliothek Politik · Wissenschaft · Zukunft

94 **Mannhardt/Schwamborn** Zivildienst Handbuch. 142 S. DM 9,80
95 **Sandkühler** (Hrsg.), Betr.: Althusser. 225 S. DM 14,80

Pahl-Rugenstein

Medienkritik

NACHRICHTEN-SPERRE

Als das weiße Minderheiten-Regime in Südafrika sein Land einige große Schritte weiter in den Faschismus führte: demokratische Organisationen und Zeitungen verbot und damit weitere Vorwände für Folter und Mord schuf – als dies bekannt wurde, da kam keinem Fernsehansager der Schweiß auf die Stirn, da wurde keine Theater-Übertragung unterbrochen. Denn der *Terror* okkupierte die Haupt-Nachrichtenzeit, die ersten (sieben in der „Welt" vom 19. Oktober) Seiten in den Zeitungen. Andere Nachrichten rückten ins Abseits. Arbeitslosigkeit? KSZE-Konferenz? Politik gegen die Hochschulen? Rechtsradikalismus in der Bundeswehr? – alles Nebensache.

Die eigentliche *Nachrichten-Sperre* begann, als die von der Regierung verhängte schon zu Ende ging: mit dem verordneten Siegestaumel über die Gewaltaktion von Mogadischu, als Leute mitten auf Kreuzungen ihre Wagen stehen ließen, ausstiegen und verbrüderungssüchtig auf Passanten zuliefen: „Der Grenzschutz hat sie rausgepaukt" („Frankfurter Rundschau" [FR] vom 19. Oktober), als es vor der Fernsehkamera zu Tränen und Beifall kam für das Ende dieses Live-Krimis, neben dem im Fernsehen kaum ein anderer mehr Platz haben dürfte. „Kriegen sie sie, oder kriegen sie sie nicht?" – das war die große Frage gewesen die Tage zuvor, und keine andere hatte Platz neben ihr. So einfach, so spannend ist die Weltgeschichte sonst nur in der „Bild-Zeitung", und die Politiker paukten und trompeteten, unterkühlt, aber um so wirksamer, zum aufregenden Rätselspiel die national-emotionale Aufputschmusik. In einem beispiellosen publizistischen *Blitzkrieg* betrieben die rechten Kräfte (in welcher Partei auch immer) das zynische Geschäft der *Trokkenlegung.* Die amtliche Nachrichtensperre wurde zum willkommenen Hintergrund für die ebenso spannende Jagd auf die, die man schon lang meinte, wenn man Terroristen sagte, nämlich auf alle, die nicht mit allen Maßnahmen und Wertungen des „Staates" *sympathisieren.*

Die Stadtguerilla-Desperados haben dazu beigetragen, daß im öffentlichen Bewußtsein die Saat, die Springer-Presse und Gesinnungsfreunde schon lange säen, wild wuchern konnte. Ihr verschiedentlich spürbarer Zorn darüber, daß es diesmal mit der Publizität ihrer Aktionen nicht so gut klappte wie bei der Lorenz-Entführung, ist unbegründet: dem, was sie vielleicht demonstrativ *aufdecken* wollten, sind wir mit ihrer Hilfe ein großes Stück nähergekommen: die öffentliche Diffamierung und Verteufelung kann jetzt noch viel leichter zur realen Unterdrückung werden. Die Zeichen dafür reichen von der Anpöbelung von Studenten – oder solchen, die dem Feindbild entsprechen – in öffentlichen Verkehrsmitteln, über die würdelose Stimmungsmache gegen die Bestattung der Toten von Stammheim auf dem für sie zuständigen Friedhof bis hin zu den vollzogenen oder geplanten gesetzgeberischen Nacht- und Nebelaktionen und der öffentlichen Verurteilung derjenigen, die das nicht mitmachen wollen.

An diesem Prozeß haben sich die Medien in fast allen Augenblicken der vergangenen Wochen beteiligt, und dies nicht nur durch die Unterdrückung oder Verdrängung von Nachrichten. Die simple und wirkungsvolle Reduzierung aller politischen und gesellschaftlichen Probleme auf die Alternative *Terrorismus – ja oder nein* prägt jetzt mehr und mehr die Rezeption auch aller anderen Nachrichten, sonst hätte z. B. Todenhöfers arrogante und dreiste Attacke auf die afrikanischen Befreiungsbewegungen ohne die Terroristen-Hysterie kaum Chancen gehabt, überhaupt ernstgenommen zu werden.

„Viele aufgezeichnete Fakten erscheinen nicht mehr wesentlich", so kommentiert die FR die jetzt von der Bundesregierung veröffentliche „Dokumentation" (am 3. November), aber immer noch macht ein einziges Tonband von Schleyer zwei Tage lang Schlagzeilen. In einem kleinen Artikelchen darf dann das eine Medium (die Zeitung „Frankfurter Rundschau") auf der Rundfunk- und Fernsehseite noch die stufenweise *Gleichschaltung* des anderen Mediums (des WDR-Fernsehens) bedauern . . .

Günter Giesenfeld

Steuerpflichtige Vermögen in der BRD

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Die Vermögensrechnung gehört zu einem der „weißen Flecken" in der Statistik der Bundesrepublik. Zur Feststellung der Vermögen und ihrer Verteilung muß daher zu Hilfskonstruktionen und Schätzungen gegriffen werden, die immer nur einen Ausschnitt der Realität zeigen. Dabei ist die Statistik der Vermögensbesteuerung eine wichtige Informationsquelle, die alle drei Jahre, im Zusammenhang mit der Vermögensteuer-Hauptveranlagung, erstellt wird. Die letzten vorliegenden Ergebnisse beziehen sich auf das Jahr 1972. Die Ergebnisse dieser Statistiken sind verständlicherweise mit erheblichen Fehlerquellen behaftet.

So dürfte ein erheblicher Teil der Vermögen erst gar nicht erfaßt werden, weil sie der Besteuerung entzogen werden. Auch ist die Bewertung von Vermögen mit großen Unsicherheitsfaktoren behaftet. Bei Wertpapieren spielt der jeweilige Kurs eine Rolle, bei Haus- und Grundbesitz fehlt praktisch eine realistische Bewertungsgrundlage: noch die Erhebung von 1972 bewertet diese Vermögensanteile auf der Grundlage der „Einheitswerte" von 1935. Zwar wurde die Haupterhebung von 1974 – deren Ergebnisse noch nicht veröffentlicht wurden – auf die neuen „Einheitswerte" von 1964 bezogen. Doch liegen auch diese erheblich unter den tatsächlichen Werten. Schließlich gibt es bei der Vermögensteuer erhebliche Freibeträge, die nicht der Besteuerung unterliegen. In Verbindung mit dem Bewertungsspielraum der Veranlagten dürfte dadurch ein großer Teil der Vermögen der Besteuerung entzogen werden und somit auch in der Statistik nicht auftauchen.

Alle diese Einschränkungen veranlassen auch das Statistische Bundesamt, die Aussagekraft der Vermögensteuerstatistik mit großen Einschränkungen zu versehen: „Angesichts des auf die tatsächlich Veranlagten begrenzten Erhebungsumfangs und der Eigentümlichkeiten des Bewertungsrechts kann die Vermögensteuerstatistik über den rein steuerlichen Aspekt hinaus nur gewisse Anhaltspunkte für Unterrichtungen über die Vermögensverteilung liefern" („Wirtschaft und Statistik", 11/1976, S. 694).

Da umfassende Erhebungen neueren Datums aber fehlen, ist der Interessierte auch auf solche „Anhaltspunkte" angewiesen. Unterteilt wird die Statistik in „natürliche" und „nichtnatürliche" Personen. Letztere umfassen Körperschaften (z. B. Aktiengesellschaften), Personenvereinigungen und Vermögensmassen.

Unbeschränkt vermögensteuerpflichtige natürliche Personen

	1966	*1969*	*1972*
Steuerpflichtige	*454 526*	*500 132*	*542 900*
Rohvermögen	*138,5 Mrd.*	*168,1 Mrd.*	*200,8 Mrd.*
Gesamtvermögen	*117,4 Mrd.*	*145,0 Mrd.*	*166,7 Mrd.*

Quelle: „Wirtschaft und Statistik", lfd.

Vom gemeldeten Rohvermögen werden Schulden und andere Abzüge und verschiedene Freibeträge abgesetzt, um zum steuerpflichtigen Gesamtvermögen zu kommen. Auch bei diesem Ver-

fahren gibt es noch erhebliche Manipulationsmöglichkeiten. In den 6 Jahren vom 1. Januar 1966 bis zum 1. Januar 1972 erhöhte sich das steuerpflichtige Gesamtvermögen trotz aller Bewertungsverschiebungen um 45%, die Zahl der Steuerpflichtigen stieg um 19,4%. Den größten Anteil am Vermögen der natürlichen Personen haben jene Vermögensteile, die mit dem Besitz an Betrieben und Unternehmen verbunden sind. Der niedrige und sinkende Anteil der Grundvermögen erklärt sich aus der erwähnten systematischen Unterbewertung dieser Vermögensteile.

Vermögen nach Vermögensarten der natürlichen Personen

	1966		1969		1972	
	Mrd. DM	%[1]	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%
Land- und forstwirtschaftliches Vermögen	2,1	1,5	2,1	1,2	1,9	0,9
Grundvermögen	13,6	9,8	15,2	9,0	16,6	8,3
Betriebsvermögen[2]	59,3	42,9	66,8	39,6	79,4	39,4
Sonstiges Vermögen, darunter:	63,4	45,8	84,4	50,2	103,6	51,4
Kapitalforderungen	7,9	5,7	10,5	6,2	15,1	7,5
Sparguthaben usw.	14,0	10,1	21,3	12,7	31,5	15,7
Anteil an Kapitalgesellschaften	33,8	24,4	42,9	25,5	43,1	21,5
Festverzinsliche Wertpapiere	9,5	6,9	11,9	7,1	14,4	7,2
Rohvermögen insges.[3]	138,5	100	168,1	100	200,8	100

1) Anteile am Rohvermögen in %.
2) Personenunternehmen, ohne überschuldete Betriebe.
3) Differenzen zu 100% durch Abrundungen und kleinere unerwähnte sonstige Posten.
Quelle: „Wirtschaft und Statistik", lfd.

Neben der systematischen Unterbewertung der Grundvermögen enthalten auch andere Posten Verzerrungen. So erklärt sich der rückläufige Anteil der Beteiligungen an Kapitalgesellschaften zwischen 1969 und 1972 aus dem Rückgang der Aktienkurse. Auch bei den festverzinslichen Wertpapieren spielt die Kursentwicklung eine gewisse Rolle. Dagegen spiegelt der Rückgang des Anteils der Betriebsvermögen den wirtschaftlichen Strukturwandel weg von meist kleinen Einzelunternehmen hin zu den größeren Kapitalgesellschaften wider. So bestätigt der Blick auf die Zusammensetzung der Vermögensarten die Vorbehalte, die gegen die Aussagekraft der Statistik gemacht werden müssen. Insgesamt deuten diese auf eine generelle Unterbewertung auch der steuerlich erfaßten Vermögen hin.

Eine Untersuchung der steuerlich erfaßten Vermögen nach Größenklassen zeigt eine allmähliche Konzentration auf die großen Vermögen.

Vermögen natürlicher Personen nach Größenklassen[1]

	1966		1969		1972	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Unter 30 000 DM	4,2	0,4	3,1	0,3	2,8	0,2
30 000–100 000 DM	43,6	10,9	39,5	9,1	37,0	8,0
100 000–500 000 DM	44,0	34,4	48,1	34,5	50,3	34,1
500 000–1 Mill. DM	4,7	12,5	5,4	13,0	5,8	13,1
über 1 Mill. DM	3,4	41,7	3,8	43,2	4,1	44,6

(1) Steuerpflichtige. (2) Gesamtvermögen.
1) Anteile jeweils in Prozent, Differenzen zu 100 durch Rundung der Anteile.
Quelle: „Wirtschaft und Statistik", lfd.

Ist schon nur ein kleiner Prozentsatz der Bevölkerung, weniger als 1%, überhaupt vermögensteuerpflichtig, so sind die Vermögen auch innerhalb dieser Gruppe höchst ungleich verteilt. Im Jahre 1972 verfügte eine kleine Gruppe von 22 000 Millionären über nahezu die Hälfte des steuerpflichtigen Gesamtvermögens, d. h. über 74,3 Mrd. DM.

Millionäre in der Bundesrepublik

	1966	*1969*	*1972*
Millionäre	*15 247*	*19 107*	*22 000*
Summe der Millionenvermögen	*49,0 Mrd.*	*62,6 Mrd.*	*74,3 Mrd.*
Durchschnittliches Millionenvermögen	*3,2 Mill.*	*3,3 Mill.*	*3,4 Mill.*

Quelle: „Wirtschaft und Statistik", lfd.

Leider wird die Gruppe der Millionäre in der Statistik nicht weiter aufgegliedert, so daß die Differenzierung innerhalb dieser kleinen Oberschicht verborgen bleibt. Nochmals muß darauf hingewiesen werden, daß die tatsächlichen Vermögen weit über diesen Zahlen liegen dürften, also auch die Zahl der Millionäre und ihre Durchschnittsvermögen tatsächlich größer sind.

Die Statistik der „natürlichen" Personen erfaßt den Kern des Eigentums in einer kapitalistischen Gesellschaft, das Eigentum an den Produktionsmitteln in Großbetrieben, nur indirekt, vermittelt über den Besitz an fiktivem Kapital (Aktien usw.). Daher gibt die Statistik über die Vermögensteuer der „nichtnatürlichen" Personen, d. h. der Kapitalgesellschaften usw. ein etwas korrekteres Bild über diesen Bereich. Allerdings muß auch hier darauf hingewiesen werden, daß die Bewertungsfreiheit der Gesellschaften eine Quelle der systematischen Unterbewertung der Vermögenswerte ist, die veröffentlichten Zahlen also ein sehr ungenaues Bild vermitteln.

Unbeschränkt steuerpflichtige nichtnatürliche Personen

	1966	*1969*	*1972*
Steuerpflichtige	*49 870*	*54 763*	*63 550*
Gesamtvermögen	*99,7 Mrd.*	*124,5 Mrd.*	*135,6 Mrd.*

Quelle: „Wirtschaft und Statistik", lfd.

Zwischen 1966 und 1972 nahm die Zahl der vermögensteuerpflichtigen Körperschaften und Organisationen um 27,4% zu, ihr Gesamtvermögen um 36%. Die Konzentration der Vermögen ist bei den „nichtnatürlichen" Personen allerdings wesentlich größer als bei den „natürlichen", mit einer Tendenz zur Verschärfung. Als großer Mangel der Statistik erweist sich jedoch auch hier die fehlende Differenzierung der Spitzengruppe, auf die mehr als drei Viertel des steuerpflichtigen Gesamtvermögens entfällt.

Vermögen nichtnatürlicher Personen nach Größenklassen[1])

	1966		1969		1972	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Unter 100 000 DM	52,9	0,9	53,8	0,9	57,1	1,0
100 000–1 Mio. DM	33,1	5,7	32,1	4,7	29,6	4,5
1–5 Mio. DM	9,4	10,5	9,7	9,7	8,8	9,2
5–10 Mio. DM	1,8	6,5	2,0	6,3	2,0	6,5
Über 10 Mio. DM	2,5	76,4	2,7	78,4	2,5	78,8

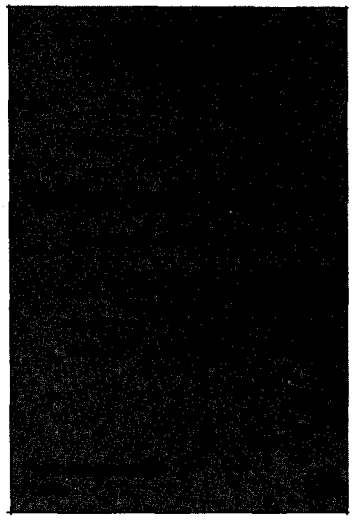
(1) Steuerpflichtige. (2) Gesamtvermögen.
1) Anteile jeweils in %, Differenzen zu 100 durch Rundung der Anteile.

Nur 1570 Körperschaften verfügten 1972 über ein steuerpflichtiges Vermögen von 107 Mrd. DM. Der ganz überwiegende Teil dieser Vermögen entfällt auf Kapitalgesellschaften, deren Anteilsbesitz wiederum ganz überwiegend auf die Spitzengruppe der vermögensteuerpflichtigen „natürlichen" Personen konzentriert ist.

Im Jahre 1966 verfügten nur 160 000 natürliche Personen über 90% aller Aktien und Investmentzertifikate, die sich im Besitz privater Haushalte befanden. Nur 140 000 natürliche Personen hielten etwa 45% der festverzinslichen Wertpapiere. Daß sich an diesen Verhältnissen keine wesentlichen Veränderungen vollzogen haben, das zeigt auch die Zusammensetzung der Gruppe der vermögensteuerpflichtigen Personen und Körperschaften. Entgegen den Erwartungen der „Vermögensbilder" hat sich die Gruppe der kleinen steuerpflichtigen Vermögen nicht verbreitert.

So zeigt die Vermögenssteuerstatistik bei allen notwendigen Einschränkungen doch, daß von einer „Demokratisierung" der Vermögen im Sinne einer breiteren Streuung nicht die Rede sein kann.

Jörg Goldberg



Deutsche Volkszeitung

ein demokratisches Wochenblatt – unentbehrlich für den kritischen Zeitgenossen

Probeexemplare unverbindlich und kostenlos durch MONITOR-VERLAG GmbH, Düsseldorf, Oststr. 154, Postfach 5707 – Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei –

Autoren dieses Heftes

Horst J. ANDEL, geb. 1933, langjähriger Nahost-Korrespondent u. a. der Berner Tageszeitung „Der Bund", auch Mitarbeiter der Zürcher „Weltwoche"; Buchveröffentlichungen: Nahost-Report (München 1976) und Kommen morgen die Araber? (Zürich 1976). *** *Esther BIONDI,* geb. 1950 in Hamburg, lebt als Journalistin in Rom. *** *Mechtild JANSEN,* geb. 1952 in Köln, Studium der Sozialwissenschaften an der Universität Bremen; Bundesvorsitzende des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB), Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Beate LANDEFELD,* geb. 1944 in Karlshafen (Hessen), Studium der Germanistik und Soziologie; Bundesvorsitzende des MSB-Spartakus. *** *Albrecht SCHMEISSNER,* geb. 1946 in Tübingen, Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Sozialpädagogik; VdS-Vorstandsmitglied. *** *Manfred SIEG,* geb. 1944 in Danzig, Studium der Romanistik und Wirtschaftswissenschaften, Bundesvorsitzender des Liberalen Hochschulverbands (LHV); Buchveröffentlichungen über Entwicklungspolitik. *** *Detlev PEUKERT,* geb. 1950, Doktorand der Geschichtswissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum; Buchveröffentlichungen über Arbeiterwiderstand. *** *Edgar GÄRTNER,* geb. 1949 in Magdlos, Krs. Fulda, Studium der Biologie und der Gesellschaftswissenschaften an der Universität Frankfurt/M.; Zeitschriftenveröffentlichungen; lebt in Marseille. *** *Axel BREINLINGER,* geb. 1951 in Stuttgart, Studium der Rechtswissenschaft, der Wissenschaftlichen Politik und der Geschichte an den Universitäten München und Marburg, Rechtsreferendar.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Kurt Bayertz, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,80 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,30), zuzüglich DM 0,40 Porto. Das Einzelheft kostet DM 5,30. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 56,–; öS 375,–; hfl 54,–; bfrs 792,–; FF 108,–; £ 13,20; Lit 19 500,–; dkr 127,50; nkr 127,50; skr 92,–; Yen 6600; $ 22,40. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Zentralsatz Dieter Noe, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.
ISSN 0006-4416

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Zweiundzwanzigster Jahrgang · Heft 11/1977

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
HELGA DEPPE-WOLFINGER
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KURT BAYERTZ
KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats Oktober 1977

1. 10. – N a h e r O s t e n. Als Ergebnis eines intensiven Meinungsaustausches über „die anhaltend unsichere Lage im Nahen Osten" veröffentlichen die Außenminister Vance (USA) und Gromyko (UdSSR) in ihrer Eigenschaft als Ko-Präsidenten der Genfer Nahost-Friedenskonferenz in New York eine „Gemeinsame Erklärung" (Text in „Blätter", 10/1977, S. 1082 f.). – Am 2. 10. heißt es nach einer Kabinettssitzung in Jerusalem, die amerikanisch-sowjetische Nahosterklärung sei für Israel völlig unannehmbar. – Am 5. 10. konferiert der israelische Außenminister Dayan in Washington mit Präsident Carter. Anschließend erklärt Dayan vor der Presse: „Die israelische Position ist, . . . daß wir nicht über einen palästinensischen Staat verhandeln." Ein zwischen Carter und Dayan abgestimmtes „Arbeitspapier" über die Wiedereinberufung der Genfer Konferenz bleibt zunächst geheim und wird erst am 13. 10. vor der Knesseth in Jerusalem bekanntgegeben. Das Papier umfaßt u. a. folgende Punkte: 1. Vertretung der arabischen Seite durch eine einzige Delegation, an der auch Palästinenser beteiligt werden können; 2. Bildung von Arbeitsgruppen zum Abschluß von Friedensverträgen unter Ausschluß der Palästinenser; 3. Diskussion der mit dem Westufer und dem Gazastreifen zusammenhängenden Fragen unter Beteiligung von Israel, Jordanien, Ägypten und der „palästinensischen Araber". Jede Änderung der Modalitäten der Gen-

fer Konferenz soll der Zustimmung aller Beteiligten unterliegen. – Am 15. 10. erklärt Präsident Carter vor Journalisten, er habe niemals einen unabhängigen palästinensischen Staat auf dem Westufer des Jordan oder in anderen gegenwärtig besetzten Gebieten befürwortet. Carter fügt hinzu: „Ich glaube aber, daß der zukünftige Status des Westjordanlandes, des Gazastreifens und der Palästinenser unter Beteiligung der Palästinenser in irgendeiner Form ausgehandelt werden sollte." – Am 21. 10. verlängert der UN-Sicherheitsrat mit 13 Stimmen in Abwesenheit der Vertreter Chinas und Libyens das Mandat der Friedenstruppe (UNEF) im Sinai bis zum 24. Oktober 1978.

2. 10. – Pakistan. Die Militärregierung unter General Zia ul-Haq ordnet die Verschiebung der für den 18. Oktober d. J. angesetzten Parlamentswahlen an (vgl. „Blätter", 8/1977, S. 904). Ein neuer Wahltermin wird nicht festgesetzt.

3. 10. – Abrüstung. Vertreter der USA, der UdSSR und Großbritanniens setzen in Genf die Verhandlungen über ein umfassendes Verbot von Nukleartests fort (vgl. „Blätter", 8/1977, S. 903 f.). – Am 25. 10. werden in Genf amerikanisch-sowjetische Experten-Gespräche (27. 9. – 25. 10.) über ein Verbot von Strahlenwaffen und anderer Typen von Massenvernichtungswaffen vorläufig abgeschlossen.

– DDR/CSSR. Der tschechoslowakische Staatspräsident und Parteisekretär Gustav Husak und der DDR-Staatsratsvorsitzende und SED-Generalsekretär Erich Honecker unterzeichnen in Berlin einen neuen „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand", der ein entsprechendes Abkommen vom 17. März 1967 (Text in „Blätter", 4/1967, S. 426 ff.) ablöst. Beide Vertragspartner betonen, sie wollten „ihre Verbindungen zu Westberlin ausgehend davon unterhalten und entwickeln, daß die Stadt kein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland sei und auch weiterhin nicht von ihr regiert werde".

4. 10. – KSZE. Mit einer Ansprache des jugoslawischen Außenministers Minic und der Verlesung einer Botschaft von UN-Generalsekretär Waldheim wird das „Belgrader Treffen 1977" der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa eröffnet (vgl. „Blätter", 9/1977, S. 1032, und 10/1977, S. 1278 ff.). Waldheim bezeichnet die Schlußakte von Helsinki (Text in „Blätter", 8/1975, S. 899 ff.) als ein „historisches Dokument". Nach Abgabe der Eröffnungserklärungen werden die Beratungen im Plenum und in den „subsidiären Arbeitsorganen" fortgesetzt.

– UNO. Vor der 32. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York (vgl. „Blätter", 10/1977, S. 1160) erklärt der amerikanische Präsident Carter in einer längeren Rede, es sei an der Zeit, auf sämtliche nuklearen Explosionen zu verzichten, gleichgültig ob sie militärischen oder friedlichen Zielen dienten. – Am 13. 10. wird die Generaldebatte der Generalversammlung abgeschlossen, an der sich 11 Staats- oder Regierungschefs sowie 115 Außenminister beteiligt hatten. – Am 24. 10. wählt die Generalversammlung die Tschechoslowakei, Kuwait, Bolivien, Gabun und Nigeria zu Mitgliedern des Sicherheitsrates für die Jahre 1978/79. Benin, Libyen, Pakistan, Panama und Rumänien scheiden am 1. Januar 1978 aus dem Rat aus.

7. 10. – Bundeskabinett. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Otto Graf Lambsdorff erhält seine Ernennungsurkunde als Bundesminister für Wirtschaft und legt vor dem Bundestag den vorgeschriebenen Amtseid ab. Lambsdorff löst Dr. Hans Friderichs ab (vgl. „Blätter", 10/1977, S. 1160).

– UdSSR. Der Oberste Sowjet verabschiedet einstimmig den Text einer neuen Verfassung, die damit in Kraft tritt. Für die neugeschaffene Funktion eines stellvertretenden Staatsoberhauptes (und damit Stellvertreter von Breschnew) wird der bisherige Vizeaußenminister Wassili Kusnezow benannt. Kusnezow war am 3. 10. als Kandidat in das Politbüro der KPdSU aufgenommen worden.

9.–11. 10. – UdSSR/Großbritannien. Der britische Außenminister Owen hält sich zu einem Meinungsaustausch mit Außenminister Gromyko in der sowjetischen Hauptstadt auf. Themen der Gespräche sind u. a. der Stand der Truppenabbaukonferenz in Wien, das Belgrader KSZE-Treffen, die Situation im Nahen Osten sowie das Rhodesien-Problem. Die beiden Minister unterzeichnen am 10. 10. ein bilaterales „Abkommen . . . über Verhütung eines zufälligen Ausbruchs eines Nuklearkrieges".

10. 10. – Portugal. Außenminister José Medeiros Ferreira tritt zurück. Eine Begründung wird amtlich nicht gegeben. Vor der Presse erklärt der Minister, er sei von Ministerpräsident Soares in außenpolitischen Entscheidungen und Aktionen oft gar nicht oder nur ungenügend konsultiert worden. Soares übernimmt zusätzlich das Außenministerium.

11.–12. 10. – NATO. Die Nukleare Planungsgruppe (NPG) der Organisation tritt auf der Ebene der Verteidigungsminister in Bari zusammen. Zu den Themen der Beratung gehört u. a. die Entwicklung der amerikanischen „Neutronen-Bombe". In einem Kommuniqué heißt es dazu: „Im Zusammenhang mit der Modernisierung der nuklearen Kräfte in Europa hatten die Minister einen weiteren Meinungsaustausch über Nuklearwaffen mit verringerter Druck- und verstärkter Strahlungskomponente . . . Die Minister stimmten darin überein, daß ihre Regierungen die Prüfung dieses Themas fortsetzen."

12.–15. 10. – China/BRD. Bundesaußenminister Genscher hält sich anläßlich des 5. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik China in Peking auf (vgl. „Blätter", 11/1972, S. 1134). Genscher, der am 14. 10. vom Parteivorsitzenden Hua Kuofeng empfangen wird, hatte zuvor in Tokio Gespräche mit der japanischen Regierung geführt.

14. 10. – Namibia. Nach einer Unterredung mit Vertretern der fünf westlichen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates (darunter die Bundesrepublik) legt die Vertretung der „South West Africa People's Organization" (SWAPO) in New York einen detaillierten Plan für die Unabhängigkeit Südwestafrikas (Namibia) vor. Die SWAPO fordert darin die volle Respektierung der territorialen Integrität, freie, gleiche und geheime Wahlen (one man, one vote) sowie die Sicherstellung des heutigen Eigentums von Südwestafrika und die Übergabe an ein unabhängiges Namibia. Die Truppen Südafrikas sollten schrittweise abgezogen und durch Einheiten der Vereinten Nationen ersetzt werden.

17.–18. 10. – Rhodesien. Premierminister Smith empfängt in Salisbury den sambischen Staatspräsidenten Kaunda zu einem zunächst geheimgehaltenen Gespräch. Smith und Kaunda hatten sich schon am 26. 9. in Lusaka getroffen.

19. 10. – Südafrika. Mit einer landesweiten Razzia gehen die Behörden gegen die Organisationen und die Presse der farbigen Bevölkerung vor. Unter das angeordnete Verbot fallen auch die beiden Zeitungen „The World" und „Weekend World". Bekannte Geistliche, Anwälte, Journalisten und andere Bürgerrechtler werden verhaftet. – Am 20. 10. beantragt Tunesien, das den Vorsitz der Afrikanischen Gruppe in den Vereinten Nationen führt, eine Sitzung des Sicherheitsrates über die Entwicklung in Südafrika.

20. 10. – Thailand. Ein „Revolutionsausschuß", dem Mitglieder der drei Waffengattungen und einigen Zivilisten angehören, übernimmt die Macht und löst die seit einem Jahr amtierende Regierung von Ministerpräsident Thanin Kraivichien ab (vgl. „Blätter", 11/1976, S. 1194). Die Verfassung von 1976 wird außer Kraft gesetzt, Kabinett und Nationalversammlung werden aufgelöst.

21. 10. – Israel. Mit 68 gegen 45 Stimmen bei 2 Enthaltungen beschließt die Delegiertenkonferenz der Demokratischen Bewegung für den Wandel den Eintritt in die Regierungskoalition unter Ministerpräsident Begin. Die Koalition verfügt damit im Parlament über eine Mehrheit von 78 der 120 Mandate (vgl. „Blätter", 6/1977, S. 649). Die Demokratische Bewegung erhält vier Ministerposten.

21.–26. 10. – UdSSR/Indien. Der indische Premierminister Desai stattet der Sowjetunion einen offiziellen Besuch ab. Desai, der auf dem Flugplatz in Moskau von Generalsekretär Breschnew, Ministerpräsident Kossygin und Außenminister Gromyko empfangen wird, unternimmt damit seine erste Auslandsreise als Regierungschef.

27. 10. – Spanien. Das Unterhaus des Parlaments (Congreso) verabschiedet bei nur einer Gegenstimme ein zwischen den Parteien ausgehandeltes Wirtschaftsnotprogramm („Pakt von Moncloa").

31. 10. – IAEA. Vertreter von 40 Staaten beraten am Sitz der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) in Wien über den Abschluß einer Konvention zum Schutz von Kernmaterial (vor allem Uran und Plutonium). Der Konventionsentwurf, der auf eine Ausarbeitung der USA zurückgeht und seit Juni 1977 den Mitgliedstaaten der IAEA vorliegt, sieht eine internationale Zusammenarbeit zur Wiedererlangung verlorengegangenen oder gestohlenen Kernmaterials und einen besonderen Schutz auf internationalen Transportwegen vor. Raub, Sabotage und Diebstahl von Kernmaterial sollen als Verbrechen eingestuft und entsprechend bestraft werden.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Dokumente zur Auseinandersetzung um Ursachen und Folgen des Terrorismus

Aufruf: Für die Bewahrung der Grundrechte und für die Freiheit des Denkens! (Wortlaut)

Durch die Terrorakte der jüngsten Zeit ist offenbar geworden, daß maßgebliche politische Kräfte unseres Landes die von ihnen tagtäglich beschworene rechtsstaatliche Demokratie nur wenig begriffen und sich zu eigen gemacht haben. Eine Pogromstimmung wird verbreitet. Wer unter dem Eindruck der aus dem sozialen Milieu der Bundesrepublik hervorgegangenen wahnwitzigen Gewalttaten nicht bereit ist, sogleich seine Bürgerrechte preiszugeben, wird diffamiert.

Mit dem Verlangen nach „Distanzierung" wird den so angeprangerten Persönlichkeiten und demokratischen Organisationen der ungeheuerliche Vorwurf des Sympathisantentums gemacht. Verlangt wird die Aufgabe kritischen Denkens, die Unterwerfung unter den Gesinnungsterror der Reaktion und die Hinnahme demokratisch nicht mehr kontrollierter staatlicher Gewalt.

Die Entführungen und Mordanschläge dienen demokratiefeindlichen Kräften von gestern und vorgestern als Vorwand, ihre Angriffe auf die in den letzten Jahren verbesserten Grundlagen für eine Politik des Friedens, des demokratischen und sozialen Fortschritts zu verstärken und zu rechtfertigen. Sie sind entschlossen, die Bundesrepublik in ihrer Entwicklung wieder weit zurückzuwerfen. Die Reaktion hofft so, die wirtschaftliche, soziale und moralische Krise zu bewältigen. Terroristische und diktatorische Methoden staatlicher Herrschaftsausübung entsprechen ihrer Tradition.

Doch allenthalben entwickelt sich demokratischer Widerstand. Er manifestiert sich in den Gewerkschaften, den Parteien, den Kirchen – in der ganzen Öffentlichkeit. Er wendet sich gegen den Versuch, die Ideen des demokratischen und sozialen Fortschritts zu verunglimpfen. Er richtet sich gegen die Absicht, das Recht auf Veränderungen und Reformen als einen Anschlag auf das vorgebliche Gemeinwohl zu kriminalisieren.

Bestürzend ist angesichts dieser Lage die Neigung in Regierungskreisen, sich diesem Druck der Reaktion zu beugen und namens der Bekämpfung des Terrorismus die Grundlagen unserer Verfassung zu demontieren. Die schon beschlossenen und angekündigten gesetzlichen Maßnahmen, die auf eine Außerkraftsetzung rechtsstaatlicher Grundsätze hinauslaufen, sind nicht geeignet, dem Terror Einhalt zu gebieten, wohl aber durch Zerstörung der verfassungsmäßigen Voraussetzungen von Demokratie und Freiheit, diese abzuschaffen.

Wenn nun auch der Bundespräsident und Mitglieder der Regierungsparteien vor der Flut der Denunziation und Verketzerung warnen, dann erkennen wir darin eine Widerspiegelung des Widerstandes der demokratischen Öffentlichkeit. Wir glauben aber, daß umfassendere Garantien geschaffen werden müssen, um die sich abzeichnenden Gefahren zu bannen. Aus diesem Grunde rufen wir jetzt und hier alle Demokraten auf, nicht zu schweigen und unter Zurückstellung nachrangiger Meinungsverschiedenheiten für den Schutz der demokratischen Grundrechte und Freiheiten in der Bundesrepublik zusammenzuarbeiten.

Alfred Andersch, Peter O. Chotjewitz, Dr. phil. Ingeborg Drewitz, Bernt Engelmann, Hanns Dieter Hüsch, Prof. Dr. Günter Giesenfeld, Prof. Dr. Horst Herrmann, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Arno Klönne, Prof. D. Walter Kreck, Prof. Dr. H. J. Krysmanski, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Prof D. Dr. Manfred Mezger, Josef Reding, Prof. Dr. Helmut Ridder, Luise Rinser, Dr. Alexander Schubart, Eckart Spoo, Prof. Dr. Fritz Straßmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby

Zur 29. Frankfurter Buchmesse.

Über 100 Seiten für 5 Mark

Eine deutsche Literatur-Zeitschrift für Leser!

(Natürlich aus dem Neuen Konkret Verlag.)

Aus dem Inhalt:

Martin Walser: Warum ich schreibe - **Peter O. Chotjewitz:** Was ich durch Schreiben verdiene - **Bernt Engelmann:** Wie wir behandelt werden - **Alfred Andersch:** Was man wegwirft - **Walter Boehlich:** Wer den Friedenspreis bekommt - **Peter Paul Zahl:** Was man im Knast liest - **Günter Wallraff:** Warum ich Angst habe.

Außerdem:

Ein Revolutionär darf entdeckt werden: **Hermann L. Gremliza über Karl Kraus.**

Konkrete Fragen - konkrete Antworten. Literatur Konkret - eine kritische Revue der bundesdeutschen Literaturszene. Pflichtblatt für alle, die mehr wissen wollen, als in den Bestseller-Listen steht.

Kurzrezensionen aller wichtigen Neuerscheinungen im Herbst 1977. Bibliographie - ausgewählt und kommentiert.

Ab sofort an jedem Kiosk und im Buchhandel erhältlich!

Erklärung des Abgeordneten Manfred Coppik am 29. September 1977 im Deutschen Bundestag zur Ablehnung des „Kontaktsperregesetzes" (Gesetz zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz) (Wortlaut)

Coppik (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir beraten heute ein Gesetz, das erst gestern in diesem Bundestag eingebracht wurde und dessen endgültiger Wortlaut den Abgeordneten sogar erst heute früh, also vor wenigen Stunden, vorgelegt wurde. Bei einem wichtigen Gesetz ist das ein ungewöhnlicher, ja, ein einmaliger Vorgang. – (Dr. Stark [Nürtingen] [CDU/CSU]: Sie waren doch bei der Beratung gar nicht dabei!) – Da bei diesem Gesetz Grundfragen des Verhältnisses von *rechtsstaatlichen Verfahrensgarantien* und den *Notwendigkeiten der Terrorismusbekämpfung* angesprochen werden, macht die Geschwindigkeit der Verabschiedung es um so notwendiger, alle hier zu berücksichtigenden Gesichtspunkte mit aller Sorgfalt abzuwägen. Die Sorgfalt und die Nüchternheit dieser Abwägung werden dadurch zusätzlich erschwert, daß wir dieses Gesetz in einer außerordentlichen Situation beraten. Die Morde von Köln und in den Niederlanden und die ungeklärte Situation im Entführungsfall Schleyer haben eine breite Welle berechtigter Empörung in der Bevölkerung hervorgerufen. In einer solchen Situation ist es außerordentlich schwer, Gehör für Argumente zu finden, die für *Besonnenheit* werben.

Vizepräsident Stücklen: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stark (Nürtingen)?

Coppik (SPD): Nein; ich bedaure. Ich möchte keine Zwischenfragen gestatten. – (Dr. Ritz [CDU/CSU]: Die wären Ihnen sehr peinlich! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU) – Es ist außerordentlich schwer, Gehör für Argumente zu finden, die für Besonnenheit werben. – (Dr. Klein [Göttingen] [CDU/CSU]: Warum waren Sie denn nicht im Rechtsausschuß? – Dr. Stark [Nürtingen] [CDU/CSU]: So eine Unverschämtheit! Unerhört!) – Da ist es viel einfacher, mit einer Handbewegung über solche Argumente hinwegzugehen und, dem Gefühl folgend, mehr Härte zu verlangen, auch dann, wenn man bei sorgfältiger Prüfung feststellen würde, daß diese Härte zwar nichts verhindern, aber die Erscheinungsformen dieses Staates schrittweise so umgestalten kann, daß seine rechtsstaatlichen Grundstrukturen in Gefahr geraten. – (Leicht [CDU/CSU]: Pfui!) – Damit keine Mißverständnisse aufkommen, möchte ich an dieser Stelle eine Bemerkung machen, die mir infolge der bisherigen öffentlichen Diskussion erforderlich zu sein scheint, bei der seitens einiger Oppositionspolitiker der verantwortungslose Versuch unternommen wurde, alle, die sich mit dem Problem des Terrorismus differenziert auseinandersetzen, – (Dr. Jenninger [CDU/CSU]: Sie waren ja gar nicht im Ausschuß, Herr Kollege!) – alle, die nicht nach Popularität, sondern nach der Vernunft ihre Meinung bilden, – (Dr. Jenninger [CDU/CSU]: Sie sollten in die Ausschußsitzungen gehen! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU) – als Sympathisanten, geistiges Umfeld und ähnliches zu diffamieren. – (Dr. Jenninger [CDU/CSU]: Warum gehen Sie nicht in den Rechtsausschuß, Herr Kollege? Ich wäre an Ihrer Stelle bei den Ausschußberatungen gewesen! – Dr. Stark [Nürtingen] [CDU/CSU]: So eine Unverschämtheit! – Dr. Ritz [CDU/CSU]: Unerhört! – Weitere erregte Zurufe von der CDU/CSU) – Man merkt, wie schwer es für Sie offensichtlich ist, Argumente anzuhören. – (Dr. Jenninger [CDU/CSU]: Im Rechtsausschuß haben wir Argumente beraten! – Unruhe bei der CDU/CSU) – Damit Sie es nicht zu einfach haben, – (Dr. Klein [Göttingen] [CDU/CSU]: Warum haben Sie Ihre Argumente nicht im Ausschuß vorgebracht?) – sage ich hier ganz deutlich: Als demokratischer Sozialist lehne ich Mord, Terror und überhaupt Gewalt in einer parlamentarischen Demokratie ab, und zwar ohne jedes Wenn und Aber. – (Beifall bei der SPD – Dr. Jenninger [CDU/CSU]: Das haben wir gern! – Dr. Klein [Göttingen] [CDU/CSU]: Das ist ja ungeheuer! – Dr. Stark [Nürtingen] [CDU/CSU]: Das ist ja wohl das wenigste! – Dr. Jenninger [CDU/CSU]: Arbeiten sollte man wenigstens! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU) – Das Ziel einer humanen, einer sozialistischen Gesellschaft ist mit den Mitteln des Mordes und des Verbrechens weder vereinbar noch erreichbar. – (Beifall bei der SPD – Erhard [Bad Schwalbach] [CDU/CSU]: Wer sich entschuldigt, klagt sich an! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU) – Terror nutzt objektiv nur den Kräften der Reaktion. – (Zurufe von der CDU/CSU: Unglaublich! Unerhört! Pfui!) – Mit ihren Schüssen schafft die RAF die Stimmung, die die Reaktionäre in unserem Land brauchen, um das kaputtzumachen, was in vielen Jahren mühsam an *demokratischen Errungenschaften* und *rechtsstaatlichen Garantien* erkämpft wurde. Auch deshalb bin ich gegen Gewalt und Terror. Aber auch deshalb, – (Reddemann [CDU/CSU]: Auch deshalb! Und der kommt aus ei-

ner Regierungspartei!) – damit diese Rechnung der Terroristen nicht aufgeht, bin ich gegen jeden Abbau der Freiheitsrechte in unserem Land, und deshalb bin ich auch gegen dieses Gesetz. – (Weitere Zurufe von der CDU/CSU) – Nach dem vorliegenden Gesetzentwurf sollen bei terroristischen Anschlägen die Gefangenen, die der Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung verdächtigt werden, von jeder Verbindung untereinander und mit der Außenwelt isoliert werden. Das hört sich zunächst unproblematisch an. Die Probleme werden aber besonders deutlich, wenn man bedenkt, daß diese Regelung auch für die nach einem solchen Anschlag neu Verhafteten gilt. Und wer da auch noch sagt: „Was geht das mich an? Ich habe nichts mit Terroristen zu tun!", dem muß deutlich gesagt werden, daß nach dem neuen Gesetz niemand, und sei er noch so unschuldig, davor sicher sein kann, etwa auf Grund einer Denunziation verhaftet zu werden und für Wochen und Monate ohne jeden Kontakt zu einem Rechtsanwalt – (Pfui-Rufe bei der CDU/CSU) – oder auch nur zu seinen Familienangehörigen in einem Gefängnis zu verschwinden. – – (Zurufe von der CDU/CSU) – Ich halte das unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten für unerträglich. – (Zurufe von der CDU/CSU) – Inzwischen liegt uns ein Änderungsantrag vor, der sich mit dieser Kernproblematik befaßt. Es ist nicht möglich, jetzt etwas zu diesem Antrag zu sagen, zumal da er uns erst seit ganz kurzer Zeit vorliegt und die Aussichten seiner Annahme von mir jetzt nicht zu beurteilen sind, wobei immer noch die Frage ist, welche Zielsetzung diesem Gesetz dann verbleibt. Ich muß von dem ausgehen, was uns hier als Beschlußempfehlung des Rechtsausschusses vorliegt. – (Dr. Stark [Nürtingen]: Haben Sie es wenigstens gelesen?) – Es ist nun einmal so, daß die Möglichkeit, sich im Falle der Verhaftung mit einem Rechtsanwalt eigener Wahl in Verbindung zu setzen, zu den grundlegenden Bedingungen eines *rechtsstaatlichen Strafverfahrens* gehört. Ich bezweifle, ob der Ausschluß dieser Möglichkeit überhaupt mit den Bestimmungen der Menschenrechtskonvention vereinbar ist.

Meine Damen und Herren, daß auch ein Unschuldiger verhaftet werden kann, ist doch nicht nur eine theoretische Möglichkeit; das wissen wir doch alle. Dieser Unschuldige kann dann über einen längeren Zeitraum ohne Kontakt im Gefängnis sitzen, denn das Gesetz kennt ja keine feste zeitliche Begrenzung. Die Feststellung, daß die Isolation notwendig sei, kann ja mehrfach wiederholt werden. – (Frau Pack [CDU/CSU]: „Isolation"! – Dr. Klein [Göttingen] [CDU/CSU]: Das ist nicht zu glauben! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU) – Ich bin davon überzeugt, daß in solchen Fällen die neue Regelung dazu führen würde, daß das Vertrauen in den demokratischen Rechtsstaat auf das tiefste erschüttert und damit letztlich jenen Kräften in die Hände gearbeitet würde, die diesen Staat ohnehin für verdammenswert halten und zur Gewaltanwendung aufrufen.

Nun wird dagegen argumentiert, man sehe die Gefahren dieser Regelung, aber schließlich müsse man abwägen zwischen den *Kontaktbedürfnissen der Gefangenen* auf der einen Seite und der *Lebensbedrohung* auf der anderen Seite. Da könne man sich nur für die Lebensrettung entscheiden. Ich glaube nicht, daß diese Argumentation den Kern der Sache trifft, und zwar nicht nur deshalb, weil man sehr daran zweifeln kann, ob die Isolation von Gefangenen wirklich hilft, das Leben einer Geisel zu retten, die schließlich nicht in der Gewalt von Gefangenen, sondern von in Freiheit befindlichen Terroristen ist.

Aber unabhängig davon halte ich insgesamt die Abwägung „hier Leben eines Menschen, dort rechtsstaatliche Grundprinzipien" für nicht möglich. Die Aufgabe rechtsstaatlicher Grundprinzipien rettet nämlich kein Menschenleben, schafft aber Lebensverhältnisse, in denen die friedliche demokratische Entwicklung in einem Rechtsstaat gefährdet wird und damit weitere Menschenleben in Gefahr geraten. – (Dr. Stark [Nürtingen] [CDU/CSU]: Unwahrscheinlich!) – Meine Damen und Herren, der Kampf gegen den Terrorismus wird nicht durch Sondergesetze gewonnen, sondern durch eine entschlossene *Anwendung des geltenden Rechts,* verbunden mit einem glaubwürdigen und überzeugenden *Einstehen für rechtsstaatliche Prinzipien* und einem unermüdlichen *Kampf für mehr soziale Gerechtigkeit* im Inland und in den internationalen Beziehungen. – (Dr. Jenninger [CDU/CSU]: Vor allem arbeiten im Rechtsausschuß! – Dr. Klein [Göttingen] [CDU/CSU]: Finden Sie es sozial gerecht, wenn Kollegen im Rechtsausschuß bis in die Nacht arbeiten und Sie inzwischen feiern?) – Nur wenn junge sozial engagierte Menschen darauf vertrauen können, daß es im parlamentarischen Bereich Kräfte gibt, die diesen Weg ohne Rücksicht auf opportunistische Überlegungen kompromißlos gehen, werden sie gegen Gewaltpredigten falscher Propheten immun sein.

Was Gesetze betrifft: Die Opposition beklagt immer, daß bestimmte von ihr vorgeschlagene Gesetze bisher nicht verabschiedet wurden. Ich glaube eher, daß wir da schon zuviel Gesetze gemacht haben. – (Lachen und Zurufe von der CDU/CSU) – Ich sage das ganz selbstkritisch. Ich bin z. B. davon überzeugt, daß es falsch war, einen § 88 a zu schaffen, der die Diskussion um Gewalt einem strafrechtlichen Risiko ausgesetzt hat. – (Hartmann [CDU/CSU]: Nur die Verherrlichung!) – Je mehr man nämlich das Vorfeld kriminalisiert, je mehr man Menschen davon abbringt, zu sagen, was sie über Gewalt denken, – (Hartmann [CDU/CSU]: Zum Beispiel Buback-Nachruf!) – desto mehr beraubt man sich der Chance, sie zu überzeugen, welcher Wahnsinn es ist, Gewalt in einer parlamentarischen Demokratie anzuwenden. (Erhard [Bad Schwalbach] [CDU/CSU]: Wir haben doch Jahrzehnte mit denen diskutiert!) – Je mehr man die Meinungsfreiheit einschränkt, je mehr man die Gesprächsbereitschaft und die Gesprächsfähigkeit einer Gesellschaft einschränkt, desto mehr fördert man die Bereitschaft isolierter Gruppen zur Gewaltanwendung. Je weniger über die Legitimität von Gewalt diskutiert wird, desto eher wird geschossen.

Deshalb: Wenn es überhaupt noch eine Chance gibt, diesen furchtbaren Kreislauf von Terror, Angst, Repression, Abbau von Freiheitsrechten und neuem Terror zu unterbrechen, dann nur dadurch, wenn möglichst viele aufstehen und laut und kompromißlos sagen: Nein zu Terror und Gewalt und Nein zum Abbau der Freiheitsrechte und des Rechtsstaats. – (Zurufe von der CDU/CSU) – Deshalb appelliere ich jetzt von dieser Stelle an alle Gewerkschaftler, Hochschullehrer, Schriftsteller, Journalisten: Vertreten Sie offensiv diese Position, so schwer das auch sein mag! Lassen Sie sich weder durch eine Pogromstimmung noch durch disziplinarische oder sonstige Drohungen davon abbringen! – (Lebhafter Widerspruch und Zurufe von der CDU/CSU) – Lassen Sie sich nicht durch diese Stimmung davon abbringen, für Vernunft und Menschlichkeit zu kämpfen! Sie sind nicht allein.

Ich appelliere auch an die Richter: Wahren Sie Ihre Unabhängigkeit! Entscheiden Sie nach Recht und Gesetz, und lassen Sie sich nicht durch politische Stimmungsmache beeinflussen, so schwer das auch in bestimmten Situationen sein mag!

Ich appelliere an alle, die in den 60er Jahren angetreten sind, eine bessere, eine humanere Welt aufzubauen, – (Zuruf von der CDU/CSU: Mit Bomben und Terror?! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU) – und die für den Reformschwung gesorgt haben, der sich seinerzeit so positiv ausgewirkt hat, jetzt zusammenzustehen und nicht all das zu vergessen, was uns damals zusammengeführt hat. Nur dann haben wir eine Chance.

Gemeinsam mit meinen Kollegen Hansen, Lattmann und Thüsing sage ich Nein zu diesem Gesetz. Dieses Nein ist ein Ja zum freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat.

(Vereinzeltes Händeklatschen bei der SPD – Unruhe bei der CDU/CSU)

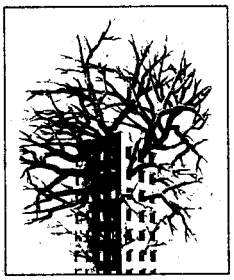
Rede von Bernt Engelmann, Vorsitzender des Verbands deutscher Schriftsteller in der Industriegewerkschaft Druck und Papier anläßlich der Buchmesse am 12. Oktober 1977 in Frankfurt/M.

Nach Ausführungen zur gewerkschaftlichen Interessenlage – Kurzformel: „Autoren fordern Tarifverträge!" – wandte sich der Vorsitzende des Schriftstellerverbandes (VS) den Auswirkungen der Terrorismus-Hysterie zu. Dieser zweite Teil seiner Rede folgt hier im Wortlaut. D. Red.

. . . Sie mögen meinen, ich übertreibe etwas, doch wer, wie ich und meine Kollegen vom Bundesvorstand und von den Landesvorständen des VS, seit Wochen fast nur noch damit beschäftigt war, schamlose Lügen und übelste Verleumdungen abzuwehren, muß befürchten, daß eine weitere

Wenn Sie pardon kaufen, kaufen Sie zwölf Zeitschriften:

Eine Spaß-Zeitschrift



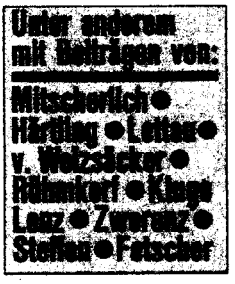
Eine Grafik-Zeitschrift

Das Organ der Königstreuen

Das Nonsens-Zentralorgan

Ein Männer-Magazin

Ein Freiheits-Manifest

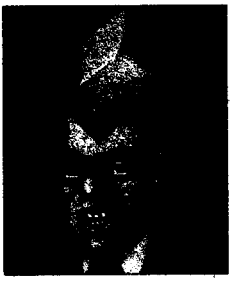


Eine Literatur-Zeitschrift

Ein Film-Magazin

Ein Organ für Durchblicker

Ein Emanzipationsblatt



Ein Cartoon-Weltblatt

Ein Foto-Magazin

...und eine Menge Spaß!

Eskalation des privaten Terrors einiger Wahnwitziger die gegenwärtige Hexenjagd noch verschlimmern und dann zu einem Exodus derer führen könnte, die es satt haben, von verantwortungslosen Hetzern als angebliche Mit- oder gar Hauptschuldige diffamiert zu werden.

Wir, die gewerkschaftlich organisierten Schriftsteller der Bundesrepublik – und dazu gehören nahezu alle Autoren, deren Namen inner- und außerhalb des deutschen Sprachgebietes bekannt sind und die unserem Land zu kulturellem Ansehen verholfen haben –, wir brauchen uns nicht erst von einer mörderischen Gewalt zu distanzieren, die von uns stets verabscheut und bekämpft worden ist. Als Gewerkschafter kennen wir die Gefahren, die von Provokateuren und blinden Fanatikern ausgehen. Wir wissen auch, daß der Meuchelmord zwar zur faschistischen, aber noch nie zur Tradition der deutschen Linken gehört hat. Die Mordhetze in der Weimarer Republik ging vom Hugenberg-Pressekonzern und von völkischen Blättern in Bayern aus. Auch daran hat sich wenig geändert, nur die Namen haben gewechselt. Allerdings besteht ein Unterschied zwischen damals und heute: Einst haben die Hetzer von rechts die Republik geschmäht, die Demokratie verhöhnt und deren Fahne in den Schmutz gezogen. Heute legt noch die letzte Ratte, die sich, Morgenluft witternd, aus dem schwarzbraunen Untergrund hervorwagt, rasch noch ein schwarzrotgoldnes Schärpchen an und beruft sich, während sie sie schon gierig benagt, auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung.

Doch für diese Grundordnung, für Humanismus und Liberalität, für mehr Toleranz und Gerechtigkeit haben wir, die deutschen Schriftsteller – das muß einmal gesagt werden – wahrlich mehr getan als unsere Verleumder, auch als die meisten derer, die uns jetzt Verweise und Belehrungen erteilen. Es gibt keinen Berufsstand, der in der Vergangenheit mehr für die deutsche Demokratie geleistet und mehr unter den Feinden der Freiheit gelitten hat, als die deutschen Schriftsteller. Die allermeisten unserer älteren Kollegen waren entschiedene Gegner jener Nazis, für die sich ein Herr Strauß als Referent für braune Weltanschauung und sogenannte „wehrgeistige Führung" betätigt hat, für die jener Herr Hicks, der heute in Springers „Welt" Intellektuellenhetze betreibt, damals noch fleißig Judenhetze betrieb. Der Zufall will es, daß der VS gegenwärtig in mir einen der wenigen Überlebenden jener Vernichtungslager zum Vorsitzenden hat, in die gemäß besagter Nazi-Weltanschauung die Opfer von Hetze und Verleumdung eingesperrt wurden. Ich bin daher erfahren in Terror, allerdings als ein ihn Erleidender. Verblüffenderweise sitzen heute von den ehemaligen Führern dieser Terroristengruppe – ich muß wohl sagen: -bande – nur wenige hinter Gittern, aber etliche im Bundestag, und zwar just bei jener Fraktion, die jetzt die schlimmsten Verleumder und Scharfmacher stellt, ja, wo einige Herren den Terrorismus am liebsten wieder mit staatlichem Terror beantworten möchten. Ich weiß, es ist unfein, an diese Zusammenhänge zu erinnern. Ich tue es dennoch, weil ich zornig bin. Wenn man meine Kolleginnen und Kollegen systematisch verleumdet – von Amery bis Zwerenz reicht die Liste der letzten Wochen –; wenn weder Luise Rinser noch Heinrich Böll vor Verteufelung sicher sind; wenn Westentaschen-McCarthys vom Schlage eines Abgeordneten Dr. Günter Müller über Literatur richten wollen; wenn schon die Wadenbeißer gegen uns lospreschen dürfen – wie jener Peter Hornung, der zur Gaudi der bayerischen Provinzpresse ausgerechnet meinem Freund Heinar Kipphardt, von weiteren geschätzten Kollegen und von mir selbst ganz zu schweigen, einen virtuosen Umgang, nicht mit der Sprache, nein, mit Maschinenpistolen anzudichten wagt, dann packt mich eben Zorn.

Er richtet sich weniger gegen die Giftspritzer selbst als gegen deren Auftraggeber, vor allem aber gegen jene, die dazu schweigen, wo sie entschiedensten Protest erheben müßten.

Wir, die deutschen Schriftsteller, werden unsere Verantwortung nicht so vergessen, wie es viele Politiker jetzt tun. Wer der terroristischen Gewalt, die wir verabscheuen, unsere rechtsstaatliche Ordnung opfern will, wer die Aufhebung der Grundrechte fordert und nach Vorbeugehaft, Folter, Geiselerschießungen und „kurzem Prozeß" schreit, der wird weiter auf unseren entschlossenen Widerstand stoßen. Wir lassen uns durch die Verleumdungswelle nicht einschüchtern. Noch ist dies auch unsere Republik, mit allen ihren Fehlern, die zu kritisieren wir als unsere Pflicht erachten, wobei sich für uns die Frage nicht stellt, wie sympathisch diese Kritik den anderen ist, sondern nur, ob sie berechtigt genannt werden darf. Noch ist dies die von uns maßgeblich mitgeschaffene Zivilisation eines freiheitlichen Staatswesens. Wir warnen vor dem drohenden Rückfall in die Barbarei und vor der Kapitulation des humanen Rechtsstaats als der schlechtesten Reaktion auf die Gewaltverbrechen einer Handvoll pseudorevolutionärer Desperados! Wir appellieren an

unsere Kollegen im DGB, sich nicht von den professionellen Panikmachern und Brunnenvergiftern davon abbringen zu lassen, mit uns die Republik zu verteidigen!

Es gibt keine Sympathisanten der Meuchelmörder – am allerwenigsten bei uns Schriftstellern! Aber es gibt leider etliche Nutznießer des Terrors, darunter Leute, die sich vergnügt die Hände reiben, wenn der Terrorismus blindwütiger Einzelgänger jenes Feuer anfacht, an dem sie ihr ganz spezielles Süppchen zu kochen gedenken. Wir wollen ihnen diese Suppe nach besten Kräften versalzen. Und wenn ich vorhin von einem möglichen Exodus gesprochen habe, von einem Auszug derer, denen es, um mit Böll zu sprechen, jetzt langt – sie mögen sich nicht zu früh freuen, die Herren Ästheten und Stilisten der „Bild"-Zeitung, die Dichter und Denker des „Bayernkuriers", die Schöngeister von „Quick" und „Praline" und die Hommes-de-Lettres von der „Passauer Neuen Presee'. Leuten wie ihnen hat unser Kollege Heinrich Heine auch noch von Paris aus die Hölle ganz schön heiß gemacht.

Erklärung des Parteivorstands und der Parlamentsfraktion der niederländischen Pazifistisch-sozialistischen Partei vom 18. Oktober 1977 zu den Ereignissen in Stammheim (Wortlaut)

Durch die Nachricht, daß Baader, Raspe und Ensslin in ihren Stammheimer Isolierzellen Selbstmord begangen haben, fühlt die PSP sich genötigt, öffentlich ihren Zweifel auszusprechen.

In den letzten Jahren sind in Westdeutschland die Bürgerrechte durch eine Reihe von Gesetzen und Beschlüssen immer weiter eingeschränkt worden. So wichtig die Abwendung des Terrorismus ist, seine Bekämpfung kann nicht als Rechtfertigung dieser Maßnahmen dienen. Die gegen linke und fortschrittliche Auffassungen gerichtete Einschüchterung und Unterdrückung hat nicht nur eine seriöse Diskussion über die Hintergründe und die Überwindung des Terrorismus unmöglich gemacht, sondern darüber hinaus dazu geführt, daß in der Berichterstattung der Presse Selbstzensur geübt wird und man auf der Hand liegende Fragen nicht mehr ausspricht. Durch diese Entwicklungen ist eine Situation entstanden, in der wir uns ernstlich mit der Frage beschäftigen müssen, ob der westdeutsche Staat mit der Einhaltung der Menschenrechte noch Ernst machen will und kann.

Der Tod von Ulrike Meinhof ist immer noch nicht zureichend aufgeklärt. Nur eine völlig unabhängige und internationale Untersuchung, nicht allein der medizinischen Todesursache, sondern aller Umstände beim Tod von RAF-Mitgliedern in westdeutschen Gefängnissen, kann noch Gewißheit schaffen.

Aufruf italienischer Intellektueller vom 21. Oktober 1977: Für die Bürgerrechte in der BRD (Wortlaut)

Die tragische Spirale der Gewalt, die in Deutschland mit dem Wahnsinn des Terrorismus und einer Repression, die jegliche Form demokratischen Lebens mit sich fortreißen kann, in Gang gekommen ist, hat bereits zahlreiche Opfer verlangt und droht sich zu verschlimmern. Sie ist das Ergebnis von kriminellen Handlungen, die jede fortschrittliche Bewegung beschmutzen und schädigen, und von Akten der Repression, welche Menschenrechte verletzen, die jedem Bürger garantiert sein müssen, sei er unschuldig oder schuldig. Und sie ist Ausdruck akuter Konflikte und finsterer Pläne, mit denen auch Italien Erfahrungen hat und die Westeuropa in Richtung äußerst gefährlicher reaktionärer Entwicklungen zu treiben drohen, um den Fortschritt der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung zu behindern und die Prozesse der Entspannung und der internationalen Sicherheit zu blockieren.

Es ist gleichermaßen dringlich, den Terrorismus zu verurteilen und zu isolieren; zu fordern, daß volle Klarheit über den unglaublichen und täuschenden „Selbstmord", dem Baader, Raspe und Ensslin zum Opfer gefallen sind, geschaffen wird; für die überlebenden Häftlinge der RAF-Gruppe und unterschiedslos für alle Häftlinge eine humane Behandlung und das Recht auf Leben zu verlangen; die Einschüchterungskampagnen gegen die vorgeblichen „geistigen Förderer des Terrorismus" zu beenden; die Abschaffung der Repressionsgesetze in Bundesdeutschland zu erreichen. Heute stehen auf diesen Gebieten die fundamentalen Rechte des Individuums und die Perspektiven der Demokratie in Europa auf dem Spiel. Wir rufen deshalb die Jugend, die Arbeitenden, die Frauen, die Intellektuellen auf, sich engagiert und machtvoll für diesen Appell einzusetzen.

Lucio Lombardo Radice; Mario Gozzini; Gioacchino Lanza Tomasi; Sylvano Bussotti; Luca Ronconi; Adriano Seroni; Cesare Zavattini; Luigi Squarzina; Fausto Tarsitano; Lucio Colletti; Luigi Nono; Felice Ippolito; Adolfo Gatti; Vinicio De Matteis; Paolo Chiarini; Carlo Bernardini; Ugo Attardi; Raniero La Valle; Manfredo Tafuri; Giorgio Tecce; Lucio Villari; Bendetto Ghiglia; Adriana Martino; Mario Agrini; Alberto Abruzzese; Alberto Bardi; Luigi Anderlini; Adriano Ossicini; Giuseppe Branca; Carlo Galante Garrone; Antonio Guarrino; Angelo Romano; Paolo Brezzi; Tullio Vinay; Tullia Carettoni; Elia Lazzari; Giovanni Giudici; Nino Pasti; Gennaro Vitiello; Pippo Di Marca; Arnaldo Picchiu; Nino De Tollis; Valentino Orfeo; Mario Ricci; Ugo Margio; Antonio Ruberti; Walter Pedullà; Franco Evangelisti; Achille Perilli; Aldo De Jaco; Gianni Toti; Mario Lunetta; Gianluigi Piccioli; Augusto Frassineti; Guglielmo Petroni; Libero Bigiaretti; Carla Vasio; Emilio Grosso; Pietro A. Buttitta; Giuliano Mancorda; Lore Terracini; Giorgio Melchiori; Anna Pegoraro Chiarlini; Wanda Perretta; Antonella Gargano; Mauro Ponzi; Ute Lipka; Virginia Verrienti; Ferruccio Masini; Hans Werner Henze; Aldo Clementi; Boris Porena; Marcello Panni; Francesco Siciliani; Michelangelo Zurletti.

Aufruf zum Hochschulpolitischen Kongreß des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi): „Gegen die Diffamierung der Hochschulen und der kritischen Intelligenz – Für eine expansive, demokratische und soziale Wissenschaftspolitik" am 25./26. November 1977 in Hamburg

(Wortlaut)

Die gegenwärtige tiefgreifende Krise des öffentlichen Lebens in der Bundesrepublik und Westberlin prägt sich auch in Wissenschaft und Hochschule aus: Knapp zwei Jahre nach dem Inkrafttreten des Hochschulrahmengesetzes erscheint die Lage an den Hochschulen vielen auswegloser als je zuvor. Auf die drängenden Fragen nach dem Weg von Hochschule und Wissenschaft in der Zukunft gilt es eine Antwort zu finden.

Der Numerus clausus verschärft die soziale Selektion an den Hochschulen, verwehrt vielen Abiturienten den Zugang zum Studium oder drängt sie auf Fachrichtungen ab, die nicht ihren Neigungen und Fähigkeiten entsprechen und in denen sie oft keine berufliche Chance haben. Wenn die Abgewiesenen sich um eine Lehrstelle bemühen, gefährden sie die Berufsausbildung von Haupt- und Realschülern und vergrößern die Jugendarbeitslosigkeit.

In den Hochschulen selbst sind durch eine Politik der finanziellen Restriktionen und inhaltlichen Reglementierung Forschung, Lehre und Lernen zunehmend unter Druck geraten. Stellenstopp, Überlastquote, Überfüllung der Lehrveranstaltungen und wachsender Andrang zu den Prüfungen haben die Forschungsmöglichkeiten der Hochschullehrer eingeengt. Die Studienförderung

nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz hinkt hinter den Notwendigkeiten her, zwingt die Studierenden zu Nebentätigkeiten und beeinträchtigt so den Lernerfolg. Regelstudienzeiten ohne vorhergehende wissenschaftsgerechte und demokratische Studienreform und ohne ausreichende materielle Absicherung des Studiums werden die Qualität des Studiums senken.

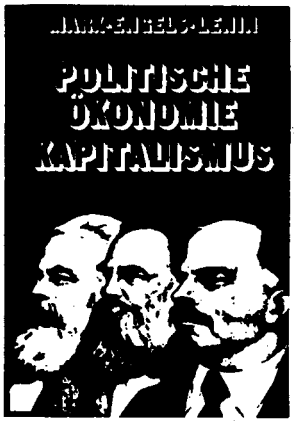
Die durch das Hochschulrahmengesetz vorgeschriebenen Studienreformkommissionen können unter dem Übergewicht der Staatsbürokratie und der Unternehmervertreter lediglich eine wissenschaftsfremde Gängelung der Studieninhalte bringen. Die Verfaßte Studentenschaft und ihr Recht auf freie politische Meinungsäußerung sind schwer bedroht. Berufs- und Theorieverbote engen in wachsendem Maße die Wissenschaftsfreiheit ein. Erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik gibt es eine zunehmende Arbeitslosigkeit von Wissenschaftlern. Der wissenschaftliche Nachwuchs kann seine Fähigkeiten nicht mehr in Forschung und Lehre einbringen. Für die Hochschulabsolventen nahezu aller Disziplinen verengt sich die berufliche Perspektive immer mehr. Dies erzeugt bereits im Studium selbst eine Atmosphäre der Angst und Resignation.

Weiterer schwerer Schaden entsteht den Hochschulen durch die Diffamierungskampagne einflußreicher Rechtskräfte, die sie als „Brutstätten des Terrors" bezeichnen. Damit sollen Wissenschaftler und Studierende an der Vertretung ihrer Interessen und an der Entfaltung ihrer Erkenntnismöglichkeiten gehindert werden.

Wissenschaft ist eine der Grundlagen jeder modernen Gesellschaft. Ihre Gefährdung und Zerstörung – zum Beispiel durch die Stillegung naturwissenschaftlicher Ausbildungsplätze und die Liquidierung geistes- und gesellschaftswissenschaftlicher Fachbereiche – beeinträchtigt das Lebensniveau der ganzen Bevölkerung. Nur durch eine entscheidende Wende in der Wissenschafts- und Hochschulpolitik können die wissenschaftlichen Potenzen bereitgestellt und gefördert werden, die unsere Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten zur Bewältigung ihrer Probleme benötigt.

Neuerscheinung:

Marx, Engels, Lenin
Zur politischen Ökonomie des Kapitalismus
Ein Nachschlagewerk, herausgegeben von Robert Katzenstein und Heinrich Peter
792 Seiten, gebunden
DM 24,80



Braunsdorf / Löffler

KAPITALBEGRIFF UND MONOPOL

Zur Kritik an:
Altvater · Ebbighausen
Jordan · Neusüss
Projekt Klassenanalyse
Rosdolsky · Reichelt
Schubert · Wirth · u.a.

Braunsdorf/Löffler
Kapitalbegriff und Monopol
Zur Kritik an: Altvater, Ebbighausen, Jordan, Neusüss, Projekt Klassenanalyse, Rosdolsky, Reichelt, Schubert, Wirth, u.a.
1. Auflage
Personenregister, 244 Seiten,
Brosch., DM 12,80

M. M. Rosental
Die dialektische Methode der politischen Ökonomie von Karl Marx
aus dem Russischen
2. Auflage, 576 Seiten,
Brosch., DM 16,80

Hermann Lehmann
Grenznutzentheorie
Kritik der theoriegeschichtlichen Grundlagen der heutigen bürgerlichen politischen Ökonomie
mit einem Vorwort von Bernd Schüngel
2. Auflage, Personenregister
520 Seiten,
Brosch., DM 18,–

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an.

verlag das europäische buch deb
1 Berlin 12, Knesebeckstraße 3

Der Problemdruck, der in den vergangenen Jahren an den Hochschulen entstanden ist, kann nicht durch Selbstbescheidung der Wissenschaftler und der Studierenden beseitigt werden. Selbstbescheidung löst keine Probleme – nicht an den Hochschulen, nicht im Öffentlichen Dienst und nicht im Tarifkampf. Mit Recht hat der letzte Bundeskongreß der IG Metall die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich gefordert, mit Recht fordern die Beamten mehr Planstellen im Öffentlichen Dienst. Für die Qualität von Forschung, Lehre und Studium gilt das gleiche wie für die Arbeits- und Lebensbedingungen andernorts: Hier darf nicht verzichtet, hier muß gefordert werden. Neue Arbeitsplätze im Hochschulbereich verbessern die Ausbildung, ermöglichen mehr Forschung und tragen zugleich zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei. Die Bundesrepublik ist ein reiches Land. Die gegenwärtige Misere des Bildungswesens ist nicht Folge von Armut, sondern von verfehlter politischer Prioritätensetzung.

Eine Umorientierung der öffentlichen Haushalte zugunsten des Bildungsbereichs ist dringend notwendig. Das Hochschulrahmengesetz hat sich bereits jetzt als Fehlschlag erwiesen, seine Umsetzung in den Landeshochschulgesetzen kann die Lage nur noch verschärfen und muß deshalb unterbleiben. Der Politik der Berufsverbote und der Reglementierung wissenschaftlicher Arbeit muß ein Ende bereitet werden. Die Diffamierung der Hochschulen und der kritischen Intelligenz muß auf den entschlossenen Widerstand aller Demokraten stoßen. Die Verfaßte Studentenschaft ist ein unverzichtbarer Bestandteil demokratischer Interessenvertretung an den Hochschulen.

Wer diese Ziele erreichen will, kann sich nicht mit passiver Hoffnung auf eine Änderung der Politik von Regierungen und Parlamenten begnügen. Lehrende und Lernende, alle Angehörigen der Hochschule müssen die Öffentlichkeit und die Regierenden selbst massiv auf die Probleme der Wissenschaft und ihre Bedeutung für die Gesellschaft hinweisen und sie mit ihren eigenen Lösungsvorschlägen konfrontieren. Dies setzt gemeinsame Beratung und Einigung voraus.

Der Bund demokratischer Wissenschaftler lädt deshalb zu seinem Hochschulpolitischen Kongreß am 25./26. November 1977 nach Hamburg ein. Hier soll die gegenwärtige Lage an den Hochschulen beraten und sollen Aktionsmöglichkeiten diskutiert werden.

Der Kongreß soll ein Beitrag zum gemeinsamen Kampf der Studentenbewegung, die ab November nationale Streikaktionen durchführt, und der demokratischen Wissenschaftler sein. Alle Wissenschaftler, Gewerkschafter und Studenten, die diese Zusammenarbeit für eine Notwendigkeit halten, sind zum Kongreß eingeladen.

Anmeldungen können an die Geschäftsstelle des Bundes demokratischer Wissenschaftler e. V., Postfach 1162, 3550 Marburg/Lahn 1, gerichtet werden.Spenden zur Abdeckung von Sonderausgaben können auf das Konto Nr. 462 bei der Marburger Volksbank überwiesen werden.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe der „Blätter" liegt eine Werbekarte des Monitor-Verlags bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen. D. Red.

Autoren dieses Heftes

Horst J. ANDEL, geb. 1933, langjähriger Nahost-Korrespondent u. a. der Berner Tageszeitung „Der Bund", auch Mitarbeiter der Zürcher „Weltwoche"; Buchveröffentlichungen: Nahost-Report (München 1976) und Kommen morgen die Araber? (Zürich 1976). *** *Esther BIONDI,* geb. 1950 in Hamburg, lebt als Journalistin in Rom. *** *Mechtild JANSEN,* geb. 1952 in Köln, Studium der Sozialwissenschaften an der Universität Bremen; Bundesvorsitzende des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB), Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Beate LANDEFELD,* geb. 1944 in Karlshafen (Hessen), Studium der Germanistik und Soziologie; Bundesvorsitzende des MSB-Spartakus. *** *Albrecht SCHMEISSNER,* geb. 1946 in Tübingen, Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Sozialpädagogik; VdS-Vorstandsmitglied. *** *Manfred SIEG,* geb. 1944 in Danzig, Studium der Romanistik und Wirtschaftswissenschaften, Bundesvorsitzender des Liberalen Hochschulverbands (LHV); Buchveröffentlichungen über Entwicklungspolitik. *** *Detlev PEUKERT,* geb. 1950, Doktorand der Geschichtswissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum; Buchveröffentlichungen über Arbeiterwiderstand. *** *Edgar GÄRTNER,* geb. 1949 in Magdlos, Krs. Fulda, Studium der Biologie und der Gesellschaftswissenschaften an der Universität Frankfurt/M.; Zeitschriftenveröffentlichungen; lebt in Marseille. *** *Axel BREINLINGER,* geb. 1951 in Stuttgart, Studium der Rechtswissenschaft, der Wissenschaftlichen Politik und der Geschichte an den Universitäten München und Marburg, Rechtsreferendar.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Kurt Bayertz, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,80 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,30), zuzüglich DM 0,40 Porto. Das Einzelheft kostet DM 5,30. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 56,–; öS 375,–; hfl 54,–; bfrs 792,–; FF 108,–; £ 13,20; Lit 19 500,–; dkr 127,50; nkr 127,50; skr 92,–; Yen 6600; $ 22,40. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Zentralsatz Dieter Noe, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.
ISSN 0006-4416

G 1800 EX
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54
5000 Köln 51

WOLFERTS
GERTRUD

1036
42758

PARKSTR.16

5620 VELBERT 1

Von allen in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich inclusive MWSt, zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	70,–	78,–	94,–	110,–	117,–	164,–	203,–	242,–
8 Seiten	117,–	133,–	156,–	176,–	195,–	273,–	332,–	390,–
12 Seiten	176,–	195,–	226,–	254,–	289,–	363,–	429,–	499,–
16 Seiten	234,–	254,–	293,–	332,–	371,–	456,–	538,–	632,–
20 Seiten	293,–	324,–	363,–	398,–	437,–	558,–	663,–	788,–
24 Seiten	332,–	371,–	421,–	468,–	507,–	651,–	772,–	975,–
28 Seiten	382,–	421,–	476,–	538,–	585,–	706,–	874,–	1092,–
32 Seiten	429,–	468,–	527,–	585,–	632,–	761,–	983,–	1209,–
36 Seiten	455,–	496,–	554,–	605,–	644,–	850,–	1084,–	1295,–
40 Seiten	476,–	519,–	578,–	636,–	675,–	909,–	1154,–	1334,–